REKONSTRUIERTE TEXTAUSGABE

# analyse & kritik

Nr. 447 · 22.2.2001

Diese Ausgabe ist kein Scan des gedruckten Heftes. Sie rekonstruiert die Ausgabe aus den born-digital HTML-Dateien der CD-ROM akArchiv.5. Titel, Rubriken, Autorinnen- und Autorenangaben sowie Volltexte wurden aus der gesicherten CD-Quelle übernommen.

Umfang: 35 HTML-Quelldateien. Die ursprünglichen Dateinamen und CD-Quellpfade werden bei jedem Eintrag ausgewiesen. Vorhandene oder künftig aufgefundene Faksimile-Scans bleiben eigenständige Primärdigitalisate.

Quelle: akArchiv.5, lokale verifizierte CD-Sicherung · Fassung 9. August 2026

# Inhalt


1. Ariel Sharon und die List der Vernunft
2. Offensive oder Flucht nach vorne? Zapatistas auf Tour - Albert Sterr
3. Das Jahr 1977 ... begann gut. Auch die Buback-Kampagne hat Spaß gemacht. Dann kam es knüppeldick - Js.
4. Ein erfülltes Leben ... Siegfried Buback - ein Staatsdiener mit besonderem Auftrag - mb.
5. "Sind sie gegen den Flughafenausbau?" Verfassungsschützer sammeln Daten von Flughafengegnern im Rhein-Main-Gebiet - Thomas Klein
6. El Salvador nach dem Erdbeben. Militärs übernehmen nationale Katastrophenhilfe - Ulf Baumgärtner
7. Ein Prozess und seine Folgen. OPEC-Prozess: Staatsanwalt kennt kein Pardon - mb., Berlin
8. Berliner RZ-Verfahren: Prozessbeginn steht fest - mb.
9. Scharping-Syndrom weitet sich aus. Verteidigungsminister lenkt weiter von Gefahr der DU-Munition ab - Dr. Gina Mertens (IPPNW)
10. Die schwarzen Wolken von Pancevo. Über ökologische Schäden des Jugoslawienkrieges wird geschwiegen - Boris Kanzleiter
11. "Depleted Uranium" als mediale Ablenkung. Einige Beobachtungen aus Belgrad zum Zynismus der Macht - Andrej Grubacic, Belgrad
12. <173>ya basta! in Ecuador. Indígenas zwingen Regierung zu Kompromissen - Boris Siebert, Quito
13. Der Geist von Davos - Peter Nowak
14. Gegensätze überbrücken. Weltsozialforum in Porto Alegre zeigt Ambivalenzen der Globalisierungskritik - Stefanie Kron
15. Glorias gutgläubige Visionen - Rainer Werning
16. Investitionen statt Streiks. Auf dem Weg "Standort Südafrika" - Gerhard Klas
17. Geier über dem Kongo. Führt der Mord an Kabila zu einem Friedensprozess? - Anke Schwarzer
18. Die Lösung des Unlösbaren. Moshe Zuckermann über die historische Chance des Friedens in Israel/Palästina - Moshe Zuckermann
19. Querstell-Konzepte für den Tag X in Gorleben - Jochen Stay
20. Das Verhältnis von Anti-Atom-Bewegung und Grünen - Jochen Stay
21. Französisches Netzwerk gegen Castortransporte - Markus Pflüger
22. "Mit Ausstieg hat das nichts zu tun." Interview mit Hartmut Liebermann zur Absage des Castor-Transportes nach Ahaus
23. (Haar-)Risse im Putz. Nachrichten aus der entlohnten und nichtentlohnten Arbeit
24. Bündnis für Arbeit am Ziel? Gewerkschaften füllen die Rolle als Co-Manager aus - Marcus Schwarzbach
25. DNA-Zwangstests für Flüchtlinge - Erika Feyerabend
26. Deutschland: Lebensgefährlich für Flüchtlinge - Antirassistische Initiative Berlin
27. Bilder einer Ausstellung. Zur Kontroverse um die Wehrmachtsverbrechen und die Ausstellung "Vernichtungskieg" - Björn Tolksdorf und Kristian Zitzlaff
28. Zukunftskonferenz von ak
29. Nietzsche und die Rechte - Klaus-Peter Lehmann
30. Klischees von SM und Macht. Eine Reaktion auf den Text von Detlef G. Schulze (in ak 445) - Frank T.
31. Gewalt-Cocktails. Der Trendsport 68er-Bashing will radikale gesellschaftskritische Politik diskreditieren - Joachim Kolb
32. AUFGEBLÄTTERT
33. KALENDER
34. Spekulation leicht gemacht
35. Zapatistas auf Tour

# 1. Ariel Sharon und die List der Vernunft

Rubrik: Kommentare zu aktuellen Geschehen; Israel / Palästina · CD-Datei: daten/aksuche/ak447/israel.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:447:israel

Die Niederlage des israelischen Premiers Ehud Barak gegen seinen Herausforderer Ariel Sharon kam für niemanden überraschend. Auch die vernichtende Deutlichkeit des Wahlergebnisses hatten die Demoskopen vorausgesagt. Fast die gesamte palästinensische Minderheit in Israel, etwa 12 Prozent der Wahlberechtigten, beteiligte sich nicht an der Wahl. Viele PalästinenserInnen besuchten statt dessen demonstrativ die Gräber der während der Oktober-Unruhen Getöteten. Obwohl Barak die palästinensischen Stimmen für sein politisches Überleben benötigt hätte, ließ er sich erst einen Tag vor der Wahl zu einer Entschuldigung bei den Angehörigen der Opfer bewegen.

Noch vor einem Jahr hatte Barak eine gründliche innen- und außenpolitische Inventur angekündigt. Doch letztlich fehlte es ihm an Weitsicht und Mut, um einen politischen Neuanfang zu machen. Sein Herausforderer Sharon brauchte den WählerInnen keinerlei Einzelheiten seines Wahlprogramms zu verraten, denn es ging allein um die Abwahl Baraks.

Ariel Sharon ist das letzte Schlachtross der israelischen Gründergeneration. Den Ruf eines Kriegstreibers hat er sich redlich verdient. Auch sein instrumentelles Verhältnis zu den Gepflogenheiten einer parlamentarischen Demokratie hat er mehrfach unter Beweis gestellt. Doch ein Großteil der heute wahlberechtigten Israelis ist zu jung, um sich an Sharons üble Rolle während des Libanonkrieges zu erinnern. Die Siedlerbewegung und ihre SympathisantInnen hingegen wissen genau, was sie an dem Hardliner haben: Sharon steht für die Fortsetzung eines expansiven Siedlerkolonialismus; er hat keinerlei Verständnis für die im Sinne eines stabilen Friedens notwendige Umverteilung von Land, Zugang zu Ressourcen und politischer Macht zu Gunsten der PalästinenserInnen; selbst eher symbolische Zugeständnisse, wie etwa in Sachen Jerusalem, verweigert er.

Die für israelische Verhältnisse außerordentlich niedrige Wahlbeteiligung von 59 Prozent weist darauf hin, dass für viele Israelis (nicht nur für die palästinensische Minderheit) beide Kandidaten nicht wählbar waren. Die Bildung einer "Regierung der nationalen Einheit" zwischen Likud und Arbeitspartei dürfte die Abwendung von den Parteien noch verstärken. Baraks zentrales Thema im Wahlkampf war die eindringliche Warnung vor der Gefahr eines regionalen Krieges, falls Sharon gewinnen sollte. Sein - inzwischen aufgegebenes - Vorhaben, als Verteidigungsminister in eine Regierung Sharon einzutreten, hätte eine Verhöhnung seiner WählerInnen bedeutet. Sollte Shimon Peres als neuer Außenminister das politische Gewicht eines Friedensnobelpreisträgers in eine Regierung Sharon einbringen, dann würde die Arbeitspartei spürbar an Glaubwürdigkeit verlieren.

Schon diskutieren die zum Kompromiss mit den PalästinenserInnen bereiten Kräfte in der Arbeitspartei über eine Abspaltung, unter ihnen Außenminister Shlomo Ben-Ami und der Architekt der Oslo-Verträge, Justizminister Jossi Beilin. Ein solcher Schritt würde den Trend zur Aufsplitterung der israelischen politischen Landschaft in eine Vielzahl einander blockierender sektoraler Parteien weiter verstärken und so eine zukünftige vertragliche Einigung zwischen Israelis und PalästinenserInnen zusätzlich erschweren.

Sharon selbst strebt eine große Koalition vor allem deshalb an, um sich nicht wie Barak im alltäglichen Hickhack mit vielen kleinen und untereinander verfeindeten Koalitionspartnern aufzureiben. Es geht ihm dabei vor allem um die Handlungsfähigkeit seiner Regierung gegenüber der Herausforderung der palästinensischen Intifada. Doch mit jedem Raketenangriff israelischer Kampfhubschrauber wird es schwerer vorstellbar, dass die PalästinenserInnen sich wieder in die Besatzung fügen. Der gegenwärtige Aufstand darf getrost als palästinensischer Unabhängigkeitskrieg gelten. Nichts deutet darauf hin, dass brutale Repression ein Erfolg versprechendes Mittel zu seiner Beendigung sein könnte.

Hoffnung auf Frieden, so gering sie auch sein mag, wächst derzeit vor allem aus dem, was der linke israelische Historiker Moshe Zuckermann die "List der Vernunft" nennt. In einem ausführlichen Vortrag, den wir in dieser ak-Ausgabe dokumentieren, entwickelt er auch ein Szenario, in dem der Gewaltpolitiker Sharon zum Retter des Friedens werden könnte.

Seite 15-18

# 2. Offensive oder Flucht nach vorne? Zapatistas auf Tour

*Zapatour*

Autor: Albert Sterr · Rubrik: Nicaragua · CD-Datei: daten/aksuche/ak447/24.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:447:24

Die Zapatistas sind wieder in aller Munde. Nach Monaten des Schweigens, der politischen Nichtbeachtung und Jahren der militärischen Abschnürung bringt eine Tour der EZLN-Führung in die mexikanische Hauptstadt die zapatistische Bewegung wieder auf die Titelseiten zurück. Auch die übrige Linke in Mexiko schüttelt im Zuge der Empfangsvorbereitungen die Erstarrung ab, in welche sie seit dem Wahlsieg des konservativen Vicente Fox bei den letzten Wahlen im Juli vergangen Jahres gefallen war.

Subcomandante Marcos hat schon in der Vorbereitungsphase eine wahre Interviewoffensive gestartet. Dabei gelang es ihm, seine Thesen selbst in der New York Times an herausgehobener Position zu platzieren. Aber bedeutet dies, dass die Zapatistas auch in die politische Offensive gekommen sind? Oder ist es nicht vielmehr geradezu umgekehrt? Dass nämlich die breit angelegte, sowie in Form und Inhalt unerwartete politische Offensive des konservativen Präsidenten Fox den Zapatistas keine andere Möglichkeit mehr ließ, als die Flucht nach vorne anzutreten und sich in die Höhle des Löwen zu begeben?

Ähnlich wie schon 1994, als die EZLN mehrere Städte und Ortschaften in Chiapas militärisch besetzten, gelingt es den Zapatistas mit dem geplanten Besuch von 22 Zapatista-Kommandanten und des Subcomandanten erneut, die Achse der politischen Debatte zu verschieben. Allerdings sind die Bedingungen, unter denen dies im Februar/März 2001 passiert nicht mehr mit jenen des Jahres 1994 vergleichbar. Ebenso wenig sind es die möglichen Dynamiken, die von den Zapatistas in Gang gebracht werden können.

1994 war Mexiko das unangefochtenes Dominium der autoritären, korrupten und in breiten Bevölkerungsschichten verhassten Staatspartei PRI, die das Land seit 1929 regierte. Dies legitimierte den Aufstand in Chiapas und verlieh ihm eine tendenziell systembedrohende Bedeutung, die weit über die vergleichsweise geringen organisatorischen Kräfte der Bewegung hinausging. Dagegen ist heute ein Konservativer an der Spitze der Regierung, der demokratisch gewählt wurde und dessen Popularität bislang noch ungebrochen ist.

Der dynamische Vicente Fox hat mit seinem Modernisierungs- und Pluralismusdiskurs die Linke weit in die Defensive gedrängt. Im Fall der Zapatistas sogar so weit, dass sie sich bis kurz vor dessen Amtsantritt am 1. Dezember nicht einmal zu den tief greifenden Reformen des Wahlsystems äußerten. Erst die diversen Beteuerungen des Präsidenten, für ihn stehe ein Friedensschluss in Chiapas ganz oben auf der Tagesordnung und die in Reaktion darauf angekündigte Reise der Zapatistas haben die politische Lähmung der EZLN beendet.

Neben den geänderten Rahmenbedingungen, unter denen sie zu agieren hat, verschob sich auch die Hauptstoßrichtung der EZLN Politik. Stand 1994 eine "demokratische Revolution" mit gesamtmexikanischem Anspruch im Mittelpunkt, so hat sich die EZLN davon sukzessive entfernt hin zu der vergleichsweise niedriger gehängten Autonomie-Forderungen für die indianischen Bevölkerungsgruppen. Die bis etwa 1996 forcierte Strategie, eine große landesweite soziale Bewegung mit all jenen Kräften zu bilden, welche die armen Bevölkerungsschichten in ganz Mexiko vertreten, sei es auf dem Land oder in der Stadt, seien es Mestizen oder Indígenas, wurde de facto aufgegeben. Sie wurde abgelöst durch eine Mobilisierung rund um die Einforderung des von der PRI-Regierung auf Eis gelegten San-Andrés-Friedensabkommens von 1996, das einen rechtlichen Rahmen für indianische Autonomierechte vorsieht.

Zwar war dieses Abkommen ursprünglich nur als erstes einer ganzen Serie von Teilabkommen gedacht, aber angesichts der vollkommen neuen politischen Lage scheint es unrealistisch, dass die Zapatistas mit der in sauberen Wahlen bestimmten Regierung etwa ein Abkommen über "Demokratie" schließen könnte. Denn anders als 1994 verfügen heute staatliche Institutionen wie die Wahlbehörden über ein hinreichendes Maß an Unabhängigkeit und Legitimität, so dass die Verbesserung des demokratischen Prozedere in Abstimmung mit diesen Staatsorganen erfolgen kann und ein Abkommen zwischen Staat und Zapatistas zu diesem Punkt keinen Sinn mehr macht.

Auf den Punkt gebracht heißt das: Waren die Zapatistas 1994 angetreten, um eine nicht näher definierte "demokratische Revolution" loszutreten, so verlangen sie heute im Wesentlichen "nur" noch systemimmanente Reformen, welche die Lage der Indígenas verbessern sollen. Systembedrohend waren diese Reformforderungen nur so lange, wie das verknöcherte PRI-Regime auf blanke Gewalt setzte. In dem Maße, wie die neue Regierung auf Dialog macht, sind die Zapatistas gezwungen, sich an den Tisch zu setzen.

Schneller Foxtrott

Die neue Regierung ließ der Opposition keine Zeit, ihre Wahlniederlage zu verdauen. Mit seinem Kommunikationstalent und einer plural zusammengesetzten Regierungsmannschaft im Rücken punktet Präsident Fox nicht nur im Chiapas-Konflikt. Mit einer ganzen Serie symbolischer Aktionen wie etwa der Aufhebung einer Reihe von Straßensperren, der Freilassung von etwa 20 inhaftierten Zapatistas (von insgesamt 120), der Schließung von vier (von 259) Militärgarnisonen in der Konfliktzone und dem Einbringen des San Andrés-Friedensabkommens ins Parlament untermauerte Fox seine Ankündigung, dass ein Friedensschluss in Chiapas für seine Regierung hohe Priorität haben werde. In dieselbe Stoßrichtung geht die Ankündigung der Migrationsbehörde, dass die Anfeindung und Ausweisung internationaler Beobachter in Chiapas zu Gunsten einer deutlich offeneren Haltung korrigiert werde.

Diese Teilzugeständnisse, an die unter der PRI-Regierung von Präsident Zedillo nicht einmal im Traum zu denken war, haben in der mexikanischen Gesellschaft den Eindruck entstehen lassen, dass es Präsident Fox ernst sei mit der Absicht, den Chiapas-Konflikt zu befrieden. Selbst in der linksliberalen Tageszeitung La Jornada, dem wichtigsten publizistischen pro-zapatistischen Medium mit Massenwirksamkeit läuft eine ernsthafte und kontroverse Debatte, ob und wie weit die Regierung den Zapatistas wirklich entgegenkommt. Da gibt es sowohl Stimmen, die von "sehr positiven Signalen" sprechen wie etwa Miguel León Portilla (28.01.2001), als auch solchen wie des bekannten linken Romanciers Carlos Montemayor, der aus der "Überfülle der Erklärungen" und den "unzureichenden und schwächlichen Handlungen" "sehr negative" Schlüsse zieht. (17.1.2001)

Allein die Existenz dieser Debatte in La Jornada, um vom deutlich rechts davon angesiedelten Mainstream gar nicht zu reden, zeigt aber, dass die Zapatistas unter Zugzwang gekommen sind. Der schwarze Peter des "Verweigerers" von ernsthaften Verhandlungen ist auf Grund der oben genannten Teilzugeständnisse eben nicht mehr von vorneherein und völlig eindeutig im Feld der Regierung. Diese Schritte bringen die Zapatistas in der Gesellschaft in Erklärungsnot und zwingen sie, ein konkretes Verhandlungsangebot zu formulieren.

Man kann die bisherigen Regierungszugeständnisse auch einfach als "kosmetisch" werten, wie dies in ak 446 zu lesen war. Die Frage ist nur, was dann der Maßstab für diese Bewertung ist. Aus meinen bisherigen Überlegungen dürfte klar geworden sein, dass dies keinesfalls die Vorgängerregierung sein kann. Denn von dieser ist jedes einzelne Zugeständnis über Jahre und strikt abgelehnt worden. Die PRI war sogar dazu bereit, einen hohen Preis in Form internationalen Prestigeverlustes zu bezahlen. Dies ist der neuen PAN-Regierung offensichtlich bewusst. Denn sie begründet ihre neue Politik nicht zuletzt damit, dass sie die negative Auslandssicht gerade vermeiden möchte, weil sie für die erwünschten ausländischen Kapitalinvestitionen hinderlich sei.

Die Zapatistas sind nicht die Einzigen, die mit der Regierung Fox ihre liebe Mühe haben. Den sozialen Bewegungen, Gewerkschaften und der links-zentristischen Partei der demokratischen Revolution (PRD) unter Cuauthémoc Cárdenas geht es nicht viel besser. Sie haben es bisher nicht geschafft, der Mischung aus unternehmerfreundlicher Wirtschaftspolitik und demokratischer Öffnung der politischen Sphäre etwas entgegenzusetzen. Denn was ist aus linker Sicht zu kritisieren, wenn der bekannte argentinische Folteroffizier Cavallo nach Spanien ausgeliefert wird, wenn die USA aufgefordert werden, die absurde "Zertifizierung" der Drogenpolitik aufzugeben oder wenn Fox eine Verfassungsreformdebatte anstößt mit dem Ziel, den Zentralismus und die Vormacht des Präsidenten zu verringern? Was soll man daran aussetzen, dass Ricardo Pascoe, ein ausgewiesender Kuba-Kenner mit trotzkistischer Vergangenheit, der gegenwärtig der Führungsriege der links-zentristischen PRD angehört, Mexikos Mann in Havanna wird. Fidel Castro jedenfalls, war des Lobes voll für Präsident Fox.

Linke Defensive in ersten 100 Tagen

Mit anderen Worten, der Politik-Mix, den die neue bislang Regierung pflegt, ist äußerst geschickt. Sie vermeidet Konfrontationen mit linken und sozialen Bewegungen, bindet gemäßigt linke Persönlichkeiten in verantwortungsvolle Positionen ein und maximiert so die Konfusion in den gegnerischen Reihen. Die PRD beispielsweise schwankt zwischen prinzipieller Opposition und Zusammenarbeit in Sachfragen wild hin und her. Es muss sich zeigen, ob das drum herum um die Zapatista-Tour in die Hauptstadt so viel in Bewegung bringt, dass sich die erste Welle der Fox-Euphorie bricht. Wenn dies gelänge, wäre einiges erreicht.

Die nahezu dreiwöchige Karawane eignet sich gut zur Sammlung von Aktivisten und als Ausgangspunkt für vielfältige politische und organisatorische Aktivitäten. Insofern hat diese Initiative sicherlich ein offensives Moment. Was jedoch den Ausgangspunkt betrifft, die Reaktion auf die schnellen Vorgaben der neuen Regierung, sowie die inhaltliche Grundlage der Aktion, die Verteidigung des San-Andrés-Abkommens, so handelt es sich um eine Flucht nach vorne. Es ist anzuzweifeln, ob auf der Grundlage des San-Andrés-Abkommens eine weitertragende Bewegung aufgebaut werden kann, einfach deshalb, weil es sich dabei um Regelungen handelt, die vor allem Indígenas, also lediglich 10-15% der Gesamtbevölkerung betreffen. Die aktuelle Aufregung erinnert eher an im Prinzip ähnlich gelagerte Märsche der Zapatistas, die zwar immer viel Aufmerksamkeit und Sympathiebezeigungen brachten, jedoch nie den Sprung schafften, diese Sympathie auch dauerhaft zu binden und politisch zu organisieren. Aber was bleibt, außer es immer wieder zu versuchen?

Albert Sterr

Zapatour

Am Samstag, den 24. Februar, wollen die zapatistischen KommandantInnen von San Cristóbal in Chiapas nach Mexiko-Stadt aufbrechen. Dafür werden sie alles andere als den direkten Weg nehmen. Die Buskarawane in Begleitung von Hunderten SympahisantInnen wird durch große Teile Süd-Mexikos tingeln. Ein längerer Zwischenstopp ist Anfang März in Nurío im Bundesstaat Michoacán geplant. Dort findet das dritte Treffen des mexikoweiten Zusammenschluss der Indígena-Organisationen Congreso Nacional Indígena statt. Dann geht die Reise weiter bis die Zapatistas am Sonntag, den 11. März, in der Hauptstadt ankommen sollen. Dort wird für diesen Tag eine Massendemonstration zur Unterstützung der Zapatistas erwartet. Ob es ein direktes Treffen zwischen EZLN-Comandantes und der Regierung geben wird, ist noch unklar. Die EZLN fordert als Vorbedingung die Erfüllung von drei Forderungen: Rückzug der Armee aus sieben Stellungen im Kerngebiet der Aufstandsbewegung, Freilassung aller zapatistischen Gefangenen und die Annahme einer Gesetzreform zu indianischen Rechten durch den Kongress. Auf die Frage, wie lange sie in Mexiko-Stadt bleiben möchten, antwortete Subcomandante Marcos kürzlich: "So lange wie es notwendig ist, einen Dialog mit dem Kongress und der Zivilgesellschaft herzustellen."

Informationen zur Zapatour: www.ezln.org, www.ezlnaldf.org

# 3. Das Jahr 1977 ... begann gut. Auch die Buback-Kampagne hat Spaß gemacht. Dann kam es knüppeldick

Autor: Js. · Rubrik: Westdeutsche Linke allgemein; KB und AK; Geschichte der BRD · CD-Datei: daten/aksuche/ak447/13.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:447:13

Oberflächlich gesehen ging es bei der Wiederbelebung der Buback-Hysterie um den Versuch der Bild-Zeitung und der CDU, Trittin zu schlagen und Rotgrün zu treffen. Dieser Versuch ist gescheitert. Anders als Joschka Fischer ist Jürgen Trittin nachweislich "unschuldig". Er war an der Herausgabe des Buback-Nachrufs nicht beteiligt, und auch der von Bild bis Spiegel erhobene Vorwurf, Trittin habe einen RCDSler mittels eines Mikrofonkabels "gewürgt", erwies sich als Erfindung. Damit könnte der zweite Aufguss der Affäre beendet sein - würde nicht gleichzeitig versucht, die linke Geschichte der 70er Jahre umzuschreiben. An diesem Projekt sind auch Teile der Linken beteiligt. Ihr Beitrag zur Geschichtsrevision ist gefährlicher als Angela Merkels dummdreister Ausspruch, der bundesdeutsche Staat habe damals "alles richtig gemacht".

Während die veröffentlichte Meinung die Revolte von 1968 immerhin als ambivalent bewertet, erscheinen die 1970er Jahre in den Medien als Sammelsurium unterschiedlicher linker Irrwege: "Terrorismus", blindwütige Militanz von "Streetfightern", K-Gruppen-Sektierertum, Bewunderung für den "realen Sozialismus". Allenfalls der "lange Marsch durch die Institutionen" (die SPD-Gremien) oder die in der zweiten Hälfte des Jahrzehnts aufkommenden "neuen sozialen Bewegungen", sofern gewaltfrei, finden Gnade vor dem strengen Blick der Kommentatoren. Besonders unlogisch ist die Argumentation der Renegaten, die - wie Fischer und Cohn-Bendit - einerseits "68" verteidigen und die staatliche Gewalt anklagen, andererseits aber sich und der Linken vorwerfen, den Staat als Gegner gesehen zu haben, statt dessen "Gewaltmonopol" anzuerkennen.

Ein genauerer Blick auf die 1970er Jahre zeigt, dass Fischers und Cohn-Bendits Darstellung falsch ist: ein demokratischer, wenn auch teilweise "überreagierender" Staat wäre von gewalttätigen oder gewaltbereiten Linken verunglimpft und herausgefordert worden. Um die Geschichtsbetrachtung nicht ausufern zu lassen, soll hier allein das Jahr 1977 in den Blick genommen werden - ein ungeheuer ereignisreiches Jahr, das mit den Stichworten "Buback" und "Deutscher Herbst" nur sehr unzureichend beschrieben ist. (Zu den davor liegenden Jahren sei nur kurz in Erinnerung gerufen: Schon 1976, auf dem legendären "Pfingstkongress" des Sozialistischen Büros, war die Idee entstanden ein Russell-Tribunal über die Repression in der BRD zu veranstalten. Denn entgegen der noch heute gern zitierten Ankündigung aus Willy Brandts Regierungserklärung von 1969 - "Wir wollen mehr Demokratie wagen" - waren schon die ersten Jahre der sozialliberalen Koalition geprägt von Gesinnungsschnüffelei und Berufsverboten, "Terrorismus"-Hysterie und polizeilichen Todesschüssen. Unter Helmut Schmidt, der 1974 Willy Brandt als Kanzler ablöste, wurde der starke Staat mit dem Markenzeichen "Modell Deutschland" weiter perfektioniert.)

Das Jahr 1977 begann mit linker Massenmobilisierung, vor allem gegen den Bau von Atomkraftwerken. Nach den Kämpfen im badischen Wyhl war seit Herbst 1976 die AKW-Baustelle in Brokdorf (Unterelbe) zum Hauptangriffspunkt der Bewegung geworden. Nach zwei Besetzungsversuchen im Oktober und November 1976 wurde die für den 19. Februar 1977 angesetzte Demonstration in Brokdorf verboten, in den Medien Bürgerkriegsstimmung geschürt. Unvergessen bleibt die Gewaltfantasie des Bild-Chefredakteurs und späteren Regierungssprechers Peter Boenisch. In einem Kommentar, überschrieben "Die Jungfrau von Brokdorf", warf er der Anti-AKW-Bewegung vor, sie wolle tote Märtyrer, am liebsten eine fotogene "Jungfrau". Während Sozialdemokraten, DKP und Teile der Gewaltfreien zu einer genehmigten Kundgebung im weit entfernten Itzehoe aufriefen, widerstand die Linke der Medienhetze und Kriminalisierung. Die trotz Verbot mit 30.000 TeilnehmerInnen durchgeführte Demonstration war ein großer politischer Erfolg - auch wenn auf einen neuen Besetzungsversuch verzichtet wurde.

Vier Wochen später, am 19. März, folgte der Angriff auf die AKW-Baustelle in Grohnde (bei Hannover). 15.000 DemonstrantInnen machten sich daran, den beliebten Slogan "Der Bauplatz muss wieder zur Wiese werden" unmittelbar in die Tat umzusetzen. Die Ausrüstung mit Helm, Schutzbrille, wasserdichter Kleidung und Arbeitshandschuhen galt im Polizeijargon als "passive Bewaffnung"; die Polizei selbst, gar nicht passiv,

beendete den erfolgreich begonnenen Angriff auf den Bauzaun mit Wasserwerfern und Reiterstaffeln. Etliche Militante wurden festgenommen und später verurteilt.

Die Presse als Sprachrohr der Krisenstäbe

Die Bewegung warf das nicht um. In einem Agitationsfilm der BUU (Bürgerinitiative Umweltschutz Unterelbe) gab der Sprecher als Ziel an, in naher Zukunft 100.000 Leute nach Brokdorf zu mobilisieren. Der Film endete mit der ernst gemeinten Losung: "Das hält kein Bauzaun aus". Dass der Aufschwung der Bewegung keineswegs unaufhaltsam war, zeigte sich im Juli im französischen Malville, wo der AKW-Gegner Vital Michalon durch eine Offensivgranate getötet wurde. Gleichwohl stand auf der Titelseite von Arbeiterkampf (AK) 110, direkt neben dem Malville-Bericht, ein Aufruf mit der Überschrift "Vor einem heißen AKW-Herbst!". Zu den Versuchen der Regierung, die AKW-Gegner mit nebulösen Formulierungen über einen befristeten "Baustopp" zu verwirren, heißt es dort: "Offensichtlich hat die Anti-AKW-Bewegung in der BRD bereits eine Kraft erreicht, die der Regierung neue Überlegungen aufnötigt, wie der Widerstand gegen ihr lebensbedrohendes Atomprogramm zerbrochen werden kann."

Dass diese Überlegungen zu einem bis dahin kaum für möglich gehaltenen bundesweiten Polizei-Aufmarsch führten, sollte sich dann am 24. September anlässlich der Demonstration gegen den Schnellen Brüter in Kalkar (Niederrhein) zeigen. Die meisten AKW-GegnerInnen, die nach Kalkar wollten, wurden schon an ihren Abfahrtsorten oder mitten auf der Autobahn von schwer bewaffneten Polizisten aufgehalten, durchsucht und gedemütigt. Die bundesweit koordinierte Polizeiaktion gegen eine keineswegs revolutionäre, in Teilen sogar explizit gewaltfreie Massenbewegung löste den sog. "Kalkar-Schock" aus - ein Gefühl der Ohnmacht gegenüber der Staatsmacht, die sich über ein zutiefst berechtigtes demokratisches Anliegen und über die Gesetze gewaltsam hinwegsetzte.

Gänzlich unabhängig von den Massenaktionen der Anti-AKW-Bewegung startete die RAF am 7. April ihre militärische Offensive mit dem Anschlag auf Generalbundesanwalt Siegfried Buback. Der Nachruf des bis vor kurzem anonymen Göttinger Mescalero traf - abgesehen von seiner "typisch spontihaften" Diktion - die in der Linken vorherrschende Stimmung: Die "klammheimliche Freude" war weit verbreitet, trauern tat niemand, aber lauten Jubel gab es ebenfalls nicht. Die Titelseite von AK 103 zeigte ein Foto vom Staatsbegräbnis mit der Bildunterschrift: "Die Bourgeoisie trauert um einen ihrer Eifrigsten. Der Aufwand ist entsprechend prächtig. Das ‚Bonner Wachbataillon` ist angetreten. Sicher nicht zum letzten Mal." Die Überschrift über dem Foto lautete: "Nach dem Buback-Attentat: Der RECHTS-Staat marschiert." Das bezog sich auf die internationale Fahndung, aber auch auf Forderungen nach diversen Gesetzesverschärfungen. In aller Öffentlichkeit marschierte der Rechts-Staat dann am 27. Mai in Göttingen - Anlass war der Buback-Nachruf, veröffentlicht in den vom AStA herausgegebenen göttinger nachrichten. Weit über 100 Polizisten, etliche mit Maschinenpistolen im Anschlag, durchsuchten die AStA-Druckerei, das KBW-Büro, den linken Buchladen und 17 Privatwohnungen; sie verwüsteten Räume und beschlagnahmten "verdächtiges" Material.

Die Probleme der Solidaritätskampagne gaben einen Vorgeschmack auf den wenige Monate später hereinbrechenden Deutschen Herbst: Teile der Linken, allen voran die DKP, verweigerten die Solidarität - weil die "Provokation" des Göttinger AStA, getragen vom Kommunistischen Bund (KB) und den Spontis der "Bewegung undogmatischer Frühling" (BUF), "lediglich dem politischen Gegner" nütze und von den "Herrschenden" hätte "inszeniert" sein können ("Bubackkampagne - ein typischer Fall von Provokation", herausgegeben vom Bundesvorstand des MSB Spartakus). Trotz Distanzierungsdruck und Medienhetze solidarisierten sich 48 Hochschullehrer und Rechtsanwälte mit dem Göttinger AStA. Die von ihnen herausgegebene Dokumentation enthielt nicht nur den Nachruf, sondern auch Solidaritätserklärungen und Proteste gegen die Einschränkung demokratischer Freiheiten, Berufsverbote etc. Der Berliner Wissenschaftssenator Peter Glotz (SPD) veröffentlichte in der Welt einen Offenen Brief an die beteiligten Professoren, dessen Tenor die Welt-Redaktion mit der Überschrift "Distanzieren Sie sich oder gehen Sie!" auf den Punkt brachte. Später unterschrieben zwölf von 13 niedersächsischen Professoren, die für die Dokumentation verantwortlich waren, eine Distanzierungserklärung und gelobten, sich "in Krisenzeiten und in ernsthaften Konfliktsituationen" staatstreu zu verhalten.

Eine historische Zäsur

Dagegen warnte der Schriftsteller Erich Fried auf einer Demonstration von 6.000 Studierenden am 15. Juni in Göttingen vor den Folgen des "geknickten Ganges". Wer schon bei den ersten Schritten der Gegenwehr "Halt" und "Vorsicht" schreie, mache sich selbst zum Opfer des "Modell Deutschland". Fried war damals ein gern gesehener Agitator auf linken Veranstaltungen - ebenso wie Professor Peter Brückner, der sich als einziger unter den an der Buback-Dokumentation beteiligten niedersächsischen Hochschullehrern dem Distanzierungsdruck nicht gebeugt hatte.

Nach der Ermordung des Dresdner-Bank-Sprechers Jürgen Ponto (30.7.) und der Entführung des Arbeitgeber-Präsidenten und Altnazis Hanns Martin Schleyer (5.9.) durch die RAF nahm der Druck auf die Linke im weitesten Sinne zu. Die mindestens tägliche Distanzierung vom Terrorismus wurde zur ersten Bürgerpflicht erhoben, der Abbau demokratischer Rechte und der Ausbau des staatlichen Gewaltapparates zum Gebot der Stunde erklärt. In einem dringenden Appell an die Linke rief das Leitende Gremium (LG) des Kommunistischen Bundes zum Widerstand auf: "Ängstliches Untertauchen und hysterisches Abgrenzen bieten weder persönlichen noch politischen Schutz, sondern erleichtern der Bourgeoisie das beabsichtigte Geschäft." (AK 113, 19.9.1977) Aber nicht nur Jusos und DKP, auch die auf ihre Unabhängigkeit so stolzen Intellektuellen des Sozialistischen Büros (SB) gaben dem Distanzierungsdruck nach. So beklagte Wolf Dieter Narr, "dass einzelne und Gruppen immer noch den Mescalero-Artikel und seinen Nachdruck zu verharmlosen bereit sind... Diese Verharmlosung ist aber für die Existenz der Linken in der BRD insgesamt bedrohlich". Narrs Genosse Detlev Claussen fühlte sich zu einer Kritik des "universitären Unterschriftenkarussells" veranlasst - gemeint waren Unterschriften prominenter Linker unter den Nachdruck des Buback-Nachrufs. Hermann L. Gremliza hatte schon im Mai 1977, nach dem Buback-Attentat, in konkret die Linke zur anti-terroristischen Einheitsfront mit der Polizei aufgefordert: "Dazu gehört: jeden Waffenfund anzuzeigen, jeden Passdiebstahl zu melden, jeden Unterschlupf zu verweigern, den letzten Rest einer Solidarität, die diese Bombenleger selbst nie geübt haben, zu entziehen."

Der weitere Gang der Dinge im Oktober 1977 ist auch Jüngeren, soweit politisch interessiert, in groben Zügen bekannt: die Entführung des Lufthansa-Passagierflugzeuges "Landshut" durch ein palästinensisches Kommando (13.10.), die am 18. Oktober in Mogadischu endete, als die bundesdeutsche GSG 9 das Flugzeug stürmte und drei der vier Entführer erschoss; die Nacht von Stammheim (17./18.10), in der die RAF-Gefangenen Andreas Baader, Gudrun Ensslin und Jan-Carl Raspe starben, während Irmgard Möller schwer verletzt überlebte; die umgehend von Staats wegen verordnete These, hier könne es sich nur um Selbstmord gehandelt haben; Schleyers Tod in den frühen Morgenstunden des 18. Oktober. (vgl. Schwerpunktthema "20 Jahre Deutscher Herbst", ak 406).

Der Deutsche Herbst, spätestens mit der Kalkar-Demo der Anti-AKW-Bewegung am 24. September begonnen, bedeutete nicht nur Allgegenwart des Polizeistaates, der sich durch keinerlei gesetzliche Hemmnisse aufhalten ließ, sondern auch eine rasante Rechtsverschiebung der veröffentlichten Meinung. Auch kritische Medien wie die Frankfurter Rundschau unterwarfen sich so widerstandslos den Sprachregelungen der Krisenstäbe, dass das im AK benutzte Schmähwort "Regimepresse" auch heute nicht übertrieben erscheint. Zweifel an der Selbstmordthese galten als Hochverrat, wer nicht um Schleyer trauern mochte, war ein Staatsfeind, und allenthalben wurden Bekenntnisse zur "freiheitlich-demokratischen Grundordnung" (FDGO) verlangt. Mit besonderem Eifer machten sich Politiker und Medien daran, die "geistigen Mittäter" und "Sympathisanten" des Terrors aufzuspüren. Leitspruch staatlicher und medialer Fahndungstätigkeit war ein Satz aus einem Kommentar der FAZ (14.10.1977): "Wer den Kreis der Sympathisanten zu klein zieht, kann das Umfeld der Terroristen und damit diese selbst nicht bekämpfen."

Der aufrechte und der geknickte Gang

Die demokratische Gegenwehr kam spät. Erst Ende Oktober veröffentlichten 20 linke und linksliberale Prominente einen Aufruf "Für die Bewahrung der Grundrechte und für die Freiheit des Denkens". Die allgegenwärtige Zumutung, sich zu "distanzieren", wird in dem Aufruf als Mittel zu einem anti-demokratischen Zweck zurück gewiesen : "Verlangt wird die Aufgabe kritischen Denkens, die Unterwerfung unter den Gesinnungsterror der Reaktion und die Hinnahme demokratisch nicht mehr kontrollierter staatlicher Gewalt." Gleichzeitig kritisieren die Aufrufer an SPD und FDP lediglich "die Neigung in Regierungskreisen, sich diesem Druck der Reaktion zu beugen". Gleichwohl erforderte auch diese - aus linker Sicht - halbherzige Intervention damals viel Mut, weshalb die UnterzeichnerInnen hier noch einmal genannt werden sollen: Alfred Andersch, Peter O. Chotjewitz, Ingeborg Drewitz, Bernt Engelmann, Hanns Dieter Hüsch, Günter Giesenfeld, Horst

Herrmann, Gerhard Kade, Arno Klönne, Walter Kreck, H.J. Krysmanski, Reinhard Kühnl, Manfred Mezger, Josef Reding, Helmut Ridder, Luise Rinser, Alexander Schubart, Eckart Spoo, Fritz Strassmann, Gerhard Stuby.

Zu nennen ist auch Heinrich Böll, der mit einem damals vielzitierten Ausspruch Proteste gegen Terrorismus-Hysterie und Distanzierungswut ermunterte: "Uns langt's! Allmählich langt es uns ganz dicke hier."

Insgesamt aber blieb das, was im AK ab der Ausgabe vom 15.11.1977 als linke "Gegenoffensive" präsentiert wurde, schwach. Auch und gerade die anderen K-Gruppen - KPD/AO (Vorsitzender: Christian Semler), KBW (Joschka Schmierer) und KPD/ML (Ernst Aust) - meinten es sich selbst angesichts von Verbotsdrohungen leisten zu können, auf Bündnispolitik zu verzichten. Im Kommunistischen Bund dagegen reifte in dieser Zeit die Erkenntnis, das "politische Überleben der Kommunisten" hänge davon ab, dass sie ins demokratische Lager hinein bündnisfähig würden. Mitten im Deutschen Herbst bildeten sich in Hamburg erste Ansätze zu einem alternativen Wahlbündnis, das dann im Juni 1978 zur Bürgerschaftswahl antrat und 3,5% erreichte. Der KB, der anfangs verhalten, dann mit großem Einsatz an der Bunten Liste mitwirkte, setzte gleichzeitig die Polemik gegen das Versagen der "staatstreuen Linken" fort.

Was ist geblieben von 1977? Das Jahr brachte eine Zäsur, besonders die Todesnacht von Stammheim - der begründete Verdacht, ein demokratischer Staat liquidiere seine Gegner - war auch für Linksradikale, die dem "Schweinesystem" stets das Schlimmste unterstellten, ein weiterer Schock, weniger als einen Monat nach dem von Kalkar. Hinzu kam das gesellschaftliche Klima - Terror-Hysterie und Distanzierungswut - das Linken das Gefühl vermittelte, in absolut feindlicher Umgebung zu leben. Ehe man es sich versah, stand man schwer bewaffneten Bullen gegenüber; Wohngemeinschaften waren per se verdächtig, potenzielle Schlupfwinkel für "Terroristen" zu sein. Dass der Polizeistaat nicht nur Jagd auf "Terroristen" und deren "Sympathisanten" machte, sondern auch Massen das Demonstrationsrecht verweigerte, war noch kein Faschismus, aber eine Warnung, die verstanden wurde. Massenaktionen am Bauzaun gab es in den folgenden Jahren nicht mehr. Große Teile der Spontis zogen sich in die Spaßguerilla zurück. Und die Krise des KB, im Sommer 1978 öffentlich eingestanden, hatte auch mit der Erfahrung zu tun, dass man einem übermächtigen und skrupellosen Gegner gegenüber stand. Der Versuch eines Teils der Hamburger Kader, den Rückzugstendenzen durch eine Sammlung der strammen Leninisten entgegenzutreten, führte schließlich zur Spaltung des KB.

Die Erfahrungen mit dem staatlichen Gewaltapparat spielten natürlich auch beim Entstehen der alternativen Wahlbewegung eine Rolle. Zwar sollte - nach dem Willen der hieran beteiligten Linken - der außerparlamentarische Kampf das "Standbein" bleiben. Mit der Gründung der Grünen Partei im Januar 1980 war aber klar, dass der parlamentarische Weg über das Rütteln am Bauzaun gesiegt hatte. Dieser Weg führte schließlich zur Verstaatlichung der Grünen Partei. Diejenigen, die darin einen Fortschritt an "Zivilität" sehen, müssen fast zwangsläufig die "Verirrungen " der Linken in den "schrecklichen 70ern" so abstoßend wie nur möglich ausmalen. Nur so kann der Niedergang der grünen Bewegung wenigstens als kleineres Übel ausgegeben werden.

Js.

# 4. Ein erfülltes Leben ... Siegfried Buback - ein Staatsdiener mit besonderem Auftrag

Autor: mb. · Rubrik: Klassenjustiz, Repressionen; RAF; Geschichte der BRD · CD-Datei: daten/aksuche/ak447/26.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:447:26

Am 7. April 1977 wurde in Karlsruhe Generalbundesanwalt Siegfried Buback durch Schüsse aus einer Maschinenpistole getötet. Verantwortlich für den Anschlag war das RAF-"Kommando Ulrike Meinhof". Die "klammheimliche Freude", von der im Mescalero-Nachruf die Rede war, traf die Stimmung in weiten Teilen der Linken. Mit Buback hatte die RAF einen Repräsentanten des Staates gewählt, der wegen seiner Rolle bei der Verfolgung der bewaffneten Linken keine Trauer aufkommen ließ.

Siegfried Buback wurde 1974 zum Generalbundesanwalt (GBA) ernannt - zu einem Zeitpunkt, als die "Baader-Meinhof-Bande" als zerschlagen galt: Entweder waren ihre Mitglieder schon abgeurteilt, oder sie warteten auf ihren Gerichtsprozess - wenn sie nicht schon wie Petra Schelm bei der Festnahme erschossen worden waren. Als Generalbundesanwalt war Buback der Chef der ranghöchsten Ermittlungs- und Anklagebehörde in Sachen Staatsschutz und Hochverrat in der BRD, der Bundesanwaltschaft (BAW). In dieser Funktion war er verantwortlich für Verteidigerausschlüsse, für die Haftbedingungen der politischen Gefangenen, für Isolationshaft, für die physische und psychische Zerstörung ihrer Persönlichkeit und zumindest indirekt verantwortlich für den Tod von Holger Meins, Siegfried Hausner und Ulrike Meinhof.

Holger Meins starb am 9. November 1974 nach fast zwei Monaten Hungerstreik, der sich gegen die Sonderhaftbedingungen, denen die RAF-Gefangenen unterworfen waren, richtete. Bis auf 42 kg war der über 1,85 Meter große Holger Meins zum Zeitpunkt seines Todes abgemagert. Trotz seines erkennbar kritischen Zustands wurde ein Arzt seines Vertrauens nicht zugelassen. Diese Verfügung ging auf die von Buback beantragten Haftbedingungen zurück. Am 1. November sollte Holger Meins nach Stammheim zu anderen RAF-Gefangenen verlegt werden. Ohne Einspruchsmöglichkeiten der Rechtsanwälte wurde diese Verlegung durch das BKA mit Einwilligung des GBA verzögert und mit dem pauschalen Hinweis auf Sicherheitsgründe gerechtfertigt.

Am 4. Mai 1975 starb in Stammheim Siegfried Hausner. Bei der Besetzung der deutschen Botschaft in Stockholm am 24. April war er schwer verletzt worden. Als die Bundesregierung auf die Forderung nach Freilassung von 26 politischen Gefangenen in der BRD nicht einging, explodierte in der Botschaft eine Bombe. Trotz schweren Verbrennungen und Schädelverletzungen wurde Siegfreid Hausner fünf Tagen nach der gescheiterten Aktion in die BRD ausgeliefert und mit Zustimmung Bubacks nach Stammheim gebracht, obwohl dort keine ausreichende medizinische Versorgung gewährleistet werden konnte. Sein am 30. April geäußerter Wunsch, mit seinem Anwalt Klaus Croissant zu sprechen, wurde Croissant per Brief erst am 5. Mai durch Bubacks Behörde zugesandt - einen Tag nach dem Tod von Siegfried Hausner. Seit seiner Auslieferung aus Schweden bis zu seinem Tod hatte er keinen Kontakt zu irgendeiner Person seines Vertrauens.

Im April 1973 regte Buback im Zusammenhang mit dem Auftrag für ein Gutachten über Ulrike Meinhofs "Geisteszustand" an, den Psychochirurgen Loew hinzu zu ziehen. Später beantragte die BAW eine Gehirnuntersuchung von Ulrike Meinhof und einen chirurgischen Eingriff in das Gehirn zu Untersuchungszwecken. Ein Gericht erlaubte durch Beschluss später sogar eine beantragte Untersuchung unter Zwang. Diese Pläne scheiterten jedoch am Widerstand der Öffentlichkeit. Obwohl die Umstände des Todes von Ulrike Meinhof am 9. Mai 1976 bis heute noch nicht geklärt sind, wusste die BAW bereits vier Stunden nach dem angeblichen Selbstmord das Motiv: Spanngungen in der Gruppe.

Buback war ein innovativer "Verteidiger des Rechtsstaats". Unter seiner Ägide wurde die Pressepolitik der BAW offensiv in das Konzept der Terrorismusbekämpfung einbezogen. Er schuf eine institutionalisierte Pressekonferenz bei der BAW. "Die Bekämpfung des Terrorismus durch die Polizei ist aber nur ein Teil des Problems; ebenso wichtig ist die politische Aufklärung. Und dabei spielen die Massenmedien eine große Rolle", so Buback 1976. Was Buback unter "Aufklärung" verstand, war Manipulation: "Generalbundesanwalt Buback bekannte sich zu einer offensiven Information der Öffentlichkeit über die Baader-Meinhof-Bande. Es kommt allerdings darauf an, wie, wann und welche Informationen weitergegeben würden." (FAZ, 25.2.75)

Offen rühmte er sich selbst, gegebenenfalls auch gegen geltende Gesetze zu verstoßen. "Der Staatsschutz lebt davon, dass er von Leuten wahrgenommen wird, die sich dafür engagieren. Und Leute, die sich dafür engagieren, wie Herold (damaliger BKA-Chef, Anm. ak) und ich, die finden immer einen Weg. Wenn sie eine gesetzliche Regelung haben und sie mal strapazieren müssen, funktioniert sie meistens ja doch nicht." (Interview im Spiegel, 16.2.76)

Mit Buback wurde die Rolle der BAW als Organ der politischen Justiz offenkundig. Mit allen Mitteln wurde versucht, die RAF-Gefangenen als Geistesgestörte und Kriminelle darzustellen. Als "Staatsfeinde Nr. 1" gejagt, wurden sie als gewöhnliche Kriminelle angeklagt, aber wegen ihrer politischen Motive in Isolationshaft und zum Teil in sogenannten Toten Trakten von der Außenwelt abgeschottet. Selbst das Recht auf einen Verteidiger des Vertrauens sollte den RAF-Gefangenen abgesprochen werden. Die Mittel, die Buback dabei einsetze, reichten von Verteidigerausschlüssen, dem damals neu eingeführten Verbot der Mehrfachverteidigung bis hin zur Kriminalisierung einzelner Anwälte wegen angeblicher "Unterstützung einer kriminellen Vereinigung". Das alles ganz gemäß der demokratischen und rechtsstaatlichen Gesinnung des Herrn Buback: den Verteidigern von Terroristen dürfe ein fairer Prozess nicht gewährt werden.

mb.

# 5. "Sind sie gegen den Flughafenausbau?" Verfassungsschützer sammeln Daten von Flughafengegnern im Rhein-Main-Gebiet

*Verfassungsschützer sammeln Daten von FlughafengegnerInnen im Rhein-Main-Gebiet*

Autor: Thomas Klein · Rubrik: Geheimdienste · CD-Datei: daten/aksuche/ak447/28.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:447:28

Wer einen Artikel für die DKP-Zeitung Blickpunkt schreibt, gerät ins Visier des Verfassungsschutzes. Auch wenn der Beitrag nur auf einer Jugendseite des in einigen südhessischen Gemeinden verteilten Blattes erscheint, die von jungen Leuten ohne Einflussnahme der Partei betreut wird. Wenn noch die Mitgliedschaft in einer Bürgerinitiative hinzukommt, die den Flughafen-Ausbauplänen der Wiesbadener Landesregierung und der Flughafen AG entgegentritt, ist das für die hessischen Verfassungsschützer Grund genug, dezente Zurückhaltung aufzugeben und forsch aktiv zu werden.

Die Begegnung mit einem unbekannten Paar, das scheinbar zufällig am Bahnhof der Flughafenanrainer-Gemeinde Mörfelden-Walldorf aufkreuzte und angeblich im Auftrag der hessischen Landesregierung eine Umfrage ("Sind Sie gegen den Flughafenausbau?") durchführte, endete für ein Mitglied der örtlichen BI mit einer Überraschung: Die Unbekannten entpuppten sich am nächsten Tag, am 1. Februar diesen Jahres, als sie bei einer Einladung zu einer Tasse Kaffee scheinbar ihren Fragenkatalog durchgehen wollten, als Mitarbeiter des hessischen Verfassungsschutzes.

Auch ohne Tarnung sind die Staatsorgane derzeit als Datensammler in Sachen Flughafenwiderstand unterwegs. Als Mitte September letzten Jahres in Wiesbaden 10.000 Menschen gegen den Ausbau des Frankfurter Flughafens auf die Straße gingen, gab es angesichts des Verhaltens der Polizei teils heftige Kritik der BIs: Obwohl der Protestzug absolut friedlich verlaufen sei, so die AusbaugegnerInnen, habe ein Video-Trupp der Polizei die Demonstration begleitet und eifrig gefilmt. Dass Gegenerinnen und Gegner einer weiteren Flughafenerweiterung nun sogar von VS-MitarbeiterInnen direkt angesprochen und mit Details aus ihrem Leben konfrontiert werden, zeigt für Sprecherinnen und Sprecher des Bündnisses der sechzig BIs eine beachtliche Qualität staatlicher Überwachung und Repression. Die "Umfrage" in Mörfelden-Walldorf ist übrigens kein Einzelfall, auch einem Mann aus Raunheim erging es ähnlich.

Die Bestätigung des hessischen Verfassungsschutzes ließ in dieser Sache überraschenderweise nicht lange auf sich warten. Die Behörde erklärte inzwischen, es würden tatsächlich im Umfeld der Ausbau-GegnerInnen Nachforschungen angestellt. Da in den BIs auch Personen mitarbeiteten, die als "extremistisch" oder "autonom" eingestuft würden, werde deren Tätigkeit unter die Lupe genommen.

Die "exremistische Position" besteht in dem Fall des BI-Mitglieds aus Mörfelden-Walldorf darin, dass der zunächst scheinbar an einer Umfrage Teilnehmende einen Artikel für die Zeitschrift Blickpunkt geschrieben hat. Anlass für das Paar vom VS, Fragen zu stellen wie "Wieso engagieren Sie sich im Umfeld der DKP?", "Wie viele junge Leute sind in der DKP?", "Sie wissen doch, dass die DKP Probleme mit der Verfassung hat?", und schließlich: "Wieso machen Sie bei der Bürgerinitiative mit?" Das zunächst verdutzte BI-Mitglied konterte mit einer Gegenfrage: "Sind Sie vom Verfassungsschutz?" In dieser Situation zogen die beiden Unbekannten es vor, sich zu ihrem Arbeitgeber zu bekennen, statt weiter vorzugeben, im Auftrag der CDU-FDP-Landesregierung tätig zu sein. Mit Blick auf das Kabinett Koch ein durchaus verständliches "Outing"!

Thomas Klein

# 6. El Salvador nach dem Erdbeben. Militärs übernehmen nationale Katastrophenhilfe

Autor: Ulf Baumgärtner · Rubrik: El Salvador · CD-Datei: daten/aksuche/ak447/18.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:447:18

Am 13. Januar 2001 erschütterte ein schweres Erdbeben El Salvador. Seitdem sind über 3.400 Nachbeben registriert worden. Das schwerste davon - ein Beben der Stärke 5,7 - ereignete sich genau einen Monat später. Es forderte erneut an die 100 Tote und brachte viele der zuvor nur leicht beschädigten Häuser zum Einsturz. Die ARENA-Regierung nutzt das Erdbeben zur Remilitarisierung. So wurde Gustavo Perdomo, ein führender Militär und mutmaßlicher Kriegsverbrecher zum Leiter der staatlichen Erdbebenhilfe ernannt.

Das Nationale Notstandskomitee COEN zog folgende Bilanz des Erdbebens: 827 Tote, 220.000 zerstörte oder beschädigte Häuser, 1.700 zerstörte oder beschädigte Schulen, über 50 zerstörte oder beschädigte Krankenhäuser, 80.000 Opfer in Notunterkünften, insgesamt 1,2 Millionen "damnificados" (vom Erdbeben betroffene Personen) und ein Schaden von schätzungsweise einer Milliarde US-Dollar.

Wie schon der Hurrikan Mitch (1998) trifft das jüngste Erdbeben in erster Linie die ohnehin schon weitgehend verarmte Bevölkerung El Salvadors. Es ist zu befürchten, dass die ausländischen Katastrophen- und Wiederaufbauhilfe nicht oder nur begrenzt die Notleidenden erreicht. Die derzeitige Regierung versucht wie ihre Vorgängerinnen, die Spenden zu zentralisieren. Die regierende rechtsextreme ARENA-Partei wirtschaftet so einen Teil der Gelder für den Wiederaufbau in ihre eigene Tasche.

Erdrutsche durch Raubbau

Das Erdbeben hat über 500 Erdrutsche ausgelöst, von denen einer die Siedlung Las Colinas in der Nähe der Hauptstadt vollständig unter sich begraben hat. Diese Erdrutsche sind Folge der jahrzehntelangen Abholzung, der Bodenspekulation und des rücksichtslosen Straßenbaus. Die Kolonisierung El Salvadors und die Inbesitznahme des Landes durch die Kaffeebarone führte zur Verdrängung und Zerstörung des ursprünglichen Regenwaldes. Heute bilden die Kaffeeplantagen den einzigen "Wald", den El Salvador noch hat.

Seit 1989 verfolgt die Regierung im Rahmen der sogenannten Strukturanpassung ein neoliberales Wirtschaftsmodell. Spekulationen auf dem Finanzsektor, die Expansion der Maquila-Industrie und die unkontrollierte Ankurbelung der Bauwirtschaft, sind einige der offensichtlichsten Auswirkungen dieser Deregulierungspolitik. In der Hauptstadt San Salvador steigen die Bevölkerungszahlen stetig. Immer mehr Menschen ziehen in die Stadt, da sie auf dem durch exzessive Ausbeutung zur Wüste werdenden Land kein Auskommen mehr finden. Der expandierende Ballungsraum San Salvador verdrängt zunehmend Kaffeeplantagen und den verbliebenen natürlichen Wald der südlich gelegenen Küstenkordillen.

Das schwach besiedelte Land ist weniger stark vom Erdbeben betroffen, wie die städtischen Regionen. Die von den niedrigen Weltmarktpreisen gebeutelte Kaffeewirtschaft beklagt 55 beschädigte Verarbeitungsanlagen, zudem wurde eine Gruppe von KaffeepflückerInnen bei der Arbeit von einem Erdrutsch erfasst . Dies war der regionalen und nationalen Presse noch eine Meldung wert. Weiterhin verschwiegen wird jedoch, welche Auswirkungen das Erdbeben für die 42.000 Campesinas und Campesinos hat. Viele von ihnen beziehen einen Teil ihres Einkommens von der Arbeit bei der Kaffee-Ernte. Wie viele Zehntausenden außer der Saisonarbeit auch das Einkommen von der eigenen Parzelle fehlen wird, ist noch nicht errechnet worden. Landlose und Landarme sowie GelegenheitsarbeiterInnen stellen das Gros der durch das Erdbeben obdachlos gewordenen Menschen dar. Nach Angaben des UN-Entwicklungsprogrammes haben 1999 bereits 551.000 Wohnungen gefehlt, was bedeutet, dass ca. 2,5 Millionen Menschen (40 % der salvadorianischen Bevölkerung) kein anständiges Dach über dem Kopf hatten. Jetzt nach den Erdbeben fehlen nach Angaben des zuständigen Ministeriums 675.000 Wohnungen.

Und wie sieht es in der Maquiladora-Industrie aus, dem Prunkstück der ARENA-Wirtschaftspolitik? In 299 Näh-Fabriken arbeiten über 79.000 Personen - überwiegend junge Frauen. Keine dieser Fabriken ist durch das Erdbeben stark beschädigt worden. Schätzungen zufolge haben 35% der ArbeiterInnen ihre Häuser oder Wohnungen verloren. Trotzdem mussten sie am Montag nach dem Erdbeben vom 13. Januar (einem Samstag) wieder antreten. Wer später kam, hat die fehlende Tage nicht bezahlt bekommen. Einige ArbeiterInnen sollen deshalb sogar entlassen worden sein. Von keinem Maquila-Unternehmer ist bekannt,

dass er seine ArbeiterInnen mit Lebensmitteln, Baumaterial usw. unterstützt hat. Einige haben aber Parolen wie "Alle zusammen bauen wir El Salvador auf" (Werbung der privaten Telecom) so verstanden, dass sie von ihren ArbeiterInnen Spenden für die Nationale Solidaritätskommission CONASAL, eine Initiative der Unternehmer, verlangten.

Erdbeben trifft die Ärmsten der Armen

In der internationalen Öffentlichkeit herrscht die Meinung vor, die salvadorischen Streitkräfte hätten sich an die Friedensverträge gehalten. Dabei prangern Menschenrechtsorganisationen die weitgehende Amnestie für die im Bürgerkrieg an Massakern beteiligten Militär- und Polizeimiliz an. Auch von einer Entmilitarisierung ist nichts zu spüren, da Soldaten längst wieder in Stadt und Land patrouillieren. Das Erdbeben wird nun von der ARENA-Partei genutzt, um die schleichende Remilitarisierung der Gesellschaft zu festigen und weiter zu forcieren.

Eine weiterer Beleg für das Erstarken des Militärs ist die Ernennung eines mutmaßlichen Kriegsverbrechers zum logistischen Leiter der staatlichen Erdbeben-Hilfe. Im Ersthquake Fact Sheet Nr. 3 der US Agency for International Development (USAID) war am 16. Januar zu lesen: "Präsident Flores hat General Perdomo zum Operationschef der Katastrophenhilfe ernannt. (...) Diese Veränderung in der Leitung hat zu einiger Verwirrung geführt und das Sammeln der Daten über die Erdbebenschäden verzögert."

Perdomo wird Leiter der Erdbebenhilfe

Zum Zeitpunkt seiner Ernennung zum Operationschef war es noch kein Jahr her, dass der Name Gustavo Adolfo Perdomo Hernández durch die internationalen Medien ging. Damals hatte seine Beförderung durch Präsident Flores vom Oberstleutnant zum General Aufmerksamkeit erregt. Das Nationale Zentrum für die Förderung der Menschenrechte berichtet, dass Perdomo während des Bürgerkrieges in El Salvador die Ermordung einer französischen Krankenschwester und vier anderer Personen angeordnet hat.

Die Lage in El Salvador spitzt sich weiter zu: Während die Erdbebenopfer ums Überleben kämpfen, sichert sich das Militär zusammen mit der ARENA schon mal ihre Pfründe.

Ulf Baumgärtner

Informationsstelle El Salvador

Aufruf zur direkten Unterstützung in El Salvador

Die Lage in El Salvador erfordert aktive Solidarität und direkte Unterstützung. Wir schließen uns einer Aktion des Zentralamerikasekretariats (ZAS) in Zürich an und sammeln Geld für die "Koordination der Gemeindeverwaltungen der FMLN" für ihre Zusammenarbeit mit sozialen, kirchlichen und Nichtregierungsorganisationen vor Ort. Wir wollen diejenigen Kräfte stärken, die gegen alle Verzweiflung und Resignation weiter an dem Befreiungsprojekt in El Salvador arbeiten. Unterstützt uns dabei!

Informationsstelle El Salvador, Bonn; Ökumenische Initiative Mittelamerika;Ökumenisches Büro München; INKOTA-Netzwerk Berlin; Informationsbüro Nicaragua

Spenden an: Informationsstelle

El Salvador, Stichwort: Erdbeben, Konto: 332276-507, Postbank Köln, BLZ 370 100 50

# 7. Ein Prozess und seine Folgen. OPEC-Prozess: Staatsanwalt kennt kein Pardon

*OPEC-Prozess: Staatsanwaltschaft kennt kein Pardon*

Autor: mb., Berlin · Rubrik: Klassenjustiz, Repressionen · CD-Datei: daten/aksuche/ak447/35.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:447:35

Nach 25 Verhandlungstagen hat das Landgericht in Frankfurt am Main am 15. Februar die Urteile im so genannten OPEC-Prozess gesprochen. Der 53-jährige Hans-Joachim Klein wurde wegen seiner Beteiligung an der Besetzung der Wiener Konferenz der Erdöl exportierenden Staaten (OPEC) am 21. Dezember 1975 zu einer Freiheitsstrafe von neun Jahren verurteilt. Rudolf Schindler (58), dem die Staatsanwaltschaft Beihilfe vorgeworfen hatte, wurde freigesprochen. Die Frankfurter Staatsanwaltschaft legte bereits einen Tag später Revision gegen das Urteil ein.

Es waren vor allem die zahlreichen prominenten Zeugen, welche die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit auf den Frankfurter OPEC-Prozess zogen. Zeitweise traten die Angeklagten völlig in den Hintergrund zurück. Es war ja auch eine illustre Runde, die dort als Zeugen vernommen wurden: Ilich Ramírez Sánchez, besser bekannt als "Carlos", Daniel Cohn-Bendit, Matthias Beltz oder etwa Joschka Fischer. Zum ersten Mal in der (west-)deutschen Justizgeschichte musste ein amtierender Minister als Zeuge vor Gericht erscheinen. Kein Wunder also, dass andere Aspekte des OPEC-Prozesses kaum zur Geltung kamen. Etwa das Anliegen der Bundesanwaltschaft (BAW), "ihren" Kronzeugen in Sachen "Revolutionäre Zellen" (RZ), Tarek Mousli, ins Spiel zu bringen. Oder die Versuche der Frankfurter Staatsanwaltschaft, immer wieder bei Zeugenbefragungen die Ermordung des hessischen Wirtschaftsminister, Heinz Herbert Karry 1981 zum Thema zu machen.

Der Vorsitzende Richter der 21. Kammer des Frankfurter Landgerichtes hatte diese Entwicklung vorhergesehen. "Das ist ein Gericht und kein historisches Seminar", so Heinrich Gehrke zu Beginn der Verhandlung. Er betonte, dass es dem Gericht nicht um geschichtliche Aufarbeitung gehe, sondern um die individuelle Tatbeteiligung der Angeklagten. Hans-Joachim Klein wurde gemeinschaftlicher Mord und Mordversuch in drei Fällen sowie Geiselnahme vorgeworfen. Der Mitangeklagte Rudolf Schindler habe Klein für das Kommando-Unternehmen angeworben und logistische Hilfe bei der Besetzung geleistet, behauptet die Anklage.

Von Zeugen und Kronzeugen

Am 21. Dezember 1975 drang ein sechsköpfiges Kommando, das sich "Arm der Arabischen Revolution" nannte, in die OPEC-Zentrale in Wien ein und nahm über 70 Geiseln, darunter elf Minister aus den verschiedenen OPEC-Staaten. (vgl. ak 443) Bei der Besetzung kam es zu einem Schusswechsel mit der österreichischen Polizei, bei dem der Polizist Anton Tichler ums Leben kam. Hans-Joachim Klein erlitt einen Bauchschuss. Zuvor hatte bei einem Handgemenge "Carlos", der Anführer des Kommandos, ein libysches Delegationsmitglied erschossen. Auch der irakische Leibwächter Ali Hassan Khafali überlebte den Überfall nicht.

Die Staatsanwaltschaft ging davon aus, dass Hans-Joachim Klein den Iraker erschossen hat. Sie stützte sich dabei auf eine Aussage von "Carlos". Klein hingegen versicherte, dass er niemanden bei diesem Überfall getötet habe. Stattdessen beschuldigt er Gabriele Kröcher-Tiedemann, die 1995 an Krebs starb.

25 Jahre nach diesen Ereignissen sollte nun mit den Mitteln der Justiz das Tatgeschehen rekonstruiert und ein Urteil gesprochen werden. Richter Gehrke selbst machte auf die Schwierigkeiten aufmerksam: Nach 25 Jahren berge das Verfahren "naturgemäß eine Reihe von Problemen". Mögliche Zeugen hätten Erinnerungslücken, andere Beteiligte seien tot. Hinzu kommt, dass unmittelbar nach dem Abzug des Kommandos mit ihren Geiseln zeitgleich mit den ermittelnden Beamten eine Putzkolonne mit der Reinigung des Gebäudes begann und dadurch von einer Spurensicherung eigentlich ernsthaft keine Rede sein kann. Die Beteiligung von Hans-Joachim Klein an diesem Anschlag stand nie in Frage. Offen war, ob Klein den Iraker in Wien erschoss. Das konnte allerdings während des Verfahrens nicht geklärt werden. Wie Gehrke jedoch feststellte, war dies für den Schuldspruch so wiesounerheblich. Juristisch spielt es nämlich keine Rolle, wer wohin oder auf wen geschossen hat.

Eine Verurteilung von Klein stand also von vorne herein fest. Dieser Tatsache war es geschuldet, dass Rudolf Schindler neben Hans-Joachim Klein auf der Anklagebank saß. Für Mord droht lebenslange Haft, ein Strafnachlass ist nicht möglich - es sei denn, es kommt die Ende 1999 ausgelaufene Kronzeugenregelung in Anwendung. Hans-Joachim Klein hatte diesen Weg gewählt.

Hans-Joachim Klein lebte seit seinem Ausstieg aus den "Revolutionären Zellen" (RZ) in der Illegalität. Unterstützt wurde er von ehemaligen Frankfurter Genossen, allen voran Daniel Cohn-Bendit. Mit deren finanzieller und logistischer Hilfe konnte er sich bis 1998 dem Zugriff der bundesdeutschen Behörden entziehen. Angeblich durch die Telefonüberwachung einer Journalistin, die sich Ende der 90er Jahre öfter mit Klein getroffen hatte, wurden die Fahnder auf seinen Aufenthaltsort aufmerksam. Im September 1998 wurde Klein dann von Beamten des Bundeskriminalamtes (BKA) im französischen Sainte-Honorine-La-Guillaume festgenommen.

Frankfurter Inszenierungen

Erste Kontakte mit bundesdeutschen Sicherheitsbehörden hatte Klein allerdings schon 1988. Auf Vermittlung von Cohn-Bendit trafen sich damals Klein und ein Verfassungsschützer mit dem Decknamen "Benz". "Benz" war verantwortlich für das "Aussteigerprogramm" des Verfassungsschutzes. Bei diesem und zwei weiteren Treffen 1993 in Paris bot er Klein an, seine Schilderung des Tathergangs an die BAW weiterzuleiten. Bei einer "nachvollziehbaren Aussage" würde - so die Versprechung von "Benz" - eventuell der Mordvorwurf fallen gelassen. Eine Rückkehr Kleins aus der Illegalität ohne Prozess schloss "Benz" aus. Für Klein ein Angebot, auf das er nicht eingehen konnte.

Nach seiner Festnahme in Frankreich im September 1998 machte Klein dann umfangreiche Aussagen vor der BAW. Dabei bezichtigte er Rudolf Schindler und brachte die bundesdeutschen Fahnder auf die Spur von Sonja Suder und Christian Gauger. Die beiden wurden am 16. Januar 1999 in Paris festgenommen. Klein beschuldigte Sonja Suder, ebenfalls den Anschlag auf die OPEC-Konferenz mit vorbereitet zu haben. (vgl. ak 438) Den französischen Behörden reichten bislang allerdings die Beweise nicht aus, die die deutschen Ermittlungsbehörden im laufenden Auslieferungsverfahren vorlegten. Seit Monaten befinden sich die beiden in Frankreich bis zu einer endgültigen Entscheidung auf freiem Fuß.

Das Urteil gegen Rudolf Schindler im Frankfurter OPEC-Prozess zeigt, dass die Skepsis der französischen Behörden gegenüber den Anschuldigungen Kleins gerechtfertigt ist. Die Behauptung Hans-Joachim Kleins, Schindler habe ihn für das OPEC-Attentat angeworben und bei dem Anschlag logistische Hilfe geleistet, hielt jedenfalls auch vor dem Frankfurter Gericht nicht stand. Die Kammer erklärte dazu in ihrem Urteilsspruch, sie habe eine Tatbeteiligung "nicht verifizieren können", da sich die Aussagen Kleins nicht als glaubwürdig erwiesen hätten. Der hatte z.B. behauptet, Schindler hätte in den RZ die Decknamen "Max" und "Sharif" getragen. Dem widersprach das ehemalige RZ-Mitglied Gerd Schnepel, der heute in Nicaragua lebt. Er gab bei seiner Zeugenvernehmung in Frankfurt an, er selbst sei innerhalb der RZ "Max" bzw. "Sharif" gewesen. Bundesanwalt Morré bestätigte diese Aussage indirekt. Als als Zeuge sagte er aus, der Deckname von Schindler sei den Erkenntnissen seiner Behörde zufolge "Philip" gewesen. Ein Freispruch Schindlers zeichnete sich insofern schon seit Wochen ab.

Daran konnte auch der Auftritt des zweiten Kronzeugen in diesem Verfahren nichts ändern. Was der 41-jährige Tarek Mousli zu den Vorgängen in Wien 1975 berichten sollte, wird wohl immer das Geheimnis der Frankfurter Staatsanwaltschaft bleiben. Laut eigenen Angaben war er von 1985 bis 1990 aktives RZ-Mitglied. Seine Tatbeteiligung konnte also nicht nur alleine auf Grund seines Alters ausgeschlossen werden. Bei Gesprächen innerhalb der RZ und mit Schindler will er allerdings den Eindruck gewonnen haben, dass Rudolf Schindler an der OPEC-Aktion beteiligt gewesen sei. Wenn die Frankfurter Staatsanwaltschaft und die BAW jetzt auch noch behaupten, sie seien nun auch bei der Aufklärung des Mordfalls Karry ein gutes Stück weiter, dann bezieht sich das auch auf Tarek Mouslis Erzählungen. Der hatte während seiner Zeugenvernehmung in Frankfurt Schindler in den Zusammenhang mit dem versehentlich tödlich verlaufenen Knieschuss-Attentat auf den ehemaligen hessischen Wirtschaftsminister Karry gebracht. Dabei hatte Mousli diese Anschuldigung zum ersten Mal bereits im Frühjahr letzten Jahres gegenüber der BAW geäußert - bislang jedoch erhob sie keine Anklage in dieser Sache. Kein Wunder, steht diese Aussage - wie alle anderen von Mousli auch - auf wackeligen Beinen. Nach seinen eigenen Angaben wurden nämlich alle wichtigen Aktionen der RZ in der Gesamtorganisation besprochen, so dass auch Nicht-Beteiligte Insiderwissen haben könnten.

BAW erlebt ein Desaster

Die Staatsanwaltschaft hat mit ihren beiden Kronzeugen Klein und Mousli in diesem Verfahren nichts anderes als Schiffbruch erlitten. Kleins Einlassungen zu Schindler wurden selbst von der Bundesanwaltschaft demontiert. Und Mouslis Aussagen waren substanzlos, weitgehend Spekulation, eben reine Interpretationen von Zugetragenem. Das Frankfurter OPEC-Verfahren ist für die BAW ein Desaster. Der erste Auftritt "ihres" Kronzeugen in Sachen RZ endete mit einem Freispruch für den Beschuldigten. Dass die Frankfurter Staatsanwaltschaft in Revision geht, hat mit dem anstehenden Prozess gegen Rudolf Schindler wegen RZ-Aktionen in Berlin zu tun: Ein rechtskräftiger Freispruch Schindlers trotz der Aussagen Mouslis - eine bessere Demontage des Kronzeugen Mousli hätten sich Schindler und die anderen Angeklagten in Berlin nicht vorstellen können.

mb., Berlin

# 8. Berliner RZ-Verfahren: Prozessbeginn steht fest

Autor: mb. · Rubrik: Klassenjustiz, Repressionen · CD-Datei: daten/aksuche/ak447/34.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:447:34

Am 22. März soll vor dem 2. Senat des Kammergerichts Berlin der Prozess gegen Sabine Eckle (54), Matthias Borgmann (52), Harald Glöde (52) und Axel Haug (50) beginnen. Die Bundesanwaltschaft (BAW) wirft ihnen Mitgliedschaft in den "Revolutionären Zellen" (RZ) vor. Beschuldigt werden sie zweier Sprengstoffanschläge in Berlin. Im Zentrum der Anklage, obwohl sie wegen Verjährung nicht mehr strafrechtlich verfolgt werden können, stehen allerdings die Knieschuss-Attentate auf den Leiter der Berliner Ausländerbehörde, Harald Hollenberg, im Oktober 1986 und auf den Vorsitzenden Richter am Bundesverwaltungsgericht, Günter Korbmacher, im September 1987.

Die Beschuldigten haben bislang zu den Tatvorwürfen und dem Vorwurf der Mitgliedschaft in den RZ geschwiegen. Ihre Verhaftungen gehen auf die Aussagen von Tarek Mousli zurück. Der 41-jährige Karatelehrer hat nach seiner Festnahme im November 1999 der BAW über 1.000 Seiten Vernehmungsprotokolle geliefert. Dabei hat er neben den vier Beschuldigten auch Rudolf Schindler, der am 15. Februar im Frankfurter OPEC-Prozess freigesprochen wurde, und den nach Kanada ausgewanderten ehemaligen MehringHof-Hausmeister Lothar Ebke der Beteiligung an den Knieschuss- und Sprengstoffanschlägen beschuldigt. Für Mousli hat sich das Singen gelohnt. Im Dezember wurde er als Kronzeuge zu zwei Jahren Haftstrafe auf Bewährung verurteilt. (vgl. ak 446) Am Tag der Urteilsverkündung in Frankfurt hat die BAW nun ebenfalls Anklage gegen Rudolf Schindler wegen der RZ-Anschläge in Berlin am Kammergericht erhoben.

Gleichzeitig mit dem Beschluss, das Hauptverfahren gegen sie zu eröffnen, hat das Kammergericht Haftfortdauer bei den vier Beschuldigten angeordnet. Der Anwalt von Matthias Borgmann, Wolfgang Kaleck, sah darin eine "absolut unverhältnismäßige Entscheidung". Bis zu ihren Verhaftungen hätten alle Beschuldigten in geregelten Verhältnissen gelebt und bis auf Harald Glöde seien sie nicht vorbestraft. Sabine Eckle, Axel Haug und Harald Glöde sitzen seit über einem Jahr in Untersuchungshaft, Matthias Borgmann seit neun Monaten.

mb., Berlin

# 9. Scharping-Syndrom weitet sich aus. Verteidigungsminister lenkt weiter von Gefahr der DU-Munition ab

Autor: Dr. Gina Mertens (IPPNW) · Rubrik: Militärpolitik BRD - Bundeswehr · CD-Datei: daten/aksuche/ak447/16.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:447:16

Rudolf Scharping weiß: Angriff ist die beste Verteidigung. Auf die Vorwürfe, die von der Nato im Kosovokrieg verwendete Uranmuniton könne schwerwiegende Gesundheitsschäden verursachen, reagiert der Verteidigungsminister mit einer Gegenoffensive. Die Vorwürfe seien ungerechtfertigt, argumentiert Scharping beleidigt. Doch an wirklicher Aufklärung scheint dem Minister nicht gelegen. Auf konkrete Fragen antwortet das Verteidigungsministerium nicht.

Als medienwirksame Heldentat nahm Rudolf Scharping vor laufenden Kameras ein Geschoss aus Depleted Uranium (DU) selbst in die Hand. Damit wollte er Soldaten und Journalisten die angebliche Ungefährlichkeit dieser Munition demonstrieren. In einem ZDF-Interview verwies er sogar auf die heilsame Eigenschaft von Uran, da es ja auch zur Abschirmung von Strahlung genutzt werde. Scharping hat in einem recht: solides, massives Uran außerhalb des Körpers kann als Abschirmungsschutz verwendet werden und gefährdet die Gesundheit zunächst nicht, man kann es sogar kurze Zeit in der Hand halten. Dennoch muss man diese Äußerungen als Volksverdummung und Augenwischerei eines Ministers bezeichnen, der zur Zeit vor allem sich selbst verteidigen muss: wider besseres Wissen lenkt Scharping damit von der tatsächlichen Gefahr dieser Geschosse ab: nämlich die Gefahr, die erst durch die Inkorporation von Uranpartikeln im menschlichen Körper entsteht.

Chemotoxische und radiotoxische Wirkung

Uran ist ein natürlich vorkommendes Schwermetall mit einer extrem hohen Dichte von 19,1 g/cm. Auf Grund dieser Eigenschaft eignet es sich waffentechnisch gesehen besonders gut, um Panzerungen aus Stahl zu durchdringen. Beim Auftreffen und Zersplittern solcher Urangeschosse kommt es zu einer Feinverteilung von Uranpartikeln, die sich dann selbst entzünden. Das getroffene Zielobjekt geht in Flammen auf, und es entsteht giftiges Uranoxid. Dieses wird vom Menschen direkt durch die Mundschleimhaut, die Lunge oder über offene Wunden in den Körper aufgenommen. Dosisabhängig findet man bei einem solchen Patienten Symptome und Schweregrade einer Schwermetallvergiftung. Neben anderen Auswirkungen sind dieses Nierenschäden, Nervenlähmungen, Schädigungen des Herzens, des Verdauungstraktes und der Kapillaren.

Abgesehen von dieser chemotoxischen Wirkung wirkt Uran zusätzlich radiotoxisch, der Organismus wird also zusätzlich durch Strahleneinwirkung geschädigt (1). Uran ist ein Alpha-Strahler mit sehr geringer Reichweite. Durch die Unlöslichkeit der eingeatmeten Uranpartikel verbleibt es zunächst über Monate bis Jahre in der Lunge und den angrenzenden Lymphknoten; langsam wird es "angelöst" und somit in die Blutbahn geschwemmt. Es wird in menschlichen Knochen wie Kalzium eingelagert. In der Lunge können bösartige Tumore, durch Bestrahlung des Blut bildenden Knochenmarks Leukämien, Anämien sowie Knochentumore entstehen. Uran wirkt außerdem embryoschädigend, da es die Plazentaschranke passieren kann. Fehlgeburten, Missbildungen und kindliche Tumorerkrankungen sind mögliche Folgen.

Urangeschosse wurden erstmals 1991 im Golfkrieg eingesetzt. Das "Golfkriegssyndrom" bei ehemaligen Soldaten wird damit assoziiert. (2)

Zusätzliches Problem: Die Urangeschosse enthalten offensichtlich nicht nur abgereichertes Uran 238. An der Eidgenössischen Technischen Hochschule in Spiez/Schweiz wurde bei der Analyse eines Geschosses auch Uran 236 festgestellt. Dieses Isotop kommt weder in der Natur vor, noch entsteht es bei dem Anreicherungsverfahren von Uran 235, als dessen Abfallprodukt Uran 238 anfällt. Es ist zu vermuten, dass es daher aus Wiederaufbereitungsanlagen stammt und zusätzlich wesentlich gefährlichere Transurane enthält. Das ARD-Fernsehmagazin monitor berichtete über ein Schreiben des US-Energieministeriums, in dem es heißt: "Das abgereicherte Uran enthält Spuren von Plutonium" (monitor, 18.1.2001). Plutonium ist einer der gefährlichsten Stoffe auf dieser Erde - hochgiftig bereits in winzigsten Mengen. Der Begriff "Spuren" ist sehr dehnbar und abhängig von den Nachweisgrenzen des jeweiligen Untersuchungsverfahrens.

Das Bundesverteidigungsministerium hat selber bislang lediglich ein einziges Geschoss von insgesamt mehr als 40.000 über Bosnien und dem Kosovo abgeschossenen bei der GSF, einem Forschungsinstitut bei München, untersuchen lassen. Und daraufhin gab Scharping Entwarnung. Nur zum Vergleich: Wenn 40.000 Patienten mit Husten in die Sprechstunde kämen, und man würde einen von ihnen auf ein Grippevirus untersuchen, würde man bei negativem Befund wohl kaum darauf schließen, dass die anderen keine Grippe haben. Daher erscheint es als überfällig und dringend erforderlich, dass jetzt eine ausreichend große Anzahl von DU-Geschossen auf ihren Plutonium-Gehalt hin untersucht werden - und zwar von mehreren unabhängigen Laboratorien.

Zur Zeit verfügen wir über keine verlässlichen Informationen, wie viel Atommüll die US-Armee mit Wissen ihrer Verbündeten im Kosovo, in Serbien und Bosnien vor allem auf Kosten der dort lebenden Zivilbevölkerung "entsorgt" haben. Wenn man das Argument des Kriegseinsatzes ernst nimmt, dass es um den Schutz der Zivilbevölkerung gehen sollte, dann steht diese Art der Kriegsführung allerdings in jedem Fall in krassem Widerspruch dazu.

Bevölkerung nicht aufgeklärt

Im vergangenen Jahr konnte ich mich persönlich auf einer Reise in den Kosovo davon überzeugen, dass selbst das Wenige, was man dann noch hätte tun können, nicht passiert ist: weder die Bevölkerung noch die ärztlichen Kollegen sind je über die Gefahren von Uranmunition informiert worden. Selbst der UNMIK, also der Zivilverwaltung im Kosovo, sind Informationen über die genaue Lage der kontaminierten Gegenden trotz Nachfragen vorenthalten worden, wie mir ihr Leiter Tom Königs in einem Gespräch bestätigte. In einer von monitor zitierten vertraulichen Studie des Verteidigungsministeriums heißt es: "Bei der Einrichtung von Biwaks (sollten) Geländeteile gemieden werden, auf denen eine Kontamination durch Beschuss stattgefunden hat oder wo kontaminierter Staubniederschlag den Boden verseucht hat".

Die Bevölkerung im Kriegsgebiet wurde also bewusst über die Gefahren im Unklaren gelassen, die darin bestehen, dass belastetes Wasser aus offenen Brunnen getrunken wird, dass Kinder in kontaminierten Böden im Staub spielen und Lebensmittel dort angebaut werden. Soldaten importieren ihre Lebensmittel, für die Bevölkerung dagegen wurde noch nicht einmal ansatzweise der Zugang zu unbelasteter Nahrung geschaffen. Als Gipfel des Zynismus kommt hinzu, dass derzeit Menschen in Kenntnis dieser Gefahr aus Deutschland ins Kriegsgebiet abgeschoben werden.

Umweltschäden von unbekanntem Ausmaß

Was ist nun zu tun? Es müssen ausreichende finanzielle Mittel bereitgestellt werden, um den Menschen im ehemaligen Jugoslawien den Zugang zu unbelasteten Lebensmitteln zu ermöglichen. Boden- und Wasserproben müssen entnommen werden, belastete Gebiete so weit wie möglich dekontaminiert oder unzugänglich gemacht werden. Darüber hinaus sollten epidemiologische Langzeitstudien von unabhängigen Wissenschaftlern sowohl bei Soldaten wie gerade auch bei ZivilistInnen durchgeführt werden, um klare Aussagen über die Auswirkungen von DU-Munition und eventuell anderer Ko-Faktoren treffen zu können. Uranuntersuchungen im Urin allein reichen hierfür bei weitem nicht aus, sie sind lediglich ein Baustein von vielen anderen notwendigen Untersuchungen.

Uranmunition ist aber nicht der einzige Stoff, von dem Gefahren ausgehen. Insbesondere in Serbien sind gezielt Industrieanlagen wie Petrochemische Betriebe, Erdölraffinerien, Düngemittelfabriken, Treibstofflager, Kraftwerke und Chemiewerke bombardiert worden. In einer vertraulichen Studie des Umweltbundesamtes heißt es: "Es ist davon auszugehen, dass durch die Zerstörung dieser Anlagen die darin befindlichen Stoffe zu großen Teilen in die Umwelt gelangt sind." (3) Man wusste also, was man tat.

Bei der Bombardierung von Industrieanlagen ist mit einer Unzahl von freiwerdenden Giftstoffen zu rechnen - angefangen von Giftgasen wie beispielsweise Chlorgas oder Vinylchlorid bis hin zu Dioxinen, Schwermetallen und Öl, die die Böden, Grund- und Oberflächenwasser und die Luft belasten und schwere Folgen für die menschliche Gesundheit haben:

- Beispiel Chlorgas: Verätzung der Schleimhäute, Atemnot und Tod durch qualvolles Ersticken

- Beispiel Ethylenchlorid: Hautausschläge, Leber -und Nierenschäden, zentrale Depression, krebserzeugende Wirkung

- Beispiel Dioxine: Dosisabhängig Leberschäden (bis hin zum Tod im Leberkoma), Chlorakne, Krebs, Infertilität und schwere Missbildungen in den nachfolgenden Generationen, insbesondere Anenzephalie (Geburt ohne Gehirn, nicht lebensfähig), Anophtalmie (Augenlosigkeit), Lippen- Kiefer- Gaumenspalte, Phokomelie (Gliedmaßenmissbildung), Siamesische Zwillinge, Spina bifida (Rückenmarksdefekt). Insbesondere ist hier das als Seveso-Gift bekannt gewordenen 2,3,7,8-Tetrachlorodibenzo-p-Dioxin (TCDD) zu nennen, welches auch Bestandteil vom im Vietnamkrieg angewandten Agent-Orange war.

Diese giftigen Substanzen werden sowohl in die Luft wie auch in Grund- und Oberflächenwasser und den Boden freigesetzt. Die Folgen: akute und chronische, langanhaltende Vergiftung und Verseuchung ganzer Ökosysteme einschließlich sämtlicher Lebewesen.

Eine Gruppe von WissenschaftlerInnen des Regional Environmental Center for Central and Eastern Europe (REC) kommt zu dem Schluss, dass die Umwelt im gesamten Staatsgebiet Jugoslawiens betroffen ist. (4) Eine weitere Studie des United Nations Environmental Program (UNEP) soll hierzu im März veröffentlicht werden. Auch die Anrainerstaaten sind geschädigt. In Bulgarien ging demzufolge vom 23.-26.5.1999 saurer Regen nieder als Folge der Brände in Jugoslawien. In die Donau wurde laut BBC News vom 19.4.1999 Ethylenchlorid abgelassen, um Explosionen zu verhindern. Ebenso wurden Ölteppiche auf der Donau gesichtet.

In einer monitor-Sendung vom 20.5.1999 berichtete der Umweltchemiker Prof. Spyridon-Rapsomanikis von der Universität Thessaloniki über eigene Messungen in Griechenland, die bis zu 15fach erhöhte Werte in der Luft für Dioxine, Furane, PCB und andere Schadstoffe ergaben, die auf brennende Fabriken in Jugoslawien zurückzuführen sind. Man kann derzeit nur spekulieren, wie katastrophal die Werte im Umkreis der bombardierten Industrieanlagen waren und sind.

Dr. Gina Mertens

Internationale Ärzte für die

Verhütung des Atomkrieges

Anmerkungen:

1) Miller Alexandra C et al., Transformation of Human Osteoblast Cells to the Tumorigenic Phenotype by Depleted_Uranium_Uranyl Chloride, in: Environmental Health Perspectives Volume 106, No.8, August 1998.

Au WW et al., Population monitoring: experience with residents exposed to uranium mining /milling waste. in: Mutat Res 1998 Sep 20; 405(2): 237-45

2) U.Gottstein, Gesundheitsschäden durch "abgereichertes Uran" im Irak? Hessisches Ärzteblatt, 56 JG (1995), Seiten 237-239.

D.Fahey, Case Narrative. Depleted Uranium (DU) Exposures. Sept.2nd, 1998. Swords to Plowshares, inc./ National Gulf War Resource Center, Ic. / Military Toxics Project, Inc.

3) Umweltbundesamt, Erste Einschätzungen zu den ökologischen Auswirkungen des Krieges in Jugoslawien. Unveröffentlichtes Manuskript vom 5.5.1999, S.2

4) Regional Environmental Center for Central and Eastern Europe, Assessment of the Environmental Impact of Military Activities During the Yugoslavia Conflict. Preliminary Findings. Report für die Europäische Kommission DG-XI-Environment, Nuclear Safety and Civil Protection. Juni 1999.

weitere Informationen: www.ippnw.de

# 10. Die schwarzen Wolken von Pancevo. Über ökologische Schäden des Jugoslawienkrieges wird geschwiegen

Autor: Boris Kanzleiter · Rubrik: NATO und NATO-Strategien; Jugoslawien / Ex-Jugoslawien · CD-Datei: daten/aksuche/ak447/20.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:447:20

Sowohl die westliche Öffentlichkeit als auch die jugoslawische Regierung haben kein Interesse an der Aufklärung der immensen ökologischen Kriegsschäden, welche das dreimonatige Bombardement vor zwei Jahren hinterließ. Weil NATO Politiker und Militärs gegen geltendes Völkerrecht verstießen, scheint für sie weiter die Spontiparole: "legal - illegal -scheißegal" zu gelten. Die jugoslawische Regierung dagegen fürchtet, die Bevölkerung könnte unruhig werden, wenn sie von ihrer Gefährdung erfährt.

In der Nacht zum 18. April 1999: NATO Kampfflugzeuge fliegen zum wiederholten Mal Luftangriffe auf Infrastruktureinrichtungen in Jugoslawien. Die Öl-Raffinerien, ein Düngemittelkomplex und petrochemische Anlagen in Pancevo werden in Brand geschossen. Über der nur 15 Kilometer östlich der zwei Millionen Einwohner zählenden jugoslawischen Hauptstadt Belgrad gelegenen Industriestadt züngeln Hunderte Meter hohe Flammen in den Himmel. Ein enorme schwarze Rauchwolke legt sich über die Donauebene.

Heute werden in Belgrad Postkarten verkauft, auf denen das Schreckensfoto zu sehen ist. "Pancevo by night", steht darauf. Galgenhumor scheint die einzige Möglichkeit, wie die jugoslawischen BürgerInnen mit der Bombardierung vor zwei Jahren umgehen können.

Der NATO-Angriff auf die Industrieanlagen von Pancevo setzte enorme Mengen an Giften frei. Bereits kurz nach der Bombardierung wurden Werte des Krebs erregenden Vinyl-Chlorid (VHM) gemessen, die 10.600 Mal höher lagen als gesundheitlich verkraftbar ist. (1) Nördlich der Stadt wuschen Regenfälle die Gifte in das Erdreich eines landwirtschaftlich genutzten Gebietes und Gewässer, welche in die Donau münden. Etliche Tonnen des ebenfalls krebserzeugenden Ethylen-Dichlorid leiteten Arbeiter direkt in den Fluss, um zu verhindern, dass die Substanz von den NATO-Bomben in Brand geschossen werden konnte, was noch schwerwiegendere Folgen gehabt hätte. Eine abbrennende PVC-Kunststoff-Fabrik setzte das hochgiftige Phosgen aus.

Es kann kein Zweifel geben: Die NATO Zielplaner wussten, welche Anlagen sie bombardieren ließen, nicht nur in Pancevo, auch in Krusevac, Kraljevo, Kragujevac und vielen anderen Orten, wo ebenfalls Industriekomplexe angegriffen wurden. Teilweise brannten sie tagelang wie in Novi Sad, wo Anfang Mai 1999 über eine Woche lang 30 Öltanks in Flammen standen.

Ganz unabhängig davon, aus welchen Gründen die NATO die Industriekomplexe zerstörte, sei es aus militärstrategischen, wie sie behauptet, oder um Jugoslawien auf Jahrzehnte von westlicher Wiederaufbauhilfe abhängig zu machen, wie andere vermuten, in jedem Fall scheinen die Krieg führenden Politiker gegen geltendes Völkerrecht verstoßen zu haben. In verschiedenen Artikeln der Genfer Abkommen über den Schutz der Opfer internationaler bewaffneter Konflikte von 1949 wird eine Militärstrategie, wie sie die NATO verfolgte, unmissverständlich verurteilt, meinen Experten.

Als Grundsatz heißt es in den Genfer Konventionen: "Die am Konflikt beteiligten Parteien [haben] kein unbeschränktes Recht in der Wahl der Methoden und Mittel der Kriegführung." (2) Und weiter: "Bei der Kriegführung ist darauf zu achten, dass die natürliche Umwelt vor ausgedehnten, lang anhaltenden und schweren Schäden geschützt wird. Dieser Schutz schließt das Verbot der Anwendung von Methoden oder Mitteln der Kriegführung ein, die dazu bestimmt sind oder von denen erwartet werden kann, dass sie derartige Schäden der natürlichen Umwelt verursachen und dadurch Gesundheit oder Überleben der Bevölkerung gefährden." (3)

Unheilige Allianz des Schweigens

Der Schweizer Völkerrechtler Kurt M. Höchner hat in einer grundlegenden Arbeit über den Schutz der Umwelt im Kriegsrecht deutlich gemacht, wann eine ökologische Kriegführung eindeutig gegen das Völkerrecht verstößt. Dies sei dann der Fall, schreibt Höchner, wenn: "lebenswichtige Einrichtungen der künstlichen

Umwelt zerstört werden, die zur Versorgung einer größeren natürlichen Umwelt, so etwa in das Klima, die Vegetation oder die Landschaft, die so beschaffen sind, dass sie zu tief greifenden Änderungen in den Lebensgewohnheiten führen, die Nahrungsmittelproduktion auf lange Zeit beeinträchtigen oder verunmöglichen, oder das Gebiet ganz oder weitgehend unbewohnbar machen." (4)

Angst vor einem Prozess am Kriegsverbrechertribunal in Den Haag müssen Fischer, Scharping, Solana und Albright jedoch kaum haben. Dort ermittelt man lediglich gegen die Kriegsverbrecher aus dem ehemaligen Jugoslawien und nicht gegen Militär und Politiker des Westens, die beim Gemetzel auf dem Balkan heftig mitgemischt haben.

An Zynismus kaum zu überbieten ist jedoch die Attitüde vom humanitären Kriegsheld Joschka Fischer, der sich derzeit seiner militanten Vergangenheit als linksradikalem Streetfighter stellen muss. Die angebliche Verpflichtung auf die Rechtsstaatlichkeit feiert er als den großen Fortschritt seiner Zivilisierung. Dass im Jugoslawienkrieg aber eher nach der alten Spontiparole "legal - illegal - scheißegal" gehandelt wurde, scheint dabei niemand, und am wenigsten Fischer selbst, zu stören. Es muss verblüffen, wie wenig auch zwei Jahre nach dem Krieg diese offenkundigen Widersprüche diskutiert werden.

Kaum verblüfft dagegen, dass die ökologischen Folgen des Jugoslawienkrieges noch immer kaum thematisiert werden, wenn man von der heftigen Kontroverse um die Uran-Munition einmal absieht, die allerdings einer eigenen Logik folgt, weil westliche Soldaten betroffen sind. Es scheint sich eine unheilige Allianz des Schweigens gebildet zu haben, weil das Thema für alle beteiligten Seiten unangenehm ist.

Brennende Industrieanlagen

"Es ist klar, dass die Behörden die Wahrheit verbergen", sagte Dusan Vasiljevic vom Umweltkomitee der Demokratischen Partei (DS) kurz nach dem Ende der Bombardements im Juni 1999 über die Passivität der jugoslawischen Regierung in Bezug auf die Aufklärung der Umweltschäden des NATO-Angriffs. Zunächst muss verwundern, warum die Regierung des Slobodan Milosevic die ohne Zweifel enormen Zerstörungen nicht skandalisierte und gegen die NATO in Stellung brachte. Doch der Grund liegt auf der Hand. "Das tun sie, weil sie die Betroffenen fürchten und Angst haben, etwas tun zu müssen", erklärte Vasiljevic damals. Das hat sich nicht verändert, seitdem im Oktober die Opposition, der Vasiljevic angehört, die Macht in Belgrad übernommen hat.

Die westlichen Staaten üben sich in Komplizenschaft bei der Vertuschung des ökologischen Desasters, weil jede Meldung über die Schäden die ohnehin wacklige gewordene Legitimierung des Krieges als "humanitären Einsatz" weiter in Frage stellen würde. Fundierte Studien sind noch immer Mangelware, obwohl sie notwendig wären, um die Bevölkerung vor den anhaltenden Gefährdungen effektiv zu schützen. Der Galgenhumor der Jugoslawen, die jeden Tag die vergiftete Suppe der ökologischen Kriegsfolgen auslöffeln dürfen, kann also kaum überraschen.

Boris Kanzleiter

Anmerkungen:

1) Milenko Vasovic: Hiding under the black rain, Balkan Crisis Report 30.6.1999.

2) Art. 35 Abs.1 Zusatzprotokoll I zu den Genfer Abkommen vom 12. August 1949.

Siehe zur völkerrechtlichen Diskussion: Knut Krusewitz: Ein Umweltkrieg in humanitärer Absicht?, ami antimilitarismus informationen (7/99), S. 103ff.

3) Kapitel III, Art. 55, Abs.1 des Zusatzprotokolls zu den Genfer Abkommen vom 12. August 1949 über den Schutz der Opfer internationaler bewaffneter Konflikte.

4) Höchner, Kurt M.: Schutz der Umwelt im Kriegsrecht, Zürich 1977, S.25.

# 11. "Depleted Uranium" als mediale Ablenkung. Einige Beobachtungen aus Belgrad zum Zynismus der Macht

Autor: Andrej Grubacic, Belgrad · Rubrik: Jugoslawien / Ex-Jugoslawien · CD-Datei: daten/aksuche/ak447/17.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:447:17

Der Zusammenhang zwischen dem "Golfkriegssyndrom" und dem neu entdeckten "Balkansyndrom" scheint mir vor allem in der Art und Weise zu bestehen, wie die beiden Phänomene von den westlichen Medien behandelt werden. Die Berichterstattung könnte man, wenn man den Terminus weiter fasst, durchaus rassistisch nennen.

Es ist erstaunlich, wie die Selbstfaszination und Besorgnis fast ausschließlich der Gesundheit der europäischen und amerikanischen Soldaten gilt. Dem Zustand der Bevölkerung, die drei Monate lang bombardiert wurde, wird dagegen keinerlei Interesse entgegen gebracht. Diese imperiale Sichtweise, kombiniert mit Unwissen und Arroganz, ist aufschlussreich.

Was allerdings das Balkansyndrom vom Golfkriegssyndrom trennt, ist die spezifische politische Situation der lokalen Umgebung, in der sie auftreten. Man kann ernsthaft bezweifeln, ob jugoslawische Offizielle das durch die NATO verursachte ökologische Desaster öffentlich benannt hätten, wenn die europäischen Medien nicht das DU-Problem "entdeckt" hätten. Dass die neue Regierung von Zoran Djindjic und Vojislav Kostunica nicht sehr an den ökologischen Folgen des Bombardements interessiert ist, wird dadurch offenbar, dass sie das Umweltministerium abschaffte, als sie vor wenigen Wochen die Macht übernahm. Wir stehen also vor einem interessanten Paradox: Das Land, welches die wahrscheinlich größte ökologische Katastrophe nach dem Zweiten Weltkrieg erlebt, ist der einzige europäische Staat ohne ein Umweltministerium.

Andererseits stellt sich die Frage, warum sich in den Machtzentren der Welt die Öffentlichkeit auf einmal über das DU-Problem besorgt. Obwohl es möglicherweise nicht sonderlich originell erscheint, denke ich, dass es sich hauptsächlich um mediale Unterhaltung handelt. Oder besser gesagt: Ein Ablenkungstrick wird angewandt.

Die Frage ist doch: Ständen die Dinge erheblich besser, oder anders, wenn Albaner, Serben oder andere Nationen, welche auf dem Territorium des ehemaligen Jugoslawien leben, mit nicht-radioaktiven Waffen bombardiert worden wären? Könnte es sein, dass der wirkliche Grund für die plötzliche und irgendwie rätselhafte Aufmerksamkeit für das Uran-Problem darin besteht, die internationale Aufmerksamkeit von der Tatsache abzulenken, dass ein Land drei Monate lang bombardiert wurde. Darin, dass in großem Ausmaß chemische und biologische Kriegführung durchgeführt wurde, die zivile Infrastruktur ruiniert und viele ZivilistInnen brutal ermordet wurden?

Exzesse des Krieges

Es scheint mir, dass die DU-Panik, zusammen mit der irgendwie irrationalen Furcht vor der radioaktiven Strahlung (die nicht verniedlicht, aber erst mit wissenschaftlicher Gründlichkeit untersucht werden sollte) dazu dient, von der dunklen Tatsache abzulenken, dass die Raffinerie von Pancevo (nahe Belgrad), Novi Sad (der größten Stadt in der Vojvodina) und die Benzinlager in Sombor bombardiert wurden. Wir Bürger aus Belgrad erinnern uns noch lebhaft an die enormen schwarzen Wolken, die während der Bombardierung über Pancevo aufstiegen. Laut verschiedener Berichte stieg die Konzentration von Krebs erregendem Vinyl-Chlorid um das 250fache an.

Ist es die radioaktive Strahlung der DU-Geschosse, die schwermetallische Toxitität der DU-Geschosse oder die Zerstörung der Fabriken, welche mehr Gesundheitsschäden hervorbringen?

Die Nachricht, dass das Team finnischer Pathologen, welche das angebliche Massaker von Racak untersuchten, das - es sei erlaubt, darauf noch einmal hinzuweisen - als Auslöser des Krieges gegen Jugoslawien fungierte, feststellte, dass es sich gar nicht um ein Massaker handelte, ging an der internationalen Öffentlichkeit fast unbemerkt vorbei. Die DU-Panik sollte uns nicht dazu führen, zu vergessen, dass Jugoslawien und seine gesamte Bevölkerung - Serben, Albaner und andere Nationalitäten - in ein Experimentierfeld für neue Waffen und die Reaktion der Bevölkerung darauf verwandelt wurde. Unabhängig von der Benutzung von DU-Munition und allen möglichen Konsequenzen, sollten wir uns an die Exzesse des

Krieges in Jugoslawien erinnern. Serbische und albanische ZivilistInnen wurden ermordet und einer ökologischen und sozialen Katastrophe unterworfen, deren Ausmaße noch nicht abgeschätzt werden können. Vergegenwärtig man sich dieser Schäden, hat das DU-Problem, das wage ich zu sagen, einen fast episodischen Charakter.

Andrej Grubacic

Andrej Grubacic ist Historiker und lebt in Belgrad. Dort arbeitet er in der Libertären Gruppe Belgrad und ist Koordinator der Initiative für ökonomische Demokratie.

# 12. <173>ya basta! in Ecuador. Indígenas zwingen Regierung zu Kompromissen

Autor: Boris Siebert, Quito · Rubrik: Ecuador · CD-Datei: daten/aksuche/ak447/12.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:447:12

Nach heftigen Protesten musste die ecuadorianische Regierung Anfang Februar Sparpläne auf Eis legen. "Wir haben uns durchgesetzt. Nicht nur für die Indígenas, sondern für das ganze Land", freut sich Antonio Vargas, Kopf der indianischen Organisation CONAIE. Die Regierung hatte zunächst mit dem Einsatz des Militärs und der Verhängung des Ausnahmezustandes auf Proteste reagiert, die durch drastische Preiserhöhungen für Treibstoff und Haushaltsgas ausgelöst wurden. Erst nachdem die Situation auch durch Repression nicht mehr zu kontrollieren war, stimmte Präsident Gustavo Noboa widerwillig einem Kompromiss zu.

Als Präsidenten Noboa der Bevölkerung am 26. Dezember letzten Jahres ein Sparpaket als Weihnachtsgeschenk überreichte, legte er Feuer an die Zündschnur für eine soziale Explosion. Zunächst stiegen die Fahrpreise um durchschnittlich 75% und zwei Tage später die Benzinpreise. Der Preis für Kochgas wurde durch die Streichungen staatlicher Subventionen verdoppelt. Telefon-, Strom-, und Wasserrechnungen stiegen um ein vielfaches.

IWF verdoppelt Preise

Als Antwort auf die vom Internationalen Währungsfonds (IWF) diktierten Maßnahmen gingen zunächst Studierende und Schüler auf die Straße, wo sie sich mehr als drei Wochen lang heftige Auseinandersetzungen mit der Polizei lieferten. Für den 21. Januar dann mobilisierte der Dachverband der indigenen Organisationen CONAIE und andere Gruppen zu einem landesweiten Aufstand. Die CONAIE forderte die Rücknahme der Preiserhöhungen, aber auch andere Themen wie die Abschaffung des US-Dollars als Landeswährung, und die Neutralität Ecuadors im "Plan Colombia" kamen zur Sprache. Nachdem angereisten CONAIE-Mitgliedern der Zutritt zu den städtischen Parkanlagen in der Hauptstadt Quito gewaltsam untersagt wurde, sammelten sich die Indígenas am 27. Januar in der Universität der Salesianer, die ihre Türen geöffnet hatte. Die Regierung machte ihrerseits klar, dass sie von den verhängten Wirtschaftsmaßnahmen keinen Millimeter abweichen würde. Als Zeichen, was sie von Menschenrechten hält, baumelten tote Hunde mit der Aufschrift "Töte einen Indio für das Vaterland" in einem als Konzentrationspunkt geplanten Park, der von Hunderten von Polizisten abgesperrt worden war. Allen Indígenas, ob sie protestieren wollten oder nicht, wurde die Benutzung öffentlicher Verkehrsmittel untersagt.

Dennoch gelang es über 6.000 Indígenas in die Universität zu gelangen, wo sie in den folgenden Tagen mit Tränengas und Schusswaffen in Schach gehalten wurden. Die Lebensmittel- und Medikamentenlieferungen an die im Innenhof der Uni campierenden Indígenas wurden von der Polizei teilweise gewaltsam unterbunden, Telefon- und Wasserleitungen abgestellt, und jeder Versuch eine Demonstration zu starten, endete mit zahlreichen Verletzten in den Tränengaswolken der aggressiven Ordnungshüter. Während die StudentInnen der Salesianer Uni bei Verhaftungen meist glimpflich wegkamen, wurden Indígenas auf offener Straße zusammengeschlagen und dann auf die Pick Ups der Uniformierten geschmissen.

In sämtlichen Hochlandprovinzen und im Amazonasgebiet blockierten Indígenas die Straßen, besetzten Kirchen und Regierungsgebäude. Die Regierung reagierte mit der Verhängung des Ausnahmezustandes. Antonio Vargas, Präsident der CONAIE, und Luis Villacís, Sprecher der marxistisch orientierten "Volksfront" wurden kurzzeitig verhaftet.

Im Norden und Süden des Landes schossen die Militärs mit scharfer Munition auf Indígenas. In der Provinz Tunguragua wurden mehrere gefangene Indígenas an Pfähle gebunden und mit Ketten ausgepeitscht. Die staatliche Repression gipfelte am 5. Februar. Militäreinheiten versuchten eine gesperrte Brücke in der Amazonasprovinz Napo zu räumen, scheiterten aber am Widerstand der Indígenas. Einige Militärs wurden gefangen genommen. Die am Militärflughafen eingetroffene Verstärkung stürmte schließlich wild in die Menschenmenge schießend die Brücke. Einige Indígenas besetzten den Flughafen und brannten den Kontrollturm nieder. Dann folgte eine mehrstündige wahre Menschenjagd in den Straßen der Provinzhauptstadt Tena, die selbst der konservative Bürgermeister des Städtchens als das "Massaker" bezeichnete. Vier Menschen, darunter ein Kind, wurden erschossen und fünfundzwanzig teils schwer verletzt.

Im Hochland kam es zu zwei weiteren Toten und etlichen Verletzten. In der Provinz Napo wurde eine Ausgangssperre verhängt.

In Quito war inzwischen die Salesianer Uni mit Stacheldraht vollkommen abgesperrt worden. Nach neun Tagen friedlicher Besetzung bahnte sich die Räumung an. Nach Angaben der OrganisatorInnen befanden sich acht bis zehntausend Indígenas, darunter viele Frauen und Kinder, in der Uni. Polizeipferde trampelten über am Boden liegende Körper, und Tränengas knallte an allen Ecken, als Sondereinheiten den Eingangsbereich der Uni stürmten. Zur Räumung kam es aber nicht.

Mehrere Verhandlungsversuche mit der Regierung wurden durch die Härte der Repression und durch die Sturheit des Präsidenten Noboa immer wieder torpediert. Der Vereinigung Ecuadorianischer Bürgermeister, der auch 27 indigene Vertreter des politischen Arms der CONAIE, Pachakutic, angehören, gelang es schließlich, den Präsidenten persönlich an den Verhandlungstisch zu bewegen. In zähen Verhandlungen kam es dann am 7. Februar zu einer Einigung. Die Regierung, die nach den blutigen Ereignissen auch international für Schlagzeilen gesorgt hatte, gab in einigen Punkten nach und auch die Indígenas wichen von ihren ursprünglichen Forderungen ab. Gleichzeitig aber kam es zu Hausdurchsuchungen und Verhaftungen wichtiger Sprecher der "Volksfront" und der Gewerkschaften, die für den 7. Februar zum Generalstreik aufgerufen hatten. Ob der Streik zu spät kam oder ob die Indígenas noch länger hätten aushalten müssen, um mehr zu erreichen, lässt sich nicht beantworten. Die Situation innerhalb des Unigeländes war mittlerweile schon mehr als kritisch, viele Kinder waren erkrankt und eine Wasser-, Medikamenten-, und Lebensmittelblockade hatte gezeigt, wer im Endeffekt am längeren Hebel sitzt.

"Töte einen Indio fürs Vaterland"

Von den 21 Punkten des Abkommens sind zwar nur wenige unmittelbar umzusetzen, aber immerhin wurde erreicht, dass die Regierung das IWF-Paket nicht vollständig durchsetzen konnte. Der Preis für Kochgaszylinder wurde von zwei auf 1,60 US-Dollar gesenkt. Der Benzinpreis wird ein Jahr lang eingefroren, alle Verhafteten freigelassen, und den Familien der Ermordeten und Verletzten eine Entschädigung zugesichert. Außerdem soll der Indígenafonds der Regierung nun endlich lang versprochenes Geld für die "Entwicklung der indigenen Dorfgemeinschaften" erhalten. Andere Punkte des Abkommens, wie eine Nichtbeteiligung am "Plan Colombia", sind allerdings nur leere Worthülsen solange die USA ihre Militärbasis in Ecuador beibehalten darf. Die Indígenas werten das Abkommen aber dennoch als einen Erfolg. Mit einer Großdemonstration von zehntausend Menschen verabschiedeten sie sich von Quito und der teils applaudierenden Stadtbevölkerung und mahnten zur Überwachung des Abkommens. "Eine Schlacht ist gewonnen, aber der Kampf geht weiter" sagte Antonio Vargas auf der Abschlusskundgebung.

Selbstorganisation der Indígenas

Die Rebellion von Anfang Februar war somit erfolgreicher als eine ähnliche Bewegung vor einem Jahr. Damals gelang es zwar mit der "Rebellion des Regenbogens" den Präsidenten Jamil Mahuad zu stürzen, nachdem dieser wenige Tage zuvor die Einführung des Dollars als Landeswährung in Ecuador bekannt gegeben hatte. Auch damals hatte die CONAIE landesweit mobilisiert. Ihr gelang es durch die Unterstützung "patriotischer Obersten" aus den Reihen der Streitkräfte, den Nationalkongress und den Präsidentenpalast zu besetzen. Doch Generäle führten die kurzfristig installierte "Junta zur nationalen Rettung" hinters Licht und ernannten kurzerhand Vizepräsidenten Gustavo Noboa zum neuen Staatsoberhaupt. Schon in seinen ersten Erklärungen machte dieser klar, dass der Prozess der Dollarisierung weitergehe, und auch sonst alles beim alten bleibe, also jetzt endlich modernisiert und privatisiert werde.

Nach dieser fehlgeschlagenen friedlichen Rebellion, dem größten Indígenaaufstand des Kontinents nach der Erhebung im mexikanischen Chiapas 1994, hat sich die soziale Lage weiter verschärft. Die Inflation, die durch die Einführung des US-Dollars gestoppt werden sollte, liegt mit 91% weit höher als voriges Jahr. Weniger als ein Viertel der ökonomisch aktiven Bevölkerung hat einen festen Job, und mehr als eine Million der 12,5 Millionen EcuatorianerInnen haben das Land auf der Flucht vor der Armut verlassen, während die Regierung den Staatshaushalt fast ausschließlich zur Rettung des korrupten Bankensystems und zur Zahlung der Auslandsschulden verwendet. Das Festhalten am neoliberalen Wirtschaftskurs führt zu immer mehr Armut, aber auch zu immer stärkerem Widerstand, vor allem der indigenen Bevölkerung, die 40% der Einwohner ausmacht.

Ein bitterer Nachgeschmack bleibt auch nach dieser Protestwelle: "Sieben Tote für 40 Centavos" murmelten zynische Zungen, auch wenn diese verkürzte Analyse wohl zu oberflächlich ist. Die indigene Bewegung Ecuadors hat ihre Mobilisierungsfähigkeit und politische Präsenz erneut unter Beweis gestellt. Interessanterweise kam es bei diesem Aufstand erstmals zu einer Allianz sämtlicher indigener Vertretungen, denn außer der CONAIE waren auch die evangelischen Indígenas der FEINE und der Dachverband der indigenen und afroecuatorianischen Bauern und Bäuerinnen, FENOCIN, mit von der Partie. Die politischen Entscheidungen wurden in einem zutiefst basisdemokratischen Prozess getroffen, bei dem die FührerInnen der Indígenas keine eigene Entscheidungsbefugnis besitzen, sondern nur die Stimme der immer wieder und wieder konsultierten Basis vertreten.

Auch wenn die Stadtbevölkerung in einer Kulisse von Maschinengewehren und Ausnahmezustand nicht mehrheitlich zu mobilisieren war, ergab eine Umfrage des Meinungsforschungsinstituts Cedatos, dass 66% der Bevölkerung die Aktionen und Forderungen der Indígenas unterstützten. Die strategische Allianz mit der städtischen Linken und den in der "Volksfront" vereinten Gewerkschaften, Studentenorganisationen, und Parteien ließ in Fragen der Koordination an vielen Stellen allerdings zu wünschen übrig. Die Verleumdungen der Medien und staatlichen Stellen, welche der Indigenabewegung eine "kommunistische Unterwanderung" unterstellten, mögen ihren Teil dazu beigetragen haben, dass ein breiteres Bündnis der oppositionellen Kräfte in der Praxis nur wenig zum Tragen kam.

Dennoch wurde offensichtlich, dass die Vollstrecker der IWF-Politik, mehrheitlich Bananenbarone und korrupte Banker, in Ecuador mit der Umsetzung des neoliberalen Ausverkaufs des Landes kein leichtes Spiel haben. Selbst die Streitkräfte, die unverkennbar ihr repressives Gesicht zeigten, scheinen nicht beliebig belastbar. Zwar ist die Verurteilung der für die Menschenrechtsverletzungen und ermordeten Indígenas verantwortlichen Minister und Generale trotz internationaler Klagen unwahrscheinlich, aber der Unmut in der Truppe, die zum Großteil aus Indígenas besteht, findet Gehör bei einigen Offizieren. Sie schlossen beispielsweise ohne Absegnung von oben lokale Nichtangriffspakte mit indigenen Dörfer und prangerten das Blutvergießen durch ihre Kollegen an.

Über Radiostationen unterstützten die aus den Reihen des Militärs suspendierten "patriotischen Oberste", allen voran Lucio Gutiérrez, die Proteste. Im Gegensatz zu Fujimori in Peru verfügt die Regierung in Ecuador nicht über die unbegrenzte Unterstützung der Olivgrünen. Und das in einem Land, welches für die USA strategisch äußerst wichtig ist, zum einen für den Krieg gegen die kolumbianische Guerilla, und außerdem um den Zugriff auf das an Bodenschätzen, Süßwasser und Genkombinationen reichen Amazonasgebietes zu sichern. In einer Region, in der die "bolivianische Revolution" des erklärten Kubafreundes Hugo Chavez in Venezuela und der kolumbianische Konflikt mehr als ein Dorn im Auge des Weltpolizisten ist, passt es rein gar nicht, wenn sich die Indígenas erheben, politisieren und Widerstand leisten. Almosen werden jedenfalls kaum ausreichen, um diesen Prozess aufzuhalten.

Boris Siebert, Quito

# 13. Der Geist von Davos

Autor: Peter Nowak · Rubrik: Imperialismus und Weltwirtschaft; Schweiz; Antiglobalisierungsbewegung · CD-Datei: daten/aksuche/ak447/15.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:447:15

Mit einem beispiellosen Polizeiaufgebot versuchten die Schweizer Behörden das World Economic Forum (WEF) vor Protesten zu schützen. In den Schweizer Massenmedien gab es in den Wochen zuvor nur ein Thema: Das Treffen des WEF vom 25.-28. Januar in Davos und die seit Monaten geplanten Gegenaktionen. Die hatten in diesem Jahr eine Breite erreicht, wie noch nie in der 20-jährigen Geschichte des WEF.

Einst als Manager-Winterschule mit leicht esoterischen Einschlag gestartet, ist das WEF in den letzten Jahren zu einem Think Thank der Mächtigen aus Wirtschaft und Politik aus der ganzen Welt geworden. Mit dem Bedeutungswandel des WEF wuchs auch der Protest dagegen, der in den Anfängen kaum über die Schweiz hinaus Anklang gefunden hatte. Heute reicht das Spektrum der WEF-Kritiker von kritischen Theologen über das Netzwerk Attac bis zu internationalistischen und autonomen Gruppen.

Attac hatte zum Auftakt der Gegenaktionen im Volkshaus Zürich einen hochkarätig besetzten Gegenkongress organisiert. Gegen die Globalisierung des Kapitals sollte weltweite Solidarität der Unterdrückten entwickelt werden, wurde in den unterschiedlichen Beiträgen immer wieder betont. Der linke französische Soziologe Pierre Bourdieu und amerikanische Globalisierungskritiker Noam Chomsky schickten Grußworte. Mit einer Life-Schaltung zum internationalen Treffen von NGOs und sozialen Initiativen im brasilianischen Porto Alegre sollte der praktische Bezug zu den weltweiten Kämpfen symbolisiert werden. Viele WEF-Gegner wollten sich allerdings nicht auf symbolische Aktionen alleine beschränken. Mit Bussen, PKWs und Zügen machten sich mehr als 3.000 Menschen ins winterliche Davos auf.

Schon im Vorfeld hatte die Schweizer Polizei erklärt, dass niemand in den Ort kommen werde. Alle Protest in Davos und Umgebung waren verboten worden. "Jesus kommt nur bis Landquart", titelte der Blick, das Schweizer Pendant zur Bild. Tatsächlich wurde in dem kleinen Bergort, ca. 30 km von Davos entfernt, der Zug der Demonstrationen von der Polizei gestoppt. Die Demonstranten reagierten darauf, in dem sie für mehrere Stunden Autobahnen und Eisenbahngleise besetzten und so für ein Chaos im Autobahn- und Zugverkehr sorgten. Mehr als 200 Menschen gelangten allerdings auch bis nach Davos. Bei Schneesturm und Minusgraden protestierten sie mehr als zwei Stunden, obwohl sie trotz der kalten Witterung und des friedlichen Charakters von der Polizei mit Wasserwerfern attackiert wurden.

Am Abend des folgenden Tages kam es in Zürich noch zu einer spontanen Protestdemonstration. Die sichtlich überraschte Polizei setzte Gummigeschosse und CS-Gas. Viele Demonstranten litten anschließend an Atembeschwerden. Mehrere Personen mussten in Krankenhäusern behandelt werden. Viele Protestierer drückten ihre Wut gegen über diesem harten Polizeivorgehen durch den Bau von Barrikaden in der Innenstadt aus. Längere Straßenschlachten zwischen Demonstranten und der Polizei waren das Ergebnis. Es kam zu zahlreiche Festnahmen.

Die Anti-WEF-Koordination, die die diesjährigen Proteste organisierte, bewertet ihre Arbeit als Erfolg. Besonders hob sie dabei hervor, dass der Protest - allen staatlichen Bemühungen zum Trotz - auch dieses Jahr wieder auf den Straßen von Davos sichtbar wurde.

Peter Nowak

# 14. Gegensätze überbrücken. Weltsozialforum in Porto Alegre zeigt Ambivalenzen der Globalisierungskritik

Autor: Stefanie Kron · Rubrik: Imperialismus und Weltwirtschaft; Aktionen / Veranstaltungen; Antiglobalisierungsbewegung · CD-Datei: daten/aksuche/ak447/32.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:447:32

Ignacio Ramonet sparte nicht mit starken Worten, als er den Aufmacher für die Januar-Ausgabe von Le Monde diplomatique verfasste. "Das neue Jahrhundert beginnt in Porto Alegre", pries er das erste Weltsozialforum in der brasilianischen Hafenmetropole an. Eine "rebellische Internationale," käme dort nach Meinung des Chefredakteurs der internationalen Monatszeitung erstmals zeitgleich zum alljährlich in Davos stattfindenden Weltwirtschaftsforum (WEF) zusammen, um den "Machern der Globalisierung" mit einem "theoretischen und praktischen Rahmen für eine Globalisierung neuen Typs" entgegenzutreten. Doch die Widersprüche zwischen Porto Alegre und Davos scheinen nicht so groß, wie manche Globalisierungskritiker behaupten.

Ramonets Euphorie für das alternative Mega-Treffen vom 25. bis 30. Januar im Süden Brasiliens ist kein Zufall. Schließlich hatten unter anderen seine Zeitung und die Grünen-nahe Heinrich-Böll-Stiftung mit dem Motto "Eine andere Welt ist möglich" zu dem fünftägigen Gipfel mobilisiert. Finanziell getragen wurde der Kongress von der linken Stadtverwaltung und dem Bundesstaat Rio Grande do Sul. Die dort regierende Arbeiterpartei (PT) rühmt die Stadt gerne als Modell für soziale Reformen und partizipative Bürgerdemokratie. Die BewohnerInnen der verschiedenen Stadtviertel dürfen bei der Verwendung des kommunalen Haushaltes mitentscheiden, in welche Bereiche der Infrastruktur investiert werden soll. Doch was Ramonet als wegweisendes "soziales Experimentierfeld" und "völlige demokratische Freiheit" feiert, hat Schönheitsfehler. Denn angesichts der allgemeinen Wirtschaftskrise in Brasilien gerät die Mitbestimmung in Porto Alegre mehr und mehr zum Verteilungskampf um die knapper bemessenen Ressourcen.

Trotzdem lohnte sich die Werbung. Ein äußerst heterogenes Spektrum von rund 15.000 Teilnehmern aus 122 Ländern reiste an, weit mehr, als erwartet worden waren. Vertreter von Nichtregierungsorganisationen, Kirchen, Bauern- und Indigenaverbänden, Frauengruppen sowie kritische Intellektuelle und oppositionelle Parlamentarier fanden sich in der weltoffenen Metropole ein. Und sogar einige kleine und mittlere Unternehmer - die sich auch als Opfer der Globalisierung sehen - fanden den Weg an die brasilianische Atlantikküste. Im Zentrum der zahllosen Podien, Workshops und Symposien standen Diskussionen rund um die "Demokratisierung internationaler Finanz- und Handelsinstitutionen" sowie die Verbesserung der "Nord-Süd-Verständigung" mit dem Ziel einer "weltweiten Vernetzung von Bürgerbewegungen". Eine sozial gerechtere Alternative zum herrschenden Modell des Marktes soll so entstehen, hoffen die Organisatoren.

Das brasilianische Organisationskomitee hatte rund 90 prominente Oppositionspolitiker und Intellektuelle aus der ganzen Welt geladen, um das Forum als internationales Treffen einer neuen Linken zu präsentieren. Doch nicht einmal der tosende Beifall für den Auftritt des Schriftstellers Eduardo Galeano aus Uruguay im überfüllten Audimax der Universität konnte darüber hinwegtäuschen, dass der Süden weitgehend unter sich und der Großteil der geladenen globalisierungskritischen Intelligenz aus Europa und den USA zu Hause blieb. So prägten vor allem die erstarkenden lateinamerikanischen Bauernorganisationen das Treffen, allen voran die brasilianische Landlosenbewegung MST. Rafael Alegria, Vorsitzender von Via Campesina, eines weltweiten Netzwerkes von Kleinbauern, fasste die Problematik der kleinen Landwirte zusammen: "Der so genannte Freihandel hat uns die Lebensgrundlage entzogen. Wir fordern Landreformen sowie Subventionen zu Gunsten kleiner Produzenten und wir lehnen gentechnisch veränderte Nahrungsmittel ab." Ihren Forderungen verliehen die ländlichen Basisorganisationen auch gleich Nachdruck. Angeführt von Alegria, MST-Chef Joao Pedro Stedile und dem omnipräsenten französischen Bauernaktivisten Jose Bove stürmten rund 1.300 brasilianische Bauern am zweiten Tag des Gipfels eine Anlage des US-Biotechnologieunternehmens Monsanto und zerstörten 400 Hektar Versuchsfelder mit gentechnisch veränderten Pflanzen.

Viele der Campesino-Organisationen gehören einer Strömung innerhalb der globalisierungskritischen Bewegung an, die ihren Sozialprotest mit einer grundsätzlichen Kapitalismuskritik verbindet.

"Glaubwürdige Alternativen"

Doch trotz ihrer starken Präsenz werden nicht erst seit Porto Alegre vor allem die neokeynesianischen Positionen einer anderen Fraktion diskutiert. Zu deren Protagonisten zählt neben Ramonet auch der

Le-Monde-diplomatique-Redakteur Bernard Cassen. Paradigmatisch für diese Fraktion steht das von Cassen mitbegründete globalisierungskritische Netzwerk attac. Auf der Suche nach "glaubwürdigen Alternativen zur Globalisierung und zum Kapitalismus" fordert dieser globalisierungskritische Mainstream vor allem die Besteuerung und politische Kontrolle der internationalen Finanzmärkte sowie die Stärkung des Nationalstaates gegen die "aktuelle ökonomische Barbarei" (Ramonet). Verbunden sind diese Forderungen mit einer Kritik am Abbau sozialstaatlicher Leistungen. In der abschließenden Empfehlung von Porto Alegre heißt es: "Finanzmärkte entziehen den Kommunen und Nationen Ressourcen und Reichtum und unterwerfen sie den Launen von Spekulanten. Wir fordern die Schließung von Steueroasen und die Einführung von Steuern auf Finanztransaktionen."

Entwicklungspolitische Gruppen wie der Arbeitsschwerpunkt Weltwirtschaft des BUKO (ASWW) kritisieren diesen so genannten Re-Regulierungsansatz schon seit längerem. Nicht nur wegen seiner "simplifizierenden dichotomischen" Trennung zwischen Finanzmärkten und "Realökonomie", sondern auch auf Grund der wenig staatskritischen Betrachtungsweise, die den kapitalistischen Nationalstaat als "eine an sich neutrale Instanz" analysiert, "derer sich alle gleichermaßen bedienen können, um ihre Interessen zu verwirklichen". Die gegenwärtige Struktur des globalen Finanzmarktes sei jedoch, heißt es in einem Papier des ASWW vom Mai 2000, "nicht gegen Staaten oder Regierungen, sondern durch sie bzw. mit ihnen verwirklicht" worden. Ebenso wenig ist der nunmehr historische europäische Sozialstaat als eine normative Einrichtung zu verstehen, die ein paar unschöne Nebeneffekte produzierte - wie die Kopplung des Rechtssystems an die Lohnarbeit oder die rigide geschlechtliche Arbeitsteilung -, sondern als spezifisches Akkumulationsregime, das auf systematischen Ausschlüssen, der unbezahlten Arbeit von Frauen, imperialistischen Kriegen sowie einer bestimmten kapitalistischen Produktionsweise, dem Fordismus, basierte.

Bürgerbeteiligte Re-Regulierung

Die Abwesenheit einer prinzipiellen Kapitalismuskritik lässt Re-Regulierungsbefürworter wie Cassen und Ramonet stark in die Nähe reformorientierter Teilnehmer des Weltwirtschaftsforums rücken, die selbst von einer gewissen Re-Regulierung und einer Art weltweiter Bürgerbewegung träumen, die man an der Verwaltung des Elends beteiligen könnte. Mehr als je zuvor hat sich das WEF beispielsweise dieses Jahr den gepflegten Dialog mit NGOs und anderen zivilgesellschaftlichen Kritikern ganz groß auf die Fahnen geschrieben. Die Videokonferenz zwischen Vertretern der globalisierungskritischen Prominenz in Porto Alegre und jenen der neuen Weltordnung in Davos bildete wohl den Höhepunkt der Inszenierung des WEF-Mottos "Gegensätze überbrücken".

Angesichts der unübersehbaren Krise der kapitalistischen Globalisierung sind sich nicht nur, wie Ramonet meint, "manche Verfechter des herrschenden Wirtschaftsmodells des Demokratiedefizits im Gefolge der Globalisierung wohl bewusst." Vielmehr vollzieht sich ein Paradigmenwechsel des Neoliberalismus als Gesellschaftsmodell, der mit der Wiederentdeckung einer "Gemeinschaft von Wirtschaftsbürgern" umschrieben werden kann oder mit einer "Verantwortungspartnerschaft" zwischen Markt, Staat und Bürgerbewegung. Der Schutz des Privateigentums gehört dabei ebenso dazu wie die "rationale" Verwendung von Ressourcen sowie die Optimierung des persönlichen Humankapitals.

Deutlich wird dieser Paradigmenwechsel beispielsweise in der Global Compact - Initiative des UNO-Generalsekretärs Kofi Annan. Nach dem Desaster des WTO-Gipfels in Seattle 1999 wollte er damit eine neue Partnerschaft zwischen UNO und Geschäftswelt herstellen. Die Eliten sollten sich "zu ihrer zivilen Grundeinstellung bekennen und Verantwortung übernehmen". Nachdem inzwischen mehrere hundert Großkonzerne unterzeichnet haben, preist die UNO Global Compact als die "ambitionierteste Bemühung zur Etablierung von Arbeitsbeziehungen zwischen der UNO, dem privaten Sektor und den Bürgerbewegungen". Ramonets Appelle muten vor diesem Hintergrund wie Pressemitteilungen aus dem Büro des UN-Generalsekretärs an.

Das Weltsozialforum wird nächstes Jahr wieder in Porto Alegre stattfinden. Der "Geist von Davos" ist bereits legendär. Welchen Geist Porto Alegre tragen wird, bringt der spanische Journalist Joaquin Estefania auf den Punkt: "Es ist ein Irrtum zu glauben, dass sich in Davos die unverbesserlichen Neoliberalen und in Porto Alegre die unverbesserlichen linken Nostalgiker treffen. Der einzige Unterschied ist, dass die Zufriedenen in der Schweiz zusammenkommen und die Unzufriedenen in Brasilien."

Stefanie Kron

# 15. Glorias gutgläubige Visionen

*Feine Unterschiede eines Volksaufstandes*

Autor: Rainer Werning · Rubrik: Philippinen · CD-Datei: daten/aksuche/ak447/08.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:447:08

Vor 15 Jahren - Ende Februar 1986 - besiegelte die damals gleichermaßen im In- wie Ausland überschwänglich gefeierte "friedliche People Power-Revolution" den Sturz der Marcos-Diktatur. Am 19./20. Januar 2001 jagte die sogenannte People Power-II-Bewegung den erst seit Sommer 1998 amtierenden Ex-Schauspieler und einstigen Marcos-Zögling, Joseph Ejercito Estrada, aus dem Präsidentenpalast Malacanang. Was bewirkten die Metamorphosen der Macht in Manila? Ist die neue Regierung unter Gloria Macapagal-Arroyo auch Garant eines Neubeginns jenseits allgegenwärtiger Korruption

und Patronage-Politik?

Der Begriff People Power - das Volk als Machtfaktor - war 1985/86 in der jesuitischen Ateneo de Manila University mit Bedacht geprägt worden. Er umfasste all jene unterschiedlichen gesellschaftlichen Schichten und Gruppen sowie sektoralen Bündnisse von Gewerkschaftern, städtischen Armen, Bauern, Intellektuellen, Ordensleuten und zu Marcos auf Distanz gegangene Politiker, die hauptsächlich in der Metropole Manila das schillernde Spektrum der außerparlamentarischen Opposition bildeten. In zahlreichen Protestaktionen organisierten sie den Widerstand gegen die Diktatur und waren ein wichtiges Element des Machtwechsels in Manila.

Zwei weitere Komponenten garantierten den Sieg von Präsidentin Corazon Aquino: ein gewieftes Krisenmanagement der früheren Kolonialmacht USA, die damals auf den Inseln noch militärstrategische Interessen hegte, sowie eine Militärrevolte - besser: die buchstäblich im letzten Moment erfolgte Abwendung bedeutsamer Teile der Streitkräfte von Marcos. Diese Konstellation und Gleichzeitigkeit der Ereignisse - People Power plus Militärrevolte plus US-amerikanisches Krisenmanagement - sowie die soziale Komposition ihrer Protagonisten prägten die neue Regierung und rückten das unter Marcos diskreditierte Militär schrittweise ins Zentrum der politischen Macht.

Der Wechsel von 1986 und die Fehler der Linken

Aquino war auf die Unterstützung des vormaligen Kriegsrechtsverwalters (1972-81) und Generalstabschefs Fidel V. Ramos angewiesen. Es dauerte nicht einmal ein Jahr, bis die wenigen fortschrittlichen Kabinettsmitglieder aus der Regierung ausgeschieden oder zum Rückzug gezwungen worden waren und den Linken samt ihren Konzepten von People's Power (Volksmacht) der "totale Krieg" erklärt wurde. Vergessen wird vielfach, dass unter Aquino mehr Menschenrechtsanwälte und engagierte Journalisten erschossen wurden als während der Marcos-Herrschaft und die Zunahme paramilitärischer Bürgerwehren, der sogenannten vigilantes, im Namen von People Power der schmutzigen Aufstandsbekämpfung dienten. So wurde gar offiziell People Power zur Bekämpfung tatsächlicher People's Power-Ansätze mobilisiert und instrumentalisiert. Frau Aquino hat bei ihren öffentlichen Auftritten im Frühjahr 1987 mehrfach die Vigilanten - so wörtlich - "als Verkörperung von People Power" bezeichnet.

Dass all dies geschah und geschehen konnte, war zum Teil zwei fatalen Fehleinschätzungen der Nationalen Demokratischen Front (NDFP) geschuldet. Das Untergrundbündnis NDFP war bis Mitte der achtziger Jahre im Widerstand gegen die Diktatur ideologisch hegemonial und deren Neue Volksarmee (NPA) wurde damals von US-amerikanischen Geheimdiensten als "weltweit am schnellsten wachsende Guerilla" eingestuft. Die NDFP überschätzte Marcos und unterschätzte das US-Krisenmanagement sowie die (Eigen-)Dynamik des antidiktatorischen Kampfes.

Die NDFP bzw. die von ihr geführte Kommunistische Partei (CPP) hatte die vorgezogene Präsidentschaftswahl Anfang Februar 1986 boykottiert und sie als "lärmendes Getöse der US-Marcos-Diktatur" charakterisiert. Doch Marcos war bereits seit Frühjahr 1985 (damals gar persönlich von CIA-Chef William Casey) zu der vorgezogenen Wahl gedrängt worden, während das vereinte Krisenmanagement von State Department und Pentagon auf eine gemäßigt bürgerlich-reformistische Alternative unter ausdrücklicher Einbindung von General Ramos setzte. Mit Erfolg: Strategisch war Marcos bereits vor den Wahlen abgeschrieben, lediglich taktisch war

sein Verweilen im Amt von Interesse, da sich durch die vorgezogene Wahl immerhin ein Beachten demokratischer Spielregeln demonstrieren und dadurch die Legitimation der neuen Regierung begründen ließ.

Die Unterschätzung des demokratischen oder antidiktatorischen Kampfes seitens der NDFP und die Verkennung der Tatsache, dass dieser in den Endzügen des Marcos-Regimes vom metropolitanen Bürgertum sowie im reformistischen Oppositionslager aktiv unterstützt wurde, resultierten aus der Annahme, ein Ende der Diktatur falle zeitgleich mit dem Sieg des dreieinigen "antiimperialistischen, antifeudalen und antifaschistischen Kampfes" zusammen.

1986 bildete People Power letztlich die Staffage eines Machtwechsels, nach dem strukturell alles beim Alten blieb, der aber die vor dem Kriegsrecht geltenden Spielregeln einer "Elitendemokratie" (so selbstkritisch der damalige Senatspräsident Jovito Salonga) reaktivierte. Aquino schied 1992 nach einer blassen Regierungszeit aus ihrem Amt, ihr Nachfolger wurde Ex-General Ramos, der sowohl ihr als auch Marcos als Stütze gedient hatte. Ausgerechnet Ramos gelangen Erfolge an vielen Fronten: Seine innermilitärischen Kritiker verstummten, seine außermilitärischen Gegner befehdeten sich gegenseitig, eine relative politische Stabilität wurde von bescheidenen Wirtschaftserfolgen begleitet, schließlich fanden unter seiner Ägide wenigstens Friedensverhandlungen mit den Moros und der NDFP-Exilführung im niederländischen Utrecht statt.

Im Januar 2001 wiederholte sich vieles, was schon im Februar 1986 für einen Machtwechsel gesorgt hatte. Zahlreiche säkulare und kirchliche Nicht-Regierungsorganisationen, fortschrittliche und linke Gruppierungen, Angehörige aus den Mittelschichten, Studenten, Businessleute aus dem Geschäfts- und Finanzdistrikt Makati, die Ex-Präsidenten Aquino und Ramos nebst der einflussreichen katholischen Kirchenhierarchie, repräsentiert durch den agilen Erzbischof von Manila, Jaime Kardinal Sin, hatten seit dem Herbst die schillernde People Power-II-Bewegung begründet. In ihr gewann Zug um Zug die Position des "Oust Erap" ("Verjagt Erap") die Oberhand, während die Stimmen, die im Amtsenthebungsverfahren den geeigneten verfassungsmäßigen Prozess und einen Ausdruck gereifter demokratischer Spielregeln sahen, zusehends leiser wurden.

Lehren der Vergangenheit

Auffällig an People Power II war dennoch viererlei: diese Bewegung erlebte im Vergleich zu 1986 eine größere und tiefere Teilnahme der unterschiedlichsten gesellschaftlichen Schichten und Gruppen und blieb nicht vorrangig auf die Metropole Manila beschränkt. Landesweit, vor allem auf der krisengeschüttelten und von Bürgerkrieg gezeichneten südlichen Insel Mindanao, formierte sich seit letzten Sommer ein facettenreiches Widerstandspotenzial, das seitdem auf vielfältige Weise - mittels Dauerprotesten, Streiks, Mahnwachen, Offenen Foren u.ä. - kritisches Bewusstsein schärfte, selbstständige Organisationsstrukturen konsolidierte und politische Aktionen initiierte. Auch konnten nach aufreibenden, teils selbstzerfleischenden internen Debatten unter den Linken Mitte der neunziger Jahre alte Berührungsängste abgebaut und neue Gemeinsamkeiten erprobt werden. Schließlich spielten ausländische Kriseninterventionen keine nennenswerte Rolle.

"Unsere nächsten Schritte", betont Rafael Mariano, Vorsitzender des militanten Bauernverbandes KMP und der nationalistischen Bündnisorganisation BAYAN, "zielen darauf ab, dem Kampf gegen Estrada nunmehr auch entsprechende Reformen im Interesse der Bevölkerung folgen zu lassen". Eine 20 Punkte umfassende Volksagenda, bereits Mitte November 2000 Frau Macapagal-Arroyo überreicht, soll u.a. gewährleisten, dass Estrada und seinen Kohorten keine Straffreiheit gewährt wird; die Friedensverhandlungen mit der NDFP und der Moro Islamischen Befreiungsfront (MILF) im Süden des Archipels wieder aufgenommen und die politischen Gefangenen freigelassen werden; Arbeiter eine Erhöhung ihres Tageslohns um 125 Pesos (etwa 5 Mark) erhalten; die Landreform zügiger umgesetzt wird und im Haushalt (Aus-)Bildung und andere soziale Leistungen Vorrang genießen.

Gloria Macapagal-Arroyo beerbt eine Politik, die in vielerlei Hinsicht einer modifizierten Marcos-Politik glich. Tatsächlich war Estrada lange Teil der politisch-administrativen Infrastruktur der Marcos-Diktatur und machte mit deren Kumpanen öffentlich und ungeniert gemeinsame Sache. Hart gesottene Marcos-Intimi hatten Estradas Wahlkampf finanziert und dieser revanchierte sich mit der Zuteilung von Pfründen. Im Senat und Abgeordnetenhaus ist der Einfluss gewichtiger Estrada-Marcos-Anhänger längst nicht gebrochen. Wie sein einstiger Mentor Marcos ließ auch Estrada eine ernsthafte Friedenspolitik, vor allem gegenüber dem unruhigen Süden, vermissen.

Glaubte er, im Sog der mehrmonatigen Geiselnahme ausländischer Touristen durch die Abu Sayyaf-Gruppe auf der Insel Jolo im Sommer letzten Jahres die eiserne Faust ballen zu müssen und den Moro-Widerstand mittels groß angelegter Militäroffensiven "pulverisieren" zu können, so wurde das für den Präsidenten zum Bumerang. Je prekärer die Sicherheitslage und sozialökonomischen Bedingungen in der Peripherie wurden, desto rasanter entwickelte sich die Krisenstimmung im politischen Zentrum sowie in der Business-Community von Manila.

Die Kabinettsliste der neuen Präsidentin liest sich streckenweise wie ein Who is Who der Ramos-Administration, wobei Ramos selbst als Elder Statesman und Sonderemissär der Regierung im Gespräch ist, der im Ausland für Vertrauen und Kapitalinvestitionen werben soll. Auch die theatralischen Wendehälse, die im Januar buchstäblich fünf vor Zwölf Estrada die Gefolgschaft aufkündigten, sind im neu-alten Kabinett vertreten bzw. behalten Schlüsselpositionen: Verteidigungsminister Orlando Mercado und die Militärspitze um Generalstabschef Angelo T. Reyes und seinem Vize und Geheimdienstchef, Generalleutnant José Calimlim. Diese war freaks hatten im Sommer vergangenen Jahres den verheerenden Krieg in Mindanao und auf Jolo angezettelt. Gloria Macapagal-Arroyos Spagat verheißt wenig Gutes. Die wirkliche Herausforderung und Stärke von People Power II läge darin, zu verhindern, dass daraus zu Lasten der Zivilbevölkerung erneut Schlechtes erwächst. Jedenfalls hat das Ende Estradas eine ermutigende Signalwirkung: Die Regierungszeiten von Präsidenten und Intervalle von Volkswiderstand können kürzer und dessen Methoden verfeinert werden.

Rainer Werning

Glorias gutgläubige Visionen

Ausgerechnet die promovierte Volkswirtschaftlerin Gloria Macapagal-Arroyo (53) muss jetzt den Augiasstall ausmisten, den ihr der polternde Macho Estrada hinterlassen hat. In ihrer Antrittsrede am 20. Januar beschwor die neue Präsidentin die Einheit ihrer zerrissenen Nation. Ein Vier-Punkte-Programm soll den Inselstaat aus der politischen, wirtschaftlichen und sozialen Malaise führen: Bekämpfung der weit verbreiteten Armut; Grundlegung eines guten, moralischen Grundsätzen verpflichteten Regierungsstils; Überwindung der lähmenden Patronage-Politik zu Gunsten programmatisch ausgerichteter politischer Parteien und ein persönlicher Führungsstil, der anstelle von Rhetorik und Showgehabe auf vorbildlichem Arbeitsethos und würdevollem Lebensstil basiert.

KritikerInnen bemängeln, die neue Präsidentin habe kein Charisma, verfüge über kein politisches Alternativprogramm und profitiere einzig von der Reputation ihres Vaters.

Diosdado Macapagal hatte 1961 die Präsidentschaft gewonnen und sich in zweierlei Hinsicht einen Namen gemacht: In der Öffentlichkeit galt er als "der Unkorrumpierbare" und (wirtschafts-)politisch markierte sein Deregulierungsprogramm den Beginn exportorientierter Entwicklung und das Hofieren von Weltbank und IWF im Lande. Sollte sich Gloria Macapagal-Arroyo Letzteren im Sinne weiterer Marktöffnung mehr verpflichtet fühlen als dem erklärten Ziel der Armutsbekämpfung, geriete sie rascher als ihr lieb sein dürfte in den Strudel sozialer Proteste. Immerhin haben im landesweiten Anti-Estrada-Spektrum nicht wenige nur den Sturz des Präsidenten, sondern vielmehr ein Ende seiner elitenfreundlichen Politik im Visier gehabt.

# 16. Investitionen statt Streiks. Auf dem Weg "Standort Südafrika"

*Auf dem Weg zum "Standort Südafrika"*

Autor: Gerhard Klas · Rubrik: Südafrikanische Republik · CD-Datei: daten/aksuche/ak447/19.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:447:19

Südafrikas Präsident Thabo Mbeki (ANC) will mit einer neoliberalen Wirtschaftspolitik gegen die wirtschaftlichen und sozialen Probleme seines Landes angehen. Mit Hilfe einer Öffnung für ausländische Investitionen, Zinssenkung und Privatisierungen soll unter anderem den steigenden Erwerbslosenzahlen und den Problemen im Gesundheitssektor Einhalt geboten werden. Der Gewerkschaftsdachverband COSATU steht diesen Plänen zunächst aufgeschlossen gegenüber und spricht sich in diesem Zusammenhang auch gegen den Streik der VW-Beschäftigten in Uitenhage aus.

Vor elf Jahren läutete der damalige südafrikanische Präsident Frederik Willem de Klerk das offizielle Ende der Apartheid ein. Er hob das Verbot gegen den African National Congress (ANC) auf und ordnete die Freilassung Nelson Mandelas an. 1994 gewann Mandela die ersten freien Wahlen und wurde 1999 von Thabo Mbeki, ebenfalls vom ANC, mit einer knapp verfehlten Zweidrittelmehrheit als Präsident abgelöst. Anlässlich des zehnjährigen Jubiläums hielt Mbeki im vergangenen Jahr seine erste Parlamentsrede zur Lage der Nation. Doch anders als bei der Rede de Klerks jubelten diesmal vor allem die Wirtschaftsgrößen und die Vertreter der neoliberalen Oppositionspartei Democratic Party.

Dieser Jubel kam nicht von ungefähr, denn Mbeki kündigte drastische Veränderungen in der Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik an, die im laufenden Jahr durchgeführt werden sollen. Zinssenkungen, Privatisierung des öffentlichen Dienstes und staatseigener Betriebe sollen den "Standort Südafrika" für ausländische Investoren lukrativ machen. Im letzten Punkt sind sich die Allianzpartner des regierenden ANC, der Gewerkschaftsdachverband COSATU und die South African Communist Party SACP, einig. Allein der Weg dorthin trifft auf unterschiedliche Vorstellungen.

Der Parteichef des regierenden ANC versprach, die "rigiden Arbeitsschutzgesetze aufweichen" zu wollen. Diese Gesetze, die während Mandelas Präsidentschaft installiert wurden, macht Mbeki nun dafür verantwortlich, dass bisher so wenig neue Arbeitsplätze geschaffen worden sind. Das hinderte Mandela nicht daran, die Rede Mbekis als "außergewöhnlich" zu bezeichnen. Auch der Notenbankchef Tito Mboweni begrüßte, ebenso wie die Wirtschaftsverbände, die klaren Absichten des Präsidenten, der den ANC Ende 1999 in die sozialdemokratische Internationale einführte.

Ärger mit der ehemals als kämpferisch bekannten Führung des Gewerkschaftsdachverbandes COSATU ist deswegen nicht unbedingt zu erwarten. Zwelinzima Vavi, der COSATU-Generalsekretär, zeigte sich wenig überrascht von Mbekis Ankündigungen und begrüßte diese. Obwohl die Anzahl der Erwerbslosen seit 1994 nahezu gleich geblieben ist, hat der COSATU-Kongress im vergangenen September beschlossen, die Allianz mit dem ANC auf keinen Fall in Frage zu stellen. Allerdings bereiten die Gewerkschaften einen dreitägigen Streik vor, sollte der ANC an der Revision des Arbeitsgesetzes zum Nachteil der Lohnabhängigen festhalten. Von offizieller Gewerkschaftsseite aus richten sich die Aktionen jedoch nicht gegen die geplanten Privatisierungen. Auf diese Weise versucht die Gewerkschaftsführung, den Balanceakt zwischen der Gewerkschaftsbasis und ihrer Rolle als Allianzpartnerin der Regierung zu meistern.

Das äußere Erscheinungsbild Südafrikas ist für die Allianz von größter Bedeutung und der Ton gegenüber denjenigen, die dieses Bild ankratzen, wird schärfer. Viel mehr als die weltweit höchste Kriminalitätsrate, die Mbeki als "Investitionshemmnis", so die Kritik der größten Oppositionspartei Democratic Party, auch in seiner diesjährigen Parlamentsrede zur Lage der Nation unerwähnt ließ, stören ihn Arbeitskämpfe, die der Regie des Allianzpartners COSATU entgleiten. Den Streik von mehr als 1.300 Beschäftigten des VW-Konzerns in der Industriestadt Uitenhage kommentierte Mbeki im vergangenen Jahr als "illegalen und ungerechtfertigten Streik", der nicht toleriert werden könne. COSATU begrüßte die konsequente Haltung Mbekis gegenüber den Streikenden.

Die Beschäftigten in Uitenhage hatten ihre Arbeit für einige Tage niedergelegt, um gegen die willkürliche Entlassung von dreizehn Betriebsräten und die Veruntreuung der Pensionsfonds zu protestieren. Dadurch sah die Unternehmensleitung die Exportziele gefährdet. Der VW-Vorstand aus Wolfsburg drohte gar mit dem Abbau aller Arbeitsplätze, sollte der Konflikt nicht in seinem Sinne gelöst werden. Nicht nur die 6.000 Arbeitsplätze der VW-Produktion in Uitenhage, auch schätzungsweise 20.000 aus den Zulieferbetrieben standen auf dem Spiel. Ebenso befürchtete Mbeki Minuspunkte beim ohnehin angekratzten Ansehen Südafrikas im Club der transnationalen Unternehmen und Investoren.

Seit dem Regierungsantritt des ANC 1994 haben mehr als eine halbe Million Menschen ihre Erwerbsarbeit verloren. Das Land ist neben Brasilien Spitzenreiter der weltweit größten sozialen Ungleichheit. Dabei war der ANC mit dem Versprechen angetreten, die Armut der mehrheitlich schwarzen Bevölkerung zu beseitigen und Arbeitsplätze zu schaffen.

Nach einer kurzen Phase des Aufbruchs Mitte der 90er Jahre und keynesianischer Programme wie dem Reconstruction and Development Programme RDP drückte der ANC auf Anraten des Internationalen Währungsfonds und der Weltbank ein Strukturanpassungsprogramm durch: GEAR. Dieses Programm sollte den südafrikanischen Haushalt konsolidieren, um den Kapitalabfluss zu vermindern. Mittlerweile ist es Mbeki und dem amtierenden Finanzminister Trevor Manuel gelungen, auch die Führungskräfte der Allianzpartner des ANC und die KritikerInnen aus den eigenen Reihen von GEAR zu überzeugen.

Eine der aktuellen Folgen von GEAR, die auch von der Entschuldungskampagne Jubilee 2000 South Africa aufgegriffen wird, ist der schlechte Zustand der öffentlichen Gesundheitsversorgung. Viele Krankenhäuser mussten ihre Pforten sogar schließen. Ursache sind die tiefen Einschnitte in den Staatshaushalt. Zumindest das Gesundheitssystem soll nun mit einem neuen Kredit der Weltbank angeblich wieder saniert werden. Doch Jubilee 2000 South Africa warnt vor den Bedingungen, die von der Weltbank an den neuen Kredit geknüpft werden und prognostiziert weitere Privatisierungen im Gesundheitsbereich, dessen Leistungen dann für noch mehr Arme in Südafrika unerreichbar seien. Dabei ist der Bedarf an einer besseren Gesundheitsversorgung offensichtlich: Allein im vergangenen Jahr starben 250.000 SüdafrikanerInnen an Aids, schätzungsweise vier Millionen sind infiziert.

Ebenso problematisch dürfte die Reform des öffentlichen Verwaltungsapparates werden. Schätzungen gehen von 30.000 bis 55.000 Beschäftigten aus, die von den Rationalisierungen betroffen sein werden. Die geplanten Privatisierungen der staatlichen Telekommunikations-, Transport-, Rüstungs- und Energieunternehmen belaufen sich auf einen Gesamtwert von ca. 40 Milliarden Mark. Aber auch bei dieser Summe handelt es sich letztlich nur um eine schnelle Erleichterung für den Staat und um keine Lösung auf längere Sicht.

Nur keine unkontrollierten Arbeitskämpfe

Die Kapitalzuflüsse, die mit GEAR begünstigt werden sollten, waren de facto vor allem kurzfristige Portfolio-Investitionen, die ohne Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt blieben. Die Integration des zuvor isolierten Südafrika in den Weltmarkt hatte einen hohen Preis, denn die nationalen Unternehmen waren einem hohen Druck ausgesetzt und reduzierten ihre Personalkosten durch Entlassungen. Die Anzahl der Streiks, auch die der "unorganisierten", häufte sich in dem 39 Millionen EinwohnerInnen zählenden Land. Hauptziele der Arbeitskämpfe waren Lohnerhöhungen, Verbesserung der Arbeitsbedingungen und der Versuch, die Regierung an der Privatisierung von bislang staatseigenen Produktions- und Dienstleistungsunternehmen zu hindern. Mittlerweile ist aber auch die Gewerkschaftsführung davon überzeugt, dass einzig und allein Investitionen aus dem Ausland die mit offiziell über 30 Prozent enorm hohe Erwerbslosenquote bekämpfen könnten. Resultat waren u.a. Lohnabschlüsse unter der Inflationsrate.

Auch der Fall des Goldpreises in den letzten Jahren macht Südafrikas Wirtschaft schwer zu schaffen. Der kurzfristige Anstieg von Südafrikas wichtigstem Exportgut Anfang vergangenen Jahres erwies sich nicht nur für AnlegerInnen als flüchtige Tendenz: eine Erhöhung um einen Dollar pro Unze bedeutet zusätzliche Exporteinnahmen von 14,5 Millionen Dollar jährlich. Mittlerweile sprechen auch führende Bankhäuser dem gelben Metall jegliche Rolle als Zufluchtsort für die von Inflationsangst geplagten AnlegerInnen ab.

Das könnte sich allerdings mit den neuen Expansionsbestrebungen des Bergbaukonzerns Anglo American ändern. Insgesamt 40 Prozent der Exporteinnahmen Südafrikas stammen aus den Auslandsgeschäften der Minenkonzerne. Anglo American will sich als weltweit größter Goldschürfer nun seinen südafrikanischen

Erzrivalen, Gold Fields, sowie den Diamantenproduzenten De Beers unter den Nagel reißen. Zumindest für die Johannesburger Börse (JSE) würde dies einen weiteren Schlag bedeuten. Während De Beers noch an der JSE notiert ist, ist Anglo American eine von vielen Firmen, die in den letzten Jahren von der JSE an die Londoner Börse gewechselt haben. Mit der Übernahme von De Beers würde eine der drei größten Firmen am Kap ebenfalls ihren Hauptsitz nach London verlegen.

Die südafrikanische Regierung reagiert auf diese Entwicklungen nervös und entgegen ihrer eigenen Doktrin des Freihandels und der Privatisierung: Ein vor zwei Monaten veröffentlichter Gesetzentwurf für den gesamten Bergbau hat das Ziel, die Schürfrechte vom Privatsektor auf den Staat zu übertragen. Dies würde dem Staat künftig alle Besitzrechte an den Rohstoffen des Landes gewähren. Wie schon 1994, als der ANC vor seiner Wahl nicht nur eine Verstaatlichung der Schürfrechte, sondern auch der Minen selbst gefordert hatte, musste die Partei nun ebenfalls nach massivem Druck aus dem In- und Ausland ihr Vorhaben wieder zurücknehmen. Mit Blick auf das Nachbarland Zimbabwe reagiert die Wirtschaftspresse, führende Unternehmen und die supranationalen Institutionen des Kapitals äußerst sensibel auf jede Maßnahme der ANC-Regierung, die sie für eine "Verstaatlichung durch die Hintertür" halten. Anfang Januar verlautbarte das Energie- und Bergbauministerium, dass es sich um ein Missverständnis handele, das Gesetz strebe lediglich eine "Wächterrolle" des Staates über die Bodenschätze an und aktive Bergwerke sollen von der neuen Regelung ausgenommen bleiben. Nur bisher nicht genutzter Boden könnte von der Regierung konfisziert und umverteilt werden.

Investitionen als Mittel gegen Armut

Jenseits dieser Ausnahmen forciert die Regierung Mbeki jedoch eine andere Wirtschaftspolitik. Im vergangenen Jahr rief der Präsident einen "Konsultativrat internationaler Investoren" ins Leben. Neben dem irischen Medienmulti Tony O'Reilly, dessen Independent-Gruppe in Südafrika die Hälfte aller großen Tages- und Wochenzeitungen besitzt, gehört auch der Vizepräsident der US-amerikanischen Citigroup und ein Vorstandsmitglied des japanischen Mitsubishi-Konzerns zu diesem Beratergremium. Auch Martin Kohlhausen von der Commerzbank und Jürgen Schrempp, Daimler-Chrysler-Chef, beraten Südafrika bei der anstehenden "Restrukturierung von Staatseigentum", so der ANC-Sprachgebrauch für Privatisierungen. Mbeki kündigte in seiner Anfang Februar gehaltenen Rede zur Lage der Nation an, den Investorenrat um führende Manager aus der Informationstechnologie zu erweitern: Geschäftsführer der Unternehmen Oracle, Alcatel, Siemens und Hewlett-Packard werden künftig zur Seite stehen, wenn es um die großen wirtschaftspolitischen Entscheidungen in Südafrika geht.

Die Regierung will sich nicht nur auf den disziplinierenden Einfluss ihrer Allianzpartner verlassen. Deshalb verabschiedete der Finanzminister Trevor Manuel im Haushaltsentwurf des vergangenen Jahres nicht nur Steuersenkungen für private Steuerzahler und eine Lockerung der Devisenkontrollen. Allein die südafrikanische Polizei erhielt 2,5 Milliarden Dollar des sich insgesamt auf 40 Milliarden belaufenden Budgets. Auch die Summen für Justiz und Strafvollzug hat Manuel heraufgesetzt. Mit dem größten Batzen, knapp einem Viertel des Gesamthaushalts, soll der Schuldendienst getilgt werden.

Gerhard Klas

Besuch aus Südafrika

Am 23. Januar befand eine Schiedskommission, dass alle 1.300 Arbeiter des VW-Werkes Uitenhage, die im Februar vergangenen Jahres von der Unternehmensleitung gefeuert worden waren, wieder eingestellt werden müssen. Gleichzeitig gab VW bekannt, dass das Unternehmen den Spruch der Schiedskommission nicht akzeptieren werde und Neuverhandlungen anstrebe.

Während die IG Metall jede Stellungnahme vermied, hatte sich der VW-Gesamtbetriebsrat in Gestalt des Vorsitzenden Klaus Volkert und seines Stellvertreters Hans-Jürgen Uhl bedingungslos hinter die kompromisslose Haltung des Konzerns gestellt. In der Bundesrepublik wurde die Solidaritätsarbeit von wenigen oppositionellen Gewerkschafts- und Betriebsgruppen getragen. Das ihnen aufgezwungene Gerichtsverfahren kostet die Arbeiter ca. 150.000 Rand (45.000 DM). Offenbar verfolgt VW auch die Strategie, die Arbeiter und ihre neue Gewerkschaft OCGAWU finanziell auszubluten. Die OCGAWU ruft daher zu Spenden auf, in der Bundesrepublik auf das Solidaritätskonto Erhard Scholz, Postbank Köln, BLZ 370 100 50, Kto.-Nr.: 294 147 508.

Abraham Agulhas, Generalsekretär der Gewerkschaft OCGAWU, und Edward Ketye, Ex-Shopsteward und Ex-Weltbetriebsratsmitglied von VW, unternehmen eine Rundreise durch folgende Städte (genauere Ortsangaben standen bis Redaktions-Schluss noch nicht fest):

Berlin, 24.2.

Salzgitter, 26.2.

Hannover, 27.2. um 20 Uhr im Pavillon am Raschplatz, Lister Meile 4

Kassel, 28.2.

Mannheim, 1.3. um 19.30 Uhr in der Hendlstube am Ring 16-17, U3. Veranstalter: Gewerkschaft HBV Mannheim, AK Internationale Solidarität im DGB Kreis Mannheim, u.a.

Frankfurt, 2.3. um 19 Uhr im Gewerkschaftshaus, Wilhelm-Leuschner-Str. 69-77 (Raum 3). Veranstalter: Zeitung express und Standort Forum

Weitere Infos: www.labournet.de

# 17. Geier über dem Kongo. Führt der Mord an Kabila zu einem Friedensprozess?

Autor: Anke Schwarzer · Rubrik: Zaire, Republik Kongo · CD-Datei: daten/aksuche/ak447/10.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:447:10

Am 17. Januar 1961 erschoss ein Exekutionskommando im Auftrag des belgischen Staates und den USA den ersten und einzig frei gewählten kongolesischen Premierminister, Patrice Lumumba. Ein belgische Polizeikommissar und seine Gehilfen lösten wenige Tage später seine Leiche in Säure auf. Auf den Tag genau nach vierzig Jahren wird auf den Präsidenten Laurent Kabila geschossen. Die Trauer um ihn hielt sich im Kongo und den Nachbarstaaten in Grenzen; in den USA fielen die offiziellen Beileidsbekundungen gleich ganz aus. Kabila war umgeben von inneren und äußeren Feinden: Teile der kongolesischen Bevölkerung, der Armee, marodierende Banden, IWF und Weltbank, Transnationale Konzerne und ehemalige verbündete Regierungen wie Uganda und Ruanda. Nun bekunden alle Kriegsparteien ihren Willen zu Frieden und Verhandlungen, dennoch droht eine Eskalation im Kongo-Krieg.

Nach offiziellen Angaben wurde Kabila von einem seiner Leibwächter aus nächster Nähe erschossen. Aus welchen Motiven er den 61-jährigen tötete oder ob er im Auftrag anderer handelte, ist unklar. Nach Informationen der Armee beabsichtigte Kabila, mehrere Generäle zu entlassen, die er für schwere Niederlagen im Kampf gegen Rebellen verantwortlich gemacht hatte. Der Staatsminister für Verteidigung, Godefroid Tchamlesso, beschuldigte dagegen Ruanda, Uganda und Kongo-Brazzaville, sie seien an einem Komplott gegen Kabila beteiligt. Es liegt jedenfalls nahe, dass der Autokrat Kabila Opfer eines Machtkampfes in dem kriegsgebeutelten und in zahlreiche Einflusszonen aufgeteilten Landes geworden ist.

Der einstige Hoffnungsträger, der in den 60er Jahren ein Weggefährte Che Guevaras war und der sich in die Tradition des Panafrikanisten Patrice Lumumba stellte, forderte 1997 nationale Versöhnung und Selbstbestimmung. Damals hatte er mit der Allianz der demokratischen Befreiungskräfte (AFDL), unterstützt durch Uganda, Ruanda, Angola, Zimbabwe und zuletzt auch die USA die 37-jährige Herrschaft von Mobutu Sese Seko beendet.

Sein proklamiertes Ziel war es, sich der Zerstückelung und dem Ausverkauf des rohstoffreichen Landes, das so groß wie Westeuropa ist, zu widersetzen. Er wollte der blutgetränkten Geschichte des Kongos - allein während der belgischen Kolonialherrschaft starben rund 10 Millionen KongolesInnen - endlich ein Ende setzen.

Sündenbock für (neo-) koloniale Hinterlassenschaft

Dass Kabilas Tod weder im eigenen Land noch im Ausland Bestürzung oder Trauer auslöste, überrascht nicht. Schon in kurzer Zeit hatte Kabila Teile der Bevölkerung, der Armee, transnationale Konzerne und ehemalige verbündete Regierungen gegen sich aufgebracht: Die versprochene Demokratisierung blieb aus, politische GegnerInnen ließ er verfolgen. Er knebelte die Presse und besetzte wichtige Regierungsämter mit Familienmitgliedern.

Kabilas Politik war geprägt von Machterhalt und einer "Afrikanisierung von Politik und Geschäften". Die Vorwürfe von Korruption und Vetternwirtschaft (so wahr sie auch sind) müssen nun in der aktuellen Berichterstattung über Kabila als Begründung dafür herhalten, warum der Präsident das Land nicht modernisieren konnte. Die Person Kabila dient als Sündenbock für die desaströsen sozialen und ökonomischen Hinterlassenschaften der kolonialen und neo-kolonialen Regimes sowie die Folgen neoliberaler Daumenschrauben, die der IWF dem Kongo angelegt hat. Einmal mehr werden die Auswirkungen ungleicher weltpolitischer und ökonomischer Verhältnisse seiner Person und seiner Politik angelastet.

Hungerrevolten und Inflation

Auch wenn Kabila nur bedingt für den desolaten Zustand des seit Mitte des 19. Jahrhunderts ausgeplünderten Landes verantwortlich ist - unter seiner Amtszeit brach das ohnehin notdürftige Gesundheitswesen zusammen und die Inflation schnellte im Jahr 2000 auf über 500 Prozent. Viele kongolesische Kinder konnten keine Schule mehr besuchen und in der Hauptstadt gab es im vergangenen Jahr mehrere Hungerrevolten. (FR, 18.1.2001). Der Preis für das Grundnahrungsmittel Maniok hatte sich innerhalb eines halben Jahres

verdoppelt, der Preis für Zucker versiebenfacht. Der Krieg kostete ein Großteil des Staatsbudgets und war dementsprechend bei der Bevölkerung verpönt.

Große Teile der 45.000 Mann starken Armee vergraulte Kabila nicht nur, weil er tausende Soldaten in den Tod bei Gefechten mit Rebellen schickte und monatelang keinen Sold ausbezahlte. Bei Niederlagen ging er nicht zimperlich mit seinen Generälen um, die er dafür alleine verantwortlich machte. Ende Dezember erlitten seine Truppen ausgerechnet in seiner Heimatprovinz Katanga eine vernichtende Niederlage durch die Rebellen der Kongolesischen Sammlungsbewegung für Demokratie (RCD). Kabila sah die Kupfer- und Kobaltminen bei Lubumbashi, seine wichtigste Machtbasis, in Gefahr.

Nicht nur bei der eigenen Armee hat er sich Feinde geschaffen. Kabila bekam es zusätzlich mit mehreren Rebellengruppen zu tun, die ihm das Leben schwer machten. Zwei Fraktionen der RCD, die von Ruanda bzw. von Uganda unterstützt werden, und der Kongolesischen Befreiungsfront (MLC) unter Jean-Pierre Bemba, die ebenfalls mit ugandischer Hilfe operiert. Dabei waren die Regierungen Ruandas und Ugandas einst Kabilas Verbündete beim Sturz Mobutus. Paul Kagames Ruandische Patriotische Front verfolgte ein elementares Sicherheitsinteresse. Sie wollte Ruandas Westgrenzen vor den Überlebenden des alten ruandischen Regimes schützen, die für das Massaker von 1994 verantwortlich waren. Die Angehörigen der früheren Ruandischen Streitkräfte (FAR) lebten in Flüchtlingslagern an Kongos Ostgrenze und rüsteten wieder auf (der überblick 2/99). Vermutlich unter dem Druck der Regierung Ruandas hatte Kabila 1997 die Versuche der UNO vereitelt, die Massaker an ruandischen Hutu-Flüchtlingen von 1996-97 zu untersuchen. Als Folge dessen verlor er ausländische Finanzhilfe. Aber nicht nur das: Mitte 1998 war Kabila es leid, dass die ruandischen Verbündeten immer größeren Einfluss in seinen Sicherheitsdiensten, Streitkräften und in seinen Geschäften erlangten. Er entließ kurzerhand den Chef des Generalstabes der kongolesischen Streitkräfte, James Kabarebe aus Ruanda, und schickte die ruandischen Soldaten, die in der kongolesischen Armee kämpften, zurück. Mit dieser Entscheidung verlor Kabila die ruandische Regierung als Bündnispartnerin.

Auch die ugandische Regierung wechselte die Seiten: Ugandas Präsident, Yoweri Museveni, war mehr und mehr darüber beunruhigt, dass sich Kabila als unfähig erwies, das große Land zu regieren und die militärische Sicherheit an der ugandischen Grenze zu gewährleisten. Die ruandische und ugandische Regierung wendeten sich allerdings nicht einfach enttäuscht von Kabila ab. Die beiden Länder setzten - gemeinsam mit zahlreichen Soldaten der FAZ und der FAR (den früheren Armeen Zaires und Ruandas) sowie angolanische UNITA-Rebellen - im August 1998 eine Militäroperation in der Provinz Nordkivu in Gang. Als der Sturz Kabilas unmittelbar bevorstand, griff Angolas Regierung - unterstützt von Zimbabwe - ein und wendete eine Machtübernahme ab. Dennoch konnten sich die Rebellen, die sich nun in der RCD organisierten, in Nord- und Südkivu festsetzen. Es entwickelte sich eine Art Protektorat im Nordosten, und insbesondere von Kisangani aus verrichteten ugandische Rebellen und Kleinunternehmer ihre Geschäfte, v.a. mit Diamanten und Hölzern.

Einige der weltweit wichtigsten Vorkommen an Gold, Diamanten, Kobalt, Mangan, Uran, Kupfer, Tantal, Zink, Germanium, Silber, Blei, Eisenerz und Wolfram liegen in dem zentralafrikanischen Land. In den Augen der internationalen Minenindustrie galt Kabila aber innerhalb kürzester Zeit nach seiner Machtübernahme als nicht mehr vertrauenswürdig. Sie warfen ihm vor, nicht für eine klare Gesetzgebung zu sorgen und beklagten bürokratisches Chaos bei der Vergabe von Lizenzen. Dass nicht sie es waren, die die verwertbaren Mineralien aus Kongos Boden zu Geld machen durften, sondern afrikanische Geschäftsleute, war ihnen ein Dorn im Auge. "Statt mit erfahrenen Bergbauhäusern zu kooperieren, vergab Kabila Kontrakte an dubiose Unternehmer mit engen Verbindungen zur Regierung." (Handelsblatt, 18.1.2001)

Kabila verärgerte aber nicht nur Firmen wie die US-amerikanische American Mineral Fields (AMFI) oder die kanadische Barrick Gold Corporation. Er zog auch den Zorn des IWFs auf sich, weil er sich weigerte, die gewaltigen Schulden, die das Mobutu-Regime angehäuft hatte, zurückzuzahlen. Kabila sollte den mächtigen Geberländern beweisen, dass er zu Good Governance im Stande sei, bevor finanzielle "Hilfe" in Aussicht stand. Landerechte an ausländische Fluglinien wurden versteigert und die Privatisierung von Staats- bzw. Mobutus Privatunternehmen sollte vorangetrieben werden. Dabei waren die ausländischen Konzerne und Banken keineswegs nur an der Förderung der Ressourcen interessiert. Die von der Weltbank verlangte Privatisierung des Kupferbergbaus in Katanga lief beispielsweise auf eine Stilllegung hinaus. (Freitag, 26.1.2001)

Kabila junior erfreut die Geschäftswelt

Kabilas Verbündete, ohne die er sich nicht an der Macht hätte halten können, verfolgten weitgehend eigene Interessen: Eduardo dos Santos, Angolas Präsident, ist der wichtigste Partner. Seine Unterstützung für Kabila mit Soldaten und Kriegsgerät hatte zum Ziel, den Bewegungsspielraum der angolanischen UNITA-Rebellen einzuengen und deren Diamantenhandel mit der kongolesischen Opposition zu verhindern. Sam Nujoma, Namibias Staatschef, entsandte rund 2.000 Mann und Robert Mugabe, Zimbabwes Präsident, gar 12.000 Mann, ein Drittel seiner Armee. Angeblich gewährte Kinshasa Mugabe weitgehende Zugeständnisse - etwa in Form von Joint Ventures, die mindestens zwei Firmen der simbabwischen Armee (Comiex und Osleg) weitgehende Rechte bei der Diamantenförderung einräumten. (WOZ, 25.1.2001) Zudem ist Zimbabwe ein Gläubiger der kongolesischen Regierung und hatte deshalb Interesse daran, dass die Machthaber im Kongo nicht wechseln und damit die Rückzahlung der Kredite möglicherweise flöten ginge.

Auch Südafrika, Tschad, Sudan, Burundi und Sambia sind, wenn auch weniger gewichtig, in den Krieg verwickelt. Wegen der internationalen Beteiligung hat die frühere Außenministerin der USA, Madeleine Albright, den Krieg im Kongo als "Afrikanischer Weltkrieg" bezeichnet. Der Anschlag auf Kabila ist ein weiterer Schritt in dem Krieg, der nach Angaben der Vereinten Nationen bereits 1,7 Millionen Tote seit 1997 gekostet hat.

Mittlerweile hat Kabilas Sohn, Joseph Kabila, die Amtsgeschäfte seines Vaters übernommen. Der 31-jährige Generalmajor, der bislang an der Spitze der Regierungsarmee stand, gilt, u.a. wegen seines Alters, als politisch unerfahren. Die Bevölkerung der Demokratischen Republik Kongo moniert, dass mit Kabilas jr. Präsidenschaftsnachfolge faktisch eine Monarchie geschaffen werde. Opposition und StudentInnenschaft sehen in ihm keine Figur, die das zerrüttete Land mit fast 50 Millionen EinwohnerInnen, aus dem Bürgerkrieg führen könnte.

Die französische und die US-amerikanische Regierung unterstützen unterdessen den frisch gebackenen Präsidenten. Auch die Geschäftswelt scheint recht zufrieden mit ihm zu sein: "Das von Laurent Kabila verhängte Verbot des Devisenhandels und die Monopolisierung des Mineralienhandels unter einer staatlichen Börse wurden abgeschafft. Das hat die Geschäftswelt gefreut", so der EU-Sonderbeauftragte für das Afrika der Großen Seen, Aldo Ajello. (taz, 1.2.2001) Er plädiert auch für eine UN-Friedenstruppe, die die Frontbereiche überwachen solle. Der UN-Sicherheitsrat wird darüber Ende Februar entscheiden.

In jedem Lager herrscht Erschöpfung

Kabila jr. hat bereits in seiner ersten öffentlichen Ansprache im Staatsfernsehen signalisiert, dass er im Gegensatz zu seinem Vater mit der UN-Beobachtermission zusammenarbeiten wolle, um die Stationierung von 5.000 Blauhelmsoldaten zu verwirklichen. Er möchte die Beziehungen zu den USA und der EU "normalisieren" und das Land demokratisieren. Er bestehe aber weiterhin auf dem Abzug der Truppen Ruandas und Ugandas aus den besetzten Gebieten.

Die Rebellen, die Kabila jr. nicht als legitimes Staatsoberhaupt anerkennen, fordern dagegen den unverzüglichen Abzug der Kabila-Alliierten aus dem Kongo. Beide Seiten bekräftigten aber ihren Willen, das im Juli 1999 in Sambias Hauptstadt Lusaka unterzeichnete Friedensabkommen bzw. das im Frühjahr 2000 in Kampala unterzeichnete Waffenstillstandsabkommen umzusetzen. Letzteres sah ein Ende der Kämpfe und den Rückzug der kämpfenden Truppen um jeweils 15 Kilometer von den Fronlinien vor. Eine UN-Truppe sollte irgendwann in die dadurch entstehende Pufferzone einrücken.

Das kurzzeitige Machtvakuum durch den Mord an Kabila hat die Kämpfe neu entfacht. Dennoch herrscht in fast jedem Lager Erschöpfung; das könnte die Bereitschaft, eine politische Lösung zu suchen, erhöhen. Was dabei von dem Staatsgebilde Kongo übrig bleibt oder ob ein Krieg auf kleiner Flamme nicht doch fast allen Beteiligten lukrativer erscheint, bleibt offen. Die FAZ vom 21.1.2001 schreibt: "Der Krieg im Kongo kann (...) noch lange dauern. Denn Krieg ist lukrativer als ein Frieden - ganz gleich, ob mit oder ohne Kabila."

Anke Schwarzer

# 18. Die Lösung des Unlösbaren. Moshe Zuckermann über die historische Chance des Friedens in Israel/Palästina

Autor: Moshe Zuckermann · Rubrik: Israel / Palästina · CD-Datei: daten/aksuche/ak447/27.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:447:27

Wir dokumentieren einen Vortrag, den Moshe Zuckermann am 13. Januar 2001 in Hamburg gehalten hat. Zu der Veranstaltung "Israel-Palästina, der Konflikt und seine gesellschaftlichen Träger. Eine kritische Analyse der Konfliktparteien" hatten die Gruppe dolce far niente und das Freie Sender Kombinat Hamburg eingeladen. Zuckermann, Direktor des "Instituts für Deutsche Geschichte" an der Universität Tel Aviv, hat lange Zeit in Deutschland gelebt. Der Historiker und Marxist in der Tradition der Kritischen Theorie ist Mitglied einer israelisch-palästinensischen Dialoggruppe und Herausgeber des Tel Aviver Jahrbuch für deutsche Geschichte. Geschichte denken. Philosophie, Theorie, Methode. Der folgende Text ist eine Abschrift von Zuckermanns Vortrag; er wurde redaktionell bearbeitet und leicht gekürzt.

Die zweite Intifada, so heißt es, sei Anfang Oktober vergangenen Jahres wegen der Provokation Ariel Sharons, wegen seines Besuches auf dem Tempelberg ausgebrochen. Ich halte das für falsch. Die Intifada wäre für meine Begriffe auf jeden Fall ausgebrochen, es bedurfte vielleicht eines äußeren Anlasses, aber in der Ursache war die Intifada im Grunde genommen schon angelegt, als man letzten Sommer in Camp David in eine Sackgasse geraten war. Eine Sackgasse, weil Israel einerseits - wie es im offiziellen israelischen Politjargon heißt - das generöseste überhaupt mögliche Angebot gemacht hatte und weil es - das ist jetzt meine Bewertung - ein Angebot war, das Arafat auf keinen Fall annehmen konnte. Einerseits konnte er es persönlich aus machtpolitischen Gründen nicht akzeptieren; darüber hinaus hätte er es bei seinen Leuten nicht durchsetzen können.

Es stimmt nicht, wie es in der israelischen Presse unentwegt hieß, man habe jeden Stein gewendet und alle Möglichkeiten erprobt, um jetzt zu einer finalen Lösung des Konfliktes zu kommen. Der israelische Friedensaktivist Uri Avnery sagte es etwa so: Derjenige, der 20 Kilometer gelaufen ist, ist zweifellos mehr gelaufen als derjenige, der zehn Kilometer gelaufen ist. Aber da ja der Marathonlauf bekanntlicherweise 42 Kilometer lang ist, waren noch gute 20 Kilometer zu absolvieren, bevor man ans Ziel gekommen wäre.

Vorangetrieben wurde die Entwicklung dann durch die ausbrechende Gewalt. Für die israelische Linke stellte sich ab Anfang Oktober die Frage: Womit haben wir es hier zu tun? Haben wir es mit einer Gewalttaktik zu tun, die eine Friedensstrategie verfolgt, oder haben wir es mit einer Gewalttaktik zu tun, die im Grunde genommen den totalen Krieg provozieren möchte. Ich muss ganz ehrlich sagen, dass ich bis heute noch nicht weiß, was die genaue Intention war. Ich muss aber darüber hinaus auch sagen, dass ich mittlerweile auch nicht weiß, ob die ursprüngliche Intention der Dynamik entspricht, die sich mittlerweile eingestellt hat. Denn es ist auch unter den radikalen Linken in Israel die Frage aufgekommen, ob Arafat die Situation überhaupt noch beherrscht.

Es war auf der einen Seite eine sehr gewalttätige Intifada, schon nicht mehr nur eine mit Steinen, sondern auch eine mit Schusswaffen betriebene Intifada. Aber die Art und Weise, wie Israel reagierte, war keinesfalls dazu angetan, die Intifada zu beenden und eine neue Dynamik in die Verhandlungen zu bringen. Vielleicht war die einzige positive Seite dieser Intifada, dass sie in Israel ein Bewusstsein geschaffen hat, worum es bei einer finalen Lösung des Konflikts eigentlich geht. Das heißt, dass vorher abstrakt von Frieden geredet wurde - Sie wissen ja, Israel ist im Schreiben von Friedensliedern vielleicht Weltmeister, aber auch im Aufschieben dessen, was für den Frieden zu entrichten ist. Der israelischen Bevölkerung ist jetzt ganz klar geworden, worum es bei den Friedensverhandlungen geht.

"Haben wir es bei der Intifada mit einer Gewalttaktik zu tun, die eine Friedensstrategie verfolgt?"

Zunächst einmal: Es wird keine Friedenslösung im Nahen Osten geben, wenn Israel sich nicht aus mindestens 95 Prozent der besetzten Gebiete zurückzieht. Es wird weiterhin keine Friedenslösung geben, wenn nicht mindestens 85 bis 90 Prozent der Siedlungen abgebaut werden. Die Palästinenser sagen 100 Prozent - ich glaube, das wird nicht machbar sein. Es wird auch keinen Frieden geben, wenn die Jerusalem-Frage nicht dahingehend gelöst wird, dass es die Hauptstadt beider Staaten ist. Der eine Staat, Israel, ist schon im Jahre

1948 errichtet worden, der andere wird hoffentlich bald errichtet werden: der palästinensische Staat Jerusalem. Die Stadt ist objektiv bereits seit vielen Jahrzehnten geteilt; die einzige Möglichkeit, die Stadt sozusagen sich vereinen zu lassen, besteht darin, sie zur Hauptstadt beider Staaten zu machen.

Der empfindlichste Punkt ist die Anerkennung des Rückkehrrechtes der Palästinenser in das Kernland Israel. Ich meine damit nicht, dass Israel heute fähig wäre, drei oder vier Millionen Palästinenser im Kernland Israel aufzunehmen. Anerkennung des Rückkehrrechts bedeutet, was man heute als die so genannte Anerkennungs-Philosophie bezeichnet: Dass ein bestimmtes Kollektiv das Unrecht, das es an einem anderen Kollektiv begangen hat, anerkennt und das dann unter verschiedenen aushandelbaren Gesichtspunkten kompensiert. Das würde für meine Begriffe zunächst bedeuten, dass es eine formelle Anerkennung des historischen Unrechts gibt. Das würde weiter bedeuten, dass eine Viertelmillion Palästinenser in das Kernland Israel zurückkehren kann, ausgewählt nach humanitären Gesichtspunkten wie Familienzusammenführung. Es würde bedeuten, dass es eine materielle Entschädigung für Beschlagnahme des Besitzes und für andere Schädigungen wird geben müssen. Also Reparationen. Fast hätte ich gesagt Wiedergutmachung. Und das würde darüber hinaus bedeuten, dass man den Palästinensern, die heute als Flüchtlinge oder bereits als etablierte Bürger in den Nachbarländern leben, anbietet, in den neu gegründeten Staat Palästina einzuwandern und sich dort als palästinensische Staatsbürger niederzulassen. Und dass diejenigen, die nicht nach Palästina kommen wollen, die Möglichkeit hätten - das müsste dann international ausgehandelt werden - in ihren jeweiligen Residenzländern dauerhaft ansässig zu werden.

"Es wird keine Friedenslösung im Nahen Osten geben, wenn Israel sich nicht aus 95 Prozent der besetzten Gebiete zurückzieht."

Diese vier Punkte - Rückgabe der besetzten Gebiete, Abbau von Siedlungen, Jerusalem-Frage und die Anerkennung des Rückkehrrechtes - sind durch die Intifada und durch die innere Dynamik des Friedensprozesses den Leuten in Israel klar gemacht worden als die Themen, um die es geht. Das bedeutet keineswegs, dass die israelische Bevölkerung heute bereit wäre, sich darauf einzulassen. Für die Rechten, die rechtsextremen Parteien und die Siedlerbewegung ist nicht nur die Rückkehrfrage überhaupt kein Thema, sondern ein Tabu; und nicht nur Jerusalem als Hauptstadt zweier Staaten, sondern auch die Rückgabe der besetzten Gebiete oder der Abbau der Siedlungen wäre für sie sozusagen eine endzeitliche Katastrophe. Aber auch für die Parteien im Zentrum der Parteienlandschaft ist Jerusalem ebenso ein Tabuthema wie die Anerkennung des Rückkehrrechtes. Und auch in der so genannten zionistischen Linken in Israel ist das Rückkehrrecht kein Thema, das man zu akzeptieren bereit ist. Gleichwohl ist allen, die ich gerade erwähnt habe, klar geworden, dass etwas Weltgeschichtliches passiert ist - dass nämlich genau die Themen, die ich gerade aufgezählt habe, mittlerweile auf der Tagesordnung des Friedensprozesses stehen.

Dialektisch betrachtet bedeutet das, dass die Intifada zumindest dieses Ergebnis gezeitigt hat und dass die Frage, die wir uns Anfang Oktober gestellt haben - ist da eine Gewalttaktik, die irgendwie eine Friedensstrategie zum Ziel hat - dahingehend beantwortet, dass wenn Frieden entstehen soll, er diese vier Themenbereiche umfassen muss.

In Israel haben sich seit dem Friedensprozess Anfang der 90er allmählich Beziehungen zwischen Palästinensern und Israelis und zwischen Palästina und Israel angebahnt. Da hat es seit der neuen Intifada, vor allem was die Vertrauensebene angeht, einen totalen Rückschlag gegeben. Viele Israelis - auch viele so genannte linke Israelis, also zionistische Israelis - sind, ich würde fast sagen, ideologisch zu dem Punkt gelangt, dass sie meinen, im Grunde genommen haben wir keinen Friedenspartner. Die Tatsache, dass man in dieser Intifada geschossen hat und nicht wie in der alten Intifada das alte biblische Mittel des Steinewerfens gewählt hat, wurde von den Israelis als ein Affront betrachtet. Und deshalb haben sich auch eine ganze Menge Israelis sehr bald in Gewaltfantasien hineingesteigert, dass man im Grunde genommen jetzt kurzen Prozess machen müsste.

Für uns Linke in Israel ist besonders schlimm, dass das gesamte linkszionistische Hinterland abgebrochen ist. Es gab insgesamt einen Rechtsruck in der politischen Landschaft Israels, die sich im Moment dahingehend manifestiert, dass man sagt, Barak ist keine Option für uns mehr. Je größer die Hoffnungen in Barak seit Mai 1999 waren - und Sie machen sich keine Vorstellungen, was man für Hoffnungen in den Mann gesetzt hat -, um so tiefer ist mittlerweile die Enttäuschung.

Ich weiß heute nicht, ob es die List der Vernunft oder eben ein Furz der Geschichte ist, wenn Ariel Sharon Israels nächster Premierminister wird. Ariel Sharon könnte das fortsetzen, was er immer am allerbesten konnte, nämlich der Gewaltantreiber und der Kriegstreiber im Nahen Osten werden. Seit den 50er Jahren, als er gegen die Freischärler gekämpft hat, über den Libanon-Krieg bis hin zum Tempelbergbesuch Ende September - wo immer Sharon war, gab es Gewalt. Aber Ariel Sharon hat eine Eigenschaft, die nicht unterschätzt werden sollte. Er gilt für meine Begriffe unter allen israelischen Politikern und noch mehr als Netanjahu - das will schon einiges sagen - als der größte Opportunist. Wenn es nun einen historischen Korridor geben sollte, wo die objektiven Bedingungen mehr oder weniger eine Friedenslösung aufoktroyieren, dann könnte sich aus diesem Opportunismus heraus ergeben, dass Sharon der Mann wäre, um das sozusagen zu implementieren. Sie wissen, in Israel gibt es den leicht sarkastischen Spruch: Wenn man Krieg will, hat man am besten eine linke Partei an der Regierung; wenn man Frieden will, hat man am besten eine rechte Partei an der Regierung. Denn die Opposition müsste dann jeweils die Regierung unterstützen. Das heißt also: Ariel Sharon ist möglicherweise eine endzeitliche Katastrophe, aber Ariel Sharon - und hier haben wir dann die List der Vernunft - könnte auch der große Retter des Friedens werden.

"Ariel Sharon ist möglicherweise eine endzeitliche Katastrophe, er könnte aber auch der große Retter des Friedens werden."

Das war der optimistische Teil bis jetzt. Das Problem besteht nicht darin, dass Sharon Opportunist ist und Netanjahu eine Kunstfigur aus dem Fernsehen und dass Barak den Napoleon spielt. Das zentrale Problem liegt in der Struktur der israelischen Parteienlandschaft hier und heute, die so angelegt ist, dass man Koalitionen machen muss. Die Koalitionsmöglichkeiten in der Knesset sind heute so, dass im Grunde genommen jede Koalition eine tot geborene Koalition ist. Barak hat im Mai 1999 versucht, eine Melange zu machen aus allem, was es so gibt. Er schaffte es zeitweise, 73 von insgesamt 120 Abgeordneten der Knesset in seiner Koalition zusammenzubringen. Es dauerte wenige Monate, bis es zu bröckeln anfing, weil es bröckeln musste. Denn das Problem liegt darin, dass auf der einen Seite keine Mehrheit mehr machbar ist, ohne widersprüchliche Elemente in derselben Koalition zu vereinen; und auf der anderen Seite sind durch das israelische Wahlsystem die Wahl zur Knesset und die Wahl des Premierministers getrennt, und die Parteienlandschaft ist dermaßen zersplittert, dass das im Grunde genommen keine ideologischen Parteien mehr sind - ideologisch meine ich jetzt im Sinne eines Parteiprogramms - sondern nur noch sektoriale Interessenvertretungen. Wir haben in Israel zwei Parteien für die russischen Einwanderer; wir haben insgesamt drei Parteien für die Belange von orthodoxen Juden, wir haben Parteien für die Araber, wir haben Parteien, die jeweils ein Segment aus der israelischen Gesellschaft vertreten.

"Die israelische Gesellschaft ist zutiefst zerstritten und von religiösen, ethnischen und sozialen Konflikten durchsetzt."

Die Frage ist, wie es dazu kam, dass die israelische Gesellschaft so sehr sektorial gespalten beziehungsweise von Konfliktmomenten und Widersprüchen durchsetzt ist. Um diese Frage zu beantworten, möchte ich Sie jetzt in das 19. Jahrhundert entführen und einiges zum Zionismus sagen. Ich komme nachher noch einmal auf die Aktualität zu sprechen.

Der Zionismus apostrophierte sich von Anbeginn, nämlich vom Ende des 19. Jahrhunderts an, als die nationale Befreiungsbewegung des jüdischen Volkes. Aber es war von vorneherein eine nationale Befreiungsbewegung, die durch ein Negativum bestimmt war. Nämlich von der Tatsache, dass der Zionismus weniger wusste, was er schaffen als was er abschaffen wollte. Was der Zionismus abschaffen wollte, war das Exildasein, dass Diaspora-Dasein der Exil-Juden überall; er wollte das, was man schlagwortartig die Negation der Diaspora nennen kann. Der Impuls des Zionismus war ursprünglich negativ in dem Sinne, dass er sagte: Der Zustand, in dem Juden überall auf der Welt existieren, muss abgeschafft werden, denn es ist ein degeneriertes Dasein. Es ist ein Dasein von Verfolgung, es ist ein Dasein in Berufen, die Berufe der Zirkulationssphäre sind, es ist ein Dasein, in dem der Jude kein autonomes Individuum darstellen kann, sondern vollkommen abhängig ist von seinem Umfeld, seinem nichtjüdischen Umfeld, nämlich von den Residenzgesellschaften, in denen er lebt.

Der Zionismus sagte also: Dieses Dasein muss abgeschafft werden. Zugleich und komplementär postulierte er die Schaffung des neuen Juden. Der neue Jude sollte genau das sein, was der Diaspora-Jude nicht war, beispielsweise sollte er wehrhaft werden. Der neue Jude sollte darüber hinaus nun die Berufe der

Zirkulationssphäre aufgeben - ob es nun das Händlertum war, das Bankwesen, der Beruf des Hausierers oder das Kleinhändlertum - und sollte ganz progressive neue Berufe ergreifen, beispielsweise Bauer werden. Während nämlich das Europa der Moderne sich vom Bauerntum abwendete, von der Landwirtschaft abwendete, weil es eben eine Industrialisierung gegeben hatte, war es mehr oder weniger die - ich würde sagen: leidenschaftliche - Begierde des säkularen zionistischen Juden, endlich mal Landwirtschaft machen zu dürfen, also sesshaft zu werden.

Das ging erstens einher mit der Frage: Wo soll das stattfinden? Wo soll der neue Jude sich als Kollektivsubjekt, als Volk, konstituieren und konsolidieren? Das war die Frage des Wo. Und die zweite Frage war die Frage des Wer: Wer sollte Teil dieses neuen Volkes werden? Der Zionismus war ein Abkömmling der nationalen Staatenbildung im Europa des 19. Jahrhunderts, also sozusagen ein Abkömmling der Französischen Revolution, ein Abkömmling der Bewegung, welche die Trennung von Staat und Kirche beziehungsweise von Staat und Religion postulierte, einer Bewegung, die sich mit dem universellen Begriff des Bürgers befasste - schon bei Moses Hess aus der Umgebung von Marx und ohnehin dann bei dem liberalen Herzl.

"Im Zionismus war von vornherein das Religiöse als Gründungsmythos mit integriert."

Obwohl also das Religiöse ein Moment war, das abgeschafft werden sollte, das gerade nicht das konstitutive Moment der jüdischen Gemeinschaft werden sollte, und obwohl der Hauptgedanke ein universeller war - nämlich der Begriff des Citoyens -, war im Zionismus von vorneherein das Religiöse als Gründungsmythos mit integriert, war der universelle Begriff des Citoyens beschränkt durch etwas Partikulares - nämlich durch die Tatsache, dass der Bürger eben Jude sein sollte. Schon am Ursprung des Zionismus haben wir es mit einem Widerspruch zu tun, der sich Jahrzehnte später als eine Zeitbombe erweisen sollte, die dann auch explodiert ist, wie ich später noch skizzieren werde.

Der Zionismus war aber noch in einer ganz anderen Hinsicht ein Präzedenzfall in der Geschichte der Bildung von Nationalstaaten. Es war der erste Staat, der eine territoriale Bestimmung hatte, bevor er die Bevölkerung für dieses Territorium parat hatte. Also bevor noch das jüdische Volk zusammengebracht wurde, um den neu zu gründenden zionistischen Staat zu bevölkern, war schon das Territorium des neuen Staates festgelegt: Das sogenannte Land der Urväter, nämlich Palästina oder, wie es im Hebräischen heißt: Erez Israel sollte es sein. Damit wurde das religiöse Moment in den Zionismus eingebracht.

Sie wissen ja, dass die jüdische Geschichte durch ein zweitausendjähriges Exil gekennzeichnet war. Nach der Zerstörung des zweiten Tempels wurden die Juden in alle Herren Länder verstreut, und von daher war die Frage des Territoriums im Judentum immer eine zweitrangige Angelegenheit, solange man in der Diaspora lebte. Nach religiöser Vorstellung haben die Juden in dem Ursprungsland nichts zu suchen, solange der Messias noch nicht gekommen ist - und ich rede von unserem Messias, nicht von Ihrem. Das heißt also, solange der Messias noch nicht gekommen ist, hat das jüdische Volk eigentlich im Lande Israel nichts zu suchen. Wenn man also im alltäglichen Gebet sagt, nächstes Jahr in Jerusalem, dann meint man damit über Jahrhunderte, Jahrtausende nichts Territoriales, sondern eine regulative Idee, dass nächstes Jahr der Messias endlich mal kommen möge. Und dann wird das Volk Israel sozusagen aus Gottes Willen heraus sich im Land der Urväter versammeln.

Der politische Zionismus, der ist wirklich zu unterscheiden von der Zionssehnsucht, der religiösen Zionssehnsucht, die das jüdische Volk über zweitausend Jahre angetrieben hat. Der politische Zionismus, der sich in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts und kulminierend im letzten Jahrzehnt des 19. Jahrhunderts heraus bildet, der meinte nun, Gottes Willen aus eigener Kraft und Macht zu verkürzen, sozusagen eigenmächtig die Gründung des Staates zu übernehmen. Das war übrigens der Grund, warum orthodoxe Juden mit der zionistischen Bewegung über Jahrzehnte nichts am Hut hatten. Denn für die Zionisten war die Gründung des Staates unabdingbar, und für die orthodoxen Juden ist der Staat erst dann gründbar, wenn die Heilserwartung in Form des Erscheinens des Messias sich vollzogen hat.

Und nun war also die große Frage, wie geht man da vor? Drei Postulate hat der Zionismus kreiert - abgesehen von der Negation der Diaspora und von der Schaffung des neuen Juden, war die eine die Versammlung aller Diaspora-Gemeinschaften, die in aller Herren Länder mehr oder weniger zerstreut sind. Das zweite war die Vermengung all dieser Disapora-Gemeinschaften. Und das dritte war das, was Sie im Deutschen

Schmelztiegel nennen und in den USA, selbst durch Einwanderung entstanden, als melting-pot bezeichnet wird. Das bedeutet also ein Zusammenschweißen von verschiedenen heterogenen Momenten, um irgendwie den Einheitsbürger herzustellen. Die Frage, die sich stellte, war: Wer soll denn da zusammengerufen werden? Wenn man die prästaatliche Einwanderungschronik betrachtet, gab es vor allem europäische Einwanderungswellen. Zuerst osteuropäische, dann im Zuge des Aufkommens des Nationalsozialismus zentraleuropäische und später gesamteuropäische, als der Nationalsozialismus sich ausbreitete. Bis zur Gründung des Staates war der allergrößte Teil der in Palästina lebenden jüdischen Bevölkerung Juden europäischer Provenienz, entweder aus Osteuropa oder aus Zentral- und Westeuropa. Insofern sie aus Osteuropa kamen, waren sie mehr oder weniger vom sozialistischen Impuls angetrieben; das waren diejenigen, die auch die Kibbuzbewegung geschaffen haben. Insofern sie aus Westeuropa kamen - Herzl als Beispiel - war das mehr oder weniger die liberale, kapitalistische bürgerliche Bewegung innerhalb des Zionismus. Von vorneherein also war der Zionismus sowohl sozialistisch als auch antisozialistisch angelegt. Was sich später als ein zentrales Problem bei der Konsolidierung des Landes herausstellen sollte.

"Der inner-israelische Kulturkampf ist nicht nur religiös gegen säkular, sondern auch westlich gegen nicht-westlich."

Wenn man die Utopie des Zionismus am Ende des 19. Jahrhunderts betrachtet und fragt, wer denn die Leute sind, die nach den Vorstellungen der Zionisten in diesem Land leben sollten, dann finden wir Juden, wir finden Araber, wir finden manchmal auch Buddhisten und Hinduisten, aber orientalische Juden werden von den aus Europa kommenden Zionisten kaum wahrgenommen. Die orientalischen Juden sind eine Kategorie von Einwanderern, die erst nach 1948 für die israelische Demographie relevant wird. 1948 vollzieht sich, was aus israelischer Warte Unabhängigkeitskrieg genannt wird, aus palästinensischer Warte als Nakbar, die große Katastrophe, empfunden wird. Jetzt lebten in Israel 600.000 Juden und 150.000 zurückgebliebene Palästinenser, nachdem die anderen entweder geflüchtet oder vertrieben worden waren. Das Verhältnis 600.000 gegen 150.000 war für einen sich konsolidierenden Judenstaat nicht sehr günstig. Deshalb kam es jetzt darauf an, sehr schnell Bevölkerungsimport zu organisieren. Und weil das europäische Judentum weitgehend ausgerottet war und nicht alle Überlebenden nach Israel kamen, war es jetzt notwendig, die Bevölkerungszahl massiv aufzustocken. So gab es drei große Einwanderungswellen, die jemenitische, die marokkanische und die irakische, so dass sich die Zahl der Juden in Palästina innerhalb eines Jahrzehnts von 600.00 auf 1,8 Millionen verdreifachte. Gemessen daran übrigens, dass das unter Bedingungen stattfand, die mehr oder weniger eine Null-Infrastruktur zur Basis hatten, war das schon ein mittelgroßes Wunder, was da passierte.

Die Tatsache aber, dass die Juden aus aller Herren Länder zusammengeholt werden sollten, bedeutete wiederum, dass man auch da das religiöse Moment mit einbrachte. Denn die Frage war, worin der gemeinsame Nenner bestand zwischen dem jüdischen Händler aus Bagdad, dem jüdischen Schuster aus einem entlegenen jemenitischen Dorf, dem jüdischen Fellachen in Marokko und dem jüdischen Universitätsprofessor aus dem Berliner Grunewald. Es gab keinen gemeinsamen Nenner - mit einer Ausnahme: nämlich dass sie alle Juden waren. Nun kann ja die Selbstdefinition des Juden auf zwei Ebenen erfolgen. Es gibt die eine Ebene, die negative Bestimmung des Juden. Jude sein ist das Bewusstsein des Ausgegrenztseins, das heißt in dem Fall würde man - jetzt metaphorisch gesprochen - Herrn Adolf Hitler die Bestimmung überlassen, wer Jude sei. Das ist nicht wenig, aber das ist nicht genug, um sich als Kollektivsubjekt zu konstituieren und zu konsolidieren. Es war immer auch ein positiver Faktor unabdingbar, und der ist erst dadurch entstanden, dass der säkulare Zionismus von vorneherein das religiöse Moment mit eingebracht hat. So kam ein Sediment des Religiösen in die Ideologie des säkularen Zionismus mit hinein.

Das bedeutete im Jahre 1948, als sich der Staat konstituierte, dass man das Kriterium dafür, wer denn Bürger ist, in der Bestimmung des Juden mehr oder weniger religiös abfasste. Jude ist derjenige, der entweder von einer jüdischen Mutter geboren wurde oder nach orthodoxen Vorschriften konvertiert wurde. Wobei hinzugefügt werden muss: Wenn es nach den orthodoxen Juden geht, möglichst keine Konversion. Im Gegensatz zum Christentum ist das Judentum keine missionarische Religion. So war schon das gesamte Konfliktpotenzial, das sich dann in der israelischen Gesellschaft über Jahre perpetuieren sollte, von Anfang an mit angelegt. Denn während man auf der einen Seite davon redete, dass man einen säkularen Staat mit Trennung von Staat und Religion errichten wollte, war die Religion von vorneherein ein Moment, um den Bürger Israels zu definieren.

So kann man in Israel schon auf dieser Grundlage fünf strukturelle Konfliktachsen ausmachen - ich moralisiere jetzt hier nicht, sondern ich versuche, strukturell aus der inneren Logik des Widerspruchs die fünf Konfliktachsen darzustellen. Die eine ist das, was man im 19. Jahrhundert in Deutschland den Kulturkampf nannte, nämlich den Kampf zwischen Staat und Kirche; dieser Kampf kulminierte in Israel in der Frage des Verhältnisses von religiösem Judentum und säkularem Judentum. Wir haben es in Israel im Moment mit einem vehementen Kulturkampf zu tun, und ich werde gleich darüber einige Worte sagen. Die zweite Achse ist die ethnische Achse. Denn während der Zionismus mehr oder weniger eine von Europa kommende Idee war, eine Idee der Moderne, war der Staat von vorneherein mit geprägt von Einwanderungswellen, die nicht aus Europa und auch nicht aus der Moderne kamen. Ich rede jetzt von den orientalischen Juden. Von daher kam das Ethnische mit hinein. Ashkenasische Juden und orientalische Juden sind seit 50 Jahren mit einem tiefen gegenseitigen Ressentiment behaftet.

"70 Prozent der Israelis wollen den Frieden. Die Frage ist, ob sie bereit sind, den dafür geforderten Preis zu zahlen."

Das dritte Moment war, dass in dem Staat, der sich als Staat der Juden definierte, von vorneherein eine große Minderheit lebte, die immer zwischen 15 und 20 Prozent Nicht-Juden umfasste, nämlich die arabische Bevölkerung in Israel, die übrig gebliebenen Palästinenser. Die vierte Achse: Obwohl der Staat in der prästaatlichen Ära sich als ein Staat konstituierte, der sozialistische Egalitätsvorstellungen propagierte - und die meisten herrschenden Parteien waren sozialistische beziehungsweise sozialdemokratische Parteien -, war das kapitalistische Programm schon Anfang der 50er Jahre angelegt. Nämlich an der Stelle, wo Ben Gurion der Kibbuzbewegung sagte: Ihr habt eure historische Mission erfüllt, und nun wollen wir uns nicht mehr um sozialistische Kollektivgebilde kümmern und schon gar nicht die gesamte Gesellschaft kollektivieren, nun wollen wir zusehen, wie wir die große Einwanderung absorbieren; eure Funktion ist es, die Einwanderung zu absorbieren, nämlich die orientalische Einwanderung, die in einem Kibbuz nach dessen eigenem Selbstverständnis nichts zu suchen hatte.

Die fünfte Konfliktachse war, dass Israel zu einem Einwanderungsland wurde, das in den 90er Jahren noch einmal 1,2 Millionen Menschen - ich sage nicht Juden, denn über 40 Prozent von ihnen waren keine Juden - aus der ehemaligen Sowjetunion aufnahm. Also das Prinzip der Einwanderung der Juden, das Rückkehrrecht der Juden, war mehr oder weniger auch ein Teil des inneren Konfliktes. Warum? Ich fange mit dem letzten Punkt an. Erstens - schon wieder eine List der Vernunft - im letzten großen Akt des Zionismus, nämlich der Einfuhr von Juden aus der Diaspora nach Israel, sind mehr Nicht-Juden nach Israel eingewandert als in der gesamten Zeit vorher. Ungefähr 40 Prozent, vielleicht 50 Prozent der aus Russland eingewanderten Menschen sind keine Juden. Aber die demographische Bedeutung der Einwanderung dieser Menschen bestand darin, dass relativ gut ausgebildete, zum großen Teil auch gebildete Menschen mit mittelständischen Ansprüchen nach Israel kamen. So wurde ein zentrales Moment der israelischen gesellschaftlichen Struktur noch einmal aufgemischt, nämlich die Tatsache, dass das Klassenmäßige und das Ethnische in Israel sich mehr oder weniger überlappt. Man kann grob sagen, dass der Großteil der, sozioökonomisch betrachtet, oberen Schichten der Gesellschaft von ashkenasischen Juden gestellt wird. Dagegen bestehen die unteren Schichten aus orientalischen Juden, noch weiter darunter aus Arabern und noch weiter darunter aus mittlerweile 250.000 nach Israel importierten Fremdarbeitern.

Als es eine Balance gab zwischen orientalischen Juden und ashkenasischen Juden, sind noch einmal über eine Million ashkenasische Juden nach Israel gekommen, die auch das politische Spektrum noch einmal nach rechts verschoben, denn die meisten aus Russland gekommenen Einwanderer waren eher rechts gerichtet - aus dem einfachen Grund, dass sie links irgendwie mit Stalinismus gleichsetzten und meinten, sie müssten ihren Abscheu gegenüber dem Stalinismus nun in ihrem Abscheu vor der Arbeitspartei artikulieren.

Es war aber zum ersten Mal auch eine Einwanderung, die etwas indizierte, das sehr relevant auch für die Gesamtverfassung der israelischen Gesellschaft ist: Es waren nämlich die ersten Einwanderer, die sagten, wir wollen uns kulturell hier gar nicht integrieren; es handelt sich um eine Gesellschaft, wo wir die Kultur bringen, das sind doch die Barbaren, also die Asiaten sozusagen, die Israelis sind die Barbaren, und die aus Russland kommenden Emigranten sind sozusagen die Kulturträger. Heute gibt es ungefähr 50 bis 60 Presseorgane in Israel, die in russischer Sprache erscheinen; es gibt keine einzige Ethnie in Israel, die etwas Vergleichbares vorzuweisen hätte. Es ist eine Ethnie, von der bekannt ist, dass sie sich schwer tut im Erlernen der Sprache, es

ist darüber hinaus die erste Ethnie, die ganz bewusst zwei - bald drei - ethnische Parteien, nämlich Parteien für die russischen Belange, gegründet hat.

Orientalische Juden, die wie gesagt, sozioökonomisch betrachtet, die unteren Schichten der Gesellschaft bevölkern, sagen heute: Wir sind nicht mehr bereit, das hinzunehmen; die große Verheißung, die Erlösung im Zionismus, ist nicht eingelöst worden, und darüber hinaus habt ihr Zionisten aus dem Westen uns unserer Kultur beraubt, ihr habt uns mehr oder weniger kulturell vergewaltigt. Der Kulturkampf ist also nicht nur religiös gegen säkular, sondern auch westlich gegen nicht-westlich, wobei westlich von ashkenasischen Juden und nicht-westlich von orientalischen Juden getragen wird.

Und dann kommt das religiöse Moment noch mit hinzu, nämlich das Problem, dass die drei Sparten des Religiösen im Judentum - das orthodoxe Judentum, das national-religiöse Judentum und das Reform-Judentum - in den letzten 20 Jahren eine sehr intensive Transformation erfahren haben. Die orthodoxen Juden, die im Grunde genommen nie zionistisch waren, haben sich immer aus dem zionistischen Geschäft herausgehalten. Im Parlament führte das dazu, dass sie immer den Vorsitz des Finanzkomitees anzunehmen bereit waren, während sie aber nie einen Ministerposten angenommen haben, denn das hätte ja die Anerkennung des Staates Israel bedeutet. Die orthodoxen Juden haben sich in den letzten 20 Jahren zunehmend nationalisiert.

Die national religiösen Juden dagegen, die im Zionismus sozusagen die Ankunft des Messias angekündigt sahen, sind in den letzten 20 Jahren immer orthodoxer geworden. Sie ähneln heute vielmehr den orthodoxen Juden, als die orthodoxen Juden sich selber ähneln. Als dritter Faktor ist hinzugekommen, dass die aus dem gesamten israelischen Projekt sich heraushaltenden Reformjuden, die einen Großteil der angelsächsischen Welt bevölkern, in letzter Zeit mit dem Anspruch aufgetreten waren, in Israel Anerkennung zu erfahren - was das orthodoxe Judentum, das weitgehend das Rabbinat in Israel beherrscht, auf die Palme brachte.

Aber diese gesamte Konstellation führte dazu, dass der religiöse Block in Israel zunehmend an Kraft gewonnen hat und in der Knesset zu einem zentralen Faktor geworden ist. Die drei Momente des Sozialen, des Ethnischen und des Religiösen sind mit der Gründung der Schas-Partei Mitte der 80er Jahre auf den Punkt gebracht worden. Das ist erstens eine religiös orthodoxe Partei, deren Klientel zu 99 Prozent orientalische Juden sind, meistens Marokkaner. Wie die meisten fundamentalistischen Parteien begreift sie die soziale Frage als Frage eines sozialen Netzes. Das heißt also, man gerät aus der Armut nicht heraus, aber man versorgt die Armen mit dem Allernötigsten. Das soziale Moment, das ethnische Moment und das religiöse Moment sind in dieser Partei zusammengefasst worden.

"Der palästinensische Nationalstaat wird nur in einer Konföderation mit offenen Grenzen lebensfähig sein."

Die Schas-Partei hat mit vier Mandaten begonnen, ist sehr bald auf zehn Mandate gekommen und hat bei den letzten Wahlen 17 Mandate erreicht. Es ist unabsehbar, was bei den nächsten Wahlen passieren wird. Das indiziert eine Bewegung in Israel. Eine Bewegung, die sowohl innerisraelisch meint, wir sind nicht mehr bereit, die hegemoniale Struktur des ashkenasischen Judentums zu akzeptieren, die aber zugleich sagt, wir sind jetzt nicht mehr die orthodoxen Juden, die sich aus der Politik herausgehalten haben, sondern ganz im Gegenteil, wir wollen jetzt Macht, wir wollen Stimmen, wir wollen Ministerposten haben.

Wir haben es heute mit einem Kulturkampf zwischen Religiösen und Nicht-Religiösen zu tun. Wobei der Anspruch der Religiösen mittlerweile ein realer politischer Anspruch geworden ist. Tendenziell würde ich sogar die Prognose wagen, dass wenn die orthodoxen Juden immer mehr an Kraft gewinnen, es dazu kommen könnte, dass in Israel der Anspruch auf Bildung einer Theokratie entsteht - also die Abwendung von der zionistischen republikanischen Demokratie und Schaffung einer Theokratie. Die israelische Gesellschaft ist zersplittert, weil das orientalische Judentum nicht mehr zu akzeptieren bereit ist, dass die hegemonialen Strukturen der ashkenasischen Juden sich auch sozioökonomisch und kulturell auswirken. Das sind ganz andere Ansprüche, die sowohl von unten, also von der Schas-Partei, als auch durch eine mittlerweile immer aktiver gewordene orientalische Intelligenz auf den Punkt gebracht wurden, die sagt: Was ihr uns anbietet, ist euer europäisches Projekt, damit haben wir orientalischen Juden nicht sehr viel am Hut, wir wollen ganz andere Strukturen hier schaffen.

Israel ist ein zutiefst zerstrittenes Land, weil die soziale Schere mittlerweile sehr weit aufgegangen ist. Und Israel ist kein Entwicklungsland, sondern ein Land, das verglichen wird mit Amerika, Frankreich oder

Deutschland. Was die Diskrepanz zwischen dem obersten Zehntel des Einkommens und dem untersten Zehntel des Einkommens angeht, stand Israel vor zwei Jahren an zweiter Stelle unter den entwickelten Ländern. An erster Stelle standen die USA, und da wir in allem den Amerikanern nacheifern, werden wir sie auch in der Beziehung noch einholen.

Israel ist ein zutiefst zerstrittenes Land, weil die Araber in diesem Land seit 50 Jahren als Bürger zweiter Klasse leben. Als Bürger zweiter Klasse bedeutet, dass sie in der Infrastruktur diskriminiert werden und unterprivilegiert sind. Dass sie im Elitewesen ausgegrenzt sind und dass ihre Legitimation, wenn es um zentrale nationale Entscheidungen geht, immer in Frage gestellt wird.

"Die Alternative zur Zweistaatlichkeit und zum Frieden wäre der totale Krieg."

Das heißt auch, dass eine Koalition mit Arabern, um ein prekäres Thema wie den Frieden beschließen zu können, in den Augen der meisten Israelis vom mittleren bis zum rechten Teil der Parteienlandschaft unannehmbar ist. Die Araber aber beanspruchen heute in Israel einen ganz anderen Faktor darzustellen als die servilen Araber im Jahre 1948, die schockierten Araber im Jahre 1967 - das sind eben heute Araber, die, mobilisiert durch die Frage der palästinensischen Staatsgründung, ganz andere Ansprüche stellen.

Israel ist zudem ein zutiefst zersplittertes Land, weil mit der russischen Einwanderung verbunden ist, dass die alte zionistische Ideologie schon nicht mehr trägt - in dem Sinne, dass wenn wir nach Israel kommen wollen, wir uns sofort in die gängige Kultur integrieren. Über Jahrzehnte war dieses strukturell schon immer angelegte Problem dadurch entsorgbar, dass die Kittfunktion der zionistischen Ideologie mehr oder weniger gewahrt wurde. Alle beschriebenen Probleme, die schon seit 50 Jahren unter der Oberfläche brodeln, waren dadurch entsorgbar, dass man sagte: Wir haben äußere Probleme, wir haben die Sicherheitsfrage, wir haben Kriege, es ist nicht der richtige Zeitpunkt, jetzt andere Probleme anzugehen.

Der Zionismus verlor einen Teil seiner Kittfunktion mit dem Libanonkrieg im Jahre 1982. Als sich mit einem Mal herausstellte, dass die israelische Bevölkerung einen Dissens gegenüber der Legitimität dieses Krieges formulierte, und zwar in einem sehr vehementen öffentlichen Diskurs.

Die zweite Etappe war für meine Begriffe die erste Intifada von 1987/88 und dann die folgenden Jahre, als es in der israelischen Bevölkerung einen großen Dissens gab, weil die meisten Israelis die Brutalität, mit der das israelische Militär damals versuchte, die Intifada niederzuschlagen, nicht akzeptieren konnten. Das dritte Moment, das immer in Israel verschwiegen wird, aber das für meine Begriffe das eigentliche traumatische Erlebnis war, war der Golfkrieg. Nicht von ungefähr begann danach der Friedensprozess mit Rabin. Als sich 1991 mit einem Mal herausstellte, dass eigene Territorien Tel Aviv und Haifa nicht vor Langstreckenraketen schützen. Ich lebe in Tel Aviv, und ich kann Ihnen versichern, es war kein Vergnügen, diese Langstreckenraketen abzubekommen. Und das hat dazu geführt, dass man dann etwa ab dem Jahre 1992 und forciert ab dem Jahre 1993 die Oslo-Agreements anfing auszuhandeln.

Wir haben es in der Tat seit ungefähr sechs oder sieben Jahren mit einer Bevölkerung zu tun, von der 70 Prozent erklären: Wir wollen den Frieden. Auch in den schlimmsten Zeiten, als Autobusse in den Straßen Tel Avivs explodierten, hieß es immer: Wir wollen den Frieden. So äußerten sich durchgängig 65 bis 70 Prozent der Leute, die ganzen letzten sieben Jahre. Auch jetzt noch übrigens in der Zeit der zweiten Intifada.

Während das Lippenbekenntnis konstant bleibt, ist die Bereitschaft zum Frieden dennoch nie auf die Probe gestellt worden. Es ist noch nie erprobt worden, in wie weit man auch bereit ist, den Preis dafür zu entrichten, diesen Frieden jetzt nicht nur zu deklarieren und sich herbeizusehnen, sondern auch praktisch umzusetzen. Und das ist ein großes Problem, das jetzt zu einem existenziellen Problem wird. Israel steht jetzt vor einer historischen Aporie - einem Widerspruch, der unauflösbar erscheint. Es muss sich historisch entscheiden, welche Lösung des nicht Lösbaren es eingehen will.

Auf der einen Seite gibt es die These, die sowohl von gewissen Linken, aber besonders von Rechten und forciert über die Praxis von Ariel Sharon die ganzen 70er und 80er Jahre auch auf den Boden der Tatsachen gestellt worden ist. Diese These besagt: Was sich in der Westbank, vor allem in der Westbank, abgespielt hat, ist irreversibel. Das heißt also, die Besetzung der Westbank und ihre Besiedlung mit rund einer viertel Millionen Menschen kann unmöglich heute aufgelöst werden. Es ist eine Infrastruktur entstanden, es ist eine Alltagsrealität dort entstanden, die kann nicht aufgelöst werden. Wenn das stimmt, hat Israel zwei

Möglichkeiten. Die eine Möglichkeit ist, dass es diese Gebiete dann annektiert und sagt, wir geben nichts mehr zurück. Das bedeutet, dass man sich etwa drei Millionen Palästinenser als neue Staatsbürger eingehandelt hat. Das würde auch bedeuten, dass das zionistische Bestreben, das Land als das Land der Juden zu erhalten, unmöglich geworden ist.

Dem gegenüber steht die Möglichkeit, dass Israel beschließt, die Gebiete zurückzugeben. Dann aber müsste es Siedlungen abbauen, und mein Szenario ist folgendes: 90 bis 95 Prozent der Leute sehen ein, dass es historisch notwendig wird, sich zurückzuziehen - aber 1.000 bis 5.000 Hardliner sagen: nur über unsere Leichen. Und zwar aus den Gründen, die ich von den Siedlern in Hebron höre: Lieber sollte man Tel Aviv, diese Hurenstadt, zurückgeben, anstatt das Land der Urväter. Ich zitiere hier, ich bin nicht der Meinung, dass Tel Aviv eine Hurenstadt ist, es ist meine Heimatstadt. Es reicht aus, dass Leute sich verbarrikadieren und sagen: Ihr müsst uns mit Gewalt hier raus holen. Und es könnte zu der Situation kommen, dass der Staat sein Gewaltmonopol gegenüber den eigenen Bürgern anwenden müsste.

Der Staat wendet ja sein Gewaltmonopol gegen israelische Bürger an - unter der Voraussetzung, dass es Araber sind. Zuletzt passierte das bei der Intifada, als dreizehn israelische Bürger von der israelischen Polizei erschossen wurden, unter Bedingungen, die für meine Begriffe auch die Art und Weise, wie die arabischen Bürger Israels aufgefasst werden, auf den Punkt gebracht haben. Und wenn es einen Entfremdungsfaktor im Moment gibt, dann ist das genau dieser Entfremdungsfaktor, nämlich das Verhältnis des Staates zu seinen arabischen Bürgern. Aber wenn es dazu kommen sollte, dass Israel gefordert ist, sein Gewaltmonopol gegen die Siedler einzusetzen, um jetzt einen Friedensprozess zu einer finalen Lösung zu bringen, wage ich zu behaupten - und das ist jetzt nur meine Prognose, die eine Ahnung ist, das ist keine Sache, die ich belegen kann -, dass ein Großteil der Bevölkerung das nicht akzeptieren wird; dann wäre tendenziell die Gefahr eines Bürgerkrieges denkbar.

Also auf der einen Seite die Möglichkeit eines Bürgerkrieges, auf der anderen Seite das Ende des Zionismus durch die Einverleibung der Westbank; das würde den Zionismus ad acta legen. Was bedeutet das für die nun entstandene Situation? Das bedeutet für meine Begriffe, dass Israel in der ersten Phase jetzt den palästinensischen Staat zulassen muss. Das heißt also der Rückzug aus den Gebieten, der Abbau der Siedlungen, wird erfolgen müssen, sonst wird es keinen Frieden geben, und ich glaube, wenn es längerfristig keinen Frieden gibt, bedeutet das den totalen Krieg. Es kann zwischenzeitlich den Terror und die Art von Guerilla, die wir kennen, bedeuten, aber längerfristig kann es den totalen Krieg im Nahen Osten bedeuten. Bei dem in dieser Region vorhandenen Gewaltpotenzial würde totaler Krieg heißen, dass Amman und Damaskus in Schutt und Asche gelegt werden können, aber auch Tel Aviv und Haifa.

Um das zu verhindern, muss Israel die Entscheidung treffen, in dieser historischen Phase, die vom Kollektivsubjekt Palästina ausgeht, das Selbstbestimmungsrecht der Palästinenser zu implementieren. Es muss ein nationaler palästinensischer Staat errichtet werden. Und für meine Begriffe wird er früher oder später kommen. Ich weiß nicht, wie viele Gewaltzirkel es noch erfordern wird, aber er wird früher oder später kommen. In dem Moment aber, wo dieser Staat entstanden ist, wird er nicht lebensfähig sein; es müsste also mittel- und längerfristig eine konföderative Struktur entstehen zwischen Palästina, Israel und auch Jordanien. Mit offenen Grenzen sowohl im Sinne des Alltags, im Sinne des Arbeitsmarktes und der sozioökonomischen Abläufe, aber auch im Sinne der kulturellen Einflüsse.

Das heißt, die Lösung des Nationalstaates, der sich separiert von anderen Nationalstaaten, sehe ich als eine historische Phase, die der Region längerfristig nur Ungutes verheißt. Nur wenn konföderative Strukturen entstanden sein werden, ist ein Überleben des Staates Palästina, aber auch ein Überleben des Staates Israel möglich. Das würde tendenziell auch eine Schwächung des Zionismus bedeuten, der sich in seiner historischen Funktion auch überlebt haben wird - aus dem ganz einfachen Grund, weil es eben nicht mehr eine Bastionsmentalität geben muss, sondern im Gegenteil eine Öffnung. Ich hoffe sehr, dass das noch zu meinen Lebzeiten passiert. Ich bin 51 Jahre alt.

Das Problem, das ich aktuell sehe - deshalb dieser ganze Exkurs über die Zersplitterung der israelischen Gesellschaft -, ist, dass diese Zersplitterung die israelische Gesellschaft heute unregierbar gemacht hat. Dass von daher auch für den Friedensprozess im Moment ein riesiges Hindernis besteht. Sollte nämlich Barak noch im letzten Moment ein Friedensabkommen erreichen - in dem Sinne, wie ich es skizziert habe: mit Rückgabe von Gebieten, Abbau von Siedlungen, Jerusalem als Hauptstadt und Rückkehr der Flüchtlinge -, dann wäre zu

befürchten, dass ein Großteil der Bevölkerung nicht bereit sein wird, das auch über eine Wahl zu sanktionieren.

Von daher sage ich zweierlei: In der aktuellen Situation ist erreicht worden, dass nun klar ist, worum es geht; es ist klar, was die Themen eines zukünftigen Friedensabkommens sein müssen. Es ist ganz und gar nicht ausgemacht, dass das im Moment auch politisch implementierbar ist. Und drittens sage ich, dass es längerfristig nicht anders gehen wird als mit einem Frieden, der diese konföderative Struktur hervorbringt, der aber historisch durch die Phase der Nationalstaatsbildung der Palästinenser wird gehen müssen. Die einzige offene Frage ist, wie viel Gewalt wir bis dahin noch werden ertragen müssen. Ich fürchte, dass uns da noch einiges bevor steht.

Moshe Zuckermann

Die Veröffentlichung dieses Vortrags wäre ohne die Unterstützung des Freien Sender Kombinats Hamburg (FSK) nicht möglich gewesen, die uns die Ton-Aufnahme der Veranstaltung zur Verfügung gestellt haben.

Bücher von Moshe Zuckermann:

- Zweierlei Holocaust. Der Holocaust in den politischen Kulturen Israels und Deutschland. Wallstein, Göttingen, 1999. 181 Seiten, 38 DM

- Gedenken und Kulturindustrie. Ein Essay zur deutschen Normalität. Philo, Berlin, 1999. 127 Seiten, 19,80 DM (vergriffen)

- Tel Aviver Jahrbuch für deutsche Geschichte. Geschichte denken. Philosophie, Theorie, Methode. Tel Aviv, 400 Seiten, 78 DM

# 19. Querstell-Konzepte für den Tag X in Gorleben

Autor: Jochen Stay · Rubrik: Aktionen / Veranstaltungen; Anti-AKW-Bewegung · CD-Datei: daten/aksuche/ak447/30.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:447:30

Wenn der Zug mit den sechs Castor-Behältern Ende März quer durch Europa rollt, wird die Anti-Atom-Bewegung gut vorbereitet sein. Die Erfahrungen der bisherigen Castor-Transporte nach Gorleben und Ahaus waren und sind sehr hilfreich bei der Entwicklung aktueller Widerstands-Konzepte.

Eigentlich fängt alles ja schon lange vor dem Tag X an. "Den Castor stoppen, bevor er losfährt". Dieser Slogan beschreibt, warum es wichtig ist, bereits in den Wochen vor dem Transporttermin politischen Druck zu entwickeln. Und es geht auch darum, dass die Bewegung in Schwung kommt. Nach vier Jahren Castor-Pause im Wendland gilt es Ortskenntnisse aufzufrischen oder erstmals zu erlangen. Schließlich werden viele dabei sein, für die es der erste Castor ist. Überall gründen sich jetzt neue Aktionsgruppen. Damit alle "fit für den Castor" sind, finden in vielen Städten Veranstaltungen, Trainings und erste Aktionen statt.

Woche für Woche große Aktionen

Neben den regional wichtigen Vorbereitungen gibt es auch mehr und mehr überregionale Demonstrationen und Aktionen. Am 24. Februar findet zwischen Lüneburg und Dannenberg ein Schienenaktionstag statt. Es geht darum, sich ortskundig zu machen und "neuen" Aktionsraum in Beschlag zu nehmen. Geplant ist eine Leistungsschau des Widerstandes in all seinen Facetten. Auftakt ist um 12 Uhr auf dem Marktplatz Dahlenburg.

Schon am darauf folgenden Wochenende das nächste Großereignis: "Eine Nacht im Gleis-Bett" wollen all diejenigen vom 3. auf den 4. März verbringen, denen Aktionen auf Schienen bisher eher fremd sind. Der Termin 10./11. März ist bisher noch nicht klar verplant, aber es ist davon auszugehen, dass auch an diesem Wochenende eine nette Aktion stattfindet.

Für den 17. März gibt es als vorläufige Idee das "Größte Wohnzimmer der Welt". Wie wäre es, wenn es sich viele Menschen samt ihrer Möbel (vielleicht vom Sperrmüll) auf der Transportstrecke bequem machen? Parallel dazu soll es bundesweit dezentrale Aktionen an den Bahnhöfen geben. Arbeitstitel: "Bahnhofsmission". Noch ist dieser Zeitplan nicht vollständig festgezurrt. Vieles wird sich spontan ergeben. Das ist auch gut so, denn darin liegt ja unter anderem eine Stärke des Widerstandes.

Diesmal liegt ein deutlich stärkeres Gewicht auf der Bahnstrecke zwischen Lüneburg und Dannenberg. Konzentrierten sich bislang die meisten QuerstellerInnen am Tag X auf die 18 Kilometer Straße zwischen Dannenberg und Gorleben, soll der Aktionsraum diesmal auch die 56 Kilometer Schiene ab Lüneburg umfassen. Es geht darum, dass nicht alle, wie bei einem schlechten Fußballspiel, dem Castor/Ball hinterherrennen, sondern eine taktisch kluge Raumaufteilung stattfindet.

Zweiter wichtiger Aspekt: Durch die Aufteilung der Strecke in verschiedene Abschnitte können unterschiedliche Aktionsansätze durchgeführt werden, ohne sich zu stören. So ist eine optimale Ergänzung denkbar, wenn sich z.B. an einer Stelle Leute gut vorbereitet an die Gleise ketten und es dadurch ermöglichen, dass an anderer Stelle eine größere Gruppe auf die Schienen kommen kann.

Kluger Gedanke Nummer drei: Es geht nicht in erster Linie um das möglichst lange Aufhalten des Castors. Natürlich ist es ein Erfolgserlebnis, wenn es wie 1997 zwei zwischen den Schienen einbetonierten Leuten gelingt, den Transport fünf Stunden aufzuhalten, oder die "X-tausendmal-quer"-Sitzblockade am Verladekran erst nach neun Stunden geräumt war. Aber wichtiger als diese "militärische" Auseinandersetzung - kommen sie durch oder nicht - bleibt auch am Tag X die politische Ebene. Aktionen, die öffentlich rüberbringen, was im Wendland los ist und warum es diesen Konflikt gibt, Aktionen, die deutlich machen, von wem in dieser Auseinandersetzung die Gewalt ausgeht, Aktionen, die zeigen, dass wir uns auch von einem noch so großen Polizeiaufgebot nicht einschüchtern lassen, können letztendlich mehr bewirken als manche unüberlegte Konfrontation mit der Polizei. So ist es auch ein dem Castor- und Atomkraft-Stopp gleichwertiges Ziel, dass diejenigen, die dabei waren, nachher mit einem guten Gefühl nach Hause fahren und das nächste Mal mit noch mehr Leuten wieder kommen.

Die vierte Komponente ist simpel: einfach rechtzeitig da sein. Die Erfahrung zeigt, dass die Polizei ihre volle Einsatzstärke erst erreicht, wenn der Tag X wirklich da ist. Da die gesamte Anti-Atom-Bewegung aber schon auf den Samstag, den 24. März zur großen Auftaktdemonstration nach Lüneburg mobilisiert, und da es ab diesem Tag entlang der gesamten Strecke aufnahmebereite Camps geben soll, besteht die begründete Hoffnung, dass viele Menschen nicht wieder nach Hause fahren, sondern gleich vor Ort bleiben. Denn am Sonntag und Montag wird es entlang der ganzen Strecke zahlreiche große und kleine Aktionen geben. In den Camps läuft die Vorbereitung für den Tag X (27.3.) und auch kulturell wird einiges geboten. So wird u.a. die Band "Neues Glas aus alten Scherben" auftreten, die sich aus Musikern der Rio-Reiser-Band und "TonSteineScherben" gebildet hat.

Bis zur Ankunft des Castor-Zuges liegt der Aktionsschwerpunkt also eindeutig auf der Schiene, was natürlich nicht bedeutet, dass nicht schon einzelne auch an der Straßenstrecke aktiv sein werden. Sollte der Transport den Castor-Verladekran in Dannenberg erreichen, dann werden die meisten Menschen aus den Camps entlang der Schiene sich weiter in das Wendland hineinbewegen, um sich auf der Straße ein zweites Mal quer zu stellen. Von Vorteil ist, dass die Verladung der sechs Behälter von der Bahn auf die Schwerlast-LKWs mehrere Stunden dauern wird, so dass Zeit bleibt, um auf die Straße zu kommen.

Kluge Gedanken: Das Widerstands- Konzept

Allerdings ist die Umladezeit möglicherweise deutlich kürzer als beim letzten Gorleben-Transport 1997, als der Castor-Konvoi 32 Stunden in Dannenberg pausieren musste. Weil der Kran in den letzten Monaten auf Rollen gesetzt wurde und so das aufwendige Rangieren der Waggons entfällt, kann die Verladung schätzungsweise in fünf bis sechs Stunden vollzogen werden.

Dies, so die Einschätzung, macht aber nur Sinn, wenn der Zug am Abend des 27.3. rechtzeitig eintrifft und die Verladung bis zum frühen Morgen abgeschlossen ist. Denn bisher hat die Polizei immer größten Wert darauf gelegt, dass der Straßentransport im Morgengrauen beginnt, um noch bei Tageslicht in Gorleben anzukommen. Zieht sich der Schienentransport also bis tief in die Nacht und die Verladung bis in den Mittwochvormittag, dann wird der Konvoi nach Gorleben wohl erst am Donnerstag, den 29. März rollen. Für diesen Fall soll vorgesorgt werden. Denn dann sind auch an der Straßenstrecke Camps nötig, in denen sich die AktivistInnen ausruhen und stärken können.

Jochen Stay

# 20. Das Verhältnis von Anti-Atom-Bewegung und Grünen

Autor: Jochen Stay · Rubrik: Grüne (und Vorläufer); Anti-AKW-Bewegung · CD-Datei: daten/aksuche/ak447/31.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:447:31

Ende März soll er rollen, der Zug mit sechs Castoren aus der französischen Plutoniumfabrik La Hague in das Zwischenlager Gorleben. Bei allen bisherigen Transporten nach Gorleben (1995-97), davon auch zwei aus der WAA La Hague, beteiligte sich die Partei Bündnis 90/Die Grünen mehr oder weniger aktiv an Mobilisierung und Widerstand.

Doch inzwischen ist einiges geschehen. Die Grünen sind Regierungspartei geworden. Jürgen Trittin ist Umweltminister und seit letztem Juni gibt es den sogenannten Atomkonsens zwischen Stromkonzernen und rot-grüner Bundesregierung, in dem die Zukunft der Atomkraft geregelt wird.

Über dieses Papier gab und gibt es Streit zwischen der Anti-Atom-Bewegung und den Grünen. Die Partei hält es für das bestmögliche Resultat eines ausstiegsorientierten Regierungshandelns, ja sogar für die Festschreibung des Atomausstiegs. Anti-Atom-Initiativen und Umweltverbände kritisieren den Konsens-Vertrag als staatlich garantierten Bestandsschutz für die AKWs.

Jetzt hat sich der Streit auf die Frage übertragen, ob der anstehende Transport aus La Hague ein "notwendiger", also ein "Castor für den Ausstieg" ist, wie Teile der Grünen sagen, oder ob die Notwendigkeit des Transports darin besteht, den Weiterbetrieb der AKWs abzusichern, wie es die Anti-Atom-Initiativen darstellen.

Diese unterschiedlichen Sichtweisen haben Konsequenzen auf das Handeln. Während es für die Anti-Atom-Initiativen vollkommen klar ist, gegen den Gorleben-Transport Widerstand zu organisieren - auch als Zeichen dafür, dass es keinen gesellschaftlichen Konsens in Sachen Atom gibt -, fordert der grüne Parteirat die Kreisverbände auf, sich nicht an Blockaden zu beteiligen.

Atomstreit ist keine innergrüne Angelegenheit

Da geht es argumentativ richtig zur Sache. Trittin nennt die AtomkraftgegnerInnen "bescheuert", die sehen in ihm den Castor-Lokführer und die Presse schreibt nur noch über einen innergrünen Konflikt oder einen zwischen Partei und ehemaliger Basis. Weil Trittin die Sache so vehement verteidigt, können sich alle anderen AkteurInnen im Atomstreit hinter seinem Rücken verstecken, seien es Sozial- oder ChristdemokratInnen oder die Atomwirtschaft selbst, die den Minister für seine Politik überschwänglich lobt. Nur der grüne Atom-Verwalter bleibt als Projektionsfläche der massiven Kritik aus der Bewegung, und damit verengt sich der Streit in der öffentlichen Wahrnehmung auf eben jene "innergrüne Angelegenheit" - was er nicht ist.

Gerade im Wendland - das die Medien gern als Geburtsstätte der Grünen dargestellen - geht der Widerstand doch durch alle gesellschaftlichen Schichten und Parteien. Der Konflikt um die Atomkraft lässt sich aber nicht mit den Kategorien von Parteipolitik fassen. Das ist für viele JournalistInnen aber nicht einfach zu begreifen.

Für die Bewegung wird es nötig, sich nicht an den Grünen festzubeißen. Die Frage ist ja nicht nur, ob das nun gute oder schlechte Castoren sind, die nach Gorleben rollen. Der Widerstand gegen Transporte ins Wendland war immer deshalb so stark, weil sie zum Symbol für den Atomkonflikt schlechthin geworden sind. Und da dieser Konflikt noch andauert, so lange AKWs am Netz sind, bleibt es nötig und richtig, Castoren zu blockieren. Matthias Urbach drückte das in der taz so aus (hier gekürzt wiedergegeben):

"Die Castor-Blockade dient vor allem als Symbol. Für diesen symbolhaften Kampf ist die grüne Unterscheidung zwischen guten und schlechten Transporten völlig ungeeignet, da überkomplex. Sie lässt sich in den normalen Fernsehnachrichten nicht vermitteln. Viele Dannenberger etwa wollen den Transport blockieren, um zu zeigen, dass sie Gorleben als Endlager für völlig ungeeignet halten. Dazu kommen Demonstranten aus der ganzen Republik, die ganz generell gegen Atomkraft demonstrieren wollen. Vor Ort werden sich all diese Motive vermischen - und bei niemandem wird sich klar auseinander halten lassen, ob er nur demonstriert oder schon blockiert - und wogegen er exakt ist. Schließlich wird nur eines wirklich interessieren: wie viele nach dem Atomkonsens überhaupt noch zur Demo kommen."

Viele Mitglieder und WählerInnen der Grünen sind denkbar unzufrieden mit dem Konsens und wollen einen schnelleren Atomausstieg. Sie wissen nur nicht genau, wie sie das als Teil der Regierungspartei umsetzen können. Kritik hat Trittin für seinen politischen Kurs wahrlich verdient. Die soll er auch weiter zu hören bekommen. Doch wenn die Bewegung nur noch auf den grünen Minister eindrischt, dann besorgt sie das Geschäft der Atomstromer, weil sie viele potenzielle (grüne) MitstreiterInnen ausgrenzt, die sich dann eher mit ihrem Parteigenossen solidarisieren, als sich an den Aktionen zu beteiligen.

Der Widerstand verliert viel von seiner Wirkung, wenn er in den Medien nur noch als "innergrüner Konflikt" verstanden wird. Um aber weiter Druck für einen Atomausstieg zu machen, ist es notwendig, dass alle aktiven AtomkraftgegnerInnen gemeinsam diesen Castor blockieren - und noch gibt es restliche AKW-GegnerInnen an der grünen Basis.

Deshalb auch weiterhin die herzliche Einladung an alle Mitglieder der Grünen (und der meisten anderen Parteien): Macht mit beim Widerstand gegen Castor-Transporte, nicht gegen Trittin, sondern gegen den Weiterbetrieb der Atomanlagen!

Jochen Stay

# 21. Französisches Netzwerk gegen Castortransporte

Autor: Markus Pflüger · Rubrik: Anti-AKW-Bewegung; Frankreich · CD-Datei: daten/aksuche/ak447/14.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:447:14

Ende Januar 2001 fand im französischen Rennes die 4. Vollversammlung des nationalen Anti-Atom-Bündnisses Réseau sortir du nucléaire statt. Das 1997 gegründete Netzwerk vereint heute 613 Organisationen mit rund 10.000 Mitgliedern und ist damit in Frankreich der wichtigste Zusammenschluss von Anti-AKW-AktivistInnen. Anwesend in Rennes waren auch zwei Vertreter der Anti-AKW-Bewegung in Deutschland, die zum Thema Atomtransporte und Blockaden referierten.

Schon zu Beginn der Versammlung fielen die Unterschiede zur deutschen Anti-Atom-Bewegung auf. Die Delegierten erhielten Stimmkarten und Tischvorlagen, in denen sich die Kandidaten für die anstehenden Vorstandwahlen vorstellten. Auch die Namensschilder für die Anwesenden machten deutlich, dass die französische Anti-Atom-Bewegung formeller organisiert ist als die deutsche Bewegung. Mehrere Hauptamtliche arbeiten im Büro des Netzwerkes in Lyon, von dort werden Kampagnen organisiert, Aktionen koordiniert sowie Rundbriefe und Informationen verschickt. Einige Wochen vor der Vollversammlung erreichte die Delegierten die Einladung und ein dickes Dossier zur Vorbereitung der Vollversammlung.

Die beiden deutschen Gäste stellten auf der Versammlung zunächst den Kern des bis heute nicht unterzeichneten Atomkonsens zwischen Bundesregierung und Atomwirtschaft dar und machten klar, dass dies faktisch nichts mit einem Atomausstieg zu tun habe. Selbst der sofortige Ausstieg aus der Wiederaufarbeitung sei nicht erreicht worden. Der nun anstehende Rücktransport von Atommüll aus La Hague diene in diesem Zusammenhang als Türöffner für die Wiederaufnahme von Castortransporten aus deutschen AKWs nach La Hague. Auf Verwunderung und Ablehnung stieß bei den französischen Delegierten die Position der deutschen Grünen, die eine "internationale und moralische Verpflichtung" zur Rücknahme des Atommülls betonen und diese auch damit begründen, dass ihre französische Schwesterpartei und die Anti-Atomkraftbewegung in Frankreich dies von ihnen erwarten würden.

Dass diese Rechtfertigungsversuche der deutschen Grünen aus Sicht der französischen Anti-Atom-Bewegung angesichts der daran gekoppelten Wiederaufnahme von Transporten aus den deutschen AKWs nach La Hague und Sellafield falsch und kurzsichtig sind, wurde in der Arbeitsgruppe "Atomtransporte" bestätigt.

Blockaden in Frankreich?

Standen die meisten französischen Initiativen Transportblockaden bisher eher skeptisch bis ablehnend gegenüber - schließlich soll der illegal in La Hague lagernde Müll irgendwann zu den Auftraggebern zurück -, wurde jetzt ein Meinungsumschwung erkennbar. Denn wenn der Castor von La Hague nach Gorleben ungehindert durchkommt wird umgehend noch mehr Atommüll nach La Hague gebracht, so die einhellige Meinung in der Arbeitsgruppe "Atomtransporte". Bei der dort stattfindenden Wiederaufarbeitung wird die Müllmenge verzwanzigfacht und immense radioaktive Emissionen in die Umwelt abgegeben. Rot-Grün lässt also Mensch und Umwelt in Europa verantwortungslos weiter verseuchen. "Wenn nicht blockiert wird, liegt Ende 2001 mehr Atommüll in La Hague als jetzt!", stellte Réseau-Vorstandsmitglied Jean-Yvon Landrac fest. Da nur Greenpeace Erfahrungen mit Transport-Blockaden in Frankreich hat und keine sicheren Einschätzungen zu Strafen und Bußgeldern möglich sind, blieben jedoch viele Delegierte unsicher. Hinzu kommt, dass es schwer wird, Blockaden von Rücktransporten der Öffentlichkeit zu vermitteln.

Einig waren sich die Anwesenden, dass die Atommüll-Lagerung in La Hague genauso abzulehnen ist, wie die in Gorleben oder Bure. Die bevorstehenden Transporte dienen dem Weiterbetrieb internationaler Atomanlagen und damit der Produktion von noch mehr Atommüll. Die Forderung kann deshalb weiterhin nur lauten: Abschaltung aller Atomanlagen! Eine Vernetzung mit deutschen Gruppen und konkrete Aktionen gegen das internationale Geschäft mit dem Atommüll wurden besprochen. In der Abschlusserklärung wurden die Mitgliedsorganisationen schließlich aufgerufen gegen die Wiederaufnahme des Atommüllgeschäfts entlang der Transportstrecke zwischen Deutschland und Frankreich zu demonstrieren.

Das Ergebnis der Versammlung teilte das französische Anti-Atom-Netzwerks den bundesdeutschen Grünen in einem Offenen Brief mit: "Wir stellen uns gegen dieses von der Regierung vorgeschlagene Schwindelgeschäft, in dem der Rücktransport eines Castors die Lagerung zehn neuer Castoren in La Hague ermöglicht. Der nötige

Rücktransport der in La Hague rechtswidrig gelagerten Atomabfälle darf auf keinen Fall die Fortsetzung der Wiederaufbereitung ermöglichen. Nur ein Exportstopp des deutschen Atommülles würde deutlich zeigen, dass Deutschland - oder genauer gesagt, seine Atomstromerzeuger und seine Regierung - seinen moralischen Verpflichtungen nachkommt. (...) Die Forderungen der französischen Anti-Atom-Bewegung sind: Nein zur Wiederaufbereitung und zum Atommüllexport: Deutschland muss erkennen, dass es keine Lösung im Umgang mit seinem Atommüll hat und muss daraus die Konsequenzen ziehen. Nein zur Wiederaufnahme des Atommüllgeschäfts. Ja zur Rückkehr der Abfälle nach dem Stopp der Plutonium-Produktion."

Auch die französischen Grünen gehen inzwischen zu ihrer bundesdeutschen Schwesterpartei auf Distanz. Wenige Tage nach der Konferenz der Anti-Atom-Gruppen äußerten sie sich kritisch zu den Transporten in die Wiederaufarbeitung. Die in La Hague lagernden Abfälle müssten zwar in ihre Ursprungsländer zurück, aber die entgegengesetzte Richtung, also neue Transporte in die Wiederaufbereitung seien nicht akzeptabel. Deutschland müsse die Wiederaufarbeitung beenden.

Markus Pflüger

Initiative für Atomausstieg Trier

# 22. "Mit Ausstieg hat das nichts zu tun." Interview mit Hartmut Liebermann zur Absage des Castor-Transportes nach Ahaus

*Interview mit Hartmut Liebermann zur Absage des Castor-Transportes von Neckarwestheim nach Ahaus*

Rubrik: Atom- und Energiepolitik; Anti-AKW-Bewegung · CD-Datei: daten/aksuche/ak447/07.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:447:07

von Neckarwestheim nach Ahaus

Nach einem längeren politischen Tauziehen wurde der für Anfang März angesetzte Transport aus Neckarwestheim in das Zwischenlager Ahaus abgesagt. In einer geschickten politischen Inszenierung hat das NRW-Innenministerium der Landesregierung in Baden-Württemberg und den AKW-Betreibern in Neckarwestheim zunächst einen Transporttermin angeboten, um dann in einer groß angelegten Medienkampagne seine Überflüssigkeit zu behaupten und den Druck für die Genehmigung von sogenannten Interimslagern an den Atomstandorten in Süddeutschland zu erhöhen. Die Positionen der Anti-Atom-Bewegung werden in dem politischen Streit um Castor-Transporte versus Interimslager immer weiter an den Rand gedrängt. Über die politischen Hintergründe der Absage des Ahaus-Transportes sprach Thomas Binger mit Hartmut Liebermann, dem Pressesprecher der Bürgerinitiative "Kein Atommüll in Ahaus".

Die AKW-Betreiber wurden für den Verzicht auf den Transport großzügig belohnt. Trittin genehmigte per Anweisung an die Landesregierung in Baden-Württemberg eine Überschreitung der höchstzulässigen radioaktiven Inventarmenge im AKW. Das Bundesamt für Strahlenschutz (BfS) kündigte eine rasche Genehmigung des beantragten Interimslagers auf dem AKW-Gelände an und erteilte außerdem eine erste Transportgenehmigung in die britische Skandal-Wiederaufbereitungsanlage in Sellafield. Kann die BI "Kein Atommüll in Ahaus" vor diesem Hintergrund den abgesagten Transport als Erfolg verbuchen?

Die Absage des Castor-Transportes hat verschiedene Seiten. Einmal sehen wir es ganz klar als Erfolg an: Dieser Transport wäre nicht abgesagt worden, wenn es nicht massiven Widerstand gegeben hätte. Ohne diesen Widerstand hätte es die politischen Anstrengungen nicht gegeben, den Transport noch in letzter Minute zu verhindern.

Andererseits ist das grundsätzliche Problem nicht gelöst: Sowohl der Transport, als auch die jetzige Lagerung am Standort des AKW Neckarwestheim, haben die Funktion, ein laufendes Atomkraftwerk weiter betreiben zu können. Mit dem Ausstieg aus der Atomenergie hat das nichts zu tun. Weder die Verbringung des Mülls nach Ahaus, noch die Deponierung des Mülls am Kraftwerk, stehen für eine Entsorgung. Bis heute gibt es weltweit kein Endlager für Atommüll. Es gibt dafür keine Konzepte und es ist auch nicht absehbar, dass diese in den nächsten Jahrzehnten entwickelt werden. Die Lagerung vor Ort bedeutet nichts anderes als ein Abstellen von Müll. Und ein Transport nach Ahaus hätte nichts anderes bedeutet, als eine pure Verschieberei von Müll. Ungelöst ist das Problem der Entsorgung so oder so.

"Zur Zeit rührt sich überall an den Standorten der geplanten Zwischenlager Widerstand"

Das NRW-Innenministerium hat im Dezember den AKW-Betreibern aus Baden-Württemberg ohne Not für Anfang März einen Transporttermin angeboten, obwohl zu diesem Zeitpunkt schon für Ende März der Castor-Transport nach Gorleben fest terminiert war. Die Innenministerkonferenz zur Sicherung der Castor-Transporte hat im letzten Jahr beschlossen, dass zwischen zwei Transporten immer mindestens acht Wochen Pause sein soll. Warum hat das NRW-Innenministerium diesen Termin angeboten?

Ich denke, dass es innerhalb der nordrhein-westfälischen Landesregierung unterschiedliche Interessen gegeben hat. Während es nicht unbedingt das Interesse der gesamten Landesregierung war, einen Castor-Transport in NRW in Empfang nehmen zu müssen, gibt es im Innenministerium auf Staatssekretärs- und Abteilungsleiterebene Kräfte, die das anders gesehen haben. Die z.B. die Einschätzung vertreten haben, dass der erste Castor-Transport nach Aufhebung des Transportstopps zu einer Nagelprobe der

Auseinandersetzung wird. Und dass es günstiger wäre, den ersten Transport nach Ahaus statt nach Gorleben durchzubringen, da hier der Widerstand nicht ganz so stark ist.

Der politische Streit um den Ahaus-Transport hat sich immer mehr auf die Frage zugespitzt: Castor-Transport in ein zentrales Zwischenlager oder dezentrale Lagerung an den AKW-Standorten. Dabei erschien einem Großteil der öffentlichen Meinung die standortnahe Zwischenlagerung als die vernünftigste Lösung. Ist damit die im Atomkonsens anvisierte dezentrale Zwischenlagerung politisch durchgesetzt?

In den vergangenen zehn Jahren waren Castor-Transporte die Knallpunkte in der Auseinandersetzung um atomare Anlagen. Aus der Sicht derjenigen, die Atomenergie weiter nutzen wollen, ist es also nahe liegend, Castor-Transporte nach Möglichkeit zu umgehen und anderweitig den Weiterbetrieb der Atomanlagen zu sichern. Ob dieses Konzept aufgeht, wage ich sehr zu bezweifeln. Zur Zeit rührt sich überall an den Standorten der geplanten Zwischenlager Widerstand. Die Gemeinden stellen sich quer und versuchen auf baurechtlichem Wege die Errichtung der Anlagen zu verhindern oder wenigstens zu verzögern und z.T. entstehen dort neue Bügerinitiativen. Von daher bin ich noch nicht davon überzeugt, dass dieses Konzept bereits durchgesetzt ist.

Kurz nach der Absage des Ahaus-Transportes starteten der Parteirat der Grünen und Umweltminister Trittin ihre Kampagne gegen die geplanten Proteste gegen den Rücktransport hochradioaktiven Materials aus der Wiederaufbereitung in La Hague nach Gorleben. Die Regierungsgrünen wollen in Zukunft zwischen atompolitisch notwendigen und überflüssigen Castor-Transporten unterscheiden. Da sie eine völkerrechtliche, politische und moralische Verpflichtung zur Rücknahme des deutschen Mülls aus Frankreich sehen, wenden sie sich vehement gegen Blockaden des Castors nach Gorleben. Werden jetzt die Zwischenlagerstandorte Gorleben und Ahaus gegeneinander ausgespielt? Gibt es auch für die BI Ahaus legitime Atommülltransporte?

Die Grünen unterscheiden zwischen Transporten, die überflüssig sind, und Transporten, die angeblich dem Ausstieg aus der Atomenergie dienen. Und als solche qualifizieren sie die Rücktransporte aus der Wiederaufbereitung in La Hague. Wir haben sofort nach dem der Beschluss des Parteirates bekannt wurde, mit einer Presseerklärung dagegen Stellung bezogen und diesen Beschluss als einen Eiertanz bezeichnet. Angesichts des Inhaltes des sogenannten Energiekonsenses gibt es für uns überhaupt keine Transporte, die einem Ausstieg dienen. Denn dieser Energiekonsens beinhaltet eine Bestandsgarantie der laufenden Atomanlagen praktisch bis zu ihrem technischen K.O.! Und jeder Transport, der jetzt durchgeführt wird, dient dem Ziel, den ungestörten Weiterbetrieb der Anlagen zu gewährleisten. Das gilt auch für den Rücktransport aus La Hague nach Gorleben. Denn dieser Rücktransport soll die politischen und rechtlichen Voraussetzungen dafür schaffen, dass aus den laufenden Atomkraftwerken wieder neuer Atommüll nach Frankreich gebracht werden kann. Es geht um den sogenannten Entsorgungsnachweis der Kraftwerke und damit um die rechtliche Grundlage für deren Weiterbetrieb.

Wir haben von vorneherein die Unterscheidung zwischen guten und schlechten Atomtransporten zurückgewiesen und angekündigt, dass wir unsere Freunde und Freundinnen in Lüchow-Danneberg nicht im Stich lassen werden. Die große Demonstration am 18. Februar in Ahaus, dient jetzt vor allem der Mobilisierung für den Widerstand gegen den geplanten Transport von La Hague nach Gorleben.

"Der Energiekonsens beinhaltet eine Bestandsgarantie laufender Atomanlagen"

Auf dem deutsch-französischen Gipfeltreffen haben Bundeskanzler Schröder und der französische Regierungschef Lionel Jospin die Wiederaufnahme der grenzüberschreitenden Nukleartransporte beschlossen. Bis 2011 sollen jährlich zwei Transporte aus La Hague nach Gorleben gehen und aus deutschen AKWs in die Wiederaufbereitung sind bis zum Jahr 2005 noch mehrere Hundert Transporte vorgesehen. Welche Widerstandsmöglichkeiten hat die Anti-Atom-Bewegung angesichts eines solch übervollen Transportfahrplanes?

Das ist vom heutigen Standpunkt aus sehr schwer zu sagen. Wir sollten aber bedenken, dass es in den vergangenen 25 Jahren immer wieder groß angelegte Pläne für Transportszenarien oder für einen heute ganz unglaublichen Ausbau der Atomenergie gegeben hat. Alle diese Pläne konnten auf Grund des Widerstandes nicht verwirklicht werden.

Ich denke, es wird viel davon abhängen, was bei dem ersten Transport, der Ende März nach Gorleben gehen soll, abläuft. Wenn sich herausstellt, dass der Widerstand gegen diesen Transport so groß ist, dass er nur mit

einem Riesenaufgebot an Polizei durchgesetzt werden kann, dann wird auch nach diesem Termin erneut über die politische Durchsetzbarkeit nachgedacht. Einen solchen gesellschaftlichen Konflikt kann man nicht beliebig oft durch Einsatz Zehntausender Polizeibeamten austragen.

Das Amtsgericht Ahaus hat kürzlich in einer ersten Entscheidung die Ingewahrsamnahme einer Demonstrantin bei dem letzten Ahaus-Transport 1998 als rechtswidrig erklärt. Damals wurden über 600 Personen z.T. bis spät in die Nacht in sogenannten Gefangenensammelstellen festgehalten (vgl. ak 447). Welche Auswirkungen hat dieses Urteil auf mögliche zukünftige Demonstrationen gegen Castor-Transporte?

Momentan ist es so, dass der Polizeipräsident Wimber und der Innenminister in NRW es nicht für nötig gehalten haben, sich auf Grund dieses Urteils für die rechtswidrige Ingewahrsamnahme von über 600 Menschen zu entschuldigen. Statt dessen haben sie angekündigt, gegen dieses Urteil Widerspruch einzulegen. Wir warten das in aller Ruhe ab, weil die Rechtslage in diesem Fall eindeutig ist. Die Polizei hat es in allen Fällen versäumt einen Richter einzuschalten. Auch beim Verwaltungsgericht in Münster laufen noch Verfahren, in denen das Verhalten der Polizei aller Voraussicht nach als rechtswidrig erklärt werden wird.

Wir verlangen nach wie vor sowohl vom Münsteraner Polizeipräsidenten als auch vom Innenminister eine Entschuldigung für dieses Vorgehen und die klare Aussage, dass sich das bei einem möglichen zukünftigen Transport nicht wiederholen wird.

# 23. (Haar-)Risse im Putz. Nachrichten aus der entlohnten und nichtentlohnten Arbeit

Rubrik: Kapitalpolitik, Firmen · CD-Datei: daten/aksuche/ak447/29.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:447:29

Mord und Totschlag I

Mehrere hundert Trauergäste, darunter eine Landtagsabgeordnete, örtliche Honoratioren und Vertreter sämtlicher Arbeitsämter in Niedersachsen versammelten sich am 13. 2. in Verden an der Aller, um Klaus Herzberg zu Grabe zu tragen. Herzberg war Leiter des Arbeitsamtes Verden und am 8. Februar vor seinem Haus erstochen worden.

Der Tat verdächtigt ist ein 46-jähriger, seit sieben Jahren erwerbsloser Maschinenbauingenieur. Der Mann war seit Jahren in der linken Erwerbslosenszene aktiv, insbesondere durch seinen umfangreichen Email-Verkehr. Seit langem führte der Tatverdächtige einen unermüdlichen Krieg gegen die Schikanen und Kürzungen, die ihm das Arbeitsamt zumutete. Erst im Januar war ihm die Arbeitslosenhilfe gesperrt worden, weil er eine sog. Weiterbildungsmaßnahme abgebrochen hatte. Noch am 12. Januar hatte sich der Mann persönlich an Herzberg gewandt, nachdem er ihn per Zufall im Foyer des Arbeitsamtes Verden angetroffen und auf seine Sperre angesprochen hatte. Er hatte Herzberg sowohl auf seine Verarmung als auch auf seine prekäre private Situation hingewiesen. Vor allem aber hat er den Arbeitsamtsdirektor persönlich für die Entscheidung des Amtes verantwortlich gemacht, denn auf alle seine Eingaben und Beschwerden hatten die SachbearbeiterInnen entweder gar nicht oder mit Hinweis auf übergeordnete Regelungen reagiert.

In seiner Mail an Herzberg schreibt der Mann: "Ebenso teile ich Ihnen mit, wie ich die Verhängung einer Sperre der Arbeitslosenunterstützung bewerte: Sie brechen mir damit das Genick. Und Sie tun das mutwillig: Sie wissen, dass die von mir besuchte Weiterbildung in einer Weise organisiert und durchgeführt worden ist, welche auf einen motivierten Teilnehmer wie mich nur zermürbend wirken kann." In der Mail kommt ebenfalls unmissverständlich zum Ausdruck, dass der Mann von den MitarbeiterInnen des Arbeitsamtes einschließlich des Leiters permanent abgewimmelt worden ist, eine qualifizierte Beratung und Unterstützung nicht stattgefunden hat.

In den Augen der Arbeitsamtsbürokratie und der Armutsverwaltung sieht das Verhalten Herzbergs freilich anders aus. Der Mann habe vorbildlich seine Pflicht getan und sei ein "Anwalt der Erwerbslosen", so Bernhard Jagoda, Präsident der Bundesanstalt für Arbeit, auf der Trauerfeier für Herzberg. Allerdings, so Jagoda, habe Herzberg als "Wohlfahrtsgewissen" auch die "Schutzbedürftigkeit des Sozialstaates gegen Missbrauch" gesehen. In vielen Behörden habe die "irrationale Tat" "Angst und Verstörung" hervorgerufen. Wenn das wirklich der Fall sein sollte, kann sie sogar einen Sinn gehabt haben.

(Weser-Kurier, Verdener Anzeiger)

Mord und Totschlag II

Was tun manche Menschen nicht alles für einen sog. guten Job. Zum Beispiel morden. In Mannheim ist Anfang Februar ein älteres Ehepaar wegen gemeinschaftlich begangenen Mordes zu lebenslanger Haft verurteilt worden. Im Auftrag seiner Ehefrau hat der 61-jährige Ingenieur H.S. eine Kollegin seiner Frau mit einem Maurerhammer erschlagen. Frau S. strebte nach der Vollzeitstelle ihrer Kollegin. Ursprünglich wollte sie ihren Mann verlassen und nach Stuttgart ziehen, wo ebenfalls eine Vollzeitstelle winkte. Doch die neue Beziehung zerschlug sich offenbar, Frau S. wollte in Mannheim bleiben. Nun war ihre Kollegin ihrem Job-Wunsch im Weg. Herr S. soll seiner Frau angeboten haben, der Kollegin "ein Kind zu machen", worauf Frau S. gesagt haben soll: "Dann bring sie halt um die Ecke."

(FAZ)

Ende der Vorstellung

Neben Reeperbahn und Dom gelten u.a. auch die Musicals "Cats" und "Phantom der Oper" als touristische Attraktionen der Hansestadt Hamburg. Doch am 17. Januar standen 1.100 Besucher aus der gesamten Republik vor verschlossenen Toren des Operettenhauses, Spielort von "Cats": Das Musical wurde bestreikt,

und weil letztlich zwei TontechnikerInnen nicht ersetzt werden konnten, sagte die Betreiberfirma Stella Entertainment die Vorstellung ab.

Der Zeitpunkt für den Streik war gut gewählt. Ende Januar soll "Cats" den Spielbetrieb nach 15 Jahren von Hamburg nach Stuttgart verlagern, die Abschiedsvorstellungen sollten noch einmal für einen glanzvollen Abgang sorgen und waren seit langem ausverkauft. Das Ende von "Cats" bedeutet die Kündigung von 90 Beschäftigten, die auch in den Anschlussproduktionen nicht mehr unterkommen sollten. Streikziel war daher ein Sozialplan im Umfang von 1,75 Mio. DM. Obwohl Stella mit einer Kürzung des Sozialplans um 100.000 DM pro Streiktag drohte, wurde "Cats" acht Tage lang bestreikt. Die Vorstellungen fielen regelmäßig aus, da sich auch die KünstlerInnen mit den Streikenden solidarisierten. Am 26. Januar gab die Stella-Geschäftsführung schließlich nach. Die Sozialplanforderung der IG Medien wurde akzeptiert und gilt für alle Produktionen und Spielorte. Auch Gehaltserhöhungen wurden vereinbart. Im Gegenzug erklärte sich die Gewerkschaft mit einer Flexibilisierung der Arbeitszeiten einverstanden.

(taz Hamburg, MoPo)

# 24. Bündnis für Arbeit am Ziel? Gewerkschaften füllen die Rolle als Co-Manager aus

Autor: Marcus Schwarzbach · Rubrik: DGB und Einzelgewerkschaften · CD-Datei: daten/aksuche/ak447/22.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:447:22

Die Kabinettsvorlage zur Reform des Betriebsverfassungsgesetzes liegt auf dem Tisch. Ein nächtelanges ministerielles Ringen um Freistellungsansprüche von Betriebsräten und Wahlmodalitäten in Kleinbetrieben soll stattgefunden haben. Von einem schröderschen "Basta" war nichts zu hören. Trotz aller Aufgeregtheiten aus dem Unternehmerlager, ein Fortschritt hin zu Formen erweiterter Mitbestimmung ist nicht festzustellen. Vielmehr werden den Gewerkschaften kleinere Brosamen hingeworfen, denn als nächste Integrationsleistung wird von ihnen erwartet, dass sie nach der "Rentenreform" ihrer Klientel Umstrukturierungen in der Krankenversicherung als Erfolg verkaufen.

Der DGB forderte 1998 in einem Gesetzentwurf eine Ausweitung der Mitbestimmung auf alle sozialen, personellen und wirtschaftlichen Angelegenheiten, sofern diese nicht bereits über ein Gesetz geregelt sind. Zu nennen sind hier die Planung von und Änderung in Arbeitsabläufen, die Festlegung von Arbeitsinhalt und -umfang, die Einführung von Tele(heim)arbeit, die Erstellung von Arbeitschutzprogrammen oder die Einleitung von Maßnahmen bei Mobbing. Bis auf Aspekte bei der Einführung von Gruppenarbeit und den Möglichkeiten im Bereich der Weiterbildung wurden diese Vorschläge von der Bundesregierung ignoriert.

Wer aber dachte, dies würde zum Widerstand der Gewerkschaften führen, sah sich getäuscht. Nach dem rotgrünen Wahlsieg änderte der DGB seine Position: Der eigene Vorschlag wurde kaum noch offensiv vertreten. Öffentlich wurden nur noch "pragmatische" Vorschläge gemacht. Man hoffte, in Hintergrundgesprächen mit dem ehemaligen IG-Metall-Vize Riester Veränderungen im Sinne der Beschäftigten durchsetzen zu können. Die Hoffnung, durch geschicktes Taktieren unter Ausschluss der eigenen Mitglieder, Veränderungen im Interesse der abhängig Beschäftigten zu erreichen, wurde enttäuscht. Ohne Zweifel ist es schwieriger, die Menschen in den Betrieben für abstrakte Rechte der Betriebsräte zu mobilisieren als beispielsweise für konkrete Lohnerhöhungen. Es lässt aber Rückschlüsse auf das Rollenverständnis der Gewerkschaften zu, dass eine Thematisierung oder gar Mobilisierung noch nicht einmal versucht wurde.

Die Rollen sind klar verteilt: Die Arbeitgeberverbände drohen mit dem Gang zum Bundesverfassunggericht. Der DGB und die Einzelgewerkschaften präsentieren sich als Verteidiger des Riester-Entwurf. Aussagen dass es sich bei der Riestervorlage keinesfalls um eine Reform des BetrVG handelt, sondern lediglich um kleine Modernisierungsschritte, kommen nur am Rande vor. Dies geht so weit, dass der DGB den Unternehmen die Veränderungen mit Kostenspargründen schmackhaft macht: ein vereinfachtes Wahlverfahren für Betriebsräte spare den Unternehmern 50 Mio. DM wird argumentiert. Und zu den verbesserten Freistellungsmöglichkeiten schreibt der DGB-eigene Informationsdienst einblick am 5. Februar: "Die Kosten würden im übrigen wettgemacht durch die effektive Arbeit der Betriebsräte, die kostenträchtige Konflikte vermeiden helfen."

Trotz aller Kritik soll nicht verschwiegen werden, dass der jetzt vorliegende Entwurf zur "grundlegenden Novelle des Betriebsverfassungsgesetzes" (so formulierte es der rotgrüne Koalitionsvertrag), einige wenige positive Veränderungen enthält. Von der ursprünglich angestrebten Ausweitung der Mitbestimmung bleiben nunmehr noch verbesserte Freistellungsmöglichkeiten und vereinfachtere Verfahren bei der Betriebsratsgründung übrig.

Geblieben sind formelle Protestnoten.

Massivst waren die Protestgebärden des DGB auch in der Rentenfrage. Wer die Riester-Rentenpläne ablehnt, bekommt es "mit den Gewerkschaften zu tun", ließ DGB-Vorstandsmitglied Putzhammer nach einem Gespräch zwischen Gewerkschaften und Bundesregierung noch im Dezember verkünden. Die jetzt verabschiedete Rentenregelung wird von DGB und IG Metall gelobt und mitgetragen. Insbesondere, dass das Rentenniveau nicht unter 67 % sinkt, wird als Erfolg verkauft. Es wird aber verschwiegen, dass bei einem Rentenniveau von 67% im Jahr 2030 die Grundlage ein Nettolohn ist, bei dem bereits die für die Privatvorsorge zu leistenden 4 % abgezogen wurden. Verglichen mit heute entspricht dies einem

Rentenniveau von knapp über 64 %. Ein Wert, den auch die Blüm-Reform vorsah und den Kanzlerkandidat Schröder - im Wahlkampf - als "unanständig" bezeichnete.

DGB genügsamer Gehilfe der Bundesregierung

Neben dieser leichten Änderung am Gesetzentwurf - die in der Substanz ohne Bedeutung ist - bleiben die bisherigen Eckpunkte und ihre Folgen unverändert bestehen: Ausstieg aus der paritätischen Rentenversicherung; Einführung der Pflicht zur Privatrente; erhöhtes Altersarmutsrisiko insbesondere für Frauen, Arbeitslose und im Invaliditätsfall. Diese zunächst heftig kritisierten Punkte werden nun von den Gewerkschaften mitgetragen. Vorschläge der IG BAU, die Einnahmeseite der Rentenversicherung durch Einbezug aller Mitglieder der Gesellschaft - auch bei Immobilien- und Aktienbesitz- zu verbessern, spielten keine Rolle mehr.

Bei diesen Fakten ist es schon eine rhetorische Meisterleistung der Gewerkschaftsspitze, die Änderungen an der Riester-Reform als "Erfolg der Gewerkschaften" (IG-Metall-Vorsitzender Zwickel) darzustellen. Betriebliche Stimmungen, die durchaus vorhanden waren, wurden nicht aufgenommen und verliefen so wieder im Sande. Der DGB war schlussendlich Erfüllungsgehilfe für die Bundesregierung. Ob insgeheim die gewerkschaftliche Hoffnung besteht, durch tarifvertragliche Altersvorsorge Ausgleich zu schaffen und sich so profilieren zu können, sei dahingestellt. Auch der IG Metall dürfte klar sein: Derartige Lösungen sind nicht flächendeckend zu erreichen und eher eine Lösung für Großbetriebe. Und sie werden in den nächsten Tarifverhandlungen Lohnprozente kosten. Ein Erfolg ist diese "Reform" lediglich für die Arbeitgeber, denen ein Rentenhöchstbeitrag von maximal 11 % für die nächsten Jahrzehnte garantiert wird, und die Versicherungsbranche, der Milliardeneinnahmen durch Rentenfonds gesichert sind.

Protest in seiner symbolischen Form

Größere von Gewerkschaften koordinierte betriebliche Protestaktionen scheinen völlig "unmodern" zu sein. Bisherige Erfolge von Gewerkschaften wurden allerdings nur auf dem Wege der Mobilisierung der Mitglieder erreicht. Sei es bei der Montanmitbestimmung, dem BetrVG von 1976, der Lohnfortzahlung im Krankheitsfall, der 35-Stundenwoche in der Metallindustrie. Der Mut, Forderungen zu stellen, die gegen den Mainstream der Medien stehen, und für diese auch zu streiten und zu streiken, scheint völlig verloren gegangen zu sein. Das nächste "Reformprojekt" von SPD und Grünen und der Ansatzpunkt für gewerkschaftliche Interessenvertretung wird die Krankenversicherung sein. Auch hier ist ein Ausstieg aus der paritätischen Finanzierung nicht mehr auszuschließen.

Ob die Politik an Seiten der "Schwester" SPD im Sinne der Mitglieder ist, interessiert die gewerkschaftlichen Berufsfunktionäre nicht primär. Stattdessen sieht sich der DGB als Co-Manager einer Bundesregierung, um diesen Prozess, der zu Lasten der abhängig Beschäftigten und Arbeitslosen geht, zu begleiten und öffentliche Proteste - wie etwa in Frankreich - zu vermeiden.

Ein putziger Lösungsansatz kommt aus dem Süden der Republik. Fritz Schösser, bayerischer DGB-Vorsitzender, gab gemeinsam mit 43 weiteren SPD-Bundestagsabgeordneten eine persönliche Erklärung ab. Die Unterzeichner lehnen einen Ausstieg aus der paritätischen Finanzierung der Rentenversicherung ab. Im Parlament werden sie dem Gesetz jedoch zustimmen. Protest "light" also. Völlig unverbindlich - und immer die nächsten Wahlen im Blick. Schröder und die Kapitalvertreter wird's freuen.

Marcus Schwarzbach

# 25. DNA-Zwangstests für Flüchtlinge

Autor: Erika Feyerabend · Rubrik: Ausländer- und Asylpolitik · CD-Datei: daten/aksuche/ak447/25.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:447:25

In Essen sind in den letzten Wochen auf richterlichen Beschluss bei Asylsuchenden in mindestens 40 Fällen DNA-Analysen durchgeführt worden, weil die Ausländerbehörde Anzeige wegen Betrugs erstattet hat. Die Behörde vermutet, dass von den etwa 1500 Flüchtlingen, die angeben, aus dem Libanon zu stammen, möglicherweise 800 tatsächlich aus der Türkei geflohen sind und somit falsche Angaben über ihre Nationalität gemacht haben. Hintergrund dieser Kampagne ist der Umstand, dass nach einem Erlass des NRW-Innenministers aus dem Jahr 1991 Bürgerkriegsflüchtlinge aus dem Libanon, die vor dem 31.12.1988 eingereist sind, als "De-facto-Flüchtlinge" ein Aufenthaltsrecht in der BRD haben. Um dem unterstellten Betrug auf die Schliche zu kommen, wurden bei mittlerweile mindestens 40 Personen unter Polizeieinsatz Speichelproben erzwungen. Der Essener Rechts- und Ordnungsdezernent, Ludger Hinsen (CDU), behauptet, mit Erfolg: In 35 der 40 Fälle habe eine türkische oder syrische Herkunft nachgewiesen werden können. Richtig allerdings: Bei 35 der bisher vierzig Proben wurden eindeutig Verwandtschaftsverhältnisse festgestellt. Nein, das Staatsangehörigkeits-Gen ist auf der menschlichen DNA bisher nicht entschlüsselt worden.

CDU-Ratsmehrheit und Verwaltung verteidigen die Aktion, während SPD, Grüne und die PDS die Zwangstests nachdrücklich verurteilen und die Verhältnismäßigkeit in Frage stellen. Der Fraktionssprecher der Grünen Mehrdad Mostofizadeh betont, dass es hier um die "Stigmatisierung und Schikanierung bestimmter ausländischer Bevölkerungsgruppen" geht. Das Verfahren der DNA-Analyse zur Ermittlung der Staatsangehörigkeit sei völlig untauglich, wie auch seine eigene Geschichte zeige. Als Deutscher iranischer Herkunft habe er eine Großmutter mit iranischer, eine Tante mit amerikanischer und einen Vater mit deutscher Staatsbürgerschaft. "Ein Gentest würde sicherlich nachweisen, dass ich mit allen Dreien verwandt bin" so Mostofizadeh (jungle World, 07.02.01).

Eine Gesamtsicht der Erfassungsinstrumente in Bezug auf Ausländerinnen und Ausländer ergibt, dass es sich "hierbei um die am intensivsten durchleuchtete Bevölkerungsgruppe in Deutschland handelt", so der Tätigkeitsbericht des rechtswissenschaftlichen Instituts der HU Berlin (1998), und weiter: "Es drängt sich immer wieder der Eindruck auf, als würden an dieser Gruppe neue Überwachungsinstrumente erprobt, die, wenn sie sich ‚bewährt` haben, auch gegenüber anderen Menschen eingesetzt werden."

Der BGH hatte 1990 erstmals den genetischen Fingerabdruck als ergänzende Methode zur Feststellung der Vaterschaft gebilligt. Seitdem ist er als Ermittlungsmethode immer breiter eingesetzt worden, vor allem bei der Ermittlung von Straftätern bei Kapitalverbrechen wie schweren Sexualdelikten.

Das Essener Amtsgericht hat die Gentests gegen die Flüchtlinge mit den Artikeln 81c und 81g der Strafprozessordnung begründet; hier wird die erkennungsdienstliche Behandlung geregelt. Danach sind im Verdachtsfall "Untersuchungen zur Feststellung der Abstammung und die Entnahme von Blutproben ohne Einwilligung des zu Untersuchenden zulässig, wenn kein Nachteil für seine Gesundheit zu befürchten und die Maßnahme zur Erforschung der Wahrheit unerlässlich ist. Die Untersuchungen dürfen stets nur von einem Arzt vorgenommen werden". Der Artikel 81g der StP0 lautet seit Beschluss des DNA-Identitätsfeststellungsgesetzes (vom 7.9.1998, BGBl.I., S.2646): "Zum Zwecke der Identitätsfeststellung in künftigen Strafverfahren dürfen dem Beschuldigten, der einer Straftat von erheblicher Bedeutung, insbesondere eines Verbrechens, eines Vergehens gegen die sexuelle Selbstbestimmung, einer gefährlichen Körperverletzung, eines Diebstahls in besonders schwerem Fall oder einer Erpressung verdächtig ist, Körperzellen entnommen und zur Feststellung des DNA-Identifizierungsmusters molekulargenetisch untersucht werden, wenn wegen der Art oder Ausführung der Tat, der Persönlichkeit des Beschuldigten oder sonstiger Erkenntnisse Grund zur Annahme besteht, dass gegen ihn künftig erneut Strafverfahren wegen einer der vorgenannten Straftaten zu führen sind."

Hessens Datenschutzbeauftragter Rainer Hamm hatte noch im März 1999 das Bundesgesetz zur Speicherung von DNA-Analysen als "schlampig" bezeichnet. Weder sei exakt geregelt, bei welchen Personen der genetische Fingerabdruck entnommen werden dürfe, noch gebe es Angaben darüber, welches Gericht die Entnahme anordnen müsse. Hamm kritisierte auch, dass das im Herbst 1998 in Kraft getretene Gesetz die

Speicherung von Erbinformationen bereits bei Personen erlaube, die lediglich eines Verbrechens "verdächtig" sind - wie im Falle der Essener Flüchtlinge. (Frankfurter Rundschau, 24.3.99)

Juristische Fragen, die sich hieraus für die DNA-Zwangstests in Essen ergeben sind: 1) Sind die Speicheltests von einem Arzt genommen worden? 2) Handelt es sich beim Verschweigen der Nationalität "um eine Straftat erheblicher Bedeutung", vergleichbar mit etwa gefährlicher Körperverletzung oder Erpressung, die im Gesetz ausdrücklich erwähnt sind? 3) Selbst wenn ein Betrug in Sachen "Nationalität" vorliegt: Besteht für die Flüchtlinge ein Grund, diese "Straftat" wirklich noch einmal zu begehen, was laut Art. 81g StPO erst die Entnahme der Speichelproben rechtfertigt?

Aber der Einsatz von DNA-Tests in Asylangelegenheiten hat schon Geschichte. 1997 beschloss die Innenministerkonferenz, künftig Gentests einzusetzen, um illegalen Kinder-Nachzug zu verhindern. Damals ging es vor allem um kurdische Flüchtlinge aus dem Nordirak. Inzwischen wurden die Gentests in verschiedenen Bundesländern eingesetzt, doch bisher ist in den seltensten Fällen ein Betrug nachgewiesen worden.

Angeboten hatte die Technik damals der Münsteraner Rechtsmediziner Prof. Brinkmann. Der Test wurde an den Familienmitgliedern, die den Nachzug nach Deutschland beantragt hatten, von einem Vertrauensarzt der deutschen Botschaft in Ankara und gleichzeitig an den schon hier im Lande weilenden Angehörigen von einem Amtsarzt durchgeführt. Für das NRW-Innenministerium waren die Tests 1997 noch eine "private und freiwillige Angelegenheit" zwischen den Antragstellern und dem Münsteraner Institut. Eine Ablehnung des Tests hätte allerdings eine Einreiseverweigerung zur Folge gehabt. Die Kosten von ca. 660 DM mussten die betroffenen Flüchtlinge auf ein Privatkonto von Prof. Brinkmann überweisen. Die damalige Monopolstellung des Münsteraner Professors ist heute aufgehoben. Inzwischen bieten auch andere Firmen die Tests an: Über Internet z.B. die Firma "BJ Diagnostik GmbH" zu einem Preis von 790 DM oder die Firma "MediGenomix".

Immer wieder wurden auch Zweifel an der Sicherheit der Gentests geäußert. Vor allem bei der Verwendung so genanntet "mitochondrialer DNA-Proben" treten erhebliche Schwächen auf. Diese Methode wird vor allem bei Haarproben verwendet: In einem einzigen Haar ein und derselben Person können zwischen Spitze und Wurzel mehrere verschiedene DNA-Profile vorhanden sein. Auch zwischen unterschiedlichen Zelltypen des Körpers gibt es oftmals erhebliche Abweichungen. Amerikanische Kriminalexperten sind sich sicher, dass es bereits zu fälschlichen Verurteilungen auf der Grundlage von DNA-Tests gekommen ist, etwa im Fall eines Mannes, der in Tennessee als Mörder einsitzt.

Erika Feyerabend

BioSkop-Forum zur Beobachtung der Biowissenschaften e.V., Bochumer Landstr. 144a, 45276 Essen

# 26. Deutschland: Lebensgefährlich für Flüchtlinge

Autor: Antirassistische Initiative Berlin · Rubrik: Ausländer- und Asylpolitik · CD-Datei: daten/aksuche/ak447/09.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:447:09

Aktualisierte Auflage der Dokumentation "Bundesdeutsche Flüchtlingspolitik und ihre tödlichen Folgen " der Antirassistischen Initiative Berlin erschienen.

Der Aufforderung an die deutsche Bevölkerung zu einem "Aufstand der Anständigen", die Aufforderung nach Zivilcourage und Einmischung, machte im Sommer 2000 Schlagzeilen. Dem realen staatlichen Rassismus und der menschenverachtenden Flüchtlingspolitik spricht dies Hohn. Moralische Appelle ohne entsprechende Konsequenzen in der Politik werden den Rassismus in der Gesellschaft eher verstärken.

Die Verantwortlichen für die restriktive bundesdeutsche Flüchtlingspolitik sind stolz auf die auch im Jahr 2000 weiter gesunkenen Flüchtlingszahlen und die geringe Anerkennungsquote der Asylsuchenden. Ein Resultat der geschlossenen Grenzen, der skandalösen Behandlung von Flüchtlingen und der erklärten Absicht, den Menschen einen Aufenthalt in diesem Lande zu verwehren. Dies geschieht u.a. auch durch Ablehnungen und Abschiebungen von AsylbewerberInnen, die von nicht-staatlichen Organisationen misshandelt und verfolgt wurden. Dies geschieht auch z.B. durch konsequentes Ignorieren von frauenspezifischen Fluchtgründen.

Eine aus Deutschland nach England geflohene abgelehnte Asylbewerberin aus Somalia bekommt am 19. Dezember 2000 in England Schutz vor Rückschiebung nach Deutschland. Begründung von Britain's Highest Court: Deutschland ist kein sicheres Land, weil nicht-staatliche Verfolgung als Asylgrund nicht anerkannt wird und die Menschen in ihre Verfolgerstaaten abgeschoben werden, wo ihnen Gefahr für Leib und Leben droht.

Während die Grenzen zur BRD für Flüchtlinge immer undurchlässiger werden und diejenigen, die durchkommen, mit High Tech aufgespürt und von Hunden gehetzt, gebissen und gestellt werden, sieht die Abschottung im Inneren des Landes anders aus. Ein Netz von Gesetzen, eine Armee von SchreibtischtäterInnen und ein Heer von Polizei- und Bundesgrenzschutz-Beamten stehen den einzelnen Flüchtlingen gegenüber. Der staatliche Rassismus wird besonders deutlich, wenn Flüchtlinge hinter Stacheldrahtzäunen zu Hunderten kaserniert werden - mit dem Verbot, die Ortschaft zu verlassen (Residenzpflicht). Am Ende des Aufenthaltes in der BRD steht dann die Abschiebung mit allen Mitteln und allen Tricks - und vor allem mit Gewalt. Die von uns dokumentierten über 2.300 Einzelfälle verdeutlichen nur einen kleinen Ausschnitt der Wirklichkeit bundesdeutscher Flüchtlingspolitik.

Die von der Antirassistischen Initiative Berlin herausgegebene Dokumentation umfasst den Zeitraum vom 1.1.1993 bis 31.12.2000:

119 Flüchtlinge starben auf dem Wege in die Bundesrepublik Deutschland oder an den Grenzen, davon allein 89 an den deutschen Ost-Grenzen. 283 Flüchtlinge erlitten beim Grenzübertritt Verletzungen, davon 144 an den deutschen Ost-Grenzen.

92 Flüchtlinge töteten sich angesichts ihrer drohenden Abschiebung oder starben bei dem Versuch, vor der Abschiebung zu fliehen; davon 45 Menschen in Abschiebehaft. 310 Flüchtlinge haben sich aus Angst vor der Abschiebung oder aus Protest gegen die drohende Abschiebung (Risiko-Hungerstreiks) selbst verletzt oder versuchten, sich umzubringen; davon befanden sich 214 Menschen in Abschiebehaft.

Fünf Flüchtlinge starben während der Abschiebung und 159 Flüchtlinge wurden durch Zwangsmaßnahmen oder Misshandlungen während der Abschiebung verletzt. 13 Flüchtlinge kamen nach der Abschiebung in ihrem Herkunftsland zu Tode und mindestens 276 Flüchtlinge wurden im Herkunftsland von Polizei oder Militär misshandelt und gefoltert. 46 Flüchtlinge verschwanden nach der Abschiebung spurlos.

Zehn Flüchtlinge starben durch Polizeigewalt, 145 wurden durch Polizei oder Bewachungspersonal verletzt, 54 Menschen starben bei Bränden in Flüchtlingsunterkünften, 492 Flüchtlinge wurden z.T. erheblich verletzt. Zehn Menschen starben durch rassistische Angriffe auf der Straße.

Insgesamt kamen durch staatliche Maßnahmen der BRD mehr Flüchtlinge ums Leben (239 Flüchtlinge) als durch rassistische Übergriffe (64 Flüchtlinge).

Antirassistische Initiative Berlin

Die Dokumentation ist bei der Antirassistischen Initiative, Yorkstr. 59, 10965 Berlin zum Preis von 15,00 DM (plus Porto) erhältlich. Weitere Informationen unter: www.berlinet.de/ari

# 27. Bilder einer Ausstellung. Zur Kontroverse um die Wehrmachtsverbrechen und die Ausstellung "Vernichtungskieg"

*Zur Kontroverse um die Wehrmachtsverbrechen und die Ausstellung "Vernichtungskrieg"*

Autor: Björn Tolksdorf und Kristian Zitzlaff · Rubrik: Militarismus; Zeitgeschichte; Geschichte des Faschismus · CD-Datei: daten/aksuche/ak447/01.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:447:01

Im November 1999 wurde die Ausstellung "Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941 bis 1944" des Hamburger Instituts für Sozialforschung (HIS) ausgesetzt. Grund war die zunehmende Kritik, die vor allem von den Historikern Bogdan Musial und Krisztián Ungváry vorgebracht worden war: Die Ausstellungsmacher hätten ihre These von der Mitschuld der Wehrmacht an den Kriegsverbrechen in den besetzten Gebieten hinter der Ostfront mit Fälschungen, Suggestionen und unzulässigen Verallgemeinerungen untermauert. Nun liegt ein Gutachten über die Ausstellung vor, erstellt von einer achtköpfigen Kommission von Fachhistorikern. Darin wird die Grundaussage der Ausstellung als "der Sache nach richtig" bezeichnet, wenn auch einige Fehler und Mängel konstatiert werden. Der Leiter des HIS, Jan Philipp Reemtsma, stellte eine neue Konzeption der Ausstellung vor, die ab Ende 2001 erneut gezeigt werden wird.

Die Ausstellung "Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941 bis 1944" wurde am 5.3.1995 in Hamburg eröffnet. Konzipiert war sie als Beitrag des Hamburger Instituts für Sozialforschung zum 50. Jahrestag des Kriegsendes. Im Zeitraum von 1992 bis 1994 erarbeiteten die Historiker Bernd Boll, Walter Manoschek und Hans Safrian unter der Leitung von Hannes Heer die Wanderausstellung, die 1.433 Fotografien und zahlreiche Schriftdokumente umfasste. Archive in ganz Europa wurden nach Bildmaterial abgesucht, das der Öffentlichkeit vielfach erstmals zugänglich gemacht wurde. Bis Oktober 1999 war die Ausstellung, die von zahlreichen Vorträgen und Diskussionsveranstaltungen begleitet wurde, in 34 Städten zu sehen; über 850.000 Menschen besuchten sie. Den großen Erfolg belegt auch, dass die Ausstellung bis 2003 ausgebucht war.

Eine "verbrecherische Organisation"

Die Ausstellung baute auf drei Fallstudien auf: a) die ersten Monate des Partisanenkrieges in Serbien, b) der Vormarsch der 6. Armee durch die Ukraine in Richtung Stalingrad und c) die drei Jahre dauernde Besetzung Weißrusslands. "Die Beispiele, die verschiedene Frontabschnitte und unterschiedliche Perioden dokumentieren, lassen eine generelle Aussage über das Verhalten der Wehrmacht zumindest auf dem Balkan und in der besetzten Sowjetunion zu", so das Institut in seiner Erklärung zur Ausstellung. Dabei kamen die HIS-Historiker zu dem Schluss: "Der Krieg im Osten und Südosten war kein ‚normaler` Krieg - er wurde als Rassen- und Vernichtungskrieg geplant und durchgeführt. Die Wehrmacht - als Instrument und Motor dieses Krieges - war eine ‚verbrecherische Organisation`: Sie ermordete außerhalb von Kampfhandlungen Millionen von Menschen." (1)

Den Ausstellungsmachern ging es v.a. darum, die Legende von der "sauberen Wehrmacht" zu zerstören, die von den Generälen und Stabsoffizieren in dem Tenor verbreitet wurde, die Wehrmacht hätte Distanz zu Hitler und dem NS-Regime gehalten, "mit Anstand und Würde ihre soldatische Pflicht erfüllt" und sei nur im Nachhinein von den Gräueltaten insbesondere der Einsatzgruppen unterrichtet worden. Die Verantwortlichen des HIS versuchten hingegen zu beweisen, dass "die Wehrmacht an allen Verbrechen des NS-Systems aktiv und als Gesamtorganisation beteiligt war". Sie dokumentierten "die Komplizenschaft der Militärs an drei Großverbrechen: an der Vernichtung der Juden, am Massenmord der Kriegsgefangenen und am Terror gegen die Zivilbevölkerung". (2)

In einem Gespräch mit Historikern und ehemaligen Wehrmachtsangehörigen Ende 1995 erklärte Ausstellungsleiter Hannes Heer: "Es gibt eine aktive Beteiligung der Wehrmacht am Holocaust". (3) Diese Beteiligung erstreckte sich nach Heer auf vier Bereiche: 1) die Einrichtung der Ghettos, 2) die "Säuberung des flachen Landes" von Juden, d.h. die "Verbringung" dieser in die Ghettos, 3) die logistische Beteiligung an den Ghetto-Morden ("Liquidierungen") mittels Zurverfügungstellung von LKW, Munition oder Personal für Absperrketten, aber auch die direkte Beteiligung an den Morden durch eigene Exekutionskommandos, 4) die

Beschäftigung von sog. "Arbeitsjuden" und deren Vernichtung, an der sie sich zwischen März und Oktober 1943 beteiligte.

Zu dem Terror gegen die Zivilbevölkerung zählten bspw. die sog. Partisanenbekämpfung, bei der allein in Weißrussland bis März 1942 über 63.000 "Partisanen" (meist Zivilisten) getötet wurden, aber auch "Sühnemaßnahmen" bzw. Geiselerschießungen in den besetzten Gebieten der Sowjetunion, in Serbien, Griechenland und anderswo.

Dass die Ausstellungsmacher die Wehrmacht als "verbrecherisch" bezeichnen, gründet sich v.a. auf die Tatsache, dass die verbrecherischen Befehle der militärischen Führung eine bewusste Entgrenzung kriegsvölkerrechtlicher Handlungsspielräume für die einzelnen Soldaten darstellten - mit der Konsequenz, dass die Wehrmacht im Osten nicht nur einen Krieg gegen eine andere Armee, sondern auch einen Krieg gegen eine Bevölkerung führte.

Kritiker und Gegner der Ausstellung

Die enorme Publizität erreichte die Ausstellung vor allem dadurch, dass sie stark polarisierte. Ehemalige Wehrmachtsangehörige sowie Rechtsaußen aus Politik und Medien zogen gegen die Ausstellung zu Felde, was sie für Linke wiederum zu einem Identifikationsgegenstand machte. Die Münchner CSU bezeichnete die Ausstellung als "linke Tendenzveranstaltung zur Herabwürdigung der deutschen Soldaten in ihrer Gesamtheit". (4) Im CSU-eigenen "Bayernkurier" wurde von einem "moralischen Vernichtungsfeldzug gegen das deutsche Volk" geschrieben. (5) Mehrmals fanden größere Demonstrationen gegen die Ausstellung statt, auf denen sich neben CSU-Politikern und ehemaligen Wehrmachtssoldaten auch tausende Alt- und Neonazis tummelten, begleitet von massiven Gegendemonstrationen aus dem linken Spektrum.

Den späten Höhepunkt der Auseinandersetzungen stellte ein Bombenanschlag auf die Ausstellung im März 1999 in Saarbrücken dar. Zuvor hatte es aus der Saarbrücker CDU den Vorwurf gegeben, die Ausstellung würde "unsere Väter (...) als Verbrecher und Mörder" diffamieren. (7)

Die ablehnenden Reaktionen auf die Ausstellung waren eine Gemengelage aus emotionalen Protesten alter Kameraden, die sich verunglimpft fühlten, aus didaktischer Kritik aus dem Elfenbeinturm und den Feuilletons, welche der Ausstellung eine der Aufklärung wenig dienliche Pauschalisierung vorwarf und aus politischer Gegnerschaft des national-konservativen, revisionistischen und neofaschistischen Lagers, das gegen eine Nestbeschmutzung wetterte und die Ehre und Anständigkeit sowie das Opfertum der deutschen Soldaten betonte. Gemein war und ist allen die Zurückweisung der These, die Wehrmacht sei eine "verbrecherische Organisation" gewesen.

Quellenkritik und inhaltliche Zweifel

Ab 1997 wurde die angeblich suggestive Komposition der Ausstellung in Historikerkreisen diskutiert. Da aber an den Dokumenten und ihrer Indexierung noch keine Zweifel auftauchten, blieben diese Hinweise weitgehend unbeachtet. Anfang 1999 berichtete dann Der Spiegel (4/99) unter Berufung auf den deutsch-polnischen Historiker Bogdan Musial, dass auf neun Bildern Opfer der sowjetischen Geheimpolizei NKWD, nicht der Wehrmacht zu sehen seien. Bei 20 weiteren Fotos hielt Musial die Täterschaft der Wehrmacht ebenfalls für fraglich. Musial war, als er die Ausstellung 1997 erstmals besuchte, aufgefallen, dass die deutschen Soldaten sich Taschentücher vor die Nase hielten, um sich vor dem Verwesungsgeruch zu schützen. Wieso, wenn sie die Opfer gerade erst erschossen haben sollten? In der Folge wurde die Kritik von Musial wie auch von anderen Historikern präzisiert. (8) Unter anderem wies Musial auf 14 "montierte Bildfolgen" hin, die verschiedene Ereignisse aus Gründen der Dramatisierung zu scheinbar einem Vorgang verschmelzen würden, auf "Dutzende" Fotos, deren Begleittexte "frei erfunden" seien sowie auf 22 Fälle, in denen Bilderserien, die einen gleichen Vorgang dokumentieren, über die Ausstellung verstreut gezeigt würden, um so eine nicht nachweisbare Häufung ähnlicher Vorfälle zu suggerieren. (9) Insgesamt relativierte sich für die Kritiker die Beteiligung der Wehrmacht an den dargestellten Massakern und damit auch die Glaubwürdigkeit der Ausstellung. Musial unterstellte der Ausstellung gar "eine Tendenz, der Wahrheit nachzuhelfen". (10)

Die Kritik des ungarischen Militärhistorikers Krisztián Ungváry ging noch weiter als jene von Musial. Nach einer akribischen Analyse von 801 Fotografien des Ausstellungskataloges (3. Auflage) kam Ungváry zu dem Ergebnis, dass von den 333 Bildern, die Verbrechen oder Leichen zeigen, lediglich 80 Bilder eindeutig der

Wehrmacht zuzuordnen seien; bei 182 Bildern sei es nicht möglich, auf die Täter zu schließen. 71 Bilder zeigten hingegen Verbrechen, die nachweislich nicht von Wehrmachtssoldaten begangen wurden und demnach nicht in die Ausstellung gehörten; auf diesen Fotos sind entweder deutsche Polizisten, SS- und SD-Männer oder ausländische Hilfswillige oder finnische, ungarische oder kroatische Soldaten abgebildet, acht dieser Bilder zeigen Verbrechen des sowjetischen NKWD. (11) Ferner wiesen 62 Bilder sachliche Fehler bei der Beschriftung auf, 28 Bilder zeigten dasselbe Ereignis mit verschiedenen Orts-, Zeit- und Täterangaben. Ungváry urteilte, dass sich rund 90% der Bilder nicht dazu eignen würden, Verbrechen der Wehrmacht konkret nachzuweisen.

Neben der Quellenkritik erhob Ungváry auch Einwände gegen Kernaussagen der Ausstellung. Zwar bestritt auch Ungváry nicht, dass "die Wehrmacht (...) im Osten und auf dem Balkan einen brutalen Krieg mit unzähligen Exzessen und Verbrechen" führte, doch sah er dabei keinen qualitativen Unterschied zu den Verbrechen der Roten Armee. Ungváry bezweifelte also den besonderen Charakter des Krieges der deutschen Truppen im Osten: "In einem modernen Krieg werden von den meisten Armeen verbrecherische Maßnahmen legitimiert, wenn sie zum Erfolg führen: Die Wehrmacht bildete da keine Ausnahme." (12)

Sein zweiter inhaltlicher Vorwurf bezog sich auf die nicht genügend deutlich gemachte Arbeitsteilung zwischen SS, SD und Wehrmacht einerseits und jener innerhalb der Wehrmacht andererseits. Seiner Ansicht nach trenne die Ausstellung nicht zwischen dem "aktiven Begehen eines Verbrechens" und einer indirekten Beteiligung durch logistische Hilfe oder Mitwisserschaft. "Die Aussteller zählen alle Fälle der indirekten Beteiligung bei Massenmord als Wehrmachtsverbrechen (...). Diese Fälle werden üblicherweise nicht als Wehrmachtsverbrechen aufgefasst". Dies macht er am Massaker von Babij Yar (Ukraine) deutlich, bei dem am 29. und 30. September 1941 33.771 Juden vom Sonderkommando 4a der Einsatzgruppe C der Sicherheitspolizei und des SD ermordet wurden. Die Wehrmacht hätte für das Verbrechen nur LKW gestellt und möglicherweise anschließend die Leichen zugeschüttet. So wie Babij Yar können auch andere Massaker nicht der Wehrmacht zur Last gelegt werden, weil diese eben "nur" zugearbeitet habe. Ungváry kritisierte darüber hinaus, dass innerhalb der Wehrmacht nicht zwischen den verschiedenen Verbänden unterschieden werde. So wären die Feldgendarmerie und die Geheime Feldpolizei für die meisten Exekutionen der Wehrmacht verantwortlich gewesen. Obwohl diese Verbände nur 1% der gesamten Truppenstärke der Wehrmacht ausmachten, ist jedoch pauschal von Wehrmachtsverbrechen die Rede.

Der dritte inhaltliche Vorwurf richtete sich gegen die pauschale Darstellung der Partisanenbekämpfung als Verbrechen, obwohl doch, so Ungváry, "das Erschießen und Erhängen von Partisanen (...) nicht gegen das internationale Recht" verstoße, ja dies nach der Haager Landkriegsordnung explizit zulässig sei. Am Beispiel der Exekution von 18 Zivilisten an der Friedhofsmauer in Pancevo (bei Belgrad) am 22. April 1941 versuchte Ungváry zu belegen, dass die Erschossenen in der Mehrzahl sehr wohl Partisanen waren. Auch in diesem Fall könne von einem Verbrechen der Wehrmacht keine Rede sein. Insgesamt kam Ungváry zu dem Schluss, dass "die These über die ‚verbrecherische Organisation Wehrmacht`, die an allen Verbrechen aktiv teilnahm, nicht haltbar" sei.

Einsetzung einer Überprüfungskommission

Die Kritik, die von verschiedenen Seiten auf unterschiedlichen Ebenen vorgetragen wurde, teils sachlich, teils nur als Schmähung, sowie die Bombendrohungen und die Drohbriefe an Reemtsma und Heer führten zu einem politischen Lagerdenken, dem sich auch das HIS nicht entziehen konnte. Klagen gegen die Ausstellung beantwortete das Institut mit einer Flut von Unterlassungsklagen gegen seine Kritiker. Aus einer sachlichen Auseinandersetzung wurde ein Gesinnungskampf, der auch in persönlichen Kleinkriegen vor den Gerichten ausgetragen wurde.

Als Reemtsma schließlich den "außerordentlichen Glaubwürdigkeitsverlust" der Ausstellung erkannte ((Der Spiegel 45/99) und den Ruf seines Instituts in Gefahr sah, wurde die Ausstellung am 4.11.99 ausgesetzt und eine USA-Tournee um zunächst drei Monate verschoben. In der Pressekonferenz nannte Institutsleiter Reemtsma drei Gründe für diesen Schritt: 1) die erst spät erkannte Unzulänglichkeit der Foto-Zuschreibungen sowjetischer Archive, 2) neue wissenschaftliche Erkenntnisse seit 1995 sowie 3) den pauschalen Umgang des HIS mit den Kritikern. Man habe wissenschaftlich fundierte Kritik mit politischer Gesinnungskritik gleichgesetzt und sich damit unglaubwürdig gemacht. (taz, 5.11.99)

Zur Überprüfung der Ausstellung war zunächst ein dreimonatiges Moratorium geplant. Die vom Hamburger Institut für Sozialforschung mit der Überprüfung beauftragte Kommission konstituierte sich am 20.11.99 in Frankfurt/M. (13); bis Oktober 2000 tagte sie neun Mal - von den ursprünglich drei Monaten Bearbeitungszeit war keine Rede mehr. Um die Zuverlässigkeit der Quellenangaben zu prüfen, waren Recherchen in den herangezogenen Archiven nötig. Die Ergebnisse dieser Recherchen mussten mit den Kritikern und Machern diskutiert und im Rahmen des inhaltlichen Kontexts und der Präsentationsform bewertet werden.

Die Ergebnisse des Prüfberichts

Am 15.11.00 legte die Kommission ihren Bericht vor. Darin kamen die Fachhistoriker zu dem Schluss, "dass die öffentlich geäußerte Kritik zumindest in Teilen berechtigt ist. Die Ausstellung enthält 1. sachliche Fehler, 2. Ungenauigkeiten und Flüchtigkeiten bei der Verwendung des Materials und 3. vor allem durch die Art der Präsentation allzu pauschale und suggestive Aussagen". Die Ausstellung enthalte jedoch "keine Fälschungen". Obwohl sie "teilweise zu pauschal und unzulässig verallgemeinernd" argumentiere, bleibe "die Grundaussage der Ausstellung über die Wehrmacht und den im ‚Osten` geführten Vernichtungskrieg der Sache nach richtig." Bemängelt wurde aber ein "überheblicher und unprofessioneller Umgang der Ausstellungsmacher mit der an der Ausstellung geübten Kritik".

Hinsichtlich der Quellenkritik erwähnt der Bericht mindestens 30 Mängel beim Nachweis von Fotos. Entlastend betont der Bericht jedoch, dass "gegenwärtig vermutlich nur wenige Ausstellungen und Publikationen historischer Fotografien" einer quellenkritischen Überprüfung "standhalten würden". Zum Vorwurf der zum Zwecke der Dramatisierung bzw. Potenzierung montierten oder zu auseinander gerissenen Bildfolgen befand der Bericht: "Ereignisse wurden illustriert, ohne dass Text und Bild sich auf dasselbe Geschehen beziehen, aussagekräftigen Motiven wurde der Vorzug vor dem weniger beeindruckenden Beleg gegeben. (...) Zum Problem ist der Ausstellung geworden, dass juristische Argumentationsweise einerseits und die Verwendung der Fotos andererseits auseinander fallen. Die Fotos schwanken zwischen Beweis und Illustration."

Bei gut einem Dutzend Fotos bestätigt die Kommission, dass diese keine Verbrechen der Wehrmacht zeigten, sondern solche ungarischer und finnischer Soldaten. "Diese Fotos gehören tatsächlich nicht in die Ausstellung." Bei zwei weiteren Fotos könne als gesichert gelten, dass es sich um Opfer des NKWD handele, bei den anderen von den Kritikern in Zweifel gezogenen Fotos gäbe es dafür zwar Indizien, sei dies aber nicht zu beweisen. Insgesamt würden so von den 1.433 Fotos "weniger als 20 Fotos nicht in eine Ausstellung über die Wehrmacht gehören." Hingegen gehörten nach Auffassung der Kommission "Aufnahmen von Bahnbeamten, SS oder Milizen (...) durchaus in eine Ausstellung über ‚Verbrechen der Wehrmacht`", da die Verbrechen "nur als arbeitsteiliger Vorgang innerhalb des militärischen und polizeilichen Exekutivapparates des ‚Dritten Reiches` möglich" waren.

Inhaltlich befand der Bericht, dass die Ausstellung ihrer Absicht, kein verspätetes und pauschales Urteil über eine ganze Generation ehemaliger Soldaten fällen zu wollen, "auf Grund fehlender Differenzierung nicht gerecht" werde. So hätte es die Ausstellung versäumt, "zu zeigen, dass es in der Wehrmacht auch Widerstand gegen Judenmorde gab." Im Hinblick auf den Holocaust vernachlässige die Ausstellung die unmissverständliche Herausstellung der "Hauptzuständigkeit von Einsatzgruppen, SS und Polizei für Vernichtungsaktionen." Doch könne "der Focus (...) im Hinblick auf eine generelle Bewertung nicht darauf gerichtet werden, wer exekutiert oder gemordet hat (...), sondern wer den Einsatz befohlen hat, wem mithin die eingesetzten Kräfte unterstellt waren." Deswegen müssten auch "Verbrechen von Einheiten der verbündeten Armeen (...) dann als Wehrmachtsverbrechen angesehen werden, wenn diese Einheiten im Rahmen deutscher Verbände eingesetzt waren und von ihnen die entsprechenden Einsatzbefehle erhielten."

Die Kommission teilt damit die der Ausstellung zu Grunde gelegte und von den Kritikern zurückgewiesene weite Auslegung des Begriffs "Verbrechen", unter den neben der formalen Verantwortlichkeit auch Mitwisserschaft und logistische Unterstützung gefasst werden. Zu dem Vorwurf, dass Partisanenbekämpfung an sich kein Verbrechen sei, warf die Kommission den Kritikern vor, den von deutscher Seite verwendeten Begriff zu wörtlich zu nehmen und nicht zu berücksichtigen, "in welchem Maße (...) auch zum Teil völlig unbeteiligte Personen als ‚Partisanen` oder ‚Partisanenhelfer`" exekutiert wurden. Im konkreten Falle der Exekution in Pancevo kam die Kommission zu dem Befund, dass diese nicht rechtmäßig gewesen sei und der Einwand Ungvárys "nicht stichhaltig" sei. Grundsätzlich stellte die Kommission fest, dass die Kritiker ihre Kritik überzogen hätten.

Neukonzeption der Ausstellung

Kurz nach Veröffentlichung des Berichts warf Musial der Kommission vor, "das wahre Ausmaß der gefundenen Mängel und Fehler zu verschleiern". Zudem warf er der Kommission Befangenheit vor, da sich mehrere Mitglieder in der Vergangenheit auf die Seite der Ausstellungsmacher geschlagen hätten. Folglich fiele das Urteil des Prüfberichts "gegenüber den Ausstellern so milde und gegenüber den Kritikern so scharf" aus. (14)

Dennoch zog das Hamburger Institut für Sozialforschung aus dem Prüfbericht einschneidende Konsequenzen, nachdem zuvor der Ausstellungsleiter Hannes Heer entlassen wurde und in Zukunft ein Stab von 15 Wissenschaftlern die Ausstellung begleiten soll. Am 23. November stellte HIS-Leiter Reemtsma eine grundlegende Neukonzeption der Ausstellung vor. Dabei scheinen v.a. folgende Veränderungen wesentlich: Erstens wird von der Präsentation der drei exemplarischen Großschauplätze Abstand genommen. Hingegen will sich die Ausstellung nun an sechs Verbrechenstypen der Wehrmacht orientieren: der Beteiligung am Völkermord, der Hungerpolitik, dem Partisanenkrieg, der Behandlung von Kriegsgefangenen, den Repressalien gegen und der Deportation von Zivilisten. Zweitens will man stärker als bisher die kriegs- und völkerrechtlichen Rahmenbedingungen der damaligen Zeit deutlich machen und anhand von Beispielen die individuellen Handlungsspielräume der Wehrmachtsangehörigen darlegen.

Die neue Konzeption scheint also mehr darum bemüht, zwischen den einzelnen Wehrmachtsangehörigen, der militärischen Führung und der Wehrmacht als Institution zu differenzieren. Drittens soll künftig bei der Fotodokumentation darauf geachtet werden, schärfer zwischen "Fakten" und "Illustration" zu unterscheiden und weniger suggestive Bildsequenzen zu verwenden. Schließlich sollen auch die "Nachkriegsdebatten über die Verbrechen der Wehrmacht" in der Ausstellung thematisiert werden. (FR, 24.11.00) Insgesamt scheint somit die neue Version der Ausstellung noch breiter angelegt und verwissenschaftlicht - wobei zu fragen wäre, inwieweit dies dem sicherlich auch pädagogischen Anliegen der Ausstellung nutzt bzw. ob dadurch nicht die Ausstellung zu einer reinen Fachausstellung zu werden droht.

Die Geschichtswissenschaft führte den Beweis, dass die Vernichtung des rassisch und politisch definierten Feindes explizites Ziel des deutschen Eroberungsfeldzuges in Osteuropa war und dass der Wehrmacht dabei eine exekutive Rolle zukam. Die Ausstellung wollte dies anhand von Fotomaterial nicht nur illustrieren, sondern auch den Nicht-Historikern beweisen. Diese Beweisführung anhand von Bildmaterial, dessen Umstände und Herkunft oftmals nicht geklärt werden konnte, muss als gescheitert angesehen werden. Der Grund dafür liegt v.a. im Medium der Fotografie selber. Zudem drohten die quellenkritischen Mängel und Fehler und die pauschale Abwehr jedweder Kritik auch die Grundaussage in Misskredit zu bringen. Ein weiteres Problem der Ausstellung war, rhetorisch nicht deutlich genug zwischen der "Wehrmacht als verbrecherischer Organisation", "Verbrechen der Wehrmacht" und "Verbrechen von Wehrmachtsangehörigen" unterschieden zu haben. Was bedeutet bspw. das Urteil "verbrecherische Organisation" für den Einzelnen in dieser Organisation? Die provokative Rhetorik der Ausstellung führte gerade zu jener Emotionalisierung, die die inhaltliche Auseinandersetzung in der Öffentlichkeit letztlich überlagerte. Insoweit war die Aussetzung der Ausstellung wohl sinnvoll.

Doch was ist von der Empfehlung der Kommission zu halten, "die Ausstellung sollte ihr Material präsentieren, aber die Schlussfolgerungen so weit wie möglich den Besuchern überlassen"? "Gibt es Grund zur Annahme", so fragte die Allgemeine Jüdische Wochenzeitung (23.11.00), "dass so etwas funktioniert? Es gibt viel mehr Gründe vom Gegenteil auszugehen." Denn, so könnte man anmerken: Sieht nicht jeder, was er sehen will? Und ist eine Ausstellung nicht auch ein pädagogisches Projekt? Und lag nicht gerade der Erfolg der Ausstellung in ihrem empörten und anklagenden Unterton über die verbrecherische Kriegsführung auch der Wehrmacht?

Das Verdienst der Ausstellung war es, die aktive Beteiligung der Wehrmacht, die eben keine Parteiorganisation darstellte, sondern einen beachtlichen Teil der Bevölkerung repräsentierte, an den Kriegs- und NS-Verbrechen thematisiert zu haben. Sie hat die Auseinandersetzung mit der Rolle der Wehrmacht im nationalsozialistischen Rassenkrieg aus dem Elfenbeinturm auf die Straße getragen und einer Kolportierung der geschichtsverfälschenden Legende von der "sauberen Wehrmacht" entgegengearbeitet.

Deutsche Befindlichkeiten

Im Kern geht es bei der Kontroverse um die Verbrechen der Wehrmacht um die Frage nach der persönlichen Verantwortung des eigenen Tuns einerseits und die Frage der nationalen Identität andererseits. Die plakative Veranschaulichung der Verbrechen der Wehrmacht stellte jeden Einzelnen allgemein vor die Frage der eigenen Verantwortung oder ganz konkret vor die Frage persönlicher Schuld. Indem die Ausstellung konkrete Taten, Orte und Menschen zeigte, hat sie den Einzelnen aus der Deckung der anonymen Terminologie der NS-Verbrechen genommen, aus der Deckung der Institution Wehrmacht, in der jeder nur scheinbar blind seine Pflicht erfüllt haben will. "Mit den 19 Millionen Männern, die während des Zweiten Weltkriegs die Uniform der Wehrmacht trugen, gerät das Volk ins Blickfeld - und das sind wir. Nun haben wir es nicht mehr mit anonymen Opfern und fremden Tätern zu tun, sondern mit unseren Angehörigen." (15) Die Erkenntnis, die die Ausstellung zu transportieren suchte, war, dass man kein Nazi sein musste, um Unrecht zu tun.

Gerade weil die Wehrmacht einen so beachtlichen Bevölkerungsteil darstellte, waren die Reaktionen so enorm, war und ist die Debatte so schwierig - denn sie erschütterte das Selbstverständnis vieler. "Hier der objektive historische Befund einer verbrecherischen Kriegsmaschinerie, dort die offenbar als lebensnotwendig verteidigte Rechtfertigungsposition, man habe (...) gehofft irgendwie ‚anständig bleiben zu können`." (16) Die Reaktionen machten einerseits die Verweigerung deutlich, die abstrakte Verwicklung einer Institution in Verbrechen auf die konkreten Individuen innerhalb dieser Institution zu beziehen, andererseits stellten sie auch einen nationalen Schutzreflex dar.

Denn vor dem Hintergrund so totaler Verbrechen der deutschen Vergangenheit scheint die Sehnsucht nach Relativierung ein essenzieller Reflex jener, für die die Staatsangehörigkeit "deutsch" identitär ist. Dahinter steht der verzweifelte Glaube an unbescholtene Reste nationaler Identität, an einen Funken Unschuld und Ehre, mit denen die nationale Idee am Leben gehalten wird. Jenen, die einem Denken in Kategorien der Staatsräson anhängen, ging und geht es darum, das Herzstück deutscher Staatlichkeit, das Militär sauber zu halten - aus der Solidarität zu "Deutschland" (was immer das genau ist) wurde folgelogisch die Solidarisierung mit der Wehrmacht. Die Ausstellung versuchte hingegen zu zeigen, dass auch der Nukleus deutscher Staatlichkeit, das Militär innerlich verrottet war und sich - wie die Bevölkerung - der braunen Ideologie nicht entziehen konnte oder wollten.

Björn Tolksdorf und Kristian Zitzlaff

Anmerkungen:

1) Zit. nach der Begleit-Broschüre der Saarbrücker Veranstalter der Ausstellung (22.2.-28.3.99), S.10/11

2) Zitate vom Einband des Buches: Hannes Heer/Klaus Naumann (Hrsg.), Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941-1944, Hamburg 1995

3) Zit. nach: Zeit-Punkte 3/1995 Gehorsam bis zum Mord? Der verschwiegene Krieg der deutschen Wehrmacht - Fakten, Analysen, Debatte, S.72

4) Zit. nach: Das Parlament 13/97 (21.3.)

5) Florian Stumfall, Wie Deutsche diffamiert werden, in: Bayernkurier, 22.2.97, nach: Blätter für deutsche und internationale Politik 4/97, S.510

6) Vgl.: Bericht der Kommission zur Überprüfung der Ausstellung "Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941 bis 1944" vom 15.11.00: www.his-online.de/presse/Bericht_der_Kommission.pdf

7) Zit. nach: Tagesspiegel, 22.10.99

8) Z.B.: Bogdan Musial, Bilder einer Ausstellung. Kritische Anmerkungen zur Wanderausstellung "Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941 bis 1944", in: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte 47 (1999), S.563-591

9) Bogdan Musial, Bilder der Wehrmacht. Was ist der Kommissionsbericht wert?, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ), 30.11.00, S.53

10) Vortrag Musials in der TU Darmstadt im Januar 2000, zit. nach: FR, 21.1.00

11) Krisztián Ungváry, Echte Bilder - problematische Aussagen. Eine quantitative und qualitative Fotoanalyse der Ausstellung "Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941 bis 1944", in: Geschichte in Wissenschaft und Unterricht 10/99

12) Krisztián Ungváry, Reemtsmas Legenden, in: FAZ, 5.11.99

13) Der Kommission gehörten an: Prof. Dr. Omer Bartov (New Brunswick/Providence, USA), Dr. Cornelia Brink (Freiburg i.Br.), Prof. Dr. Gerhard Hirschfeld (Stuttgart), Prof. Dr. Friedrich P. Kahlenberg (Boppard), Prof. Dr. Manfred Messerschmidt (Freiburg i.Br.), Prof. Dr. Reinhard Rürup (Berlin), Dr. Christian Streit (Heidelberg) und Prof. Dr. Hans-Ulrich Thamer (Münster). Als Sprecher der Kommission wurde Prof. Hirschfeld gewählt. Als Vertreter des HIS nahm Jan Philipp Reemtsma an den Sitzungen teil. Kosten und Honorare übernahm das HIS.

14) Zit. nach: Bogdan Musial, Bilder der Wehrmacht. Was ist der Kommissionsbericht wert?, in: FAZ, 30.11.00

15) Einleitungsvortrag von Hans-Günther Thiele, in: Hans-Günther Thiele (Hrsg.): Die Wehrmachtsausstellung. Dokumentation einer Kontroverse, Bremen 1997, S.11/12

16) Zit. nach: Wolfram Wette, Die Befreiung von der deutschen Wehrmacht, in: FR, 23.5.97

Den Artikel übernahmen wir aus Heft 12/Dezember 2000 der antimilitarismus information (ami). Er wurde leicht gekürzt. Das ami-Heft mit der vollständigen Fassung (incl. weiteren Literaturhinweisen und genaueren Zitaten-Belegen) ist erhältlich beim Verein für friedenspolitische Publizistik e.V., Kurfürstenstr. 14, 10785 Berlin; Fon und Fax 030/2579342; e-mail: redaktion@antimilitarismus-information.de; www.antimilitarismus-information.de; 66 S., 3,50 DM

# 28. Zukunftskonferenz von ak

Rubrik: Westdeutsche Linke allgemein; KB und AK · CD-Datei: daten/aksuche/ak447/33.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:447:33

Aus dem Einleitungsbeitrag:

"Wir als ak-Redaktion haben uns zu dieser Konferenz entschlossen, auf der wir gerne über die weitere Ausrichtung der Zeitung und auch des Vereins für politische Bildung, Analyse und Kritik diskutieren wollen. Wir wollen uns ein Wochenende Zeit nehmen, um uns gemeinsam mit anderen darüber Gedanken zu machen. Das wollen wir gerne jenseits des Tagesgeschäftes diskutieren, weil auf den durchschnittlich drei Redaktionssitzungen, die wir im Monat haben, immer Dinge im Vordergrund stehen, die im Zusammenhang mit der Produktion und dem Tagesgeschäft für die Zeitung stehen. Eine Distanz von den Alltagsgeschäften, Ruhe und Zeit für so einen Weitblick bleibt da kaum. Das hoffen wir an diesem Wochenende zu finden. Wenn es uns trotz allen Stresses gelungen ist, über die zukünftige Ausrichtung der Zeitung zu diskutieren - z.B. welche Themen wollen wir stärker ins Blatt holen, auf welche politischen Gruppen, auf welche Kampagne beziehen wir uns - haben wir immer die Interessen der Leserinnen und Leser bemüht, um unsere Argumentation zu begründen, obwohl eigentlich niemand wirklich wusste, was denn deren Interessen und Wünsche sind. Aber sie wurden immer angeführt, um die eigenen Veränderungsvorschläge oder Ideen zu rechtfertigen. Diese Projektionen auf die LeserInnen können hier an dem Wochenende reflektiert und wahrscheinlich auch zurechtgerückt werden. Wir wollen uns hier ein Feed-back holen. Mehr als es in unserem Zeitungsalltag, z.B. durch LeserInnenbriefe, der Fall ist.

Wir haben etwa 60 Leute zu dieser Konferenz eingeladen, davon sind 35 gekommen. Diese Resonanz, zweieinhalb Tage mit uns zu verbringen, freut uns sehr. Und außer der Tatsache, dass sich mehr Männer angemeldet haben als Frauen, obwohl wir paritätisch eingeladen haben, ist es gelungen, eine recht gute Mischung von verschiedenen Gruppen zu Stande zu bringen. Das heißt, Leute aus verschiedenen Bereichen des Produktionsablaufes - Lay-out, LeserInnen, Technik, RedakteurInnen, AutorInnen, aber auch AbonnentInnen. Bei der Einladung haben wir außerdem darauf geachtet, dass sich hier Leute versammeln, die eine sehr unterschiedliche Geschichte mit ak verbindet. Es gibt Leute, die schon sehr lange dabei sind, die ak schon mitgegründet und aufgebaut haben, und es gibt hier Leute, die erst Ende der 60er oder Anfang der 70er Jahre geboren sind und ak teilweise auch erst seit wenigen Jahren kennen.

Es ist eine gute Gelegenheit, die unterschiedlichen Erfahrungen und Positionen hier miteinander ins Gespräch zu bringen und diesen unterschiedlichen Positionen auch Gehör zu schenken. Am Ende der Konferenz möchten wir diese wahrscheinlich sehr heterogenen Positionen wenn möglich vereinheitlichen, so dass sie von allen getragen und mitgestaltet werden können.

Die Methode dieser Konferenz ist für die meisten vermutlich neu und auch ungewöhnlich. Wir glauben aber, dass sie eine gute Chance bietet, aus den alten Konferenzmustern auszubrechen, viele Leute zu Wort kommen zu lassen und dadurch viele Anregungen zu erhalten. Wir sind sicher, dass diese Methode für viel Lebendigkeit und interessante Erkenntnisse sorgen wird. Und ich wünsche uns allen sehr viel Spaß dabei."

In der ersten Phase haben alle für sich wichtige Ereignisse aus den 70er, 80er und 90er Jahren aus ihrem persönlichen Umfeld, aus dem Umfeld von ak und aus dem politischen Umfeld zusammengetragen und an die Pinwand-Zeittafeln gehängt. Im Folgenden Auszüge aus den Zusammenfassungen, die die einzelnen Arbeitstische herausdiskutiert haben:

"Wir haben versucht, das empirisch auszuwerten. Vielfach geht es los bei der Windel, Schule, Konfirmation, Kommunion. Dann kommt bei vielen ein Bruch: Abitur und Kiffen. Sehr viele verreisen in den 80er Jahren vor allen nach Lateinamerika. Im weiteren Lebenslauf dann WG, FreundIn, Arbeit, Zivildienst und Studium. Bei Arbeit ist uns aufgefallen, dass bei allen anderen Dingen sehr stark spezifiziert wird, bei Arbeit wird nur genannt, Job angetreten, erste Stelle im Kapitalismus, aber nicht, was und wie und welche Ausbildung. Nur im künstlerischen Bereich wird hin und wieder darauf hingewiesen. Es hat wohl keiner eine hohe Affinität zu seinem Beruf, mehr zu seinem gesellschaftlich-politischen Engagement."

"Das wird jetzt sehr gerafft ein Schnellritt durch die Geschichte, drei Jahrzehnte ab den 70er Jahren. 1971 ist die Zeitung ak, damals noch Arbeiterkampf, gegründet worden und wir haben angefangen, organisiert Politik zu machen. Als Erstes steht hier Modell Deutschland, das ist ein bisschen irreführend, weil man auch sagen

kann, dass es einen Aufbruch gegeben hat, eine Reformstimmung in der Gesellschaft, eine Bewegung ‚Willi wählen`, wo auch der ak als linker kritischer Flügel sich daran beteiligt hat. Es gab gleichzeitig im internationalen Maßstab so etwas wie einen Aufbruch, hier steht stellvertretend für verschiedene Regionen in der Welt Portugal. Als Hoffnung innerhalb Europas, dass auch da revolutionäre Bewegungen möglich sind. (...) Innenpolitisch schlugen die Aufbruchstimmung und die Hoffnung ziemlich schnell um in eine ziemlich starke Repression, Stichworte Berufsverbote oder auch Auseinandersetzung um Streiks, womit damals eine Hoffnung verbunden wurde, dass in diesem Bereich Veränderungen durch die Arbeiterschaft, auf die man sich stark bezog, möglich sein sollten. Dann ab Mitte der 70er Jahre Beginn von dem, was später neue soziale Bewegungen hieß, insbesondere die Anti-AKW-Bewegung mit unserer Beteiligung ab 1976 etwa. 1977 dann das Stichwort Deutscher Herbst, das ist glaube ich allen relativ geläufig.

Nach diesem Schock, der da über die Linke hereinbrach (...) ein gewisser Rückzug und der Versuch etwas Neues zu machen. In Hamburg wurden die Bunte Liste und andere Formen von bündnispolitischen Überlegungen entwickelt, orientiert auf Wahlbeteiligung, mit alternativem, linkem Anspruch, wobei die Sieger dieser Geschichte dann die Grünen waren, die sich Anfang der 80er Jahre gegründet haben. Neben den Grünen, teilweise mit den Grünen, teilweise gegen die Grünen gab es trotz alledem Bewegungen. Die Friedensbewegung als die wichtigste Bewegung der 80er Jahre, aber auch die Anti-AKW-Bewegung ging weiter, insbesondere nach der Katastrophe von Tschernobyl. 1983 das Stichwort geistig-moralische Wende, also die Übernahme der Regierung durch Kohl und seine Partner. Wobei geistig-moralische Wende lange Zeit eher Anspruch als Wirklichkeit gewesen ist. Es wurde festgestellt, dass es auch eine sehr starke ideologische und politische Kontinuität gab. In der zweiten Hälfte der 80er Jahre das Stichwort Gorbi, also die Reform- und Öffnungsbestrebungen in der Sowjetunion mit dem bekannten Ergebnis, dem Verschwinden der Sowjetunion und des realsozialistischen Lagers 1989 bis 1991.

Es kommen noch Punkte hinzu, die hier unter ferner liefen laufen, wo die Linke sich aber stark engagiert hat: Startbahn West, Hafenstraße, Hamburger Kessel. Dann die 80er Jahre, die Maueröffnung und der Beginn der deutschen Einheit, die sich dann 1990 vollzieht. (...) Innenpolitisch ein starkes Anwachsen des Rassismus und Neo-Faschismus, nicht nur in der Ex-DDR, aber besonders da. Mit rassistischen Morden usw. - ihr wisst das alles. Das Stichwort Festung Europa als ein Versuch, das Ganze im europäischen Maßstab zu organisieren, Gesamteuropa abzuschotten. In der Bundesrepublik die Abschaffung des Asylrechtes und linke Gegenwehr ab Ende der 90er Jahre gegen den Kosovokrieg und auch im Zusammenhang mit sozialen Kämpfen. Stichwort Euromarsch, Mobilisierung gegen Weltwirtschaftsgipfel, EU-Gipfel usw. Daneben als kulturelles Stichwort die Spaßgesellschaft scheinbar ohne irgendeinen politisch-ideologischen Gehalt, was Massenmobilisierung heute ausmacht ist sie eher auf diesem Feld zu sehen und nicht auf dem Feld von politischen Protestbewegungen."

"Vergangenheit des Umfeldes. Was wir da ausgeknobelt haben, ist im Großen und Ganzen Folgendes: Zum einen haben wir versucht eine Phaseneinteilung zu machen. Wie die Leute offensichtlich die 70er, 80er oder 90er Jahre wahrgenommen haben. Offensichtlich ist es für uns so, dass die 70er Jahre geprägt werden durch zwei große thematische Blöcke. Das ist zum einen alles, was um den Deutschen Herbst herum ist, also von Ulrike Meinhofs Ermordung 1976 über 1977 Russell, Repression etc. Und das zweite große Thema ist der Anti-AKW-Kampf. Gleichzeitig hatten wir den Eindruck, dass - zumindest von der heutigen Warte aus - die 70er Jahre doch mit einer gewissen Aufbruchsstimmung und kämpferischen Grundhaltung interpretiert werden. Das ist eine Zeit, wo viel passiert ist, wo die Linke sich eher aus dem Gefühl des revolutionären Aufbruchs definiert hat. In den 80er Jahren haben wir den Eindruck, dass auch da noch thematisch Schwerpunkte gesetzt werden können. Auch hier Anti-AKW und vor allem aber auch die Friedensbewegung. (...) Also von der heutigen Sichtweise sind die 80er Jahre stark damit verbunden, und gleichzeitig ist diese Aufbruchstimmung der 70er Jahre zwar noch nicht ganz gekippt, hält sich so ein bisschen in der Waage, um dann in den 90er Jahren oder schon 1989 in der Tat zu kippen. Da ist das Stichwort, das immer wieder kommt: Überwintern. Wo das Gefühl, in der Defensive zu sein, teilweise sogar so richtig auf verlorenem Posten zu stehen, Angriffe von rechts ohne Ende etc. offensichtlich eine weit verbreitete Haltung ist, was die 90er Jahre angeht. Thematisch gibt es auch keine eindeutigen Schwerpunkte mehr, sondern eine Ausdifferenzierung - in unserer Wahrnehmung zumindest. Von FSLN, Nicaragua bis Spaßgesellschaft, kulturelle Dinge, RZ-Durchsuchungen. Die thematischen Schwerpunkte der 70er und 80er lösen sich ein bisschen auf durch eine thematische Vielfalt. Gleichzeitig - trotz dieser Schwerpunktsetzung darf man nicht vergessen, dass es sowohl in den 70er als auch in den 80er Jahren neben diesen Schwerpunkten immer auch andere Themen gegeben hat. Woran das liegt, ob das die individuellen Biografien der Leute, die heute hier sind, beschreibt,

unterschiedliche Herkunftsweisen, unterschiedliche politische Sozialisation, kann man nur spekulieren - aber es gibt auch schon in den 70er Jahren neben diesen beiden großen Blöcken so etwas wie ‚Das Private ist politisch` oder Betriebskämpfe, es gibt Leute unter uns, für die in den 70er Jahren auch noch andere Sachen wichtig waren. Wir haben uns überlegt, ob man das als Kurve darstellen kann, und waren uns nicht so ganz sicher. Es ist so, dass ein Eindruck herrscht von der Aufbruchstimmung zur Konsolidierung zum Abschwung. Wobei man aber auch aus den 90er Jahren einzelne Punkte nehmen kann, die nicht unbedingt mit Depression zu verbinden sind. Es gibt einzelne kleine Geschichten, die den Moment von Aktivität und Gegenwehr haben, und wir haben uns darüber unterhalten, ob dass vielleicht mit dem unterschiedlichem Alter der Leute, die hier sind, unterschiedlichen Erfahrungen und dann vielleicht auch unterschiedlichen Grundhaltungen zu diesen Jahrzehnten zusammenhängt.

Als Abschluss erstellten wir gemeinsam ein Mindmap mit den wichtigsten Ereignissen, die wir auf uns zukommen sehen. Danach sollen an den Arbeitstischen die wichtigsten Punkte herausgefunden werden.

"Wir waren der Tisch der Autoren. Wir haben erst mal lange Zeit versucht, uns zu verständigen auf die Themen, die für uns im Vordergrund stehen, und diskutiert, inwiefern es ein Zentrum gibt, von dem man Sachen ableiten kann, das waren bahnbrechende theoretische Diskussionen, die ich jetzt leider hier nicht darstellen kann. Wir haben darauf letztendlich verzichtet, so etwas wie den entfesselten Kapitalismus hier ins Zentrum zu stellen, sondern haben uns schließlich auf die vier Themen: Kriege, Rechtsentwicklung, neue Technologien und Entsolidarisierung als die Hauptschwerpunkte geeinigt. Rechtsentwicklung umfasst die Rechtsverschiebung innerhalb der Gesellschaft inklusive des aufkommenden und sich vermutlich noch verstärkenden Rechtsextremismus. Wir haben dann für jeden Bereich aufgelistet, wer dort aktiv ist und auf welche Weise. Es ist ganz interessant, dass sich hier am Tisch ein ganz unterschiedliches Bild ergeben hat. Unter Krieg - entfesselter Kapitalismus versus innerimperialistische Widersprüche fassen wir darunter und Krieg als Folge dessen - haben wir drei Handlungsebenen: Informieren, Aufklären, Vernetzen. (...) In dem Bereich der Rechtsentwicklung haben wir die Ebene der Ideologiekritik und Aktionen. Wie tendierten dazu, dass es im Kampf gegen die Rechtsentwicklung oder den Rechtsextremismus einen starken handlungsorientierten Ansatz gegeben hat, gleichzeitig auch das Bemühen, zu vernetzen oder Organisierung zu schaffen. Fünf von sechs Leuten sind hier aktiv. (...) Im Bereich der Entsolidarisierung gab es einen interessanten Aspekt, dass sich hier Leute angesprochen fühlten - fünf von sechs; gleich als erstes wurde gesagt, dass wir hier aktiv dabei sein müssen. Das ist nicht etwas, was sich in fernen Welten abspielt, sondern dass man selber auch in derartigen Verhältnissen drinsteckt. Teilweise auch Agent dessen ist. (...) Dann war die Frage drei, was zukünftig im Vordergrund steht. Wir haben das rifondazione communista genannt, es war Ausdruck eines Bedürfnisses. Wie können wir uns das in der Zukunft vorstellen? Das heißt gemeinsame, also organisierte Diskussionsstrukturen zu schaffen und gleichzeitig versuchen, einen gemeinsamen ideologischen Rahmen zu finden, rauszukommen aus der Vereinzelung, die es hier gibt, und rein in organisierte Diskussions- und Handlungsprozesse zu kommen. Rifondazione Communista."

Als nächstes sollten die TeilnehmerInnen Zufriedenheit und Bedauern in Bezug auf ihren Beitrag zu ak zusammentragen.

"Der Tisch der LeserInnen (...) Als Punkt für Zufriedenheit wurde die große Anzahl von damals verkauften aks genannt - das ist bestimmt 20 Jahre her. Ich war zufrieden mit diesem Zusammenhang, den es damals gegeben hat, den habe ich so ein bisschen benannt als Familienersatz, in dem zusammen Politik gemacht und auch gelebt wurde. Man hat relativ viele persönliche Punkte miteinander diskutiert. Dann ist gesagt worden - und darauf konnten wir uns auch verständigen -, dass wir mit uns zufrieden sind, wenn wir die Zeitung gründlich gelesen haben. Einen guten Artikel geschrieben zu haben, auch das erfüllt den einen oder die andere mit Zufriedenheit. Zufrieden sind wir auch, dazu beigetragen zu haben, dass ein Lesezirkel für ak zu Stande kommt, in dem auch mitgewirkt wird. Wir bedauern auf der anderen Seite, bisher nicht aus unser Leserposition herausgekommen zu sein, das Medium ak zu wenig in der politischen Arbeit genutzt zu haben, zu wenig über Spenden zum Erhalt oder zur Expansion des ak beigetragen zu haben und selber nicht genug zur Weiterverbreitung dieser Zeitung beigetragen zu haben. Damit hat sich unser Beitrag erschöpft."

Der Weg zur "Zukunftsvision" soll entwickelt werden und hinterher im Plenum präsentiert werden.

"Versetzt euch in das Jahr 2006. Stellt Euch vor, wie ak jetzt beschaffen ist. ak hat in jeder Hinsicht eine positive Entwicklung genommen - so wie ihr es euch immer gewünscht habt.

Doch bis hierher war es ein weiter Weg. Ihr blickt zurück auf das Jahr 2001, als ak eine Zukunftskonferenz veranstaltete. Damals gab es ineffektive Diskussionen auf der Redaktionskonferenz, die Wünsche der LeserInnen waren unklar, wichtige Themenbereiche wurden in ak nicht ausreichend behandelt, die Finanzierung war nicht gesichert, die Auflage ist über Jahre gesunken. Kein Vergleich dazu, wie ak heute dasteht. ak hat auf diese Probleme Antworten gefunden.

Auf der Zukunftskonferenz hatten die TeilnehmerInnen auf 30 Jahre zurückgeblickt. Und sie haben die Entwicklungen benannt, die sie auf uns zukommen sahen. ak hat darauf die passenden Antworten gefunden.

Ihr diskutiert jetzt - im Jahr 2006 -, welche Schritte für die Weiterentwicklung von ak die größten Veränderungen und Herausforderungen darstellten. Welche Chancen wurden genutzt, um die Hindernisse zu überwinden? Was sind die größten Leistungen von ak in den vergangenen Jahren gewesen? Womit beschäftigt sich ak? Wer nutzt ak und wie? Welche innovativen und kreativen Formen hat ak gefunden? Welches Medium ist ak heute?"

Alle Punkte, auf die man sich in den Kleingruppen verständigt hat, werden an die Pinnwände gehängt. Im Plenum wird dann gemeinsam noch einmal geprüft:

- Was wir gemeinsam wollen

- Was wir alle nicht wollen

- Was wir nicht gemeinsam wollen, wo z.B. das Wie strittig ist.

Das, was wir gemeinsam wollen, wird thematisch in mehrere Punkte zusammengefasst. Zum Abschluss ordnet sich ein großer Teil der anwesenden Menschen einzelnen Themen zu, an denen sie gemeinsam weiterarbeiten wollen.

Das jetzt anzugehen und ak entsprechend den Anregungen und Vorschlägen noch besser zu machen, haben wir uns als Aufgabe aus der Konferenz mitgenommen.

# 29. Nietzsche und die Rechte

Autor: Klaus-Peter Lehmann · Rubrik: Diskussion; Philosophie · CD-Datei: daten/aksuche/ak447/02.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:447:02

Thomas Seiberts Artikel "Nietzsche und die Linke" in ak 445 handelte "von den Schwierigkeiten einer Nietzsche-Lektüre", so die Unterzeile. In dem hier folgenden Artikel "Nietzsche und die Rechte" hebt Klaus Peter Lehmann "das Einfache der Nietzsche-Lektüre" hervor. Er sucht einen Zugang zu dem umstrittenen Philosophen, indem er diesen selbst ausführlich zu Worte kommen lässt.

Leider machen Artikel wie der von Thomas Seibert den Zugang zur Gedankenwelt von Friedrich Nietzsche nicht einfacher. Wie fast alles Einschlägige, das anlässlich seines 100. Todestages in den Feuilletons erschien, kommen auch bei Seibert vornehmlich Nietzsches Interpreten und deren Ausleger mit ihrer eigenen Sprache zu Wort. Dabei gibt es viele einfache Grundgedanken, die das gesamte Werk Nietzsches motivisch durchziehen und die ohne ein darüber gesponnenes Netz von Exegesekünsten ohne weiteres verständlich sind.

Zunächst einige Vorbemerkungen. Allgemein wird wenig beachtet, dass Nietzsche Graecist und Philologe war. Seine spätere Philosophie ist schon in seinen frühen philologischen Studien erkennbar. Es handelt sich um eine einseitige Sicht der Antike - Überzeichnung des Dionysischen (1) - , die ihn immer weniger als Historiker, denn als wiederzugewinnendes Kulturideal für die Zukunft der europäischen Menschheit interessierte. Das anzudeuten macht die Bedeutung seiner Schrift "Vom Nutzen und Nachteil der Historie für das Leben" aus. Als Prophet dieser neuen alten Kultur stellte Nietzsche sich endgültig in "Also sprach Zarathustra" der Öffentlichkeit vor. Alle folgenden Schriften sind dazu Weiterungen und Erklärungen.

War Nietzsche Antisemit?

Für dieses Kulturprogramm, das Nietzsche später immer stärker in seiner antijüdischen und antichristlichen Stoßrichtung artikulierte, steht die Formel vom "Tod Gottes". Ihre Bedeutung liegt weniger in der Ablehnung der Idee von einem Gott an sich, als vielmehr in der mit der jüdischen und christlichen Gottesvorstellung untrennbar verbundenen Moral der Mitmenschlichkeit. "Du sollst nicht töten" als Gottes Gebotstafel ist das, was Nietzsche-Zarathustra explizit als überwunden proklamiert. Die Freiheit des Subjektes denkt er als Erhabenheit über und als Freiheit von jedweder moralischen Gebundenheit. Nietzsches Philosophie zielt auf die Freiheit des Genies ohne mitmenschliche Rücksichten und, wie er selber wusste und sagte, auf die Rechtfertigung des Mörderischen.

Allein zu behaupten, der Genius sei rein und werde durch die Missverständnisse seiner Adepten befleckt, bleibt unzureichend. Diese oft gepflegte Manier könnte allzu unkritisch nur dazu dienen, bekannten Kulturahnen ihren Abonnementsplatz auf dem Olymp zu erhalten. Auch wenn Nietzsche, der als Immoralist und aristokratischer Radikalist anerkannte Philosoph mit dem Hammer, im Blick auf "Zucht" und "Züchtung" nicht den NS-Rassenwahn gemeint hatte, bleibt die Frage nach dem, was er im Sinn hatte, und nach einer genaueren Verhältnisbestimmung der verschiedenen Gedankengebäude. Selbiges gilt für die Frage nach Nietzsches Antisemitismus. Die Feuilletons anlässlich seines 150. Geburtstages vor sechs Jahren waren sich, als diese Frage gestreift wurde, einig, dass er kein Antisemit war. Dass dem aristokratischen Künder aus der Einsamkeit der Berge der politische Hetzer nicht genehm war, wird sachliche und persönliche Gründe gehabt haben. Diese müssten differenzierter bestimmt werden, wenn Nietzsche andererseits vom jüdischen Geist als "übelriechendem Judain von Rabbinismus und Aberglauben" im Gegensatz zu einer wirklichen Philosophie sprechen konnte oder im Blick auf Israel befand: "wo der schlimmste aller Bäume wuchs, das Kreuz - an dem Land ist nichts zu loben."

Die Umwertung aller Werte

Mit dieser Formel umschrieb Nietzsche seine Ideen von einer kulturgeschichtlichen Erneuerung. Die "Umwertung aller Werte" bestehe "in einem Loskommen von allen Moralwerten" und ziele "auf das hohe Recht und Vorrecht auf Dasein." Nietzsche formulierte für sein menschheitsgeschichtliches Ideal: "Dass der Mensch besser und böser werden muss, das ist meine Formel für diese Unvermeidbarkeit ... Oft geht der erreichte Typus wieder verloren - wir haben z.B. mit aller Anspannung von drei Jahrhunderten noch nicht den Menschen

der Renaissance wieder erreicht, und hinwiederum blieb der Mensch der Renaissance hinter dem antiken Menschen zurück."

Nietzsche dachte in kulturgeschichtlichen Epochen. Er orientierte sich an einem Bild vom antiken Menschen, an seiner vornehmen Stärke, seiner mitleidlosen Heiterkeit und seinem gewissenlosen Selbstgefühl. Ihm gemäß zeichnete er die kommende Kultur des Übermenschen. Seine Botschaft war, dass dem starken Menschen der Antike die Zukunft gehöre. Nietzsche ging es um die Verwirklichung dieses aus der geschichtlichen Ferne winkenden kulturellen Vorbildes. Darin unterschied er sich von der damals gängigen nationalistischen und antisemitischen Kulturpolemik. Seine Vorbehalte gegen Liberalismus, Sozialismus und Judentum griffen viel tiefer und zielten auf eine vom Vorbild antiker Aristokratie geleitete Umwälzung. Den Völkischen ging es um die Reinhaltung der christlich verstandenen Nation von einer rassischen und geistigen Infizierung durch jüdische Einflüsse. Ohne Frage polemisierte Nietzsche an derselben Front, aber nicht als Rassetheoretiker, sondern als Prophet des aristokratischen Ideals der griechisch-römischen Antike.

Im Blick auf dieses verloren gegangene Ideal betrachtete er das Judentum als "das verhängnisvollste Volk der Weltgeschichte: in ihrer Nachwirkung haben sie die Menschheit dermaßen falsch gemacht ... in den Widerspruch zu deren Naturwerten umgedreht." Es sei ihnen gelungen, die der Natur des Menschen entsprechende, alle Leidenschaften vorbehaltlos bejahende "vornehme Moral" erfolgreich zurückzudrängen zu Gunsten einer "ressentiment-Moral."

Der Kampf Rom gegen Judäa

"Die beiden entgegengesetzten Werte gut und böse haben einen furchtbaren jahrtausendelangen Kampf auf Erden gekämpft ... Das Symbol dieses Kampfes heißt: Rom gegen Judäa, Judäa gegen Rom: es gab bisher kein größeres Ereignis als diesen Kampf, ... diesen todfeindlichen Widerspruch. Rom empfand im Juden etwas wie die Widernatur selbst, gleichsam sein antipodisches Monstrum; in Rom galt der Jude ‚des Hasses gegen das Menschengeschlecht überführt`: mit Recht, sofern man ein Recht hat, das Heil und die Zukunft des Menschengeschlechtes an die unbedingte Herrschaft der aristokratischen Werte, der römischen Werte anzuknüpfen ... Die Römer waren ja die Starken und Vornehmen ... die Juden waren jenes priesterliche Volk par excellence."

"Alles was auf Erden gegen die Vornehmen, die Gewaltigen, die Herren, die Machthaber getan worden ist, ist nicht der Rede wert im Vergleich mit dem, was die Juden getan haben; die Juden, jenes priesterliche Volk ... gegen den Geist der priesterlichen Rache kommt überhaupt aller übrige Geist kaum in Betracht ... Die Juden sind es gewesen, die gegen die aristokratische Wertgleichung (gut = vornehm = mächtig = schön = glücklich = gottgeliebt) mit einer furchteinflößenden Folgerichtigkeit die Umkehrung gewagt und mit den Zähnen des abgründlichsten Hasses (des Hasses der Ohnmacht) festgehalten haben, nämlich ‚die Elenden sind allein die Guten, die Armen, die Ohnmächtigen, die Niedrigen sind allein die Guten, die Leidenden, Entbehrenden, Kranken, Hässlichen sind auch die einzig Frommen, die einzig Gottseligen ... dagegen ihr Vornehmen und Gewaltigen, ihr seid alle in Ewigkeit die Bösen, die Grausamen, die Lüsternen, die Unersättlichen, die Gottlosen, ihr werdet auch ewig die Unseligen, Verfluchten und Verdammten sein!` ... dass nämlich mit den Juden der Sklavenaufstand in der Moral beginnt: jener Aufstand, welcher eine zweitausendjährige Geschichte hinter sich hat und der uns heute nur deshalb aus den Augen gerückt ist, weil er - siegreich gewesen ist ..."

Nietzsche beschreibt hier einen die Menschheitsgeschichte durchziehenden, unüberbrückbaren Gegensatz zwischen der ritterlich-aristokratischen und der priesterlichen Wertungsweise, der seinem Wesen nach ein Kampf auf Leben und Tod ist. Ungezügelte Leidenschaft, Willkür und Herrschaft, die Nietzsche in dieser Gegenüberstellung als natürliche Tugenden auf den Schild hob, scheint mit seiner bewusst willkürlichen Interpretation der römischen Kultur zusammenzuhängen.

"Das lateinische Bonus glaube ich als ‚den Krieger` auslegen zu dürfen ... Bonus somit als Mann des Zwistes, der Entzweiung (duo), Kriegsmann: man sieht, was im alten Rom an einem Mann seine ‚Güte` ausmachte. Unser deutsches ‚Gut` selbst: sollte es nicht ‚den Göttlichen`, den Mann ‚göttlichen Geschlechts` bedeuten? Und mit dem Volks- (ursprünglich Adels-) Namen der Goten identisch sein?"

Aristokraten gegen Sklaven

Die Umwertung der Werte, die Nietzsche proklamierte, bezog sich für ihn in kulturgeschichtlicher Perspektive auf die Umkehrung der Werte, mit der die Juden das Angesicht der Menschheit gegen ihre Natur für Epochen und bis dato wirksam entstellt haben. Mit seiner Umwertung wollte Nietzsche die Entstellung der Menschheit durch die jüdische Moral revidieren.

"Die Juden - ein Volk, geboren zur Sklaverei, wie Tacitus und die ganze Antike sagt - die Juden haben jenes Wunder der Umkehrung der Werte zustande gebracht, dank welchem die Erde für ein paar Jahrtausende einen neuen und gefährlichen Reiz erhalten hat ... In die Umkehrung der Werte (zu der es gehört, das Wort für ‚Arm' als synonym mit ‚Heilig' und ‚Freund' zu brauchen) liegt die Bedeutung des jüdischen Volkes: mit ihm beginnt der Sklavenaufstand der ‚Moral'."

Für Nietzsche stellten die Juden "das moralische Genie unter den Völkern" dar, den Gegentyp zum griechischen Typus, der der menschlichen Natur entspricht, weil er alle menschlichen Leidenschaften in ihrer ganzen Bandbreite bejaht. Die griechische Religion, in der die Leidenschaften vergöttlicht werden, sei der deutliche Ausdruck dafür.

Trotz aller Begabung, die Nietzsche bei den Juden wahrnahm, konstatierte er, dass das natürliche, das griechische Lebensgefühl ihnen "im tiefsten Wesen fremd geblieben ist." Dem "jüdischen Gefühl, dem alles Natürliche das Unwürdige an sich ist," sei der griechische Gedanke, "dass auch der Frevel Würde haben könne," nicht nachvollziehbar. Vielmehr sei "die Sünde ein jüdisches Gefühl und eine jüdische Erfindung ... das griechische Altertum ist eine Welt ohne Sündengefühle ... Nur wenn du bereust, ist Gott dir gnädig - das ist einem Griechen ein Gelächter und ein Ärgernis. Er würde sagen: So mögen Sklaven empfinden."

Deutlich wird, Nietzsche ging es um eine moralfreie Auffassung von Gott, Welt und Mensch, abgeleitet aus dem Ideal der Antike. In seinen späteren Schriften bezog er sich immer intensiver auf den kulturgeschichtlichen Gegner (Juden, Christen, Liberale, Sozialisten). Sie haben deshalb den Charakter antithetischer Polemik. Aber auch schon im "Also sprach Zarathustra" erhob er seine neuen Tafeln der mitleidlosen Unmoral demonstrativ gegen die alten Tafeln des Judentums. In diesem Werk bedeuteten biblische Anklänge und die Szenerie, was seine Spätschriften ausdrücklich sagen.

",Du sollst nicht rauben! Du sollst nicht totschlagen!` - solche Worte hieß man einst heilig; vor ihnen beugte man Knie und Köpfe und zog die Schuhe aus. Aber ich frage euch: wo gab es je bessere Räuber und Totschläger in der Welt, als es solche heiligen Worte waren? Ist in allem Leben selber nicht - Rauben und Totschlagen? Und dass solche Worte heilig heißen, wurde damit die Wahrheit selber nicht - totgeschlagen? Oder war es eine Predigt des Todes, dass heilig hieß, was allem Leben widersprach und widerriet? - O meine Brüder, zerbrecht, zerbrecht mir die alten Tafeln!"

"Bei welchen liegt die größte Gefahr aller Menschen-Zukunft? Ist es nicht bei den Guten und Gerechten? Zerbrecht, zerbrecht mir die Guten und Gerechten!"

Die geschichtliche Rolle des Christentums

Nietzsches entschiedene Gegnerschaft zum Christentum unterschied ihn grundsätzlich vom Antisemitismus der Gründerzeit, dessen erklärtes Ziel es war, Deutschland vor der "vollständigen Verjudung zu retten." Wobei hier die Idee von der Nation zwischen biologischem Rassismus und christlich verbrämtem Chauvinismus schwankte. Nietzsche ist nicht vergleichbar z.B. mit Wilhelm Marr, der als einer der Wortführer des völkischen Antisemitismus in seinem Pamphlet "Der Sieg des Judentums über das Germanentum" die Juden für den Gründerkrach verantwortlich machte. Rassistisch begründete, am politischen Zeitgeschehen entlang polemisierende Demagogie findet sich bei ihm nicht. Noch weniger lag Nietzsche auf der Linie des antisemitisch politisierenden Hofpredigers Adolf Stöcker. Nietzsche einte mit diesen Kreisen die Überzeugung, dass ein Zusammenhang zwischen Judentum und sozialer Frage bestand. Auch teilte er die Meinung, die Juden könnten die gesellschaftliche Macht übernehmen. Für ihn waren die Juden nicht die Verursacher von sozialen Problemen, sondern die Erfinder der sozialen Frage. Im Gegensatz zu den völkischen Antisemiten enthielt sich Nietzsche aller sozialen Argumentation und Demagogie, weil er die Existenz einer sozialen Frage leugnete und für ein jüdisches Hirngespinst hielt. Insofern erscheint es legitim, in Nietzsche einen Vordenker des "jüdischen Bolschewismus" zu sehen.

Für ihn bestand das Problem in dem "moralischen Genie" der Juden, die auf dem Wege über das Christentum die Menschheit mit der alles natürliche Empfinden pervertierenden Sklavenmoral verdorben haben. Nietzsche wollte dieses Problem von der menschheitsgeschichtlichen Wurzel her anpacken. Deshalb suchte er keine Heimat in politisch agitierenden Zirkeln, sondern er stilisierte sich als Prophet der antiken Lebensbejahung und verkündete das Ende vom Sieg "des Christentums, der großen antiheidnischen Bewegung des Altertums, ... des Pessimismus der Schwachen, der Unterlegenen, der Leidenden, der Unterdrückten." Für Nietzsche stellte das Christentum die konsequente und radikalisierte Fortführung der von den Juden erfundenen moralischen Weltsicht, des von ihnen in die Welt gesetzten Schuldgefühls dar.

"Das Christentum konnte nur auf dem Boden des Judentums entstehen. Dieses verflocht Schuld und Unglück miteinander. Das war der Nährboden für die Hebung des Bewusstseins, für den Aufstand der Sünder, Zöllner, Weiber und Kranken."

"In der Negierung des vornehmen Ideals, der prachtvollen Animalität, der kriegerischen und eroberungslustigen Instinkte, der Vergöttlichung der Leidenschaften, der Rache, der List, des Zorns, des Abenteuers, der Macht, Pracht und Gefährlichkeit des Typus Mensch ergibt sich die Christlichkeit als Schlussfolgerung des Judentums."

Der Inhalt seines Kulturideals, die Vergöttlichung der wilden und willkürlichen Leidenschaften, die den einzigartigen Kern von Nietzsches Idol der Antike bilden, isolierte ihn von seiner Umgebung. Nicht dass davon irgendetwas wirklich neu gewesen wäre, entscheidend war die Mischung und die damit verbundene, immer unverhohlener werdende Selbstpräsentation als Prophet, in den Wochen des Wahns als Gott. Nietzsches Isolation in einer antisemitischen Umgebung entsprang nicht seiner Distanz zu diesem Thema, sondern dem Pathos der Distanz, mit dem er einen weltanschaulich weit radikaleren Antijudaismus vortrug, der politisch kaum realisierbar schien. Eine Daseinsberechtigung hatte das Judentum für Nietzsche schon seit antiken Zeiten nicht.

Antijudaismus als aristokratischer Instinkt

Dem Überlebenswillen der Juden allerdings zollte Nietzsche seine Bewunderung. "Er mochte die Juden nicht, aber er bewunderte ihren Machtinstinkt." (W. Ross) In der Zähigkeit des jüdischen Überlebenswillens sah er das negative Abbild seines idolisierten Willens zur Macht. Die Formulierung vom "unerbittlichen Willen" spricht hier Bände. Ist doch dieses Adjektiv für das Wollen von Vertriebenen, Verfolgten und Exilierten gänzlich unpassend. Es stimmt aber für den machtvollen Sieger einer Schlacht, der sich nicht um Gnade bitten lässt. Als weltgeschichtlichen Sieger aber hatte Nietzsche das Judentum beschrieben und bekämpft.

Zweifellos hatte Nietzsche, wenn auch wie durch eine grotesk verzerrende Linse, das geschichtlich Einzigartige des jüdischen Volkes, die Besonderheit seines Überdauerns, das Andere seiner Existenz gegenüber dem natürlichen Dasein und Selbstverständnis der Völker gespürt, geahnt oder erkannt. Aber er wollte den Stachel, der mit dem Primat des Ethischen im jüdischen Selbstverständnis in das sich als natürlich verstehende Menschheitsleben gekommen war, es in Frage stellt und unterminiert, "unerbittlich" beseitigen. Denn mit ihrem unnatürlichen Überleben auf unnatürlichen Grundlagen kam für ihn Falschmünzerei und Betrug in die Geschichte der Menschheit.

Hier sind wir an einer wichtigen Stelle für Nietzsches Verhältnis zum Antisemitismus. Denn dieser weltanschauliche Hintergrund zwingt ihn generell zu einer positiven Bewertung des Antisemitismus, auch wenn Nietzsche sich von diesem persönlich fern hielt und ideologisch unterschied.

In der gefühlsmäßigen Abneigung gegen Juden, im antisemitischen Ressentiment erblickte Nietzsche die richtige Witterung für die entscheidende Kampffront im großen Menschheitsdrama Judäa gegen Rom. Ihr fehlt nur das Wissen um die Tiefe und mörderische Unerbittlichkeit dieses Kampfes, das ihn als einsamen Propheten adelt.

Der Aristokrat unterschied sich von den Rassisten dadurch, dass er ideologisch nicht festgelegt war. Seinem Ziel, der Herrschaft der Vornehmen und Starken, ordnete er alle Ideologien unter. Das Ressentiment hatte für ihn strategische Bedeutung. Nietzsche teilte zwar das Vorurteil der Völkischen, dass Deutschland genug Juden habe und dass sie in Europa "die Herrschaft haben könnten." Gleichzeitig beobachtete er ihre Assimilation, in der er "schon eine Milderung des jüdischen Instinkts" sah. Aus diesen Komponenten

entwickelte er einen abstrusen Vorschlag. Man solle für die "Züchtung einer neuen über Europa regierenden Kaste" zu dem preußischen Adel, der "erblichen Kunst des Befehlens", europäische Juden, das "Genie des Geldes und der Geduld ... hinzuzüchten, ... wozu es vielleicht nützlich und billig wäre, die antisemitischen Schreihälse des Landes zu verweisen." Nietzsche bediente sich der biologistischen Sprache des 19. Jahrhunderts, verstand sie aber mehr in kulturpsychologischem Sinne. Ihm ging es um den Machtkampf verschiedener Ideale, als deren Träger die Rassen fungieren.

Philosophie mit dem Hammer

Es war sein dogmatisierter Psychologismus des Willens zur Macht, der Nietzsche daran hinderte, interessante kulturgeschichtliche Entdeckungen oder Ideen zu vertiefen und positiv zu würdigen. Am Beispiel des von ihm beschriebenen Zusammenhangs von vernünftigem Denken und jüdischer Kultur lässt sich zeigen, wie er einen spannenden Komplex nicht durchdenkt, sondern mit dem Hammer seiner Psychologisierung zerschlägt.

"Ein Jude ist ... gerade daran, dass man ihm glaubt am wenigsten gewöhnt: man sehe sich darauf die jüdischen Gelehrten an - sie alle halten große Stücke auf die Logik, das heißt auf das Erzwingen der Zustimmung durch Gründe; sie wissen, dass sie mit ihr siegen müssen, selbst wo Rassen- und Klassenwiderwille gegen sie vorhanden ist, wo man ihnen ungern glaubt. Nichts nämlich ist demokratischer als die Logik: sie kennt kein Ansehen der Person und nimmt auch die krummen Nasen für gerade. (Europa ist in Hinsicht auf die Logisierung, auf reinlichere Kopfgewohnheiten den Juden nicht wenig Dank schuldig.)"

Erstaunlich an dieser Passage ist, dass die positive Bedeutung des jüdischen Kulturbeitrags für den Leser streckenweise nicht geschmälert erscheint. Die Sätze lesen sich wie eine reelle Würdigung. Das dürfte an der Sache selbst liegen. Dem Positiven am Zwang zur Güte, der in der Logik liegt, dem Absehen vom Ansehen der Person, kann auch Nietzsche in der Darstellung nichts entwinden. Aber er lässt sich davon nicht irritieren. Sein Horizont ist der Wille zur Macht, für ihn die entscheidende Dynamik, die alles Lebendige bewegt. Demnach war es für ihn der Aberglaube des Logikers zu meinen, er selbst würde denken. Er sollte sich eingestehen, dass in ihm etwas passiert: "es denkt." Nietzsche trieb die Psychologisierung bis zur Zerstörung des denkenden Subjekts. Doch begnügt er sich damit nicht. Er störte sich am methodischen Optimismus des logischen Denkens.

"Aber die Logik beruht auf Voraussetzungen, denen nichts in der wirklichen Welt entspricht, zum Beispiel auf der Voraussetzung der Gleichheit von Dingen, der Identität desselben Dings in verschiedenen Punkten der Zeit."

Zweifellos hat Nietzsche recht. Trotzdem ist sein Hinweis banal und böse. Denn die Güte der Logik, die kein Ansehen der Person kennt, besteht darin, die Dinge des Lebens auf dem Wege des idealen Vergleichs zu sozialisieren, d.h. gerecht verteilbar zu machen. Darin liegt ihre Neigung zu Brüderlichkeit und Demokratie. Nietzsche störte, was er richtig erkannte, das inklusive Sozialprinzip der Logik. Soziale Gerechtigkeit, gerechte Aufteilung der Güter ist ohne den Optimismus dieser Methodik nicht denkbar. Der utopische Optimismus der Logik ist die Grundlage aller Sozialität. Nietzsches Argumentation zielt also darauf, die Sozialität des Menschen ontologisch zu widerlegen. Er hat insofern recht, als die Logik eine ontologische Begründung dafür nicht hergibt. Entscheidend ist, dass Nietzsches Argumentation aufs Unmenschliche zielt. Denn Menschlichkeit kommt nicht aus dem Sein der Dinge, ist ontologisch nicht begründbar. Insofern beweist Nietzsche gar nichts. Sie kommt aus der Utopie der Gerechtigkeit, die in der idealen Vergleichbarkeit der Dinge verborgen ist. Sie zu negieren läuft auf die Negation jedweder Ethik hinaus, so dass nur Wille, Stärke und Raub bleiben.

Unentbehrlicher Krieg

Konsequent erblickte Nietzsche im Krieg das Mittel einer Pädagogik, um die matt gewordenen Völker am großen Ideal der Antike wieder aufzurichten.

"Der Krieg unentbehrlich - Es ist eitel Schwärmerei und Schönseelentum, von der Menschheit noch viel zu erwarten, wenn sie verlernt hat, Kriege zu führen. Einstweilen kennen wir keine anderen Mittel, wodurch mattwerdenden Völkern jene raue Energie des Feldlagers, jener tiefe unpersönliche Hass, jene Mörderkaltblütigkeit mit gutem Gewissen, jene gemeinsame organisierende Glut in der Vernichtung des Feindes, jene stolze Gleichgültigkeit gegen große Verluste ... gegen das eigene Dasein und das der Befreundeten, jenes dumpfe erdbebenhafte Erschüttern der Seele ebenso stark und sicher mitgeteilt werden

könnte, wie dies jeder große Krieg tut: von den hier hervorbrechenden Bächen und Strömen, welche freilich Steine und Unrat aller Art mit sich wälzen und die Wiesen zarter Kulturen zugrunde richten, werden nachher unter günstigern Umständen die Räderwerke in den Werkstätten des Geistes mit neuer Kraft umgedreht. Die Kultur kann die Leidenschaften, Laster und Bosheiten durchaus nicht entbehren."

Können wir Nietzsche als den Propheten des 20. Jahrhunderts verstehen? Im Rückblick zeichnete es sich aus durch eine weitgehende seelische Gleichgültigkeit und Lethargie gegenüber vielfachen Genoziden und Massenmorden, gegenüber der Ausrottung der Tierwelt, der atomaren Bedrohung und den grassierenden staatlichen Folterpraktiken. Im Völkermord am Judentum durch den deutschen Nationalsozialismus wurde die Mörderkaltblütigkeit zur Tugend der Elite erhoben. "Ich habe als Versuchung Zarathustras einen Fall gedichtet, wo ein großer Notschrei an ihn kommt, wo das Mitleiden wie eine letzte Sünde ihn überfallen, ihn von sich abspenstig machen will. Hier Herr bleiben, hier die Höhe seiner Aufgabe rein halten von den viel niedrigeren und kurzsichtigeren Antrieben, welche in den sogenannten selbstlosen Handlungen tätig sind, das ist die Probe, die letzte Probe vielleicht, die ein Zarathustra abzulegen hat - sein eigentlicher Beweis von Kraft."

Wir bilanzieren. War Nietzsche Antisemit? Sicher scheint, dass er Juden nicht mochte und dass für seine Weltsicht die Gegnerschaft zum Judentum einer der prägenden Züge ist. Als tragender Grund seines Gedankensystems erscheint aber nicht das antijüdische Ressentiment. Zu sehr ist er von der Härte, dem Pathos der Distanz und der wilden Leidenschaftlichkeit der Antike fasziniert. Der Gedanke des Ja-Sagens zu allen Phänomenen des Lebens, der Gedanke vom amor fati (2), den er dort vorgeprägt sah, mündet in einen moralfreien Ästhetizismus und eröffnet eine wesenhafte Frontstellung zu einer ethisch geprägten Kultur wie des Judentums und auch der Kirche. Nietzsches tiefstes Anliegen war das fröhliche Bekenntnis zu der Unerbittlichkeit des amor fati, was ihn mit letzter Konsequenz in den Wahnsinn trieb.

"Dem bösen Menschen das gute Gewissen zurückgeben - ist das mein unwillkürliches Bemühen gewesen?" So bilanzierte Nietzsche sein denkerisches Lebenswerk. Nietzsche scheiterte existentiell an der seelischen Unmöglichkeit bei der Bejahung von äußerster Brutalität und tiefstem Leid die Leichtigkeit des Lebens zu bewahren. Zweifellos wollte er eben dies.

Nietzsche schwebte vor, "nicht an innerer Not und Unsicherheit zugrunde zu gehen, wenn man großes Leid zufügt und den Schrei dieses Leides hört - das ist groß, das gehört zur Größe." Eben das konnte er nicht. Das kann der Mensch nicht. Für diese innere Unmöglichkeit stehen Leben und Werk von Friedrich Nietzsche. Die überlieferte Begebenheit, dass er in geistiger Umnachtung einen Gaul umarmte, erscheint wie das sprechende Bild seines in sich wahnsinnigen Bemühens und seines jammervollen Scheiterns an der fröhlich gewollten Unmenschlichkeit.

Klaus Peter Lehmann

Anmerkungen:

1) Allgemein gilt Nietzsche als der Wiederentdecker der dionysischen Seite der Kultur der griechischen Antike. Die Klassik habe nur das Apollinische gesehen. Als dionysisch galt Nietzsche alles Wilde, Instinkthafte, Leidenschaftliche und Gewaltsame, als apollinisch alles Schöne, Geordnete, Rationale und Gehemmte. Auch wenn er beide Seiten als für eine Kultur wesentlich betrachtete, liegt in seiner Theorie insofern ein widersprüchliches Gefälle, als das Dyonisische als ursprünglich und wahr und das Apollinische als sekundär und verfälscht (maskiert) erscheint.

2) Übersetzt heißt amor fati: Liebe zum Schicksal. "Amor fati" nahm Nietzsche als die Summe seiner Philosophie. Es ist die Formel für das wertungs- und moralfreie leidenschaftliche Ja zu allen Seiten des Lebens wie es ist, höchste Freude und mörderische Qual gleichermaßen eingeschlossen.

Quellen:

Die Quellen für diesen Aufsatz sind: Friedrich Nietzsche, Werke in drei Bänden, Hrsg. K. Schlechta, München 1966. Außerdem die ausgezeichnete Biographie von W. Ross, Der ängstliche Adler, München 1994 - eine schlüssige Darstellung der biographischen Entwicklung der Philosophie Nietzsches, die seinen Wahn nicht nur als akzidentielle Krankheit behandelt, sondern auch als inneren Widerspruch seiner Gedankenwelt sieht. Das Verdienst der Vorlesungen von H. Cancik, Nietzsches Antike, Stuttgart 2000, liegt darin, nachzuzeichnen, wie

sehr Nietzsches aus einer einseitigen Sicht der Antike gewonnenes Kulturideal, als dessen Künder er sich später stilisierte, in seinen frühen philologischen Studien als Graecist wurzelt.

# 30. Klischees von SM und Macht. Eine Reaktion auf den Text von Detlef G. Schulze (in ak 445)

Autor: Frank T. · Rubrik: Diskussion · CD-Datei: daten/aksuche/ak447/11.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:447:11

Mindestens seit seinem Beitrag in ak 441 macht sich Schulze offensichtlich Gedanken über das Phänomen SM. Woher kommt es seines Erachtens? Folgende Stelle gibt Auskunft: "Vielmehr ist mein Anliegen, dass sie (Petra, ak 443) nicht die Frage verdrängt oder unterdrückt, woher ihre Fantasien kommen (...), die m.E. kein Grund zur Scham sind, sondern kein Wunder in Anbetracht der Welt, in der wir leben. Aber das heißt nicht, dass wir uns den bestehenden Dominanzverhältnissen und den Fantasien, die sie hervorrufen, unterwerfen müssen!" SM kommt daher, dass wir in einer solchen - ziemlich schlimmen - Welt leben, sie ruft, weil sie so schlecht ist, SM-Fantasien hervor. Andere mögliche "Ursachen" für den Spaß, den Menschen an SM haben können, werden von Schulze nicht diskutiert. Wäre die Welt also gut, gäbe es keine Menschen, die Spaß daran hätten, sich von ihrem Partner den Hintern versohlen zu lassen, die gerne gefesselt würden, die mit Reizstrom experimentierten, keine die den Geruch, das Aussehen und das Anfassen von Lederbekleidung lieben. Bei der Welt kein Wunder, dass es solche Sachen gibt!

Eklatante Fehldeutungen

Es gibt gute Gründe für die Annahme, dass auch in einer Welt, die politisch gesehen "in Ordnung" wäre, es z. B. Männer gäbe, die sich gern den Popo verhauen ließen. In jeder möglichen Gesellschaft wären beispielsweise die physiologischen Mechanismen, die dafür sorgen, dass Schmerz genussvoll sein kann, auch gegeben. Jetzt denke man sich nur noch, was im Bereich der Erotik nicht wirklich ungewöhnlich ist, ein wenig Neugierde und Experimentierfreude hinzu... Wir kennen gute physiologische Erklärungen für die Lust an SM-Spielen (z. B. Endorphine), und auch wenn die psychologischen z. T. noch zu wünschen übrig lassen, lässt sich heute sicher sagen, dass es keine für alle SMler gültige, einheitliche Erklärung ihrer insgesamt sehr unterschiedlichen Vorlieben gibt (das in der Öffentlichkeit übliche Peitschen-Klischee verstellt die tatsächliche Inhomogenität). Schulzes Ansicht, das Phänomen SM sei die wenig verwunderliche Folge falscher politischer Verhältnisse, wird nicht annähernd den Sachverhalten und ihrer Komplexität gerecht.

Spiele von Herrschaft und Unterwerfung

SM ist in der Schulze-Analyse wesentlich das Nach- bzw. Mitspielen der herrschenden Verhältnisse im Bett und erscheint ihm daher so angreifenswert. Wenn ich daran Gefallen habe, mich in Frischhaltefolie verpacken zu lassen, wenn ich mit Kerzenwachs beträufelt werde, wenn ich mir einen Katheter legen lasse, dann ist das wesentlich Nach- und Mitspielen der herrschenden Verhältnisse? Die wenigen Beispiele lassen es zusammen mit dem im letzten Absatz dargelegten als äußerst unplausibel erscheinen, dass die Analyse Schulzes tatsächlich "das Wesen" von SM erfasst. Solange Schulze die üblichen in sein Bild passenden (und meist sehr diffusen) Stereotype davon anführt, was SMler so anstellen, sieht alles ganz überzeugend aus. Die von mir erwähnten Dinge mögen Außenstehenden befremdlich erscheinen, dessen bin ich mir bewusst, aber - und darauf will ich eben hinaus - irgendwie wollen sie sich nur sehr schwer als das Nach- und Mitspielen "der herrschenden Verhältnisse" auf den Punkt bringen lassen. Wie hat Schulze sein intimes Bild von SM-Menschen entwickelt? In seinem Beitrag aus ak 441 erfahren wir es: "einschlägige Kontaktanzeigen und Internet-Seiten" ("Schlagwerk-Homepage").

Aber für SMler sind doch tatsächlich Spiele von Herrschaft und Unterwerfung ein Bestandteil ihrer erotischen Inszenierungen?! Schulze verfolgt dagegen das langfristige Interesse, "das gesellschaftliche Feld der Sexualität so zu gestalten, dass es nicht von Herrschaft strukturiert ist." Deshalb seine Anfeindungen gegen SMler. Indem meine Partnerin eine strenge Lehrerin mimt, die mich mit dem Rohrstock züchtigt, wird unsere Sexualität "von Herrschaft strukturiert" und somit würdig, von jedem wahrhaft Linken bekämpft zu werden?! Oder doch erst dann, wenn ich (der Mann!!!) den Lehrer-Part übernehme? (Rückt man von Schulzes Klischee-Bild ab, wirken sein "linker" Eifer gegen SM-Menschen und seine Anklagen lächerlich überzogen.) Es dürfte klar sein, Rollenspiele sind keine "Reproduktion" von "Herrschaft". Bei genauem Hinsehen lassen sich SM-Spiele aber nicht einmal als ein Nachspielen der herrschenden Verhältnisse verstehen. Es entspricht nicht den herrschenden Verhältnissen, dass die Frau Lehrerin den ungezogenen Schüler streng mit dem Rohrstock

straft. Die heutige Lehrerin ist eine ausgebildete Pädagogin, die evtl. die Eltern zu einem klärenden Gespräch bittet, oder sich an den Schulpsychologen wendet.

Macht funktioniert in der heutigen Gesellschaft praktisch nie so platt, primitiv und direkt (mit physischer Gewalt und Unterdrückung), wie es SM-Inszenierungen suggerieren. Gewalt und Macht arbeiten in der Realität meist so subtil, unterschwellig und versteckt, sind oft so schwer fassbar, dass SM-Szenarien dagegen hoffnungslos naiv erscheinen (siehe dazu auch weiter unten die Ausführungen zu Foucaults Machttheorie). Irgendwie will mir dieses Spielen der SM-Menschen nicht so richtig verwerflich erscheinen, mangelt es mir da vielleicht einfach am richtigen linken Problembewusstsein? (Zudem ist es eine Verwechslung der Ebenen, das Phänomen SM als ganzes oder substanziell als ein "Nachspielen" begreifen zu wollen: das Spielen von Szenerien ist ein Teil von manchen SM-Inszenierungen, damit ist aber nicht erfasst, was SM wesentlich selbst ist.)

Schulze zitiert Petra: "Jeder von uns hat bestimmte sexuelle Vorlieben, sexuelle Fantasien. Sie sind einfach da. Dies fatalistische ‚Sie sind einfach` da kann nicht anders als ein Abschied von linker Politik verstanden werden." Man kann Petras Äußerung auch so verstehen, wie sie vermutlich gemeint ist: Die Erfahrung vieler, vieler SMler hat gezeigt, dass die manchmal fast verzweifelte Frage, woher diese meine Vorlieben nur kommen mögen, letztlich für das Leben mit meinen Neigungen nirgendwo hinführt. Es hat sich für den einzelnen als sinnvoll herausgestellt, sie als gegeben zu begreifen, ein Leben mit ihnen zu gestalten und nicht ständig nach vermeintlichen Ursachen zu bohren. Mit "Abschied von linker Politik" oder Fatalismus hat das rein gar nichts zu tun. Ich sehe nicht, dass aus Petras Äußerung folgt, sie sei nicht aufgeschlossen für "philosophisch informierte Gesellschaftskritik", die Schulze (an einer anderen Stelle seines Textes) fordert. Aber woher sollte Schulze auch von dieser praktisch jedem SMler bekannten Erfahrung des fruchtlosen Suchens nach "Gründen" wissen? Er kennt diese Menschen nur aus Kontaktanzeigen und Internetseiten, die er nach belastendem Material durchforstet. Und so passieren (diese Stelle ist nur ein Beispiel von vielen) eklatante Fehldeutungen.

Ich möchte noch auf Schulzes Verständnis von Macht und Herrschaft eingehen. Schon andere haben in der hier geführten SM-Debatte darauf hingewiesen, dass Macht viel zu naiv gedacht wird, wenn man wie Schulze die eine patriarchalisch-sexistische Macht, "die Herrschaft" vorzufinden meint, die sich (nicht nur) im Bereich der Sexualität "reproduziert".

Der bedeutende Theoretiker der Macht Michel Foucault hat uns gezeigt: "Es gibt nicht die eine globale Strategie". (Foucault, Michel: Der Wille zum Wissen, S. 125) Für Foucault ist Macht ein äußerst heterogenes Phänomen unterschiedlicher lokaler Strategien, die kein einheitliches Ziel kennen. "Nicht weil sie alles umfasst, sondern weil sie von überall kommt, ist die Macht überall." (Foucault, S. 114) Foucaults lokale Strategien sind aber nicht als etwas irgendwie Kleines (Schulzes "mikro") misszuverstehen, sie haben die Tendenz, sich zu größeren Komplexen zu verketten. Lokal bedeutet dabei, dass die größeren Strukturen ihre Basis, ihren Ausgangs- und Ansatzpunkt im Lokalen haben. Damit steht Foucault im direkten Gegensatz zu Schulze, bei dem die sich im Kleinen reproduzierende Macht sozusagen von oben nach unten aufgebaut ist. Und lokal heißt, dass es auf Grund der verschiedenen Ursprünge auch auf der Ebene der großen Komplexe nicht die eine globale Machtstruktur gibt. Wir haben es mit einem unversöhnlichen Nebeneinander verschiedener Strategien zu tun. Noch in einem weiteren Punkt korrigiert Foucault unser Bild von Macht. Machtstrukturen arbeiten in den seltensten Fällen mit Unterdrückung, Verhinderung, Verbot oder Gewalt, ihre Mittel sind wesentlich vielfältiger und subtiler.

Subtilere Machtstrukturen

Foucault hat seine Machttheorie als Kritik an Machttheorien von dem Typ entwickelt, wie Schulze sie vertritt. Weil Macht wesentlich mehr kann (und mehr will!) als nur zu "unterdrücken", Macht aber meist nur als "negative" Kraft verstanden wird, bleibt die Vielfalt ihres Wirkens in aller Regel unentdeckt. Ebenfalls tendenziell unentdeckt bleibt bei der Fixierung auf "die eine" patriarchalische Macht, dass noch ganz andere - und meist viel bedeutendere - Kräfte einen jeweiligen Bereich bevölkern und organisieren. Und da schließlich Macht nicht nur "von oben" oder "von außen" kommt, ist die Vorstellung, sie aus einem Feld ausschließen zu können, eine folgenschwere Illusion. Aus Foucaults Ansatz ergibt sich also, dass Macht in ihrer Gefährlichkeit meist weit unterschätzt wird. Es folgt aber auch - da Macht nur höchst selten unterdrückende "Herrschaft"

bedeutet -, dass sie keineswegs schon qua Macht bekämpft werden muss; Foucault hebt auch ihre schöpferischen Aspekte hervor.

Dringend notwendig ist allerdings, Machtstrukturen in ihrem meist wenig offensichtlichen Arbeiten und Wirken zu untersuchen, um ihren (sehr beträchtlichen) Gefahren entgegen wirken zu können. Schulze behauptet, wenn man die Macht als unausweichlich denkt, könne dies "nur als Abschied von linker Politik verstanden werden". (Und sieht dabei nicht, dass die von ihm Angegriffenen unter Macht nicht, wie er, "Herrschaft" verstehen.) Tatsächlich muss Foucaults Ansatz aber als wichtige Voraussetzung und ein unentbehrliches Instrument von "philosophisch informierter Gesellschaftskritik" gesehen werden. Macht-Klischees zu reproduzieren heißt, dem unkontrollierten Wirken der Machtstrukturen in die Hände zu spielen.

Frank T.

jwx@gmx.de

# 31. Gewalt-Cocktails. Der Trendsport 68er-Bashing will radikale gesellschaftskritische Politik diskreditieren

Autor: Joachim Kolb · Rubrik: Westdeutsche Linke allgemein; Geschichte der BRD · CD-Datei: daten/aksuche/ak447/21.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:447:21

Die 68er. Aufbruch, Irrtümer und die Blutspur des Terrors" titelte am 14. Januar das Berliner Boulevard-Blatt B.Z. Garniert wurde der Artikel mit den bekannten Bildern von Joseph Fischers Putzgruppe, mit Fotos von Andreas Baader, Gudrun Ensslin, Ulrike Meinhof, der Schleyer-Entführung, sowie einem Fahndungsplakat des BKA. Die Außerparlamentarische Opposition (APO) führte direkt in den Terrorismus, scheinen die Bilder zu suggerieren. Aus der Tatsache, dass zwei grüne Bundesminister bei Aktionen der APO in den 70er Jahren kräftig mitgemischt haben, versucht die angeschlagene konservative Opposition nun, mit allen Mitteln Kapital zu schlagen.

Das politische Kalkül der CDU und ihrer medialen Schützenhilfen bei FAZ, Focus und Springer-Presse ist leicht zu durchschauen: Indem sie Fischer und Trittin als Gewalttäter "entlarven", versuchen sie, die eigenen mafiösen Praktiken zu vernebeln. Ginge es bei der Auseinandersetzung mit Fischers und Trittins politischer Vergangenheit aber nur um die Beschädigung des öffentlichen Ansehens der rot-grünen Regierung, die radikale Linke könnte sich getrost zurücklehnen. Als maßgeblicher Akteur transformierte der Realo Fischer die Grünen von einer linken Bewegungspartei in eine liberale Regierungspartei. Er war als ehemaliger APO-Aktivist auch der ideale Außenminister, um die Proteste gegen den ersten Angriffskrieg mit deutscher Beteiligung nach 1945, den Überfall auf Jugoslawien, auf einem beherrschbaren Niveau zu halten. Und spätestens nach Jürgen Trittins Husarenstück, dem sogenannten "Atomkonsens", muss auch der Umweltminister kein Ziel linksradikaler Solidarität mehr sein.

Doch was als Abrechnung mit einzelnen Persönlichkeiten der APO der 70er Jahre begann, hat sich längst zu einem Generalangriff auf die gesamte radikale Linke nach 1968 ausgeweitet. Zu diesem Zweck wird in einen Topf geworfen und kräftig umgerührt, was auch nur irgendwie nach Rebellion gegen die bundesdeutschen politischen Verhältnisse der 60er und 70er Jahre riecht: Dutschke und Baader, Kommunistischer Bund und RAF, Ohnesorg und Buback, Schah-Proteste und Schleyer-Entführung.

Um die umfassende gesellschaftliche Ächtung dieses gut geschüttelten Cocktails zu zementieren, schrecken die konservativen Polit-Strategen auch vor einem historischen Vergleich nicht zurück, mit dem sich jeder differenzierende Standpunkt von vorneherein verbieten lässt: Die Gewaltbereitschaft der 68er lasse ihre Nähe zum Nazismus erkennen, so etwa der Historiker Götz Aly in der Berliner Zeitung und der Ex-Sponti Thomas Schmid in der FAZ (ak 446).

Der rechtskonservative Historiker Michael Wolffsohn forderte Fischers Rücktritt mit dem Argument, nur so könne der Rechtsextremismus glaubhaft bekämpft werden. Denn wenn Fischer im Amt bleibe, sei dies das Signal: "Wer heute als Rechtsextremist Ausländer, Inländer und Juden schlägt oder misshandelt und morgen ‚Entschuldigung` sagt, kann übermorgen Außenminister werden."

Erstaunlich aber ist vor allem, dass auch viele ehemalige Protagonisten der APO sich an ähnlichen Vergleichen beteiligen. "Wir erkannten allmählich, dass diejenigen, die mit der Abkehr von der Elterngeneration als Antifaschisten begonnen hatten, bei den Taten und der Sprache des Nationalsozialismus gelandet waren", weiß etwa Fischer zu berichten (Der Spiegel 2/2001). Auch sein Weggefährte Daniel Cohn-Bendit gesteht ganz freimütig: "Ich habe einmal mit Jürgen Habermas über 1968 und die Folgen diskutiert. Ich habe ihm gesagt, unser größter Fehler sei der Mangel an demokratischer Sensibilität gewesen, und ich habe ihm im Nachhinein Recht gegeben für seinen Satz vom Linksfaschismus der Studenten." (Der Spiegel Nr. 5/2001)

Bei dieser wortgewaltigen Entlarvung des angeblichen nazistischen Charakters der Protestbewegung stellen sich einige Fragen: Wieso haben wir bis heute nichts von jenen "sozialistisch befreiten" Zonen gehört, in denen die K-Gruppen anders Denkende zu Tode prügelten? Wie sahen Krahls Pläne für einen Angriffs- und Vernichtungskrieg genau aus? Wie viele ZwangsarbeiterInnen wollte der SDS in die Bundesrepublik verschleppen? Und welche Bevölkerungsgruppen wollten die Spontis mit ihrem Terrorregime selektieren und für alle Zeiten ausrotten?

Mit der undifferenzierten Gegen-Gewalt-Hysterie geht anscheinend jedes Gefühl für historische Relationen verloren. Festzuhalten bleibt: Die APO entstand zu einer Zeit, in der die meisten Bundesdeutschen nur ein rein formales Demokratieverständnis hatten. Eine Aufarbeitung des Faschismus hatte nicht stattgefunden und personelle Kontinuitäten zur NS-Vergangenheit waren unübersehbar. Damals dominierte ein konsumorientiertes Wohlstandsdenken und politische Gleichgültigkeit, die nur von einem Antikommunismus durchbrochen wurde. Die APO thematisierte die weltweiten kapitalistischen Ausbeutungsstrukturen und entlarvte die Formaldemokratie als schönen Schein eines Herrschaftssystems.

Dass Appelle, Unterschriftensammlungen oder Kundgebungen innerhalb des legalen Rahmens an den herrschenden Zuständen nichts ändern würden, dass deshalb begrenzte Regelverstöße geradezu notwendig sind, um emanzipatorische Prozesse möglich zu machen, hatten die AktivistInnen schnell erfahren müssen. Dies mündete immer wieder in gewalttätige Zusammenstöße auf der Straße und war doch immer nur eine hilflose Antwort auf die strukturelle Gewalt eines Staates, der im normalen Herrschaftsbetrieb nicht darauf angewiesen ist, direkte physische Gewalt gegen seine Untergebenen anzuwenden.

Es ist der Trick jeder extremismustheoretischen Argumentation, abstrahierend von gesellschaftlichen Machtverhältnissen die Karte des zusammenhanglosen und pauschalen Gewaltvorwurfs zu ziehen. Im Einvernehmen mit den zu politischer Macht und Würde gekommenen 68er-Renegaten soll damit der Spielraum für emanzipatorische Politikansätze jenseits des rot-grünen Modernisierungsprojektes für die Zukunft so eng wie nur möglich geschnürt werden.

Der neue kategorische Imperativ schwarz-rot-grüner Couleur lautet: "Handle so, dass die herrschende Gesellschaftsordnung und ihre Gesetze zu keiner Zeit ernsthaft in Frage gestellt werden!" Oder, um es mit einer berühmten Adenauerschen Spießerweisheit zu formulieren: "Keine Experimente!"

Joachim Kolb

# 32. AUFGEBLÄTTERT

CD-Datei: daten/aksuche/ak447/05.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:447:05

Rosa Luxemburg

Der Historiker Ottokar Luban untersucht im Supplement zur Nummer I/2001 der Zeitschrift Sozialismus "Legende und Wirklichkeit" des Berliner Januaraufstandes von 1919. Insbesondere geht es um die Rolle der KPD-Führung, namentlich Rosa Luxemburgs. Der Titel der Broschüre "Die ratlose Rosa" deutet bereits an, dass hier kein Heldenepos gesungen wird. Was früher fälschlich als "Spartakusaufstand" tituliert wurde, ist in der Geschichtsschreibung mittlerweile als weitgehend spontane Erhebung erkannt worden. Die KPD-Führung um Luxemburg, Liebknecht, Pieck und andere sah sich seit dem 4. Januar einer unerwarteten Kampfbereitschaft der revolutionären Linken gegenüber. Zu einer Protestdemonstration gegen die Entlassung des Polizeipräsidenten Eichborn (USPD) durch die Mehrheitssozialdemokraten versammelten sich am 6. Januar 200.000 Menschen. In dem hauptsächlich aus USPD-Mitgliedern bestehenden "Revolutionsausschuss" wurde beschlossen, "mit einem glücklichen Handstreich die Hauptpositionen zu nehmen und dadurch die Macht in die Hände des Proletariats zu bringen". Was folgte, war ein "wirres Durcheinander": bewaffnete Arbeiter, die auf Direktiven warteten; Parteiführer, die Agitationsreden hielten, sich aber nicht zu interner Beratung trafen; eine Rote-Fahne-Redaktion, die nur mühsam mit den Ereignissen Schritt hielt; schließlich ein offenes Zerwürfnis innerhalb der KPD-Zentrale. Insbesondere Liebknecht und Pieck hielten noch an der Fortsetzung des Aufstandes fest, als die Mehrheit der KPD-Führung den Kampf schon verloren gegeben hatte. Luban kritisiert weniger das in gewisser Weise unvermeidliche Lavieren der KPD als die dann von Rosa Luxemburg gezogene Bilanz des Aufstandes. So habe sie mit ihrer extrem scharfen Kritik an der USPD die Einigungsbestrebungen innerhalb der revolutionären Arbeiterschaft negiert und die gerade erlittene Niederlage als unvermeidliche Voraussetzung des "künftigen Endsieges" dargestellt. Damit sei ihre Aufstandsbilanz, schreibt Luban, "ein Dokument der Selbsttäuschung, der Ratlosigkeit und der Flucht in ein deterministisches Geschichtsbild, wobei jegliche Andeutung selbstkritischer Analyse fehlt."

Ottokar Luban: Die ratlose Rosa. Die KPD-Führung im Berliner Januaraufstand 1919 - Legende und Wirklichkeit; Supplement der Zeitschrift Sozialismus 1/2001; 36 Seiten, 5 DM

Gruppe Internationale Marxisten

Das Wirken der radikalen Linken in Westdeutschland gibt wahrlich nicht viel für eine Erfolgsgeschichte her. Das hat viele Gründe. Vielleicht hängt dies auch damit zusammen, dass es in der Bundesrepublik nie so etwas wie einen organischen Generationswechsel innerhalb der (radikalen) Linken gab. Sicherlich, es hat über einzelne Personen Kontinuitäten gegeben, mehr oder minder hat aber jede politische Generation ihre eigenen Erfahrungen machen müssen. Insofern ist es zu begrüßen, dass zumindest über Bücher so etwas wie eine Erfahrungsweitergabe versucht wird. Untersuchungen über die Geschichte der Organisationen der Neuen Linken, die im Anschluss an die Studentenbewegung Ende der 60er Jahre entstanden, sind eher Mangelware. Nun gibt es seit zwei Jahren ein Buch über die Gruppe Internationale Marxisten (GIM). Die GIM war die deutsche Sektion der trotzkistischen IV. Internationale und hatte in ihrer Hochzeit Mitte der 70er Jahre maximal 600 Mitglieder. Angefeindet auf Grund der Trotzkisten-Feindschaft zahlreicher ML-Gruppen, ausgegrenzt von der DKP wegen der Kritik an den RGW-Staaten, hatte die GIM einen schweren Stand. Hinzu kam ihr Verhältnis zur SPD, die - bei aller Kritik - als "bürgerliche Arbeiterpartei" begriffen wurde, was in den Augen vieler Linker zusätzlich suspekt erschien. Der Bezug zur Arbeiterklasse als revolutionäres Subjekt war in der GIM sehr ausgeprägt. Insofern ist es nicht verwunderlich, dass die GIM zu einem Zeitpunkt noch Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit in den Vordergrund ihrer politischen Praxis stellte, als manche ML-Gruppen schon die Wende hin zu den sozialen Bewegungen vollzogen hatten. Jakob Moneta reißt in seinem Vorwort an, warum es auch heute noch von Interesse ist, sich mit der Geschichte der GIM zu beschäftigen. Das Buch, das als Diplomarbeit des Autors entstand, fällt leider hinter dieses Vorwort zurück. Dennoch: Wer einen ersten Einblick in die Geschichte der GIM gewinnen will, kommt an diesem Buch nicht vorbei.

Günther Gellrich: Die GIM. Zur Politik und Geschichte der Gruppe Internationale Marxisten 1969-1986, Neuer ISP-Verlag 1999, 137 Seiten, 38 DM

Nordirland am Rande des Friedens

Mit der Unterzeichnung des so genannten Karfreitagsabkommens ist der Konflikt in Nordirland in eine neue Phase eingetreten. Der Krieg ist vorbei, eine politische Lösung scheint im Bereich des Möglichen. Die sechs irischen Grafschaften unter britischer Herrschaft befinden sich "am Rande des Friedens", wie Pit Wuhrer die Situation treffend beschreibt. Kompetent und sachkundig entwirft der Redakteur der Schweizer Wochenzeitung ein Panorama der aktuellen politischen Entwicklung. "Nur eine Analyse der ProtagonistInnen kann zeigen, welche Chancen für eine dauerhafte Beilegung des Konflikts bestehen und wo neue Gefahren lauern." Und so macht sich Pit Wuhrer daran, den Motiven der Unionisten/Loyalisten sowie der Nationalisten/Republikaner auf den Grund zu gehen. "Wer hätte vor einigen Jahren gedacht, dass sich die IRA eines Tages mit der britischen Regierung auf ein Abkommen verständigt, das Nordirland auf lange Zeit im Vereinigten Königreich verankert - und dass dieses Projekt von unionistischer Seite heftig attackiert würde?" Eine Antwort auf diese Frage gibt Pit Wuhrer, indem er nicht alleine bei der Analyse der aktuellen Entwicklung bleibt, sondern die Ursachen der "troubles" nachzeichnet und dabei tief in die irische Geschichte eintaucht. Er hat ein abwägendes Buch geschrieben, das alle Akteuren einer kritischen Begutachtung unterzieht. Nicht alleine deswegen sei dieses Buch empfohlen. Pit Wuhrer ist - mit Hilfe von Brigitte Matern, "ohne deren Lektorat dieses Buch zwar doppelt so lang, aber nur halb so gut geworden wäre" - ein wunderbares Buch gelungen, das spannend geschrieben ist, so dass man es am liebsten an einem Stück durchlesen möchte.

Pit Wuhrer: Die Trommeln von Drumcree. Nordirland am Rande des Friedens. Rotpunktverlag Zürich 2000, 293 Seiten, 34 DM

Männlichkeitskritik

"Sich hart machen, wenn es gilt" - in dem 2000 beim LIT Verlag erschienenen Buch untersucht Jens Schmidt im Rahmen der Kritischen Männerforschung die Konzeptionen von Männlichkeit in Illustrierten der Weimarer Republik. Als Studienobjekt wählt er drei verschieden ausgerichtete Publikationen: die Berliner Illustrirte Zeitung (BIZ), die als erste Großstadtillustrierte mit Fotografien eine Art Vorreiterrolle für eine liberal-bürgerliche Leserschaft spielte, die sich als klassenkämpferisch verstehende Arbeiter Illustrierte Zeitung (AIZ) und die an eher konservative Kreise gerichtete Deutsche Illustrierte. Anhand verschiedener Ausgaben und Jahrgänge vergleicht Schmidt die Verwobenheit der Illustrierten mit dem Geschlechterdiskurs in der Weimarer Republik, der unter anderem durch die Idee des Männerbundes und die mythologisierten Erinnerungen an die Kriegsereignisse geprägt wurde. Ein Schwerpunkt der Untersuchung liegt dabei auf der Darstellung des männlichen Körpers zur Konstituierung der geschlechtlichen Identität, sei es beim Sport als Darstellungsfeld der Männlichkeit, bei gängigen Schönheitsidealen oder der öffentlichen Inszenierung männlicher Autonomie und Individualität. "Proletarische Kämpfer, soldatische Männer, bürgerliche ‚Persönlichkeiten`, sportliche Muskelmänner - die Illustrierten vereinheitlichten in ihren Ausgaben Männer zu Typen, ordneten ihnen geschlechtliche Identitäten zu und variierten deren Ausformung gemäß ihren jeweiligen Interessen." Am spannendsten sind Schmidts Ergebnisse zur Militarisierung der Männlichkeit und den mythologisierten Kriegserinnerungen beim Vergleich der jeweiligen Zeitschriften - aber auch insgesamt ist das Buch durchaus lesenswert.

Jens Schmidt: "Sich hart machen, wenn es gilt" - Männlichkeitskonzeption in Illustrierten der Weimarer Republik. Herausgegeben von Johanna Meyer-Lenz und dem Hamburger Arbeitskreis zur Geschlechterforschung. LIT Verlag Münster 2000. 208 Seiten, 34,80 DM

# 33. KALENDER

CD-Datei: daten/aksuche/ak447/23.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:447:23

Malochen im Postfordismus

macht erst recht keinen Spaß mehr. Ob und wie reagieren die Gewerkschaften auf den Strukturwandel der Arbeit? Welches Widerstandspotenzial liegt in den Erwerbslosenbewegungen? Oder zeichnen sich in neuen Formen der Selbstorganisation Alternativen ab? Diese(n) Fragen stellen sich Mag Wompel und Ilesi Ashai in

Berlin, 5.3., 19.30 Uhr, Stadtteilladen Zielona Gora, Grünbergerstr. 73, Berlin Friedrichshain (U-Bahn Samariter Straße)

Frauen in Port-au-Prince

Die Werkstatt 3 zeigt den Film "Chercher La Vie" der haitianischen Filmemacherin Claudette Coulanges. Der Film thematisiert den täglichen Existenzkampf zweier Frauen in Port-au-Prince. Rosmène verdingt sich als Fabrikarbeiterin, Anne-Rose kocht auf der Straße Essen für die ArbeiterInnen. Der Import billiger nordamerikanischer Ware verschlimmert die ökonomische Situation der HaitianerInnen. Die Regisseurin ist anwesend.

Hamburg, 7.3., 20 Uhr, in der Werkstatt 3, Nernstweg 32-34

Ehemalige Zwangsarbeiterinnen erzählen

Natalija Fjodorowna Ratschenko aus Weißrussland und Ekaterina Nasarowna Sleptschenko aus der Ukraine sind auf Einladung des Freundeskreises KZ-Gedenkstätte Neuengamme e.V. erstmals nach Kriegsende wieder in Hamburg. Als politische Häftlinge wurden beide Frauen in das KZ Neuengamme eingeliefert, wo sie unter grausamen Lagerbedingungen Zwangsarbeit leisteten. Anlässlich des Internationalen Frauentags berichten die Zeitzeuginnen von ihrer Verschleppung und Zwangsarbeit.

Hamburg, 8.3., 20 Uhr im Kulturpalast im Wasserwerk, Öjendorfer Weg 30 a (HH-Billstedt), Eintritt frei

Bankraub-Tournee

Für alle gefrusteten LottospielerInnen die letzte Chance: die Multi.Media.Theorie.Praxis.Buch.Performance kommt nach Freiburg und Marbach a.N. Va banque heißt die frohe Botschaft, also packt die Knarren ein und nichts wie hin.

Marbach a.N., 10.3., 19.30 Uhr, Schlosskeller oder

Freiburg, 11.3., 20 Uhr, Fabrik (Vorderhaus)

Aufbruch und Rollback

bestimmen die aktuelle Lage der sozialen Bewegungen in Mexiko. Der Soziologe Alejandro Moreno, vom Zeitschriftenkollektiv La Guillotina, berichtet von der Situation der Indígenas, Studierenden, Stadtteilinitiativen, Frauen und Homosexuellen zwischen zapatistischem Aufstand und rechtem Wahlsieg.

Berlin, 13.3., 19.30 Uhr, im Zielona Gora, Grünberger Straße. 73, Berlin Friedrichshain (U-Bahn Samariter Straße)

Gegen den (rechten) Strom

Während rechte Jugendliche in Ostdeutschland häufig verhätschelt werden und sich vor gut gemeinten Initiativen und akzeptierender Jugendarbeit kaum retten können, sieht die Situation für nicht-rechte Jugendliche oft düster aus. So auch in Eisenach, wo ein Förderverein schon seit längerem für ein selbstverwaltetes Jugendzentrum kämpft. Vom 13.3. bis zum 18.3. findet eine Aktionswoche "Gegen Rechtsextremismus und für ein alternatives Jugendzentrum" in Eisenach statt.

Eisenach, 13.3., 19 Uhr, Vortrag: "Akzeptierende Jugendarbeit mit Neonazis?" Markscheffelshof, Uferstr. 1, 17.3., Demo, 14 Uhr, Marktplatz Eisenach

Wolf im Schafspelz

Auch wenn Kriege neuerdings Friedensmissionen heißen, die Bundeswehr vorgibt eine Friedenstruppe zu sein und die NATO von humanitären Peace-Einsätzen faselt, wir sagen "Nein zur Militarisierung". Tobias Pflüger von der Informationsstelle Militarisierung Tübingen informiert über die "Neue NATO, neue Bundeswehr, neue Kriege" und zwar in

Trier, 14.3., 20 Uhr, Umweltzentrum Trier, Pfützenstraße 1

Kaffee-Kooperativen in El Salvador

Die TeilnehmerInnen einer Rundreise berichten von ihrem Besuch der Kooperativen in El Salvador, die zur Zeit stark vom Erdbeben betroffen sind. Die Veranstaltung ist Teil der vom Medien- und Dokumentationszentrum El Salvador MES veranstalteten Reihe "Que dijera Monseñor Romero?", die noch bis zum 17. April in Hamburg läuft.

Hamburg, 16.3., Aktionszentrum Dritte Welt/Eine Weltladen, in der Osterstraße 171, Informationen zu den Romero-Tagen gibt es im Internet unter http://members.aol.com/Romerotage

Tagung der Marx- Gesellschaft e.V.

Die Frühjahrstagung der Marx-Gesellschaft dreht sich um die Frage: Welche Bedeutung Geld und Kredit auf der Ebene des Zirkulationsprozesses des Kapitals haben. Es sind Schwerpunkte zu den Themen: Über Geld und Kredit, das Geldsystem, das Smith'sche Dogma sowie zum Verfahren der Marxschen Kritik geplant.

Oer-Erkenschwick (Nahe Recklinghausen), 16. - 18.3., Beginn 18 Uhr, im Salvador-Allende-Haus, Texte unter www.marx-gesellschaft.de, Anmeldung bei Diethard Behrens, Email: persiusdb@t-online.de (Kosten: 120/80 DM)

Häftling Nummer 2049

Der Pole Stanislaw Hantz ist einer der wenigen heute noch lebenden Auschwitz-Überlebenden. Er war 4 Jahre in Auschwitz bevor er im November 1944 in das Konzentrationslager Groß-Rosen und dann nach Flossenburg verlegt wurde. Von Flossenburg wurden die Häftlinge zu Fuß nach Dachau getrieben. Auf Einladung des ASTA der Heinrich Heine Uni Düsseldorf, der VVN und der Antifa-Kok wird der Zeitzeuge über sein Überleben berichten.

Düsseldorf, 18.3., 15 Uhr, im zakk in der Fichtenstraße 40

Medizin und Gewissen

Unter diesem Motto findet ein fachübergreifender Kongress der Deutschen Sektion der Internationalen Ärzte für die Verhütung des Atomkrieges/Ärzte in Sozialer Verantwortung e.V. (IPPNW) statt. Diskutiert werden Fragen der Gen- und Fortpflanzungsmedizin sowie neuere Entwicklungen im Gesundheitswesen. Zudem sollen Gegenentwürfe zur Ideologie des Machbaren entwickelt werden.

Erlangen, 24.5-27.5., in der Heinrich-Lades-Halle, Fichtestraße 39, weitere Informationen unter Tel.: 09131-816830

# 34. Spekulation leicht gemacht

*oder warum ihr im Februar spenden solltet*

CD-Datei: daten/aksuche/ak447/37.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:447:37

Jetzt ist der kürzeste Monat des Jahres schon fast vorbei. Euer Kontoauszug zeigt es deutlich: ein Plus lacht vor der drei-, vier-, fünf- bis n-stelligen Zahl. BänkerInnen und SpekulantInnen reiben sich schon die Hände: so viel Kohle zum Anheizen des Casino-Kapitalismus. So viel Bimbes für die globalen Spielhöllen in Bankfurt, New York und Tokio. Wollt ihr wirklich, dass euer hart verdientes Geld in Kapitalströmen sekundenschnell zwischen den Börsen hin und her gebeamt wird? Wäre es nicht besser, eure Goldtaler gleich in Hamburg anzulegen von wegen global denken und lokal handeln?

Bei uns habt ihr die Chance, euer Kapital Gewinn bringend anzulegen. Euer Gewinn: eine weiterhin auch monatlich erscheinende kapitalismuskritische Zeitung analyse und kritik. Viele kluge Köpfe haben's in den letzten Monaten vorgemacht: 40.000 Mark wurden bereits gespendet, jetzt fehlen noch schlappe 20.000. Als Sonderpreis kriegt ihr eine Spendenbescheinigung dazu, so dass ihr das Geld von der Steuer absetzen könnt. Und das alles ohne jedes Risiko!

Wen das alles noch nicht überzeugt, den überzeugt vielleicht eine andere Bäckerjungenrechnung. Der Februar hat nur 28 Tage. Diesen Monat habt ihr also zwei Tage gespart, das heißt zwei Tage weniger zum Geld verprassen, verballern und verlieren. Wenn ihr uns nun das Gesparte spendet, wäre das einfach prima!

Jetzt müsstet ihr nur noch den beiliegenden Überweisungsträger ausfüllen, und die Sache ist gebongt. Ach ja, als Trostpreis winkt - sobald wir die 60.000 Mark zusammen haben - das Ende dieser Spendenkampagne, zumindest für dieses Jahr.

ak-Redaktion

Spenden-Konto:

Verein für politische Bildung,

Analyse u. Kritik e.V.,

Konto Nr.: 13150-204

BLZ: 200 100 20, Postbank Hamburg

Verwendungszweck: Spende, StNr Hbg Mitte Altstadt 17/441/05419

Eingang bis 12.01.01 32.104,00

A.E., Hamburg 1.000,00

J.H., Nürnberg 1.500,00

G.O., Berlin 100,00

M + J, Köln 200,00

A.F., München 210,00

R.Sch., Köln 150,00

R.B., Freiburg 200,00

A.F., für N.M., xy 300,00

S.D., Berlin 50,00

J.W., München 100,00

E.Ch.B., Hamburg 50,00

D.K., Darmstadt 100,00

A.Sch., Hamburg 30,00

J.G., Köln 100,00

W.P., Bielefeld 100,00

B.-I.H., Berlin 100,00

S.K., Freiburg 500,00

U.S., Berlin 300,00

W.+B.Sch.-K., Twedt 500,00

P.Sch., Walldorf 30,00

W.D., Wettenberg 160,00

M.Z., Berlin 20,00

B.L., Markdorf 50,00

J.Sch., Hamburg 100,00

P.F., St.Gallen 63,09

D.B., Hamburg 150,00

J.-M., Imgenberg 100,00

A.N., Köln 100,00

Th.+B.S., Frankfurt 250,00

U.F., Köln 150,00

N.N., Lüneburg 100,00

W.I., Stuttgart 100,00

G.B., Hamburg 2.000,00

Eingang bis 16.02.01 8.963,09

Gesamtsumme bis 16.2.01 41.067,09

# 35. Zapatistas auf Tour

CD-Datei: daten/aksuche/ak447/zappi-ti.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:447:zappi-ti

"Reih dich ein in die Reihen der aufständischen EZLN", riefen die Zapatistas die mexikanische Bevölkerung auf, als sie in der Nacht zum 1. Januar 1994 mehrere Kleinstädte im südmexikanischen Bundesstaat Chiapas besetzten. "Heute sagen wir basta!", hieß es weiter in der Ersten Deklaration aus dem Lakandonen-Urwald. "Wir laden dich ein, für Arbeit, Land, Wohnung, Ernährung, Gesundheit, Unabhängigkeit, Freiheit, Demokratie, Gerechtigkeit und Frieden zu kämpfen." Den bewaffneten Mitgliedern der EZLN wurde die Weisung erteilt: "Vordringen in die Hauptstadt und die mexikanische Armee besiegen."

Sieben Jahre später kommen die Zapatistas nun tatsächlich in Mexiko-Stadt an. Allerdings unbewaffnet und ohne die Armee besiegt zu haben. Von Ende Februar bis Anfang März tingelt eine Delegation von EZLN-KommandantInnen, angeführt vom Subcomandante Marcos, kreuz und quer durch Südmexiko bis vor den Regierungspalast.

Wie Anfang 1994 werden die Zapatistas weltweit für Aufsehen sorgen und in Mexiko hunderttausende SympathisantInnen auf die Straße bringen. Doch ob der Marsch in die Hauptstadt den Zapatistas eine erneute politische Offensive ermöglicht oder eher eine Flucht nach vorne bedeutet, muss sich erst noch erweisen.

Der politische Kontext in Mexiko hat sich seit 1994 grundlegend verändert. Damals traten die Zapatistas gegen die seit sieben Jahrzehnten autoritär regierende Staatspartei (PRI) an, welche durch ihre neoliberale Politik weite Teile der Bevölkerung sozial ruiniert hatte. Heute dagegen stehen die Zapatistas dem neuen Präsidenten Vicente Fox gegenüber, der vergangenes Jahr als erster Oppositionspolitiker seit 1929 die PRI besiegen konnte und über unbestrittene demokratische Legitimität verfügt. Diese setzt der rechtskonservative ehemalige Coca-Cola-Manager geschickt ein, um die linke Opposition zu marginalisieren.

Aber die sozialen Forderungen der EZLN sind bisher nicht erfüllt worden, und die zapatistischen Gemeinden in Chiapas werden - wie seit Jahren - noch immer von 60.000 Militärs belagert.

Über die aktuelle Situation in Mexiko berichten wir

auf Seite 3